

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

75. Sitzung	6. Wahlperiode	
Donnerstag, 18. September 2014, Schwerin, Schloss		
Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizeprä Vizepräsidentin Regine Lück und Vizeprä		
Inhalt	Peter Ritter, DIE LINKE	
Erweiterung der Tagesordnung4	Maika Friemann-Jennert, CDU	
Fragestunde  – Drucksache 6/3288 –	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tierleid beenden – "Erlass zum	
Udo Pastörs, NPD       4, 6, 7         Minister Lorenz Caffier       4, 5, 6         Michael Andrejewski, NPD       4, 5	Umgang mit Saugferkeln" korrigieren  – Drucksache 6/3261 –18	
Tino Müller, NPD	Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 18, 30, 33 Minister Dr. Till Backhaus	
Minister Christian Pegel	Dr. Fritz Tack, DIE LINKE26, 28 Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN28	
Minister Harry Glawe	Katharina Feike, SPD	
Or. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10 Minister Mathias Brodkorb 10	Beschluss34	
	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT34	
Antrag der Fraktion DIE LINKE  Gleichstellung inhaltlich und strukturell  ausbauen – Zuständigkeit für die Belange von	Barbara Borchardt, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung)34	
Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen in	Michael Silkeit, CDU (zur Geschäftsordnung)	
Mecklenburg-Vorpommern verbindlich regeln  – Drucksache 6/3256 –	Beschluss35	

Antrag der Fraktion DIE LINKE	Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	63, 72
Opferschutz justizpolitisch stärken	Minister Mathias Brodkorb	64, 74
- Drucksache 6/3262 35	Marc Reinhardt, CDU	67
	Simone Oldenburg, DIE LINKE	68
Änderungsantrag der Fraktion	Andreas Butzki, SPD	70
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
- Drucksache 6/3298	Beschluss	74
Barbara Borchardt, DIE LINKE35, 42		
Ministerin Uta-Maria Kuder		
Stefanie Drese, SPD		
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 39, 44	•	
Andreas Texter, CDU		
Michael Andrejewski, NPD41		75
This idea, and offered the second sec	5,40,640,10 0,020 1	
Beschluss	Peter Ritter, DIE LINKE	75 80
	Dr. Norbert Nieszery, SPD	
	Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
	Torsten Renz, CDU	
	Udo Pastörs, NPD	
Antrag der Fraktion der NPD	Odo i asiois, Ni D	
Nein zu einem Krieg gegen Rußland –	Beschluss	01
Ja zur nationalen Souveränität:	Desciiiuss	91
unverzüglicher Austritt aus dem NATO-		
Aggressionsbündnis, Rücktritt von den	Autor orden Faction	
Besatzungs-Verträgen, Abzug der deutschen	Antrag der Fraktion	
Truppen aus dem Ausland und Verankerung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
einer Friedensklausel im Grundgesetz!	Russlandtag aufgrund aktueller	
- Drucksache 6/3249 45		
	<ul> <li>Drucksache 6/3260 –</li> </ul>	91
Udo Pastörs, NPD		
Peter Ritter, DIE LINKE47		
	Ministerpräsident Erwin Sellering	93
B e s c h l u s s 50	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	95
	Peter Ritter, DIE LINKE	
	Michael Andrejewski, NPD	97
	Beschluss	90
Antrag der Fraktion DIE LINKE		
Ausbeutung durch Werkverträge auch		
in Mecklenburg-Vorpommern unterbinden –		
Runden Tisch "Werkverträge" einberufen		
– Drucksache 6/3259 – 50	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
	Humanitäre Hilfe statt Waffen – Verfolgten	
Henning Foerster, DIE LINKE50, 53, 60	<del>-</del>	
Ministerin Birgit Hesse		
Torsten Renz, CDU		go
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Martina Tegtmeier, SPD57		
Tino Müller, NPD		
Tillo Muller, NPD	- Drucksache 6/3299	00
P. o. o. b. Luco		99
Beschluss		00 100
	Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE	
	Minister Harry Glawe	
	Dagmar Kaselitz, SPD	
	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Antrag der Fraktion	Michael Silkeit, CDU	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Tino Müller, NPD	107
Unterrichtsausfall endlich transparent machen		
- Drucksache 6/3240 62	Beschluss	109

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen –
Kindergrundsicherung einführen
- Drucksache 6/3258 109
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE110, 113
Ministerin Birgit Hesse11
Bernd Schubert, CDU112
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 113
Ralf Mucha, SPD119
Michael Andrejewski, NPD 118
Beschluss129
Nächste Sitzung

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 75. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag zur Aufsetzung des Gesetzentwurfes der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3289 zum Thema "Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes" gestellt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 19 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/3288 vor.

#### Fragestunde

### - Drucksache 6/3288 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Der Minister für Inneres und Sport wird in Vertretung die Frage beantworten. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 1** zu stellen.

**Udo Pastörs**, NPD: Guten Morgen, Herr Caffier! Meine Frage:

 Wie hoch war die Einfuhr beziehungsweise die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen von Mecklenburg-Vorpommern nach Russland in Euro im 1. Halbjahr 2014?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum eigentlich nicht in Rubel?)

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Im 1. Halbjahr 2014 ist Russland nach Polen der zweitwichtigste Außenhandelspartner Mecklenburg-Vorpommerns gewesen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum Waren im Wert von 119,1 Millionen Euro nach Russland exportiert. Die Hauptausfuhrgüter waren Käse, Eisenwaren, Kaffee – ich weiß nicht, wieso Kaffee, aber jedenfalls ist das so aufgeschrieben -, Hebezeuge und Sperrholz. Also genau: Käse 13,6 Prozent, Eisenwaren 12,8 Prozent, Kaffee 10,2, Hebezeuge 10,1 und Sperrholz 10 Prozent. Im ersten Halbjahr 2014 wurden aus Russland Waren im Wert von 337,6 Millionen Euro importiert. Die Haupteinfuhrgüter waren Mineralölerzeugnisse mit 79,1 Prozent, Düngemittel 4,8 Prozent, Roheisen 3,6 und chemische Vorerzeugnisse 2,4 Prozent. Dienstleistungen zwischen beiden Ländern werden zahlenmäßig nicht erfasst und können daher nicht in die Gesamtbetrachtung mit einbezogen werden.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: Inwieweit gibt es im Hauptbereich des Außenhandels "Landwirtschaftliche Produkte" neben der großen Tonnage an Käse auch im

Bereich der Ausfuhr von Schweinefleisch unter der Berücksichtigung, dass schon seit Februar ein Importverbot aufgrund der bekannten Seuchengeschichte besteht, die die Russen dazu veranlasst hat, das nicht mehr zu importieren, die Hoffnung, dass das aufgehoben wird und eventuell als Ersatz für die Ausfälle und starken Rückgänge beim Käseexport genutzt werden kann?

Minister Lorenz Caffier: Gut, die Frage gebe ich weiter, bevor ich Ihnen jetzt eine zahlenmäßig falsche Antwort gebe. Aber es ist natürlich wichtig, dass der Stopp nach Möglichkeit relativ zügig aufgehoben wird, was diese Schweinefleischfrage, die in der Diskussion steht, betrifft, damit man hier einen gewissen Ausgleich hat. Ich gebe die Frage weiter, Sie kriegen eine schriftliche Antwort.

**Udo Pastörs**, NPD: Ja, sie braucht nicht schriftlich beantwortet zu werden. Ich bedanke mich schon dafür. Das ist nicht so wichtig. – Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, findet es Ihre Zustimmung, wenn ich jetzt von der Drucksache abweichend den Minister für Inneres und Sport die nächsten Fragen beantworten lasse, bevor ich dann die Frage des Abgeordneten Johann-Georg Jaeger aufrufe?

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe also auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport und bitte den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister! Frage 4:

4. Wie viele Polizeieinsätze hat es in den vergangenen drei Monaten in der Asylunterkunft in Anklam gegeben?

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! In der Gemeinschaftsunterkunft der Asylbewerber in Anklam gab es im Zeitraum vom 01.07. bis zum 11.09. sieben Einsätze der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, wobei wir, weil die Frage möglicherweise kommt, als Einsatz definieren, wenn Polizeibeamte unmittelbar in die Räumlichkeiten der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in Wolgast oder in Anklam eintreten. Ganz konkret: In Anklam waren es drei Abschiebungen, ein ruhestörender Lärm, einmal ein Körperverletzungsdelikt und einmal allgemeine Störungen und Streitigkeiten.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Frage 5:

5. Wie viele Polizeieinsätze hat es in den vergangenen drei Monaten in der Asylunterkunft in Wolgast gegeben?

Minister Lorenz Caffier: In der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Wolgast gab es im Zeitraum vom 01.07. bis 11.09. 16 Einsätze der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. In Wolgast waren das fünfmal Abschiebungen, dreimal ruhestörender Lärm, viermal

Körperverletzungsdelikte, dreimal allgemeine Störungsstreitigkeiten und einmal Diebstahl.

**Michael Andrejewski**, NPD: Eine Zusatzfrage: Ist es immer die Landespolizei, die dort zum Einsatz kommt, oder kommt es auch mal vor, dass da die örtliche Polizei Einsätze fährt?

Minister Lorenz Caffier: Die Landespolizei ist die örtliche Polizei.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

**Michael Andrejewski**, NPD: Ach so. Na gut, ich bin kein Polizeiexperte.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Kommunale Polizei, oder wie hat er sich das vorgestellt? – Peter Ritter, DIE LINKE: Was für ein Experte sind Sie überhaupt?)

Die Landespolizei, ja ...

**Minister Lorenz Caffier:** Die Kolleginnen und Kollegen, die da hinfahren, sind die Kollegen der jeweilig zuständigen Reviere im Rahmen ihrer ganz konkreten Aufgaben in dem jeweiligen Bereich.

**Michael Andrejewski**, NPD: Weitere Zusatzfrage: Also nicht im Sinne von Landeskriminalamt, sondern Landespolizei ist alle Polizei des Landes?

**Minister Lorenz Caffier:** Das sind Polizeiangehörige in dem Fall aus dem Revier Anklam beziehungsweise aus dem Revier Wolgast.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die Frage 6 zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

6. Wie werden sich nach Schätzungen der Landesregierung die Asylbewerberzahlen bis zum Ende des Jahres 2014 im Vergleich zum Vorjahr zahlenmäßig sowie prozentual in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die werden steigen. – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

**Minister Lorenz Caffier:** Herr Abgeordneter, im Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.08.2014 sind insgesamt 2.257 Asylbewerber eingereist. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 1.295 Personen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in seiner letzten Prognose vom 20. August dieses Jahres mitgeteilt, dass derzeitig bundesweit mit einem monatlichen Zugang von 16.000 bis 18.000 Erstantragstellern gerechnet wird. Dies bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern, dass wir monatlich circa bis zu 400 Personen aufnehmen werden. Auf Basis dieser Zahlen gehen wir davon aus, dass im Jahr 2014 circa 1.700 Asylbewerber mehr aufzunehmen sind als im Jahr 2013. Das würde eine Steigerung um 74 Prozent bedeuten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Menschen sind hier herzlich willkommen, Herr Müller. Nehmen Sie es zur Kenntnis!)

Tino Müller, NPD: Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD, die **Frage 7** zu stellen.

David Petereit, NPD: Guten Morgen!

7. Für welche Orte Mecklenburg-Vorpommerns und dort in welchen Ortsteilen sind künftig Sammelunterkünfte für Asylbewerber und/oder Asylanten mit welchen Kapazitäten vorgesehen und wann sollen diese von wem in Betrieb genommen werden?

**Minister Lorenz Caffier:** Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Herr Petereit, Sie haben die gleiche Frage auch in der letzten Landtagssitzung gestellt. Insofern berufe ich mich auf die Ausführungen in der Landtagssitzung im Juli zu der gleichen Frage.

Gegenwärtig ist die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Stralsund im Ortsteil Dänholm in Planung. Träger dieser Unterkunft wird der Landkreis Vorpommern-Rügen sein. Die Unterkunft soll nach aktueller Planung eine Kapazität von circa 180 Plätzen haben und voraussichtlich im Dezember dieses Jahres eröffnet werden. Der Betreiber der Einrichtung wird, wie das in den Fällen üblich ist, durch Ausschreibung gewonnen.

Darüber hinaus ist gegenwärtig die Errichtung zweier Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Rostock geplant, der auch Träger dieser Unterkünfte sein wird. Voraussichtlich im Dezember 2014 soll in der Südstadt in Güstrow eine Unterkunft mit einer Kapazität von circa 170 Plätzen eröffnet werden. Eine weitere Unterkunft soll im Frühjahr 2015 mit zunächst 68 Plätzen in Jürgenstorf eröffnet werden. Auch diese Einrichtungen erhalten ihre Betreiber über Ausschreibungen. Das ist der derzeitige Stand, wie wir ihn haben, was die Unterbringung der Asylbewerber betrifft.

**David Petereit**, NPD: Weitere Planungen sind Ihnen also nicht bekannt?

Minister Lorenz Caffier: Planungen haben wir, aber es gibt derzeit keine zwingende Notwendigkeit, solange sich die Zahlen nicht anders entwickeln. Dazu sind wir auch in Gesprächen mit den Landkreisen. Wir haben am Montag die Dezernenten der zuständigen Landkreise bei uns im Haus gehabt, um uns über die weiteren Entwicklungen und mögliche Standorte abzustimmen. Aber derzeit gibt es keine festen Planungen und auch keine vertraglichen Bindungen.

David Petereit, NPD: Diese losen Planungen sehen wie aus?

**Minister Lorenz Caffier:** Da es Planungen sind und es dazu bisher keine Vereinbarungen gibt oder auch Festlegungen, bleibt das derzeit nur im Gesprächsstadium.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der NPD Herrn Pastörs. Bitte schön.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Vorsitzende!

Herr Innenminister, ist bei Ihnen auf der Liste auch die Absicht, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für eine Liste?)

Auf der Liste, richtig, Herr Dr. Nieszery.

... ähnlich wie in Hamburg, wo kürzlich ein Hotel für 4 Millionen gekauft wurde, um Asylanten unterzubringen, Ähnliches auch hier in Mecklenburg-Vorpommern ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist in Köln gewesen, nicht in Hamburg.)

Auch in Hamburg.

... durchzuführen?

Minister Lorenz Caffier: Wir haben uns in Mecklenburg-Vorpommern sehr zeitig entschieden, zentrale und dezentrale Unterbringungen vorzunehmen, was sich jetzt dahin gehend positiv auswirkt, dass man auf solche Ausweichsituationen wie Hotels oder Zeltlager derzeit nicht angewiesen ist. Es ist derzeit nicht in der Planung, auch wenn es in einem Landkreis einmal eine solche ansatzweise Überlegung gegeben hat, dass wir Hotels oder ähnliche Einrichtungen als Asylbewerberunterkünfte umnutzen.

**Udo Pastörs**, NPD: Zweite Zusatzfrage, wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin: Welcher Landkreis war das, wo darüber nachgedacht wurde, eventuell so zu verfahren?

**Minister Lorenz Caffier:** Das ist, glaube ich, irrrelevant, welcher Landkreis das gewesen ist.

**Udo Pastörs**, NPD: Das ist nicht irrrelevant, das ist eine Frage von mir, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

**Udo Pastörs**, NPD: ... um deren Beantwortung ich Sie bitte, Herr Minister.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment! Herr Fraktionsvorsitzender Pastörs, laut unserer Geschäftsordnung Paragraf 65 ist das Kommentieren der Antwort der Landesregierung unzulässig.

**Minister Lorenz Caffier:** Ich beantworte Ihnen die Frage so: Das ist der größte Landkreis Deutschlands gewesen.

**Udo Pastörs**, NPD: Dann weiß ich Bescheid. Ich bedanke mich für diese verklausulierte Beantwortung.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich weise noch einmal darauf hin, dass das Kommentieren unzulässig ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Iernt der nie. – Martina Tegtmeier, SPD: Das interessiert ihn nicht.)

Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Ich komme jetzt zurück auf unsere Vorlage und rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infra-

struktur und Landesentwicklung und bitte dazu den Abgeordneten Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die **Fragen 2 und 3** zu stellen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Wie weit ist die Landesregierung mit ihren Arbeiten am Landesenergiekonzept fortgeschritten und wann wird das Ergebnis dem Landtag vorgelegt?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Jaeger! Der Entwurf für das Landesenergiekonzept, basierend auf den Entwürfen des Landesenergiebeirates, ist von mir als Minister zwischenzeitlich einmal komplett durchgearbeitet worden, insbesondere in der Sommerpause. Hierbei habe ich mich im Schwerpunkt, das war mir vor allem wichtig, auf die durch die Novellierung des EEG notwendig gewordenen Anpassungen konzentriert. Ich habe es für wenig sinnvoll gehalten, wenn wir aufgrund der EEG-Reform überholte Textpassagen darin stehen lassen. Das war also im Konzeptentwurf relativ umfangreich zu redigieren.

Die von mir vermerkten Anregungen habe ich den Kolleginnen und Kollegen während meiner Urlaubszeit in die Hand gedrückt. Auch dort sind zum Teil Urlaubsphasen, gleichwohl haben sie es jetzt weitgehend eingearbeitet und sehen selbst noch mal den Entwurf, doppelt hält besser, mit dem gleichen Ziel durch. Ich gehe davon aus, dass wir in den kommenden Wochen diesen nicht nur unerheblich überarbeiteten Entwurf noch mal in die Ressortabstimmung geben werden. Das wird erforderlich sein. Danach beabsichtige ich, mit dem Konzept auf den Landtag, seine Gremien und vor allem auf die Öffentlichkeit zuzugehen. Wenn ich jetzt einen Zeithorizont nach hinten nenne, dann nenne ich einen sicheren: zum Jahresende, bin ich mir sicher. Ich hoffe, dass wir es vorher schaffen.

**Johann-Georg Jaeger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Die nächste Frage:

3. Wann wird die Landesregierung – wie von ihr angekündigt – die gutachterlichen Grundlagen, die von ihr zur Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms (LEP) herangezogen wurden, sowie eine Dokumentation der vier Regionalkonferenzen veröffentlichen und ist geplant, die im Rahmen des Konsultationsverfahrens eingereichten Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen?

Minister Christian Pegel: Ich würde das gern mit den drei Punkten abschichten:

Das im Landesraumentwicklungsprogrammentwurf ganz ausdrücklich mit der Fußnote im Zusammenhang mit der Festlegung von marinen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergieanlagen zitierte Gutachten steht auf der Homepage des Ministeriums. Wenn Sie es suchen wollen, finden Sie auf der Startseite unseres Hauses rechts eine Reihe von Buttons. Einer davon ist ganz ausdrücklich die Landesplanung und mit dem zweiten Button gelangen Sie dann zu weiterführenden Informationen zur Fortschreibung des LEP, wo auch dieses Gut-

achten, das wir extra als Fußnote drin haben, ganz ausdrücklich nachgelesen werden kann.

Derzeit prüfen wir außerdem, welche weiteren Informationen – das sind nicht nur Gutachten, sondern verschiedenste Stellungnahmen, da müssen wir sehr genau abschichten und uns zum Teil auch zunächst mit den Absendern rückkoppeln, ob sie das als interne Stellungnahme verstehen oder ob es veröffentlichungsfähig ist –, die nicht unmittelbar mit Festlegungen im LEP zu tun haben, also nicht in der Fußnote zitiert sind als Quelle, veröffentlicht werden können.

Der dritte Punkt: Die Dokumentation zu den Regionalkonferenzen werden wir in Kürze an gleicher Stelle veröffentlichen. Das haben wir zum Teil externalisiert, wir versuchen, es auch ein bisschen zu systematisieren. Das, was wir Ihnen vorlegen, soll auch ein Stück weit nachvollziehbar bleiben.

Und die Originalstellungnahmen, das ist Ihr vierter Ansatzpunkt, des Beteiligungsverfahrens dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht einfach so eins zu eins ins Netz gestellt werden. Mit dem Beginn der zweiten Beteiligungsstufe wird dann aber eine sogenannte Abwägungsdokumentation, also eine Darstellung, was ist eingewendet worden, wie sind wir damit umgegangen, im Internet einsehbar sein, die allerdings deutlich anonymisiert die Rückkopplungen aus der ersten Stufe wiedergibt und versucht zu vermeiden, auch wenn kein Name dahintersteht, dass man schon aus dem Argument erkennen kann, wo es zwingend herkommen muss. Das wird dann aber vermutlich erst im kommenden Jahr sein, wenn die zweite Beteiligungswelle beginnt.

**Johann-Georg Jaeger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bin gerade informiert worden, dass die Fraktion der NPD beantragt hat, die Frage 8 an die Justizministerin schriftlich beantworten zu lassen. Die Justizministerin nickt, dann wird das so erfolgen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Bau und Tourismus und bitte hierzu die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die Frage 9 zu stellen.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

9. Führt das nun doch durchzuführende Raumordnungsverfahren für die Deponie Ramelow zu einer Aussetzung beziehungsweise gar einer Rücksetzung des gesamten Verfahrens?

Minister Harry Glawe: Auch Ihnen einen herzlichen guten Morgen, Frau Dr. Mignon Schwenke! Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern hat als oberste Landesplanungsbehörde entschieden, dass für die Deponie Ramelow ein Raumordnungsverfahren durchzuführen ist. Das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte als zuständige Planungsfeststellungsbehörde besitzt seit August davon Kenntnis. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen des Staatlichen Amtes, darüber zu befinden, ob es vor diesem Hintergrund das anhängige Planfeststellungsverfahren aussetzt. Eine Entscheidung darüber ist noch nicht getroffen.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage bitte: Wann rechnen Sie mit einer Entscheidung?

**Minister Harry Glawe:** Ja, das sind unabhängige Berater. Wir werden nachfragen, wann sie es vorhaben. Ich würde Sie dann darüber informieren.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich bedanke mich.

Minister Harry Glawe: Bitte.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich bitte nun den Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 10** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank.

Herr Minister!

10. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich der finanziellen Einbußen für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der Sanktionen gegen Russland?

Minister Harry Glawe: Nach Aussagen des Koordinators der Bundesregierung für die maritime Industrie werden die Sanktionen keine Auswirkungen auf die maritime Wirtschaft haben. Ich glaube, das ist erst einmal eine positive Botschaft. Die anderen Dinge sind vorhin schon durch den Innenminister vorgetragen worden. Durch die Sanktionen wird der Export von Käse, Gemüse und Obst in besonderer Weise im Bereich der Landwirtschaft dazu führen, dass Einbußen zu erwarten sind. Auch können Bereiche des Handwerks betroffen sein, weil sie als Zulieferer agieren.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: Was können Sie uns mitteilen in Bezug auf Auswirkungen für die Energiewirtschaft?

**Minister Harry Glawe:** Wir gehen davon aus, dass die Verträge gelten und dass im Bereich Gas und Öl die Verträge, die Russland mit Deutschland oder Deutschland mit Russland getroffen hat, eingehalten werden.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: In welchem Volumen ist zu erwarten, dass die handwerklich geprägte Zulieferung von Halbzeugen nach Russland leidet?

**Minister Harry Glawe:** Es gibt einzelne Unternehmen, die geliefert haben und die jetzt dadurch, dass auch in Russland Auswirkungen durch diese Sanktionen der EU zu verzeichnen sind und die Wirtschaftskraft in Russland etwas zurückgeht, in diesem Bereich auch in Mecklenburg-Vorpommern betroffen sind.

Udo Pastörs, NPD: Zahlen können Sie nicht nennen?

**Minister Harry Glawe:** Kann ich noch nicht sagen, das ist noch etwas zu früh.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich.

Minister Harry Glawe: Ich werde am Jahresende darüber informieren.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

Ich weise noch mal darauf hin, dass zwei Zusatzfragen zulässig sind.

Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Ich bitte die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 11** zu stellen.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Guten Morgen, Herr Minister!

11. Welche Überlegungen führten zu der Ankündigung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, die Verbandsklage für Tierschutzverbände einzuführen, obwohl die Koalition die Anträge der Fraktion DIE LINKE im Landtag 2011 und 2012 zu diesem Thema abgelehnt hatte?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Schwenke! Sehr geehrte Frau Präsidentin! In der Vergangenheit haben die Koalitionäre sowohl im Landtag Mecklenburg-Vorpommern als auch in der Landesregierung im Bundesrat die Initiative zur Einführung eines Verbandsklagerechtes für Tierschutzorganisationen abgelehnt. Das war so. Auf der anderen Seite arbeite ich seit Jahren – und das wissen Sie auch, ich glaube, durch die Informationen, die aus unserem Haus dazu in den Agrarausschuss eingebracht worden sind – am Thema "Mehr Tierwohl". Im Übrigen will ich ausdrücklich betonen, dass der Bundesminister viele Dinge, die wir eingebracht haben, auch gerade in seiner neuen Initiative voranbringt.

Die Einführung – und das war der Grund dafür – eines länderspezifischen Verbandsklagerechtes für Tierschutzorganisationen wurde aus meiner Sicht als wenig beziehungsweise nicht geeignet angesehen, weil wir keinen Flickenteppich wollten, sondern wir wollten auf Bundesebene dieses Klagerecht für die anerkannten Verbände in den Ländern. Im Übrigen wollten wir ein mit einer klaren Verbindung zur Bevölkerung entwickeltes Klagerecht. Es geht hier ausdrücklich nicht um Tierhaltungsanlagen, sondern es geht um Normen, die dabei überprüft werden sollen. Im Übrigen weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es mittlerweile fünf Bundesländer gibt, ein CDUgeführtes Bundesland gehört dazu, nämlich das Saarland, die dieses Klagerecht eingeführt haben.

Ich habe auch den Tierschutzbeirat des Landes Mecklenburg-Vorpommern gebeten, sich des Themas anzunehmen und eine Empfehlung an unser Haus zu richten. Ich will an dieser Stelle betonen, im Tierschutzbeirat ist der Deutsche Tierschutzbund beteiligt, aus Mecklenburg-Vorpommern mit zwei Stimmen im Übrigen der Bauernverband, der Landeszooverband, die Wissenschaft, die Landestierärztekammer, die Landeskirchen, der BUND und auch der Landkreistag. Das heißt, wir haben hier eine sehr breit geführte Diskussion in diesem Land.

Ich werde im Rahmen des Tierschutzplanes Mecklenburg-Vorpommern auch dieses Thema erneut aufwerfen. Bedauerlicherweise war mit der letzten Novelle zum Tierschutzgesetz kurz vor Ende der Legislaturperiode auf Bundesebene zwischen der CDU und der FDP, das wissen auch unsere Leute von der CDU hier im Land, im Jahr 2013 die Forderung nicht umsetzbar. Vielmehr wurden Vorgaben wie zum Beispiel der Schenkelbrand bei Pferden oder andere tierschutzrechtlich relevante The-

men nicht in das Tierschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

Sie können sich vorstellen, dass die Bilder, die in den letzten Wochen und Monaten über die Medien transportiert worden sind, mich auch dazu bewogen haben, diese Diskussion weiterzuführen. Vor diesem Hintergrund hat im Übrigen der Tierschutzbeirat meines Ministeriums mehrheitlich beschlossen, zeitnah abzuklären, ob auf Bundesebene die Einführung eines Verbandsklagerechtes vorgesehen wird. Ich werde das auch prüfen, weil der Bundesminister gestern gerade den Hinweis erteilt hat, dass Verbände stärker in diese Verfahren mit einbezogen werden.

Der Tierschutzbeirat hat auch infolge des damaligen Gesetzentwurfes, im Übrigen des Landes Nordrhein-Westfalen, eine unabhängige juristische Prüfung vorgenommen und insofern wird bejaht, dass dieses eine von verschiedenen Maßnahmen für mehr Tierwohl und mehr Tierschutz in Mecklenburg-Vorpommern sein kann. Genau das habe ich der Vertreterin, nämlich Frau Lenz, die Sie auch sehr gut kennen, dargestellt. Ich gehe aus den Erfahrungen der letzten Jahre und auch aus den Erfahrungen und Überzeugungen heraus, die ich persönlich gewonnen habe, davon aus, dass ein Verbandsklagerecht auf lange Sicht sehr wohl sinnvoll ist. Ich betone noch einmal, es geht hier nicht um das Verhindern von Tierhaltung, sondern es geht darum, diesen anerkannten Verband in die Diskussion mit einzubinden. Es hat sich aber auch ausdrücklich gezeigt die Skepsis und die Ablehnung beim Bauernverband.

Selbstverständlich habe ich zur Kenntnis genommen, dass es innerhalb der Koalition doch Diskussionsbedarf gibt und dass diese Diskussion im Moment scheinbar nicht zum Erfolg kommt. Nichtsdestotrotz gibt es eine klare Ansage: Dieses Thema liegt mir besonders am Herzen. Wir müssen hier mehr tun und wir müssen transparenter werden. Ich werde dieses auch weiter verfolgen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Ich schließe daraus, dass Sie weiter an dem Thema dranbleiben und das auch vorhaben. Meine Frage: Über welche Zeiträume reden wir jetzt?

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Schwenke, wir kennen uns wirklich ziemlich lange und auch gut genug. Ich glaube, dass es keinen Sinn macht, jetzt irgendetwas vom Zaun zu brechen, womit wir nicht den durchschlagenden Erfolg bekommen. Deswegen eignet es sich auch nicht für – bitte glauben Sie mir das – einseitige parteipolitische Diskussionen. Ich will ausdrücklich betonen, meine Fraktion im Deutschen Bundestag – ich habe das im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit auf die Tagesordnung gesetzt –, es war mit der CDU/CSU nichts zu machen, und das gleiche Bild haben wir hier.

Ich nehme auch positiv zur Kenntnis, dass die SPD, die GRÜNEN und die LINKEN sich im Juli 2013 ... die LINKEN sich damals enthalten haben

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?)

zu dem Antrag der SPD und dieser Antrag leider keine Mehrheit gefunden hat, was das Klagerecht anbetrifft.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist das Bohren von dicken Brettern und wir müssen versuchen, mehr für das Tierwohl zu machen. Insofern kann ich Ihnen allen nur noch mal sagen, auch denjenigen, die hier noch mal zu Wort kommen werden zum Thema Tierschutz: Sie haben es auf der MeLa gesehen. Ich glaube, ich kann an dieser Stelle noch mal sagen, was unsere Landwirtschaft in diesem Land wieder auf der MeLa gezeigt hat: 180 Rassen, 1.300 Tiere, im Übrigen auch modernste Stallhaltungsmethoden. Wir sind hier weiter, als manche glauben.

Und nicht umsonst freue ich mich wirklich sehr darüber – gucken Sie sich das Papier von Bundesminister Schmidt an –, dass er jetzt weite Teile unserer Initiativen übernimmt und in einem Gesamtkontext auf Bundesebene einbringen will. Da sind wir fest eingebunden und ich würde mir am liebsten wünschen, dass wir dieses Thema auf Bundesebene möglichst schnell lösen können. Denn man kann nicht nur über ein Staatsziel im Grundgesetz reden oder in der Landesverfassung, sondern man muss es dann auch ein Stückchen untersetzen.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich danke Ihnen.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich bitte nun den Abgeordneten Professor Dr. Fritz Tack, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 12 und 13** zu stellen.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

12. Mit welcher Position beziehungsweise welchen Initiativen war die Landesregierung an der Erarbeitung des ersten Zwischenberichtes der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenmarktpolitik beteiligt und welches ist der wesentliche Inhalt dieses Berichtes?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Professor Tack! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Also erstens ist das ganze Thema über die Koalitionsverhandlungen aufgenommen worden in den Koalitionsvertrag. Das heißt, Sie können fest davon ausgehen, dass das aus Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist, und das wissen Sie auch. Ich bin froh, dass wir in Potsdam auf der Agrarministerkonferenz diesen Zwischenbericht diskutiert haben und der Bund die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Bodenpolitik vorgestellt hat. Ich bin auch gerne bereit, das demnächst mal im Agrarausschuss darzustellen. Dazu wurden im Übrigen von den Ländern die entsprechenden Daten geliefert, davon aus Mecklenburg-Vorpommern sehr umfangreiche Daten zur BVVG-Problematik, wie Sie sich sicherlich vorstellen können.

Die Arbeitsgruppe hatte zunächst den Sachstand über den allgemeinen Bodenmarkt in allen 16 Bundesländern aufzunehmen. Ich glaube, das war gut und richtig so. Und es gibt auch interessante Aussagen darin.

Der Zwischenbericht umfasst im Übrigen und beschreibt die aktuelle Situation auf dem Bodenmarkt,

die ja sehr turbulent nach wie vor ist, nennt die Preisentwicklung für Kauf und Pacht von Flächen, er zeigt die Betriebs- und Eigentumsstrukturen auf, er stellt das derzeitige bodenmarktpolitische Zielsystem dar und das funktioniert eben nicht. Da sind wir uns hoffentlich einig. Und er beschreibt kurz auch zukünftige bodenmarktpolitische Ziele, nämlich die Aufrechterhaltung und Förderung einer breiten Streuung des Bodeneigentums als Garant für sozialen Frieden, im Übrigen auch die Vermeidung ganz klar marktbeherrschender Positionen auf regionalen Bodenmärkten. Welche Problematik da die BVVG spielt, will ich hier nur kurz angemerkt haben.

Und dann wurde ganz klar von uns gefordert der Vorrang von Landwirtinnen und Landwirten beim Flächenerwerb, die Sicherung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, die Begrenzung des Anstiegs von Kauf- und Pachtpreisen für landwirtschaftliche Nutzflächen und der Vorrang für eine landwirtschaftliche Nutzung der Agrarflächen insgesamt, aber auch die Verbesserung der Informationslage sowie die Markttransparenz auf dem Bodenmarkt.

Derzeit werden die einzelnen Themen, wie beispielsweise Umsetzung der Eingriffsmöglichkeiten in das Grundstücksverkehrsgesetz, die Grundstücksgröße und auch die Grunderwerbssteuer zur Ausübung des Vorkaufsrechtes auf Rechts- und Verwaltungsebene, erörtert. Dazu werden im Übrigen auch gerade aus unserem Bundesland die Daten geliefert. Und wir haben uns speziell noch mal mit der BVVG-Problematik an den Bund gewandt.

Die Arbeitsgruppe hat zunächst den Sachstand über den allgemeinen Bodenmarkt und so weiter aufzunehmen. Ich gehe davon aus, dass wir in Kürze, nämlich spätestens auf der Frühjahrskonferenz der Agrarminister dann ein endgültiges Ergebnis bekommen und dass dann auch auf Bundesebene gegebenenfalls Gesetzesinitiativen unverzüglich eingeleitet werden.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

Eine Zusatzfrage habe ich dann nicht, weil Sie die sozusagen schon beantwortet haben.

13. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dem Zwischenbericht zur Eindämmung der Preistreiberei der BVVG bei Pacht- und Verkaufspreisen für Acker- und Grünland?

Minister Dr. Till Backhaus: Wenn ich darauf antworten darf, die BVVG-Problematik betrifft ja leider nur die neuen Bundesländer oder die jüngeren Bundesländer, und man kann sich vorstellen, dass das dann im allgemeinen Kontext der Bundesrepublik Deutschland nicht so sehr beliebt ist. Aber im Vergleich dazu ist nach wie vor die BVVG der größte Bodenspekulant, wenn man es so will, in Mecklenburg-Vorpommern. Dies haben wir ausführlich vorgetragen und mit umfangreichen Daten untersetzt und damit auch in die Arbeitsgruppe eingegeben.

Ich sehe, um die Frage wahrscheinlich zu beantworten, den Gesprächen Ende September mit dem Bundesminister Schmidt, wofür ich beauftragt worden bin durch die Landesregierung, entgegen, um auch über die Privatisierungsgrundsätze erneut zu reden und die Frage der Übernahme der Flächen weiter voranzubringen.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Dazu habe ich eine Nachfrage: Welchen Stand haben denn die Verhandlungen zur Übernahme der Flächen?

Minister Dr. Till Backhaus: Diese Verhandlungen werden weitergeführt mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und ich hoffe, dass wir irgendwo langsam die Zielgerade erreichen, ob es überhaupt Sinn macht, die Flächen zu übernehmen, oder ob wir gegebenenfalls dann an den Privatisierungsgrundsätzen noch mal arbeiten müssen, und zwar schnell.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich bitte jetzt die Abgeordnete Dr. Ursula Karlowski, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die **Frage 14** zu stellen.

**Dr. Ursula Karlowski**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

14. Wie oft wurde seit Inkrafttreten des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes eine Ausnahmegenehmigung zum Umbruch erteilt, wie viele Hektar sind davon betroffen und wie definiert sich eine "unzumutbare Belastung", die unter anderem als Genehmigungsvoraussetzung für einen Umbruch im Gesetz erwähnt wird?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Frau Dr. Karlowski, ich kann das kurz machen. Es gab keine Anträge. Das Gesetz funktioniert und ich glaube, es ist ein großer Erfolg, dass wir keinen Grünlandverlust in diesem Land haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schön. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Dr. Ursula Karlowski**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay. Danke schön.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 15** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Brodkorb!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Minister!)

15. In welchem konkreten Umfang hat sich die Landesregierung an der Finanzierung des Festivals "Jamel rockt den Förster" in diesem Jahr beteiligt und in welcher Höhe wurden Fördergelder für die Veranstaltung zur Verfügung gestellt?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Müller! Die Landeszentrale für politische Bildung hat im Haushaltsjahr 2014 im Rahmen der Förderung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz Mittel des Landes in Höhe von 5.000 Euro für das Projekt "Jamel rockt den Förster" ausgereicht.

(Udo Pastörs, NPD: Könnte man aber noch ein bisschen drauflegen.)

Tino Müller, NPD: Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Gleichstellung inhaltlich und strukturell ausbauen – Zuständigkeit für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern verbindlich regeln, Drucksache 6/3256.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Gleichstellung inhaltlich und strukturell ausbauen – Zuständigkeit für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern verbindlich regeln – Drucksache 6/3256 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

**Peter Ritter**, DIE LINKE: Man sieht förmlich, wie die Pickel aufsteigen. Entschuldigung!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Verständnis über unterschiedliche Lebensformen, was Herr Pastörs nicht hat, Lebensmodelle, Orientierungen, Identitäten der Menschen in unserem Land und die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Vielfalt und nicht die Einfalt, damit diese Vielfalt tatsächlich gelebt werden kann, ist Grundlage für eine moderne und für eine tolerante Gesellschaft. Dieses Verständnis ist leider noch nicht in Gänze in unserer Gesellschaft angekommen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

wie uns Rechtspopulisten und Rechtsextremisten auch in unserem Land nahezu täglich demonstrieren.

Hürden, die zu beseitigen sind, gibt es noch zur Genüge. Die sind zum einen rechtliche Hürden für die tatsächliche Gleichstellung der Menschen im Land und die gleichberechtigte Existenz unterschiedlicher Lebensweisen. Die Frage ist, wie kann dies aufgebrochen und erreicht werden, damit es eben keine Vorbehalte und Vorurteile gegenüber denen gibt, die anders als der vermeintliche Durchschnitt leben. Die Antwort muss lauten, indem verschiedene Lebensmodelle und Identitäten selbstverständlich gleichberechtigt und gleichgestellt nebeneinander und miteinander leben können.

Untersuchungen gehen davon aus, dass mindestens vier Prozent der Bevölkerung in Deutschland offen schwul, lesbisch oder bisexuell sind. Eine weitere nicht konkret zu benennende Zahl von Menschen lebt als Transgender, die sich mit ihrer zugeschriebenen Geschlechterrolle nicht oder nicht vollständig identifizieren können, als

Transsexuelle mit dem Wunsch, als Angehörige des anderen anatomischen Geschlechts zu leben und anerkannt zu werden, als intersexuelle Menschen, die aufgrund von genetischen Besonderheiten körperlich schwer einem der beiden Geschlechter zuzuordnen sind.

#### (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle dem Landesverband für die Rechte von Lesben und Schwulen in Mecklenburg-Vorpommern, "Gaymeinsam" e. V. für seine Arbeit und sein Engagement danken, die Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Identität in ihren Belangen zu vertreten und das Sprachrohr für Homo- und Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuelle zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Die Hauptaufgabe des Landesverbandes ist es," so steht es auf der Internetseite, "für die Rechte der Lesben und Schwulen politisch und gesellschaftlich auf allen Ebenen aktiv zu werden. Hierbei sieht der Landesverband zwei wesentliche Schwerpunkte. Zum einen im Bereich der Jugend- und zum anderen im Bereich der Erwachsenenarbeit." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Im Kindergarten schon.)

Auf allen Ebenen also sehen auch wir die Notwendigkeit, aktiv zu sein, und da wir uns hier im Landtag befinden, natürlich auf der Ebene des Landtages und der Landesregierung, den nachgeordneten Behörden und in den Kommunen.

Die Zuständigkeit muss klar und transparent geregelt werden. Gleichstellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen, sondern die Gleichstellung aller im Land lebenden Menschen in ihrer Vielfalt. Die Vielfalt muss zunächst erkannt und benannt werden, bevor sie eines Tages, und das ist vielleicht noch eine Vision, grundlegend mitgedacht wird.

Wir brauchen in Mecklenburg-Vorpommern ein größeres Verständnis für unterschiedliche Lebensformen, Lebensmodelle, Orientierungen und Identitäten der Menschen. Und dabei sind wir alle gefordert. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Vielfalt tatsächlich auch gelebt werden kann. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Aufgabe der Landespolitik, mithin unsere Aufgabe.

Aus diversen Gründen, wie der nach wie vor bestehenden Alltagsdiskriminierung, der rechtlichen Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen, Homophobie und homophober Gewalt sowie der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Öffnung für das Thema ist es aus unserer Sicht dringend geboten, eine inhaltliche, administrative und damit auch personelle Zuständigkeit für die Belange der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, in der Landesregierung sowie in den nachgeordneten Behörden herbeizuführen.

Dies könnte zum Beispiel in der Leitstelle für Gleichstellung im Sozialministerium geschehen. Auch in den Kommunen muss die Gleichstellung von gleichge-

schlechtlichen Lebensweisen sowie die Beseitigung von Homophobie in eigener Verantwortung aufgegriffen werden. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte, das wissen wir, die in der Kommunalpolitik auch unterwegs sind, betreuen dieses Thema häufig mit. Aber weiß das die Bevölkerung? In den Tätigkeitsprofilen geht dies leider meistens unter. Und unter den Bedingungen unserer neuen großen Kreise ist es vor allen Dingen für die Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen eine kaum zu bewältigende Aufgabe.

Deshalb plädieren wir mit unserem Antrag dafür, in den kommunalen Körperschaften dafür zu werben, dass das Thema Homo-, Trans- und Intersexualität, Transgender und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen sowie Beseitigung von Homophobie als Angelegenheit auch der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung aufgegriffen und personell und sachlich entsprechend ausgestattet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe im März 2011 eine Kleine Anfrage auf Drucksache 5/4149 gestellt, wie das Thema in der Landesregierung verankert ist. Die Antwort war ernüchternd. Irgendwie sind alle Ressorts, aber dann auch wieder keines so richtig zuständig. Wenn es um homophobe Gewalt geht, dann ist es vermutlich das Innenministerium, wenn es um Jugendliche geht, offensichtlich das Sozialministerium mit der Abteilung Jugend. Wenn es um AIDS-Prävention geht, was natürlich Thema für alle sein sollte, unabhängig von der sexuellen Orientierung, ist es die Gesundheitsabteilung und so weiter und so fort.

Aber an keiner Stelle sind Kompetenzen gebündelt, um die Belange der Lesben, Schwulen, Transgender, transund intersexuellen Menschen in Gänze zu erfassen und umfassend zu vertreten. Das war in der 5. Legislaturperiode so und das ist eben auch jetzt noch so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern versteht sich als weltoffenes Bundesland, in dem Vielfalt und Toleranz gelebte Werte sein sollen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zuallererst: Die Belange von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen, und da stimme ich Herrn Ritter zu, sind eine Querschnittsaufgabe. Das gilt für die Gesellschaft insgesamt und das gilt für die Landesregierung. Und diese Landesregierung nimmt das Thema sehr ernst. Jedes Ressort kümmert sich innerhalb seines Aufgabenbereiches um dieses weite Themenfeld und es liegt selbstverständlich in der Natur meines Hauses, dass wir dem Gesamtkomplex Gleichstellung besondere Aufmerksamkeit widmen, schließlich berühren viele unserer Themen

auch den Alltag der Menschen mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen. Politik rund um Kindheit, Jugend, Familie, Job, Gesundheit, Alter und Pflege betrifft nun mal uns alle.

Schon seit Beginn der 90er-Jahre fördert das Sozialministerium den Landesverband der Lesben und Schwulen, "Gaymeinsam" e. V., und andere schwul-lesbische Vereine im Land mit rund 80.000 Euro pro Jahr. Und ja, mir ist auch klar, dass eine regelmäßige Finanzspritze noch keine Gleichstellungspolitik ausmacht. Das Sozialministerium und das Bildungsministerium engagieren sich deshalb seit 2012 gemeinsam mit der Polizei, Landkreisen, AOK, dem Verein LOBBI, den demokratischen Fraktionen und Parteien, dem Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und vielen Vereinen der Trans- und Homosexuellenarbeit im Netzwerk gegen Homophobie. Dieses Netzwerk mit seinen zahlreichen Akteuren – auch hieran sehen Sie, es geht um eine Querschnittsaufgabe – schafft Akzeptanz und Aufklärung.

Mit landesweiter Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die Augen und Köpfe der Menschen öffnen, denn wo kein Wissen ist, wachsen Vorurteile,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

wie eines der Kampagnenmotive besagt. Seit März dieses Jahres sitzen außerdem eine ressortübergreifende ministerielle Planungsgruppe und eine weitere mit Interessenvertretern besetzte Planungsgruppe daran, einen Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln.

Hinter diesem sperrigen Namen steckt vor allem ein Ziel: Der Kampf gegen Diskriminierung. Dafür brauchen wir zuerst detaillierte Informationen. Deshalb wird der Landesaktionsplan mit einer entsprechenden Studie starten. Zum Beispiel werden Fragen gestellt: Wie empfinden Sie Ihre Situation? Mit welchen Vorurteilen haben Sie zu kämpfen? Es wird außerdem darum gehen, die pädagogischen und sozialpädagogischen Fachkräfte zu schulen. Wie gehe ich um mit jemandem, der mit seinem Outing hadert, wie mit seiner Familie? Und auch der Landesaktionsplan wird sich an die Öffentlichkeit wenden, um sowohl gesellschaftliche Institutionen als auch die Gesellschaft selbst wacher und sensibler zu machen.

Wir alle sollten den Ergebnissen nicht vorgreifen. Sie können sich sicher sein: Mir ist dieses Thema auch ein persönliches Anliegen, für das ich auch gern Flagge zeige. Diese Belange als Querschnittsthema zu denken, heißt für mich, dass wir unsere Energie darauf verwenden müssen, die Köpfe der Menschen zu erreichen, denn genau da muss das Thema verankert werden und nicht in einer zusätzlichen Koordinierungsstelle. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz gleich, welche positiven Intentionen diesem Antrag zugrunde liegen, er regt mich in gewisser Weise auf. (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ach?! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja. Es wird von Ihnen, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, gefordert, etwas in die Gleichstellung einzubeziehen, was schon lange Bestandteil dieser ist, auch per Grundgesetz. Glauben Sie wirklich, meine Damen und Herren, dass das zuständige Ministerium der Gleichstellung nicht schon lange die von Ihnen benannte Personengruppe beachtet?

(Udo Pastörs, NPD: Zu wenig.)

Vielleicht haben Sie ja sogar noch ein paar von den Queers oder Queerinnen, wie sie sich nennen oder auch offiziell nennen dürfen, vergessen. Müssen wir nun für jede einzelne Minderheit oder jede einzelne sexuelle Orientierung personelle und strukturelle Voraussetzungen im Ministerium schaffen, damit Gleichstellung möglich ist? Vielleicht möchten die Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als nächstes, und ich übertreibe das jetzt mal ein bisschen, die personellen Voraussetzungen für die Gleichstellung von Veganern fordern?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was soll das denn?! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielleicht ist es Ihnen entgangen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist völlig unangemessen bei diesem Thema!)

Ich habe übertrieben, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihre Übertreibungen sind völlig unangemessen!)

Vielleicht ist es Ihnen entgangen, aber laut einer Pressemitteilung des Sozialministeriums vom 21.03. – und Frau Hesse hat es eben ja bereits gesagt – ist man dort dabei, einen Landesaktionsplan für bessere Gleichstellung und Akzeptanz

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, wo die CDU nicht mitarbeitet.)

sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erarbeiten, der bis Ende 2015 fertiggestellt werden soll.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Darin heißt es aber auch, es sei eine Querschnittsaufgabe – das haben Sie selbst eben gesagt, Herr Ritter –, bei der alle Ressorts einbezogen werden sollen. Darüber hinaus ist mir nicht bekannt, dass damit auch an einer bestimmten Ressortanbindung gearbeitet wird. Ob das Sinn macht, wage ich auch zu bezweifeln. Vielleicht aber, und das schlage ich hiermit vor, kann das ein Thema der nächsten Gleichstellungsberichterstattung sein.

Es ist klar, meine Damen und Herren, dass Homophobie auch in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern noch eine große Rolle spielt, sonst würden sich die Leute hier auch nicht so echauffieren. Vielleicht hören Sie sich mal den Song "Der Tag wird kommen" von Marcus Wiebusch an,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann weiß man, wo wir da tatsächlich stehen.

Ihre Forderung, liebe Fraktion DIE LINKE, ist nichts anderes als Sympathiebekundung, die schadet sicherlich niemandem, doch weiterbringen tut sie uns auch nicht. Außerdem müssen sich die kommunalen Körperschaften sowieso mit den Angelegenheiten dieser Personengruppe beschäftigen, denn die Lebenslagen der, ich mach das mal abgekürzt, LSBTTI-Menschen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dürften sich im Allgemeinen wohl nicht von den gesellschaftlich Üblichen unterscheiden. Bei den im Antrag aufgezählten Personengruppen handelt es sich vorwiegend um Menschen mit einer bestimmten sexuellen Orientierung und genau dieser Tatbestand ist ein weiterer Grund für meine einleitend genannte Aufregung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tatbestand?!)

Tatbestand ist vielleicht auch nicht so der richtige Ausdruck,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau, das ist nicht der richtige Ausdruck. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber gut, Sie wissen, was ich meine.

Ich finde in diesem Zusammenhang die Nennung von intersexuellen Menschen sehr bedenklich. Es handelt sich hier keineswegs allein um eine sexuelle Orientierung, Neigung oder seelische Entwicklung,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch wenn diese manchmal ein belastender Folgeaspekt ist, sondern um eine biologische Andersstellung.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Menschen sind mit einem nicht eindeutig zugeordneten Geschlecht geboren worden und es handelt sich um dramatische Schicksale für die Betroffenen selbst und bei Neugeborenen insbesondere für die Eltern. Hier seien die zahlreichen Operationen an Säuglingen genannt, die zu fatalen Entwicklungen führen können.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Intersexuellen Menschen gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen ein möglichst normales Leben von Geburt an ermöglicht. Hier ist mit der nicht mehr zwingenden Eintragung des Geschlechts im Geburtenregister bereits ein wichtiger Schritt gemacht worden. Diese Gesetzesänderung hat jedoch auch viele noch ungeklärte Fragen aufgeworfen und diese gilt es in Zukunft zu klären. Doch diese Fragen werden sicherlich nicht durch eine Umstrukturierung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales beantwortet werden können.

Dies sollte Ihnen, liebe Fraktion DIE LINKE, bewusst sein

Alles in allem kommt mir das schleichende Gefühl, dass Sie gar keine wirkliche Vorstellung von dem haben, was Sie da mal eben so fordern.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Dieser Antrag ist eher eine punktuelle und fachlich fehlgehende Provokation.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU wird den Antrag deswegen ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Guten Morgen, Frau Gajek!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Jetzt haben wir den Antrag von Herrn Ritter und auf den ersten Blick kann ich nur sagen, ja, wir brauchen mehr Verständnis, wir brauchen mehr Aufklärung. Gerade die Ausführungen von Frau Friemann-Jennert haben mich darin wieder bestärkt, dass wir da nicht aufhören dürfen, weil ich glaube, es gibt so viele Vorurteile, die dann zwar ein Stück weit bagatellisiert werden, und eine Leitstelle für Veganerinnen und Veganer dann bitte, wenn es schon korrekt ist, bringt es dann doch ins Lächerliche. Das, finde ich, ist einfach unerträglich. Ich hoffe, wenn wir die Anträge weiterdiskutieren – und es werden ja, denke ich, noch ein paar mehr in den nächsten zwei Jahren kommen –, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen.

Aber ich möchte jetzt zum Antrag kommen. Ich sage es schon mal vorweg: Wir werden um Überweisung in den Sozialausschuss bitten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wenn dem nicht stattgegeben wird, uns enthalten, und das hat Gründe, die möchte ich gern ausführen.

Herr Ritter, Sie wissen, dass wir am 30.05.2012 dem Netzwerk gegen Homophobie Mecklenburg-Vorpommern beigetreten sind, dass es seitdem eine interministerielle Arbeitsgruppe gibt. Die hat sich jetzt im Mai getroffen. Es gibt mehrere Arbeitsgruppen. Also da wird wirklich viel gemacht. Und deswegen hat mich dieser Antrag so ein Stück weit geärgert und ich habe mich schon gefragt: Was soll damit jetzt getan werden?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, deshalb haben Sie sich geärgert?!)

Ist es jetzt, weil wir vor der Sommerpause ja sehr emotional zur Regenbogenflagge diskutiert haben, um das hier

noch mal zu unterstreichen? Das kann ich dann verstehen. Aber ich denke, in dem Bereich ist Etliches getan.

Nicht die Kritik, sondern die Anregung, die ich habe, ist: Wollen wir mehrere Leitstellen haben, vielleicht auch für Menschen mit Handicap?

(Udo Pastörs, NPD: Mit Behinderung.)

Dann gibt es immer noch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die ja mal seinerzeit in der Staatskanzlei war. Oder geht es nicht eher darum, eine Diversity-Leitstelle zu haben,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

nämlich die Vielfalt der unterschiedlichen Identitäten unter einen Hut zu bringen, um dann für Gleichberechtigung, Vielfalt und vielleicht auch Willkommenskultur zu diskutieren?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich denke, das ist eine Aufgabe, der wir uns im Sozialausschuss stellen sollten, also wie sehen wir perspektivisch diesen Diversity-Ansatz, und der Kläransatz ist davon einer, ein wichtiger, ohne Frage. Aber einen wichtigen Bereich habe ich zum Beispiel noch vergessen, nämlich die Migration. Auch die Migrationsselbstorganisation fordert eine Leitstelle mit einem Integrationsbeauftragten.

Ich denke, das sind viele Punkte, die müssen wir ernstnehmen. Das ist unser Job hier. Und ich denke, da sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch dabei.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, sehr gut.)

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, dem der kommunalen Körperschaften. Das Anliegen kann ich verstehen und ich finde auch, dass wir uns hier einsetzen müssen, wie wir perspektivisch die soziale Arbeit vor Ort feststellen können. Aber wir wissen alle, und das hat gerade Schwerin gezeigt oder zeigt es immer wieder mit der Haushaltskonsolidierung, das sind Absichtsbekundungen. Damit kann man auch Begehrlichkeiten schüren. Aber die Frage ist: Was kommt perspektivisch dabei heraus? Ich denke, das ist eine Aufgabe, der müssen wir uns stellen, und wir müssen eben die Aufgaben, die sich die interministerielle Arbeitsgruppe stellt, verzahnen.

(Udo Pastörs, NPD: Nachhaltige Querschnittsaufgabe.)

Nämlich da geht es beispielsweise darum, Schulung und Sensibilisierung der jeweiligen Gleichstellungsbeauftragten als ein Programm. Das können wir mitinitiieren, ohne Frage. Die Aufnahme von Gleichstellung und Akzeptanz in die Firmenselbstverwaltung, den Faktor der Vielfalt auf den Weg zu bringen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

themenbezogene Fort- und Weiterbildung von Leitungskräften – ich denke, das sind alles Punkte, die wir machen müssen. Ob da eine Leitstelle in der Form so geeignet ist, weiß ich nicht. Oder gilt es nicht eher – weitergefragt –, alle die Punkte, die ich jetzt aufgeführt habe, mit den unterschiedlichen Identitäten als Programm zu verabschieden?

Ich denke, von der SPD werden wir da Unterstützung kriegen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Bei der CDU bin ich mir da eben nicht ganz so sicher.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Von daher sind solche Anträge natürlich gut, damit wir den Kessel am Dampfen halten, aber, wie gesagt, ich denke, um gerade die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe auch wertzuschätzen, sollten wir uns das in den Ausschuss ziehen, dort mal berichten lassen, wie der Sachstand zum Landesaktionsplan ist, wie die unterschiedlichen Arbeitsgruppen arbeiten. Es gibt ja auch Gesundheit, Kinder, Jugend, Polizei. Also es gibt da viele Ansätze und ich hoffe, dass wir das in den Ausschuss überwiesen bekommen. Hier kann ich ja vielleicht noch mal appellieren an die SPD, Flagge zu zeigen und den Koalitionspartner zu überzeugen, weil das tut nicht weh. Das ist eine Diskussion, das ist ein Prozess, den wir hier weiterführen müssen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

**Martina Tegtmeier**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Gajek, das unterstützen wir nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das unterstützen Sie nicht?! – Michael Andrejewski, NPD: Das ist enttäuschend.)

Als ich den Antrag gelesen habe und Herrn Ritter ja in Person hier sprechen hörte, habe ich mich erst mal gefragt, Sie haben diesen Verein "Gaymeinsam" sehr gelobt für seine Arbeit: Haben Sie mit ihm über diesen Antrag gesprochen? Ich glaube nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich, was denken Sie denn?! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Natürlich hat er das. – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich kann mir das ehrlich gesagt schwer vorstellen, denn im gemeinsamen Netzwerk, das hier ja schon mehrmals angesprochen wurde, meine ich, wäre die Vereinbarung, keine Parallelstrukturen zu schaffen, auch Inhalt der Gespräche gewesen. Und wenn man mit Betroffenen spricht, auch mit Leuten, die sich da sehr einbringen, und sich die bisherige Zuordnung, was ist zugeordnet zur Abteilung 2 des Sozialministeriums, anschaut, dann wird da gar keine Veränderung gewünscht, weil die Arbeit in Bezug auf die Förderung von Beratungsstellen und auf die Entwicklung des Landesaktionsplans als gut bewertet wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber wir könnten uns auch berichten lassen.) Dafür brauchen wir doch diesen Antrag nicht, Frau Gajek. Das können wir doch jederzeit machen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, dann machen wir das!)

Wir haben ein ganz klares Bekenntnis auch in diesem Hohen Haus mehrfach abgelegt, dass wir gegen jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, der Abstammung und so weiter, dass wir uns dem entgegenstellen und dies aktiv auch tun werden. Das Bekenntnis des Netzwerkes Homophobie hat das ganz klar noch mal formuliert und die meisten der demokratischen Fraktionen gehören diesem Netzwerk ja auch an,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die CDU nicht.)

nicht nur passiv, sondern durchaus aktiv. Und ebenfalls gehören diesem Netzwerk, das hat die Ministerin hier alles schon mal aufgezählt, Vertreter der Polizei, der Landkreise auch, also der kommunalen Ebene an, die Sie ja insbesondere noch mal mit Ihrem Antrag ansprechen, der Verein LOBBI, die demokratischen Fraktionen, sagte ich bereits, Parteien, der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, viele Vereine der Trans- und Homosexuellenarbeit.

Die nächste Sitzung ist ja am 08.12., den Termin haben Sie sicherlich auch in Ihrem Kalender stehen. Das ist genau die Stelle, an der der Landesaktionsplan auch intensiv besprochen wird. Wenn Sie eine inhaltliche und administrative Zuständigkeit für nicht heterosexuell orientierte Menschen im Land geregelt haben wollen, hat das für mich auch so ein bisschen ein Geschmäckle, Herr Ritter, muss ich sagen.

Wir haben 1994 in der Bundesrepublik Deutschland den Paragrafen 175 abgeschafft, auch weil endlich in den Köpfen angekommen war, dass den Staat eine sexuelle Ausrichtung seiner Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger nichts angeht.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Ihn geht das einfach nichts an. Wenn es natürlich aufgrund einer der sexuellen Orientierungen zu Diskriminierung, zur Ausgrenzung kommt, genau dann muss der Staat ansetzen und sich dagegen verwahren, dass die Intimsphäre der Menschen auf diese Art und Weise angegriffen wird. Der Staat soll also die Intimsphäre schützen und Angriffe gegen sie abwehren und die Landesregierung macht das. Zunächst erst mal als Querschnittsaufgabe nach innen, die Ministerin hat das ausgeführt, und nach außen macht sie es mit der Förderung der Beratungsstellen, und die, wie Sie wissen, mit der Aufstellung eines Landesaktionsplanes. Dieser muss zunächst aufgestellt werden, der muss besprochen werden und der muss auch Zeit zur Wirkung haben.

Im Zusammenhang mit der Förderung der Beratungsstellen und der Arbeit im Aktionsplan, das habe ich schon gesagt, ist nach Aussagen Betroffener nichts zu beanstanden. Und das ist sinnvoll, denn sobald man sich auf die Beratungsstellen der Jugendhilfe und die Förderpolitik bezieht, werden die Regenbogenfamilien ausdrücklich berücksichtigt.

Natürlich muss die Befassung mit Diskriminierung in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intersexuelle Menschen weit darüber hinausgehen. Das ist, glaube ich, keine Frage. Wenn man aber dazu kommt, die Leitstelle für Frauen und Gleichstellung vielleicht ins Auge zu fassen, um diesen ganzen Themenkomplex damit zu verorten, kann man, glaube ich, hier sehr unterschiedlicher Auffassung sein. Ich kenne viele Diskussionen, die das auch immer wieder angedacht haben.

Der Landesfrauenrat zum Beispiel mit seinen 45 Mitgliedsorganisationen hat darüber auch schon diskutiert, ob es sinnvoll wäre, das Spektrum der, ich sage mal, Zielgruppen dahin gehend zu erweitern. Davon nimmt man aber zurzeit noch Abstand und ich kenne das aus der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen ganz genauso, wenn man die originäre Aufgabe zunächst darin sieht, die Gleichstellung der Geschlechter Mann/Frau herzustellen, der Benachteiligung der Frauen entgegenzuwirken, die aufgrund ihres Geschlechts bestehen und nicht aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtungen, die damit ja erst mal noch nicht erfasst sind.

Ich denke, das ist eine Frage der Zeit. Man wird vielleicht schon mittelfristig tatsächlich dazu kommen, eine gemeinsame Stelle – vielleicht analog einer Antidiskriminierungsstelle, darüber haben wir hier auch schon mal diskutiert –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

zu installieren, und da vielleicht reicht das irgendwann aus.

Zurzeit sehe ich das allerdings überhaupt noch nicht so. Da würden wir natürlich, Frau Gajek, da haben Sie vollkommen recht, auch die Belange von Mitmenschen mit Migrationshintergrund genauso unter dem Thema Gleichstellung mit verorten. Zurzeit sieht die Mehrheit der Gleichstellungsbeauftragten des Landes und der Kommunen ihre Aufgabenschwerpunkte aber in diesem Zusammenhang nicht. Und deswegen sollten wir das auch zurzeit schön auseinanderlassen und an den entsprechenden Stellen intensiv bearbeiten. Ich glaube mal, der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, da hinzukommen, dass man das insoweit bündeln kann. Und die Gleichstellungsbeauftragten fühlen sich zurzeit nicht nur für die besonderen sexuellen Ausrichtungen von Frauen zuständig, sie fühlen sich schon gar nicht zuständig für die Benachteiligung von Männern, ganz egal, ob sie nun schwul sind oder nicht. Und wenn man sich die Historie anschaut, hatte ich schon gesagt, kann man das auch ganz klar nachvollziehen.

Die Landesregierung wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung, sei es aufgrund von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung, und meine Fraktion, die Fraktion der SPD, tut das auch.

Und, Herr Ritter, der zweite Punkt aus Ihrem Antrag war mir erst sehr sympathisch, weil ich die Probleme vor Ort natürlich auch kenne und weiß, dass es sogar Gleichstellungsbeauftragte gibt, weil dafür niemand zuständig ist im Kreis. Die nehmen das Thema einfach mit, auch wenn Sie nicht dahinterstehen, aber gerade auf kommunaler Ebene ist natürlich wirklich noch viel an Überzeugungs-

arbeit zu leisten. Ich hätte also diesem zweiten Punkt eventuell zustimmen können, wenn es eben kein Netzwerk gegen Homophobie gäbe. Wenn kein Landesaktionsplan in Arbeit wäre, dann hätte das wirklich Sinn gemacht, aber da es das Netzwerk gibt, da der Landesaktionsplan erarbeitet wird, an dem auch die kommunale Ebene mitbeteiligt ist und der genau darauf abzielen wird, dass die gesamtgesellschaftliche Verantwortung angesprochen wird auf allen Ebenen, kann meine Fraktion Ihren Antrag eigentlich nur ablehnen, und wir halten ihn ehrlich gesagt auch für ziemlich einfallslos. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Mal wieder ein Antrag, der sich für Homosexuelle,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja.)

für Lesben, Schwule und was sonst nicht noch für ethisch verwirrte Menschen hier ...

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Pastörs, bitte unterbrechen Sie Ihre Rede!

Ich möchte gleich im Vorfeld klarstellen, dass ich die Herabwürdigung, von wem auch immer, hier in diesem Plenarsaal nicht dulden werde. Solche Bemerkungen sind hier zu unterlassen und sollten Sie das jetzt noch einmal wiederholen, dann gibt es, wie Sie schon wissen, einen Ordnungsruf.

**Udo Pastörs**, NPD: Ich versuche, es so zu beschreiben, dass es denn gerade noch Ihren demokratischen Regeln entspricht.

Wir haben hier gerade wieder einen Antrag vorgelegt bekommen, wo also in den Vordergrund gehoben wird die Sonderbehandlung, die Gleichstellung, wie das dann plakativ getarnt wird, von Homosexuellen, von Lesben, Schwulen und was es da sonst noch so für feine Variationen auf diesem Gebiet gibt. Ich muss Ihnen sagen, Gott sei Dank leben wir hier in Mecklenburg-Vorpommern, nicht in Hamburg oder Berlin, und hier sind die Menschen noch ganz vernünftig und ganz natürlich geerdet. Deswegen ...

(David Petereit, NPD: Nicht alle.)

Nicht alle, aber die meisten Gott sei Dank, und deswegen braucht man so einen Antrag nicht.

Und wenn die Frau Ministerin richtigerweise sagte, dass man zunächst Zahlen braucht, wie das denn überhaupt aussieht mit Benachteiligungen von Schwulen und Lesben aufgrund ihrer sexuellen Orientierung,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da haben Sie wohl was verkehrt verstanden.)

da muss ich ihr zustimmen. Nur, Frau Ministerin, Sie sollten dann vielleicht auch, um die Sache etwas ausgewogener zu gestalten, mal verlässliche Zahlen beschaffen über die Gewalt gegen Kinder, besonders im homosexuellen Milieu. Sie sollten dann auch mal verlässliche Zahlen heranziehen im Bereich Gewalt und perverse Sexualpraktiken mit schweren Gesundheitsschäden, besonders bei jungen Männern, die sich wegen Geld als Stricher verkaufen. Sie sollten dann mal heranziehen die Zahlen – das gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern, diesen Strichertourismus, besonders aus Rumänien, ganz besonders in Berlin und Hamburg ausgeprägt –,

(Thomas Krüger, SPD: Was hat das mit Gleichstellung zu tun?)

wo bis zu 40 Prozent kleiner rumänischer Ortschaften sich bei jungen Männern auf den Weg machen, um im Westen sich zu verkaufen auf den sogenannten Schwulenstrichs oder in diesen ekelhaften Schwulenbars, die es in Berlin und Hamburg sehr ausgeprägt gibt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ekelhaft, Herr Pastörs!)

Das wäre mal eine Grundlage, auch aus gesundheitspolitischen Gründen alternativ nachzudenken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kennen wir ja, das kennen wir ja.)

Wir von der NPD sagen Ihnen, dass unser erstes Augenmerk nicht in jeder dritten Plenarsitzung ein Antrag für Schwule und Lesben sein muss,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sondern unser erstes Augenmerk muss auf die ganz natürliche Familie gerichtet sein, auf ein ganz natürliches Familienbild, was Gott sei Dank in Mecklenburg-Vorpommern noch vorhanden ist und an dem Sie kratzen wollen, weil Sie wollen diese, ich muss es wirklich sagen, diese ekelhafte Jauche installieren, die wir als NPD nicht wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ekelhaft, Sie sind ekelhaft! – Heinz Müller, SPD: Unglaublich hier!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Also, Herr Pastörs, bitte unterbrechen Sie ihre Rede!

Ich hatte es angekündigt, dass hier in diesem ...

(David Petereit, NPD: Hohen Haus.)

So, es ist ja bekannt, jetzt erst mal bekommen Sie Ihren Ordnungsruf.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Andrejewski, ich weise Sie darauf hin, wenn Sie jetzt hier anfangen, meine Rede zu kommentieren, dann erhalten auch Sie einen Ordnungsruf. Und, Herr Pastörs, wenn es jetzt noch zu weiteren Entgleisungen kommt, entziehe ich Ihnen das Wort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War er noch nicht fertig?)

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also wie ich schon sagte, das erste Augenmerk gilt der Familie, der ganz normalen von der Natur auch gewollten Verbindung von Mann und Frau, wie es das nur die Grundlage für die Zukunft eines Staatswesens sein kann. Ich will Ihnen nur ein kurzes Beispiel geben, wie auch über die Weltbank – wir hatten ja gestern von Entwicklungshilfe geredet – ein Weltbild installiert wird, mit sanfter Gewalt in folgender Form: In Uganda gibt es einen Staatspräsidenten, der heißt Yoweri Museveni, und dieser Mann hat dafür gesorgt, dass der Missbrauch, besonders von jungen Männern im Homomilieu unterbunden wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was hat das jetzt mit diesem Antrag zu tun?)

und hat ein Gesetz gemacht, was das unter Strafe stellt. Daraufhin hat die Weltbank sofort 90 Millionen US-Dollar Entwicklungskredithilfe gestrichen, damit dieses Gesetz gestrichen wird. Auf diesen Weg wollen Sie auch die Bundesrepublik Deutschland bringen. Wir stellen uns diesem entgegen und lehnen natürlich solch einen Antrag selbstverständlich ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Martina Tegtmeier, SPD: Das ist ja krankhaft!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Herr Ritter.

**Peter Ritter**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie notwendig es ist, dass wir uns auch hier im Landtag immer und immer wieder mit diesem Thema beschäftigen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Tja.)

hat der Redebeitrag des NPD-Fraktionsvorsitzenden eben noch mal deutlich gemacht,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

der von ekelhafter Jauche redet. Das ist ein Weltbild, Herr Pastörs, das in diesem Landtag nichts zu suchen hat, und wir werden das immer wieder bekämpfen und deutlich machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin den Vorrednerinnen der demokratischen Fraktionen sehr dankbar, dass Sie sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, und natürlich, Frau Tegtmeier, sind wir in enger Verbindung mit den jeweiligen Netzwerken. Auch da ist die Idee geboren, diesen Antrag hier im Landtag einzubringen. Und, Frau Gajek, ich kann verstehen, dass sie sich gewundert haben, dass wir diesen Antrag stellen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil wir das vereinbart hatten.)

weil Sie dieses Thema nicht selbst hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, wir hatten das vereinbart, dass wir daran arbeiten.)

Wer hat hier etwas vereinbart?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sorry, das ist vor der Sommerpause so gesagt worden.)

Und wenn wir irgendwo etwas vereinbaren, liebe Frau Gajek,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich halte mich eigentlich an Absprachen.)

wenn wir etwas vereinbaren ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, da waren Sie aber nicht da.)

Wenn ich nicht da bin, ist meine Mitarbeiterin zugegen, das ist bei uns so Usus.

(Martina Tegtmeier, SPD: Genau, genau.)

Wenn wir etwas vereinbaren, dass wir außerhalb dieses Landtages im Netzwerk mitarbeiten, bedeutet das doch nicht für meine Fraktion, dass sie nicht auch hier im Landtag politisch aktiv werden kann.

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da hätte ich aber mehr erwartet als diese beiden Punkte.)

Also, Frau Gajek ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben vielleicht ein anderes Verständnis.)

Ja, wir haben sicherlich ein anderes Verständnis. Hätten Sie den Antrag gestellt, wäre die Situation ganz anders gewesen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte ihn nicht gestellt.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Ritter.

Frau Gajek, Sie haben noch Redezeit. Wenn es das Bedürfnis gibt, hier irgendetwas klarzustellen, dann machen Sie das bitte auf dem anderen Weg.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, machen wir.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Frau Friemann-Jennert mit ihrer Auffassung in der CDU nicht allein ist, will ich an einem kleinen Beispiel belegen. Die Landesregierung in Niedersachsen hat im März dieses Jahres einen Antrag in den Niedersächsischen Landtag eingebracht zum Thema, das an Schulen verbindlich thematisiert wird, genau diese Problematik, über die wir jetzt hier reden. Und die Schulexpertin der CDU in Niedersachsen, Frau Bertholdes-Sandrock, sagt dazu, auf keinen Fall kann es sein, dass Schwule und

Lesben in den Klassen allein gegenüber den Kindern auftreten.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das ist also nicht so sehr allein ein Problem der hiesigen CDU-Fraktion, dass man unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema hat und auch eine gewisse Abneigung zeigt, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen. Auch das ist ein Grund, dass wir uns immer und immer wieder mit dieser Thematik beschäftigen müssen in Netzwerken und im Landtag.

Ich bin vor allen Dingen der Frau Ministerin sehr dankbar, dass Sie hier den aktuellen Arbeitsstand dargestellt hat. Ich habe darauf verwiesen, dass wir im März 2011 eine Kleine Anfrage dazu gestellt haben. Sie sehen also, dass wir uns auch gegenseitig hier treiben in dieser Frage, was wichtig ist. Und weil mir dieses Thema so wichtig ist, will ich vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion nicht in eine Situation bringen, einem Antrag nicht zuzustimmen, von dem sie inhaltlich eigentlich überzeugt sind, weil wir gemeinsam an dieser Problematik arbeiten.

(Heinz Müller, SPD: Oooh!)

Ich ziehe deshalb unseren Antrag zurück,

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

verbunden mit der Bitte, dass wir im Sozialausschuss federführend

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und in allen Fachausschüssen, weil es eine ressortübergreifende Aufgabe ist, uns mit dieser Problematik beschäftigen und vor allen Dingen das Sozialministerium bitten, in den Ausschüssen über den aktuellen Sach- und Arbeitsstand zu informieren, damit wir dann gemeinsam auch hier im Landtag und in den Netzwerken an dieser Problematik arbeiten können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Antragsteller hat soeben seinen Antrag zurückgezogen, von daher hat sich eine Abstimmung darüber erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tierleid beenden – "Erlass zum Umgang mit Saugferkeln" korrigieren, Drucksache 6/3261.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tierleid beenden – "Erlass zum Umgang mit Saugferkeln" korrigieren – Drucksache 6/3261 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gerkan.

**Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Sie, Herr Minister, in der vergangenen Woche als Teil einer Pressemitteilung Ihre tierschutzpolitische Bilanz vorlegten, da wusste ich einen Moment ehrlich gesagt nicht, ob ich lachen, weinen oder mich gar fremdschämen sollte.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Es ist doch unglaublich, dass Sie nach all den Jahren,

(Thomas Krüger, SPD: Da haben Sie wieder etwas nicht verstanden.)

in denen Sie als Landwirtschaftsminister tätig sind – es sind insgesamt nun schon 16 Jahre –, nur eine locker gedruckte DIN-A4-Seite vorlegen konnten, die noch dazu etliche Punkte enthält, die gar keine konkreten Fortschritte im Tierschutz markieren. Haben Sie denn zu diesem Thema nichts anderes vorzuweisen, als wiederholt am Begriff "Massentierhaltung" herumzumäkeln, der ja, wie Sie immer wieder betonen, angeblich nicht definiert ist, was im Übrigen nicht der Tatsache entspricht?

(Thomas Krüger, SPD: Definieren Sie das doch mal bitte!)

Ich habe von Ihnen anlässlich der MeLa erwartet, und erwarte das auch heute von Ihnen, dass Sie berichten, was Sie nun endlich tun wollen, um nicht ständig den Initiativen anderer Bundesländer in puncto Tierschutz, insbesondere Nutztierhaltung, hinterherzuhinken – Initiativen, die sich beispielsweise um mehr Bewegungsfreiheit von Schweinen kümmern, die wir Bündnisgrüne gefordert

(Burkhard Lenz, CDU: Reden Sie mal die Rede vom 5. September des letzten Jahres des Ministers!)

und die Sie abgelehnt haben, oder die gegen das Schnabelkürzen von Geflügel sind.

Bedauerlicherweise finde ich in diesem Zusammenhang auf Ihrem Zettel nicht das, was Sie jüngst erfreulicherweise verkündet haben, nämlich dass Sie auf dem Deutschen Tierschutzbund auf Landesebene ein Klagerecht in Sachen Tierschutz einräumen wollen. Ich hoffe, dass Sie zu diesem Thema von Ihrem kleinen Koalitionspartner CDU nicht dauerhaft einen Maulkorb verpasst bekommen oder sich verpassen lassen und zumindest in diesem Punkt nennenswerte Fortschritte erzielen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Passen Sie auf, was Sie sagen!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment bitte, Frau Gerkan.

Ich kann bis jetzt nicht erkennen, inwieweit Sie in Ihrer Einbringungsrede diesen Antrag begründen. Der heißt nach meinem Verständnis "Erlass zum Umgang mit Saugferkeln' korrigieren". Wenn Sie jetzt bitte zum Thema kommen würden?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf aus dem Plenum: Genau.) **Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist meine Einleitung und das bleibt mir überlassen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Nee, eben nicht.)

Und ich komme sehr gerne zum Thema.

Wenn es um nennenswerte Fortschritte im Tierschutz geht, bin ich auch schon direkt beim Thema, denn den "Erlass zum Umgang mit Saugferkeln" in der Tierproduktion können wir leider nicht als "nennenswerten Fortschritt" in einer wichtigen Frage des Tierschutzes bezeichnen. Er ist nichts weiter als eine Beruhigungspille, die nichts weiter sagt, als: Hallo Leute hier in der Öffentlichkeit, wir tun etwas!

Zum Werdegang: Bereits Ende vergangenen Jahres hatte der Druck von brutalen Bildern aus Nutztierställen die Landesregierung veranlasst, den Umgang mit Saugferkeln in einem Erlass zu regeln. Doch weitere Bilder und Berichte folgten, nun auch klar ersichtlich aus einer der größten Anlage in Mecklenburg-Vorpommern, der Gut Losten GmbH bei Wismar. Unsere Fraktion stellte daraufhin am 28. Juli 2014 an die Landesregierung eine Kleine Anfrage zum rechtswidrigen Töten von Ferkeln in Schweinezuchtanlagen. Bis heute, also sieben Wochen später, ist sie nur zu Teilen beantwortet.

In jener Zeit arbeitete das Ministerium nicht an der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage, sondern – wie sich dann herausstellte – an einem erweiterten Ferkelerlass, den es am 19. August im Gegensatz zum Vorgängererlass veröffentlichte und mit dem es Aktivität vorweisen wollte. Nun ist zunächst einmal zu begrüßen, dass Sie sich bemühen, in einer nicht ganz einfachen Frage des Umgangs mit Nutztieren nachvollziehbare Regeln zu finden und diese Regeln auch transparent machen zu wollen, zumal diese Regeln durch Richtlinien, Gesetze und Verordnungen nicht exakt genug vorgegeben sind. Aber dort, wo es genaue Vorgaben gibt, sollte man sie auch entsprechend umsetzen, statt nach eigenem Gutdünken neue Interpretationen des Gesetzes in die Welt zu setzen.

So ist einer unserer Kritikpunkte, dass Sie im Erlass eine neue Unterkategorie "Saugferkel bis 2 kg" schaffen, die so in der maßgeblichen Tierschutz-Schlachtverordnung schlicht und ergreifend nicht existiert. Dort gelten die Regelungen für die Anwendung der Betäubung, also dem Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf generell für Ferkel bis fünf Kilogramm. Saugferkel bis zwei Kilogramm können also nach Ihrer Meinung weiterhin an den Läufen gegriffen und mit dem Kopf gegen – so, wie es im Erlass beschönigend heißt – nicht federnde Flächen geschlagen werden, und das, obwohl uns die Bilder aus den Ställen vor Augen führten, dass genau dies ein Verfahren ist, das die Tiere nicht betäubt, sondern in vielen Fällen schwer verletzt oder auch gleich tötet.

Doktor Guntram Wagner, Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, bezeichnet in einem Zeitungsinterview das Erschlagen der Ferkel als Verfahren, bei dem die Tiere gleichzeitig betäubt und getötet werden. Diese widersinnige Formulierung ist ein Beispiel dafür, wie sich all jene, die die gezeigte Praxis durchführen und sie tolerieren, bemühen, eine rechtswidrige Praxis mit dem

Hinweis, man hätte es doch schon immer so gemacht oder das sei für das Tier das Beste, zu legitimieren.

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben es nicht verstanden.)

Bei all diesen verbalen Verrenkungen wird doch eines unterschlagen, was jeder Schweinehalter im Zwiegespräch bestätigt: Ferkel werden so, wie auf den Videobildern zu sehen, Tag für Tag erschlagen, und das landesweit in großer Zahl und nicht im Einzelfall.

(Burkhard Lenz, CDU: Das ist eine Sauerei, was Sie da erzählen. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dies wird als übliches Verfahren auch von Behörden akzeptiert. Da geht es erst mal gar nicht um die Frage, ob das in großen oder kleinen Ställen passiert, in ökologischen oder konventionell geführten, ob es sich um überlebensfähige oder nicht überlebensfähige Ferkel handelt.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch dargestellt im Erlass.)

da geht es erst mal um die Frage, ob es dem gesetzlich fixierten Tierschutzgedanken entspricht, Tiere auf eine Weise zu töten oder töten zu wollen, die nicht sicher zum Tode führt. Die Tierschutz-Schlachtverordnung sagt dazu ganz klar: Nein. Tiere dürfen nicht auf diese Art und Weise, sondern erst nach Betäubung durch einen gezielten Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf eine bestimmte Region des Tierkopfes getötet werden.

So ist unser Hauptkritikpunkt, dass der neue Erlass den Schlag gegen die Wände als geeignete Betäubungsmethode zulässt, obwohl das von der Tierschutz-Schlachtverordnung ausgeschlossen wird. Laut Tierschutz muss der betäubende Schlag auf den Kopf erfolgen und nicht umgekehrt. Das aus gutem Grund. Nur durch den Schlag mit einem Rundholz auf den Kopf kann die richtige Kopfregion getroffen werden, um so eine wirkungsvolle Betäubung und damit Schmerzausschaltung zu garantieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Landwirtschaft müssen wir endlich den Trend stoppen, der dahin geht, Tiere wie empfindungslose Gegenstände zu behandeln. Respekt vor dem Leben und die Einhaltung ethischer Grundsätze sind nicht verhandelbar und dürfen nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten abgewogen werden.

In einem industriellen Agrarsystem wird mit immer größeren Anlagen, mit schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, dem Druck nach weiterer Rationalisierung bei starker Nachfrage von billigem Fleisch weitere Verrohung hingenommen. Wir brauchen offenbar wieder klare Regelungen im Umgang mit den Tieren. Nichts ist dort mehr selbstverständlich. Nur ein korrekt und unmissverständlich formulierter Ferkelerlass taugt dabei als Richtschnur für die Tierhalter. Allerdings werden Anlagen mit 2.000 und mehr Schweinen, wie sie in Mecklenburg-Vorpommern üblich sind, auch in Zukunft die größten Schwierigkeiten haben, diesen Erlass umzusetzen.

(Katharina Feike, SPD: Woher wissen Sie das?)

Wenn wir zueinander ehrlich sind, dann wissen wir, dass billiges Fleisch unter anderem auch nur dann möglich ist, wenn es eben keine aufwendigen Tötungsmethoden gibt, die aber tierschutzgemäß wären. Jede Regel mehr, die dem Tierwohl dient, wird uns als Verbraucher fordern, denn sie muss mit einem höheren Preis für das Produkt gegenfinanziert werden. Deshalb ist nicht allein aus Tierschutzgründen die beste Investition, gerechte und angemessene Preise für Fleisch und Fleischprodukte aus tiergemäßer Haltung zu zahlen. Weil dies trotz immer neuer Ungeheuerlichkeiten, die wir aus der industriellen Tierhaltung erfahren, noch viel zu wenig geschieht, haben es all jene Landwirte schwer, die sich bewusst gegen dieses System der intensiven Nutztierhaltung entscheiden.

Wir dringen mit unserem heutigen Antrag darauf, dass am Anfang dieser Kette an notwendigen Schritten für mehr Tierschutz erst einmal die gesetzlichen Regeln des Tierschutzes korrekt eingehalten und dargelegt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Auszeit von 15 Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung bis 10.45 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 10.26 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert. – Der Ältestenrat wird einberufen.)

Wiederbeginn: 11.07 Uhr

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir befinden uns im Tagesordnungspunkt 19. Die Begründung für den vorliegenden Antrag ist gegeben worden.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der zuständige Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Pause auch genutzt, um uns angeregt mit den Besuchern zu unterhalten. Deswegen möchte ich Ihnen, Frau Gerkan, noch mal Folgendes an die Hand geben und vielleicht auch die Hand reichen.

Eines ist für uns alle in diesem Hohen Haus klar – ich hoffe das jedenfalls –: Tierwohl ist nicht allein eine Frage der Haltungssysteme, sondern Tierwohl ist immer eine Frage der Achtung vor der Schöpfung. Wer mit dem Geschöpf nicht richtig umgeht, der hat ein Problem in Mecklenburg-Vorpommern.

Tierwohl ist natürlich auch eine Frage des Umgangs mit Lebensmitteln. Wer nicht vernünftig mit Lebensmitteln umgeht, der trägt die volle Verantwortung, wenn wir immer wieder mit solchen Problemen konfrontiert werden. Sehr wohl ist Tierwohl auch eine Frage der Haltungssysteme, und daran arbeite ich wirklich seit Jahrzehnten, und zwar auch damals in der Oppositionsrolle. Deswegen macht es mich manchmal ein bisschen traurig, wenn ich dann angegriffen werde, so nach dem Motto: Was hat denn der hier in den letzten 15 Jahren geleistet?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Man muss auch nicht immer alles so persönlich nehmen.)

Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt auf das konzentrieren, was den Antrag ausmacht. Ich bin im Übrigen, Frau Gerkan, manchmal auch etwas verwundert: Einmal reden Sie zum Thema Landwirtschaft, dann Frau Dr. Karlowski.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lassen Sie sich dadurch nicht verwirren, Herr Backhaus!)

Das ist eine interne Aufgabe bei Ihnen, aber mein Wunsch wäre schon, dass man versucht, das irgendwo in einer Hand zu bündeln.

Ich bin wirklich davon ausgegangen und habe Ihnen immer wieder – auch Ihnen persönlich, Herr Suhr – angeboten, dass Sie selbstverständlich, wenn es den Bedarf gibt, mehr Informationen zu bekommen, auf unser Haus oder auf mich zugreifen können. Und wenn ich ...

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Teil haben wir es ja auch gemacht.

Aber eins muss man konstatieren, meine Damen und Herren: Wer wirklich ein ernsthaftes Interesse am Schutz der Tiere hat und dazu auch einen Beitrag leisten will, der muss zur Kenntnis nehmen, dass dieser Antrag völlig überzogen ist.

Beim Lesen des Antrages und der Antragsbegründung sind mir wirklich erhebliche, ich betone, erhebliche Zweifel am grünen Streben nach mehr Tierschutz oder Tierwohl gekommen. Erst letzte Woche auf der MeLa musste ich wieder feststellen, dass die GRÜNEN kaum an einem Dialog interessiert sind. Sie sind entweder auf der Demonstration – wo ich noch nicht mal ein Rederecht hatte –, und zwar gegen Tierhaltung ...

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren Mitorganisator, wir haben das dann auch im Übrigen geregelt.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein! Nein! – Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will für dieses Haus nur einmal eine Feststellung treffen: Sie haben gar kein Interesse am Dialog, sondern Sie wollen dieses Land in die Konfrontation schicken. Das ist das Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie sind entweder auf der Demonstration gegen Tierhaltung gewesen

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder wir haben uns auf dem Landesbauernball getroffen, als es etwas zu essen und zu trinken umsonst gab,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Ooh!)

aber bei den Landwirten selber habe ich Sie nicht gesehen. Ich betone das: Bei den Landwirten habe ich Sie nicht gesehen! Und Sie haben eben auch interessanterweise die von Ihnen,

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: War Frau Gerkan beim Bauernball? – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben eben ausdrücklich ...

Frau Präsidentin?!

(allgemeine Heiterkeit)

Ich nehme noch mal zur Kenntnis, dass ich Sie bei den Landwirten vor Ort nicht gesehen habe.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und beim Bauernball?)

Damit haben Sie wieder,

(allgemeine Unruhe)

damit haben Sie wieder,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich war auf der MeLa.)

Sie haben damit wieder eine Chance vertan,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich war ein blinder Fleck.)

denn die MeLa hat sich aus meiner Sicht und tiefen Überzeugung – auch das, was unser Haus da geleistet hat.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Fragen Sie doch die Verbandsvertreter, mit denen ich gesprochen habe!)

bei den Vorbereitungen und in den Umsetzungen – zu einer sehr erfolgreichen Messe entwickelt, im Übrigen auch zu einem erheblichen Diskussionsforum.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

So konnte ich persönlich sehr lange mit den Schweinehaltern auf der MeLa viele sehr gute Gespräche führen und diese sind ja heute in einer massiven Kritik.

Ich sage hier noch mal ausdrücklich: Ich stelle die Landwirte nicht wie Sie unter Generalverdacht. Das ist im Übrigen auch ein Problem für Sie.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir nie getan, Herr Backhaus.)

Sie stellen die Bauern, die Landwirte, die tagtäglich für uns die Lebensmittel in höchster Qualität und bester Grundlage liefern, die stellen Sie unter Generalverdacht.

> (Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mecklenburg-Vorpommern war im Übrigen das erste Bundesland, das seine Agrarförderung – das ist hier ja auch deutlich geworden – an deutlich mehr Tierschutz gebunden hat. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Danach sind andere hinterhergekommen. Ich habe das bereits im Jahr 2011 umgestellt. Diese Strategie wird konsequent bis 2020 fortgesetzt. Und wir werden zum Teil von den grünen Bundesländern kopiert. Sprechen Sie doch mal mit Herrn Remmel in Nordrhein-Westfalen! Sprechen Sie mit Herrn Meyer in Niedersachsen oder sprechen Sie auch mit Ihrem zuständigen Minister in Schleswig-Holstein! Die haben unseren Erlass in weiten Teilen so übernommen, wie er da steht.

Auch lobt man im Übrigen die Zusammenarbeit mit uns und den grün geführten Ländern, insbesondere Niedersachsen, aber auch Schleswig-Holstein im Tierschutzbereich. Das kann wohl, mit Verlaub, Frau Gerkan, kein Desaster sein. Ich bitte Sie, nehmen Sie das hier zurück und erklären Sie mir, wo wir miteinander ein Problem haben! Das einzige Desaster ist, dass Sie solche Auseinandersetzungen vom Zaun brechen. Das tut diesem Haus und der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht gut.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich betone noch mal: Dies eignet sich nicht für ideologische Grabenkämpfe. Da haben wir im Osten, die wir hier aufgewachsen sind, bessere Erfahrungen als Sie alle zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

Als Allererstes empfehle ich Ihnen, der gesamten GRÜ-NEN-Fraktion, noch mal ausdrücklich das ruhige und vollständige Lesen der vorgegebenen Leitlinien meines Hauses einschließlich der Anlagen, der Bundesgesetze und der Bundesverordnungen sowie der einschlägigen EU-Vorgaben.

> (Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das haben wir ja getan! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie den Wunsch haben, die noch mal zu bekommen, kriegen Sie die. Es ist zwar anstrengend, aber Sie können mir glauben – ich habe das mehrfach in meinem Urlaub getan –,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber offensichtlich nicht eingehend genug.)

das ist anstrengend, aber das Sprichwort "Lesen bildet" kann ich Ihnen nur empfehlen.

Ferner biete ich Ihnen zum wiederholten Male an: Nehmen Sie Kontakt zu den Fachleuten innerhalb des Landes auf! Ich nehme im Übrigen auch den Agrarausschuss ausdrücklich positiv zur Kenntnis, dass er Exkursionen macht, um für Sie das Wissen zu erweitern. Nehmen Sie auch die Fachleute an die Hand, so, wie das in anderen Bereichen – wenn ich Herrn Jaeger da betrachte – hervorragend läuft, wo man sich in der Sache auseinandersetzt und Lösungen findet! Das ist im Übrigen die Aufgabe der Opposition, Vorschläge zu unterbreiten und nicht nur sinnlos auf irgendeinem Thema herumzuschlagen, um Publicity zu erreichen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Antrag strotzt vor Vorschriften. Die müssen Sie nur aufgreifen.)

Ja, darauf komme ich ja noch.

Leider muss ich hier und heute einschätzen, dass es an einer solchen fachlichen Zusammenarbeit fehlt und Sie auch gar nicht interessiert sind. Die Gesprächsangebote meines Hauses zum Beispiel ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist doch eine Unterstellung!)

Ja, ich komme jetzt mit dem Beispiel. Hören Sie ganz ruhig zu, Frau Karlowski!

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber eins ist klar: Die Gesprächsangebote zur Antibiotikaproblematik haben Sie schlichtweg ausgeschlagen.

Doch wenn wir hier weiterkommen wollen, dann sage ich auch noch mal eins sehr klar: Ich bin stolz darauf, dass es auf Grundlage unserer Anträge der Sozialdemokratie dieses Landes dazu gekommen ist, dass das Staatsziel im Grundgesetz verankert worden ist, wir die Abschaffung der Käfighaltung durchgesetzt haben oder dass wir viele, viele Maßnahmen zum Wohle der Tiere in Deutschland vorangebracht haben. Das war im Übrigen immer eine Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern, da waren Sie noch gar nicht da.

Daher wurde gestern erst die Tierwohlinitiative des CSUgeführten Bundesministeriums in zahlreichen Punkten, die aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, tatsächlich eingeführt. Ich möchte darauf hinweisen. Einführung des Tierhaltungs-TÜVs: Seit Jahren, seit 2007 – im Übrigen unter Frau Künast – hatten wir diesen Vorschlag unterbreitet. Umgesetzt hat sie es nicht. Nimmt man das so ernst, den Tierschutz? Oder ging es um Ideologie?

Oder die Einführung von Tierschutzindikatoren – ein Vorschlag aus Mecklenburg-Vorpommern – wurde bereits unter Frau Künast diskutiert, umgesetzt hat sie es nicht. Wir haben es jetzt in die Koalitionsvereinbarungen

hineingeschrieben. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir gerade in der norddeutschen Kooperation mit den SPD-geführten Ländern und Ihren Kolleginnen und Kollegen aus diesen Ländern eine sehr gute und enge Zusammenarbeit haben. Mehr Verantwortung für die Verbände steht in dem Papier von Herrn Schmidt drin.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, Grün bringt voran!)

Im Übrigen ...

Was? Ich habe es akustisch nicht verstanden.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Grün bringt voran! – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Grün bringt voran? Na ja, ich hab davon noch nicht viel gemerkt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch mal zu den Leitlinien. Wenn Sie die Leitlinien gelesen hätten, wäre zu erfahren gewesen, dass zum Beispiel – anders als Ihre Behauptung – alle rechtlich erlaubten Methoden in der Anlage 5 der Leitlinien des Rechtstextes vollständig aufgeführt sind. Lesen Sie das bitte nach! Wenn Sie da Hilfe brauchen, biete ich sie Ihnen an.

(Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Tötung nicht unmittelbar an der Ferkelbucht, sondern in einem dafür bestimmten Teil des Stalles zu erfolgen hat, ist dort eindeutig festgeschrieben.

Ich betone noch mal: Es geht immer um die Einzelfallentscheidung. Es geht hier nicht um eine – wie auch immer – Tötungsaktion, sondern es geht um das Einzeltier. Ist es überlebensfähig, ja oder nein? Dann muss die Einzelfallentscheidung getroffen werden: erst betäuben und dann die Tötung vornehmen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Es ist eindeutig geregelt. Die Entscheidung zur Überlebensfähigkeit eines Ferkels ist und bleibt eine Einzelfallentscheidung nach Feststellung und Beurteilung des Einzelfalls. Ich betone das immer wieder.

Beim Studium der amtlichen Begründung zum Tierschutz und zu der Tierschutz-Schlachtverordnung wäre für Sie zu erfahren gewesen, dass der stumpfe Schlag auf den Kopf mittels eines geeigneten Gegenstandes auszuführen ist, wobei der Kopf des Tieres auf den Gegenstand geführt werden kann. Nichts anderes steht da drin. Was Sie vor den Leuten hier hinten wieder erzählt haben, ist schlicht und ergreifend unwahr. Nehmen Sie das zurück oder schauen Sie sich den Erlass an!

Die Leitlinie gibt zudem vor, dass wir nicht auf die Kante einer Ferkelbox zu schlagen haben. Auch das haben Sie dahinten vor den Gästen dieses Hohen Hauses wieder zum Ausdruck gebracht. Es ist unwahr, was Sie hier verbreiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bei einer intensiven Beschäftigung mit der EU-Verordnung wäre deutlich geworden, dass es im Anhang 1 Kapitel II Nummer 3 heißt, dieses Verfahren dürfe nur in Schlachtbetrieben, nur als Ersatzverfahren für die Betäubung angewandt werden. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

### (Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und auch da bin ich bereit, Ihnen noch mal einen Hinweis zu geben.

Auch im niedersächsischen Erlass von Herrn Minister Meyer wird dies so vorgegeben. Da wird das Verfahren als erlaubtes und gängiges Verfahren zur Betäubung mit der nachfolgenden Tötung von nicht überlebensfähigen Ferkeln beschrieben.

Die EU-Verordnung hat übrigens den Kopfschlag nicht als einfaches Verfahren eingestuft. Das heißt, im Gegensatz zur nationalen Regelung verlangt die EU nicht, dass an die Betäubung durch Kopfschlag ein Tötungsverfahren anzuschließen ist. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, Frau Gerkan, wir gehen über EU-Recht hinaus zum Wohle des Tieres und für Anstand und Würde!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das gelesen hätten – deswegen sage ich es noch mal, Frau Karlowski –, wenn Sie das alles gelesen hätten, dann hätte sich der Antrag völlig erübrigt, weil das, was Sie hier in den Raum stellen, so nicht richtig ist.

> (Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie das umgesetzt hätten, hätte sich der Antrag erledigt.)

Da die EU-Verordnung den Kopfschlag als Verfahren für die Schlachtung, Bestandstötung und -räumung und in anderen Fällen zulässt, ist die Einschränkung auf 70 Tiere pro Tag notwendig und wird folgerichtig im Kapitel II dargelegt. Auch dieses kennen Sie nicht. Wenn das für Sie zum Schmunzeln ist, für mich ist das todernst. Todernst!

# (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sieht man nämlich Ihre Einstellung, dass es gar nicht um die Sache geht, sondern es geht Ihnen wieder nur um Publicity. Das ärgert mich, und zwar massiv.

## (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und dann komme ich wieder auf Sie zu – das sage ich Ihnen auch – mit der Frage des Einzelfalls: Sicherlich kann man sich trefflich darüber streiten, welches die Einzelfälle sind, in denen der Kopfschlag angewendet werden kann und darf. Maßnahmen des Tierschutzes haben aber stets das Tier im Fokus zu behalten, und zwar das Einzeltier. Hier darf keine Routine entstehen. Deswegen bin ich auch der Auffassung, dass die Leitlinie, die auf dem Bauerntag – ich weiß nicht, wer von Ihnen auf dem Bauerntag war –, dass der Bauernverband vor versammelter Mannschaft ausdrücklich erklärt hat, dass man diese Leitlinien akzeptiert, ich finde, das ist schon wieder ein Erfolg in dem Dialogprozess,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

den wir in diesem Lande auch im Rahmen des Masterplanes über Parteigrenzen und auch den Grenzen der verschiedensten ...

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Lassen Sie sich Ihre Politik vom Bauernverband vorschreiben?)

Ja, Sie hassen doch die Bauern als solches, den Bauernverband! Sie haben Ihr Feindbild. Sie haben Ihr Feindbild.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann unterlassen Sie die Unterstellungen! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das machen Sie immer wieder. Sie geben mir doch Anlass, das auszuführen, wenn ich höre, dass man sich mit den Landwirten, mit dem Bauernverband überhaupt nicht an einen Tisch setzen will.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt nun mal einen Bauernverband, der in diesem Land eine hohe Akzeptanz hat,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woher wissen Sie, was Frau Gerkan will und was nicht, Herr Backhaus?)

genauso wie die AbL. Ich setze mich mit Naturschutzverbänden, den Tierschutzverbänden und auch mit dem Bauernverband an einen Tisch. Das ist Dialog.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere funktioniert nicht. Sie sind nicht dialogfähig. Das ist unser Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen ist für mich auch noch mal eindeutig – Herr Saalfeld, auch wenn Ihnen das nicht schmeckt, weil Sie dahinten mit eingegriffen haben, finde ich ja auch in Ordnung, aber Ihre Kollegin hat eben das Thema der Ferkel unter zwei Kilo angesprochen –,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihnen schmeckt unser Antrag nicht! – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich glaube, Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass andere geeignete Verfahren zur Betäubung und zur Tötung – wenn man sich das anschaut, ein Ferkel von zwei Kilogramm, ich weiß nicht, ob Sie so was schon mal gesehen haben –

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch.)

zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Elektrische Verfahren, die sogenannte Zange oder auch das andere geeignete Verfahren, das sogenannte Bolzenschussgerät –

das ist für so etwas nicht gängige Praxis, das wenden wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht an.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das muss ich hier nicht formulieren.)

Auch das habe ich richtigerweise zum Wohle der Tierhaltung so entschieden. Der Tierhalter kann nur zwischen der Betäubung mittels Kopfschlag oder der CO<sub>2</sub>-Anwendung entscheiden.

Eins ist klar, das sage ich noch mal: Einzeltierbegutachtung, Betäubung und der Prozess, der dann abschließend durchzuführen ist, ja, auch dies haben wir in Mecklenburg-Vorpommern vorangebracht. Ich habe die große Hoffnung, dass Systeme auf der MeLa vorgestellt werden, wie man würdevoll diese kleinen Geschöpfe befreit. Leider ist das nicht gelungen, aber ich gehe davon aus, dass zur EuroTier – ich werde selbst hinfahren – diese Lösungen angeboten werden, die im Übrigen zwischen Wirtschaft, ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung umgesetzt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich ist es wichtig, dass bei der Gewährleistung der Sicherheit der Ausführung der sofortigen Betäubungswirkung und der anatomischen und physiologischen Gegebenheiten die Beschränkung auf das Ferkel bis zwei Kilogramm gewählt wird. Auch da gibt es Konflikte, die müssen Sie nachher noch mal aufklären. Wir haben ganz bewusst die Zweikiloferkel genommen und nicht die Fünfkiloferkel, weil wir das Grundproblem haben bei einem Wurf, der heute zwischen 14 und 18 Tieren liegt. Wo das noch hingehen soll, ich weiß es auch nicht.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bis 30 vielleicht?)

Ich glaube, wir sind jetzt langsam an der Grenze der biologischen Leistung, das sehe ich so. Dieses Wachstumsstreben in diesem Bereich halte ich auch nicht für richtig. Das eint uns im Übrigen wieder.

Deswegen lassen Sie uns sachlich über diese Themen reden! Lassen Sie uns sachlich im Interesse dieses Wirtschaftszweiges nach Lösungen suchen! Ich bitte Sie wirklich darum! Wenn Sie gute Vorschläge haben, dann bin ich dazu bereit, aber nicht nur einseitige Kritik an mir, unserem Haus und der hochverantwortungsvollen Frau Dr. Dayen, die deutschland- und weltweit eine hohe Anerkennung in diesem Bereich hat. Nicht umsonst erarbeitet sie für die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein den Tierschutzplan, und für unser Land selbstverständlich auch. Bitte nehmen Sie unsere Leute ernst! Gehen Sie auf sie zu!

Ich sehe insofern aktuell keinerlei Notwendigkeit, den Erlass vom 19. August, mit dem ich mich wirklich schwergetan und immer wieder mit Fachleuten, mit Wissenschaftlern, mit Landwirten, mit dem Tierschutz Runden gedreht habe, ich sehe überhaupt keinen Grund, diesen Erlass vom 19. August zu verändern oder zurückzunehmen. Wir wollen wirklich mehr Tierschutz, mehr Tierwohl in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, aber jeder einzelne Bürger, jeder Verbraucher hat eine Riesenchance, hier mitzuhelfen. Man kann und darf das nicht nur bei der Landwirtschaft abladen.

Tierwohl gibt es im Übrigen nicht nur in der Nutztierhaltung. Es geht auch um Tierwohl in der Haustier- oder Heimtierhaltung. Da nehme ich zur Kenntnis – aber an das Thema trauen Sie sich ja gar nicht ran, weil man sich da anlegen muss –:

(Burkhard Lenz, CDU: Das ist richtig.)

Wenn ich manche Hunde im Land sehe, die an der Kette liegen, dann, muss ich ganz ehrlich sagen, rufe ich bei den Veterinärbehörden an. Haben Sie es schon getan? Haben Sie es persönlich schon getan?

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie weit sind Sie mit der Katzenkastration?)

Oder wenn ich manche Katzenhalter sehe, die unverantwortlich ihre Katzen halten, dann rufe ich da an. Ich habe eine große Hochachtung vor den Tierschützern in diesem Land. Ich sage das noch mal ausdrücklich: Der Tierschutzbund Mecklenburg-Vorpommern hat für mich eine ganz hohe Verantwortung und genau diese möchte ich auch anerkennen, wenn wir hoffentlich irgendwann mal zu einem Klageverfahren kommen. Es wird nur die geben, die nämlich hier verankert sind, die tief in der Bevölkerung verankert sind, die Tierheime führen und die einen Landesverband haben.

Ja, Frau Ey, wenn Sie das anders sehen – ich sehe Sie da gerade, das darf ich eigentlich nicht –, aber wir wollen auch keine Klientelpolitik machen. Das geht nicht. Der Bauernverband muss begreifen, dass es hier nicht nur allein um die Landwirtschaft geht. Wir brauchen mehr Transparenz! Wir müssen mehr Offenheit zeigen! Und wir müssen auch Lösungen anbieten, die die allgemeine Bevölkerung akzeptiert. Das heißt, Tierschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das kann nicht einer allein.

Das Alleinstellungsmerkmal der GRÜNEN in dieser Frage haben Sie nicht, Frau Gerkan, Sie schon gar nicht, sondern das sind die Leute, die sich tagtäglich damit auseinandersetzen. Ich habe hohes Vertrauen, dass wir auch in der Zukunft vernünftig miteinander arbeiten. Tierleid muss beendet werden! Wenn es das in diesem Lande gibt, werden unsere Behörden darauf eingehen.

Ich bin auch froh, dass der Bundesminister gegebenenfalls auch dazukommen will, wenn das nicht funktioniert, Gesetze zu verschärfen. An uns wird so was nicht scheitern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Beate Schlupp, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lenz für die Fraktion der CDU.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist denn hier los? Mal spricht Frau Schlupp, mal spricht Herr Lenz. Können Sie sich nicht einigen? Das verwirrt sonst den Minister. – Burkhard Lenz, CDU: Frau Berger, wissen Sie was? Umwelt- und Naturschutzbereich, das fällt in meinen Bereich. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Burkhard Lenz**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich wollte eigentlich gleich mit meiner doch sehr sachlichen Rede anfangen, aber ich komme jetzt einfach nicht drum herum, Ihnen meine Gedanken, die ich bei der Einbringung hatte, mitzuteilen.

Frau Gerkan, Sie haben mich an eine Debatte erinnert, die wir am 5. September 2013 geführt haben. Genauso haben Sie Ihren heutigen Antrag eingeleitet. Nur damals ging es um die Schweinezucht allgemein, heute geht es allein um die Ferkel. Ihre Emotionen, ihre populistischen Einbringungen, die Sie damals gemacht haben – so, denke ich, wie die damalige Debatte geführt worden ist, sollten wir das heute nicht machen.

Ein zweiter Punkt ist mir dabei auch eingefallen.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe nicht, Frau Gerkan, warum Sie nicht anstelle von Frau Dr. Karlowski zum letzten Agrarausschuss gekommen sind.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

in dem wir uns ausführlich über das Thema der Saugferkel unterhalten haben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Es stand aber nicht auf der Tagesordnung, Herr Lenz. Woher sollte sie das wissen?)

Ich dachte eigentlich, einen Informationsfluss dazu ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stand gar nicht auf der Tagesordnung. – Andreas Butzki, SPD: Bla, bla, bla, bla! Wir sind doch nicht im Kindergarten hier.)

Habe ich Sie auf einem Bein getroffen, auf dem Sie sehr ungern stehen?

(Zuruf vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, wir fühlen uns nur nicht ordentlich informiert.)

Denn wir haben es Frau Dr. Dayen zu verdanken, dass wir über den Erlass und die ganzen Möglichkeiten, die im Anschluss an diese Aufnahmen gemacht worden sind, aufgeklärt worden sind. Ich habe eigentlich gedacht, Frau Dr. Karlowski, dass Sie Frau Gerkan über diese ganze Geschichte informieren.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Hat sie doch auch. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nein, es muss dieser populistische Auftritt hier im Landtag sein, und wie der populistische Auftritt jetzt gelungen ist, das haben Sie, glaube ich, bei der Diskussion – ich danke dem Minister, dass er zur Besuchergruppe gelaufen ist –, das haben Sie dabei erlebt. Ich glaube, dass diese Auftritte, so, wie Sie sie im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bringen, bei einer Bevölkerung, die großteils auf dem Land aufgewachsen ist, keine Früchte tragen werden.

Jetzt möchte ich sachlich etwas zu Ihrem Antrag sagen, Frau Gerkan.

(Andreas Butzki, SPD: Sehr sachlich. – Torsten Renz, CDU: Aber sehr sachlich.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die in diesem Sommer veröffentlichten Berichte und Bilder von der Ferkeltötung, die auch leider hier in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen wurden, sind uns allen bekannt. Es waren Bilder, die schockiert haben, Bilder, die uns in Zukunft natürlich erspart bleiben sollen. Die einzige richtige Reaktion war und ist das Aufklären und Verhindern dieser Vergehen. Aus diesem Grund bin ich dem Ministerium dankbar für die schnelle Reaktion und die Formulierung eines neuen Erlasses zum Umgang mit den Saugferkeln.

Eins möchte ich dennoch gleich zu Beginn klarstellen: Es handelt sich bei den bekannt gewordenen Fällen um einzelne Betriebe, nicht um das Vorgehen einer gesamten Branche. Die Anspielung, liebe Opposition, dass alle Schweinehalter ihre Ferkel routinemäßig dermaßen behandeln, stellt eine Diffamierung unserer Landwirte dar. Das ist, um im hier sehr zutreffenden Terminus zu sprechen, eine Sauerei.

Es gibt genügend Beispiele von Schweine haltenden Betrieben, die einen vorbildlichen Umgang mit ihren Tieren und auch mit den lebensschwachen Ferkeln pflegen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Wir dürfen auf keinen Fall dazu übergehen, alle Landwirte unter Generalverdacht zu stellen. Es muss klar sein, dass es eines neuen Erlasses bedurfte, weil es einzelne Menschen gibt, die gegen jede Vernunft, auch gegen bestehende Gesetze verstoßen. Gleichzeitig muss aber bewusst sein, dass das Töten von lebensschwachen Ferkeln neben der Erlösung vom Leiden auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich ist.

Lassen Sie mich hierzu aus der EU-Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung zitieren. Diese Verordnung ist auch in Ihrem Antrag aufgeführt. Ich zitiere aus der Verordnung: "Aus Sicht der Ethik ist es zwingend erforderlich, stark leidende Nutztiere zu töten, wenn es wirtschaftlich nicht tragbar ist, das Leiden der Tiere zu lindern." Daher gilt es, Lösungen für den Umgang mit lebensschwachen Ferkeln zu finden, die diesem Grundsatz gerecht werden. Die Betäubung und Tötung muss in die Arbeitsabläufe der Betriebe integrierbar und wirtschaftlich umsetzbar sein – ein ganz wichtiger Punkt.

Lassen Sie mich nun auf einige Aspekte des vorliegenden Antrages etwas näher eingehen. Es wird bemängelt, dass der neue Ferkelerlass die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht wiedergebe. Ich bin sicherlich kein Jurist, Sie wissen, ich bin Kapitän, aber meines Wissens stellt ein Erlass keine Wiedergabe einer Verordnung oder eines Gesetzes dar.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor Gericht und auf hoher See.)

Im vorliegenden Antrag wird Bezug genommen auf den im Anlass erläuterten stumpfen Schlag zur Betäubung der Ferkel. Dieser wird im Ferkelerlass auch genau definiert. Weiter wird der Schlag des Kopfes von Ferkeln auf den Boden ausdrücklich untersagt. Dies steht für mich keinesfalls im Widerspruch zu der Verordnung, auf die Sie sich hier gerade bezogen haben.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich auch gar nicht behauptet.)

Dieser besagt, dass die Methode des stumpfen Schlages zur Betäubung nur anzuwenden sei, wenn kein anderes Betäubungsverfahren zur Verfügung steht. Dieser Tatbestand geht durch die nicht erneute Nennung in einem Erlass nicht verloren. In diesem Zusammenhang sei auch betont, dass natürlich die für die Tiere schonendste Betäubungs- und Tötungsmethode angestrebt werden muss. Dies ist auch im Sinne unserer Fraktion.

Ein weiterer Aspekt des uns vorliegenden Antrages ist die Behauptung, dass die Kanten der Ferkelboxen – darüber haben wir gerade ausführlich diskutiert – nun durch den neuen Ferkelerlass als Gegenstand zur Betäubung legitimiert werden würden. Erlauben Sie mir nachfolgend eine kleine Spitzfindigkeit: Der Erlass nennt explizit harte, nicht federnde Flächen. Diese Bezeichnung schließt per Definition, Frau Gerkan, Kanten, wohl auch die der Ferkelboxen, aus.

Die Bezeichnung von Flächen als Gegenstand zur Betäubung mit der Ausnahme des Bodens wird von mir eigentlich auch begrüßt, denn insbesondere bei Ferkeln unter zwei Kilogramm ist die Region des Kopfes, die durch einen Schlag zerstört werden muss, um eine Betäubung überhaupt hervorzurufen, sehr, sehr klein und das wissen Sie. Hier ist es durchaus im Sinne der Vermeidung von Leiden und Schmerzen, wenn eine Fläche genutzt wird und nicht ein zum Schlag genutzter Gegenstand, denn dies schließt ein Verfehlen des im Hirn zu beschädigenden Bereiches eigentlich aus.

Abschließend möchte ich auf einen letzten Aspekt eingehen. In der Begründung für den vorliegenden Antrag steht geschrieben, dass der stumpfe Schlag als Betäubungsmethode im Anhang I, Kapitel I, Tabelle 1 der aufgeführten EU-Verordnung nur im Zusammenhang mit Schlachtbetrieben beschrieben wird und somit nicht auf Schweine haltende Betriebe angewendet werden dürfe. In diesem Punkt muss ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch recht geben.

Bereits im Artikel 1 der EU-Verordnung wird darauf hingewiesen, dass der Artikel 4, auf den sich die oben genannte Tabelle im Anhang bezieht, nicht auf Notschlachtungen außerhalb eines Schlachthofes anzuwenden sei. Doch in Ihrer Begründung für den Antrag pochen Sie noch einen Satz zuvor darauf, dass eben diese nicht geltende Erläuterung bezüglich des stumpfen Schlages auch in dem Erlass stehen müsse. Dies führt zu der Tatsache, dass die Begründung des Antrages absolut nichtig ist. Unter anderem aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Lenz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir nicht ganz einfach, heute hier meine Rede zu halten. Ich habe mich ausführlich mit der gesamten Problematik nicht nur auf der MeLa beschäftigt. Einige von Ihnen werden möglicherweise wissen, dass ich fünfeinhalb Jahre lang auf diesem Gebiet in der Forschung gearbeitet habe an dem berühmten Forschungsstandort, der morgen 75 Jahre ist, nämlich im Forschungszentrum in Dummerstorf. Da war genau die Frage der Schweineproduktion von der Ferkelaufzucht bis zur Mast eines meiner Probleme, die ich bearbeitet habe. Ich kann dabei schon ein bisschen auf Erfahrungen zurückblicken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns wohl alle darüber einig, dass die Tötung von Tieren nur erfolgen darf, wenn ein vernünftiger Grund vorliegt. Die hier in der Debatte angesprochene Nottötung von Saugferkeln ist dann angesagt, wenn die Tiere unheilbar krank sind. Symptome für unheilbar kranke Ferkel können zum Beispiel starke Abmagerung oder Untergewichtigkeit trotz intensiver Betreuung, bei Neugeborenen auch Untertemperatur, Festliegen, Kreislaufversagen und fehlender Saugreflex sein. Weitere Gründe, die eine Nottötung erfordern, sind zum Beispiel angeborene lebensbedrohliche Anomalien, zum Beispiel Afterlosigkeit, oder erfolglos behandeltes Spreizen der Hinterbeine – tritt auch sehr häufig auf.

Die Tötung von sogenannten überzähligen Ferkeln – pro Wurf mehr Ferkel, als die Sau Zitzen hat – sowie von schwachen, aber lebensfähigen Ferkeln ist absolut nicht zulässig. In einem solchen Fall sind entsprechende Managementmaßnahmen wie der Wurfausgleich, die Nutzung von künstlichen oder natürlichen Ammensauen und eine intensivierte Betreuung zu ergreifen.

Dass dies keine theoretischen Größen bei unseren Bauern sind, sondern jahrelange Praxis ist, davon konnten sich interessierte Besucher der 24. MeLa zum Beispiel am Stand der Hybridschweinezüchter Nord/Ost überzeugen. Ich war besonders erfreut über das Schema, wie ein solcher Wurfausgleich durchgeführt wird. Das ist genau das, was wir Ende der 70er-Jahre in Dummerstorf bearbeitet hatten.

Auch meine Kollegin Frau Dr. Karlowski wird sich anlässlich des Besuches des Agrarausschusses im Schweinezuchtbetrieb Wiechmann GbR in Pankelow Anfang Dezember 2013 daran erinnern, wie erfolgreich dieser Betrieb mit Ammensauen arbeitet.

Eine Entscheidung zur Überlebensfähigkeit des Ferkels muss jeweils – das ist schon betont worden, ich kann das nur noch einmal unterstreichen – im Einzelfall getroffen werden. Wirtschaftliche Aspekte sind kein vernünftiger Grund. Einig sind wir uns sicher auch darüber, dass solche Bilder, wie sie aus einem Schweinezuchtbetrieb – nicht wie es in der Begründung des Antrages steht, in mehreren in unserem Lande – gezeigt wurden, der Vergangenheit angehören müssen. Wir haben sofort nach dieser Veröffentlichung unsere Position dazu dargestellt. Das soll unter anderem mit dem hier angesprochenen Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, der sich an die zuständigen Ämter der Landkreise und kreisfreien Städte richtet, erreicht werden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, einschieben möchte ich an dieser Stelle, dass die Landwirte

2.680 Anforderungen und 590 Standards zu erfüllen beziehungsweise einzuhalten haben. Das führte Präsident Tietböhl auf dem Bauerntag am 12.09. auf der MeLa aus. Die Teilnehmer, die dabei zugegen waren, werden sich an die entsprechende Diskussion erinnern.

Wer sich mit der Thematik des Tötens nicht überlebensfähiger Ferkel befasst hat, wird feststellen, dass es auch auf diesem Rechtsgebiet reichlich Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und Erlasse gibt. Das alles handhabbar zusammenzuführen und dazu noch die wichtigsten Faktoren zur gesunden Aufzucht aller Ferkel einzubeziehen, das ist Anlass des vorliegenden Erlasses. Der Aspekt der gesunden Aufzucht – ich wiederhole das noch mal: der gesunden Aufzucht – macht den Hauptteil dieses Dokumentes aus. Das begrüße ich, denn Landwirte leben nicht von getöteten, sondern von gesund aufgezogenen Ferkeln, wenn man bei der gegenwärtigen Ertragslage von "Leben" überhaupt reden kann. Aber dazu werde ich dann noch etwas sagen.

Das Ministerium musste und muss sich immer noch mit Vorwürfen, wie reiner Aktionismus oder unnütz wie ein Kropf, in Bezug auf den Erlass auseinandersetzen. Ich habe unter anderem auch in Pressemitteilungen begrüßt, dass mit diesem Erlass ein wichtiger Beitrag zu mehr Rechtssicherheit und einheitlichem Handeln sowohl bei den Kontrolleuren als auch bei den Bauern geschaffen wird. Inzwischen hat, so war auf dem Bauerntag zu hören, der Minister hat es auch ausgeführt, der Bauernverband im Lande diesen Erlass akzeptiert. Ich erinnere an das Podium der "BauernZeitung" am 11.09. auf der MeLa, bei dem auch der Tierschutzbund vertreten war, leider aus unserer Runde nur wenige Teilnehmer anwesend waren.

(Minister Dr. Till Backhaus: Waren die GRÜNEN da?)

Ich habe beim Bauernball Frau Gerkan abends begrüßen können und bei der Eröffnung war Frau Dr. Karlowski anwesend.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Am Donnerstag war ich auch da. Wir waren mit drei Mann vertreten. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es unerträglich, wenn durch Kampagnen gegen Tierhaltung die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern so kriminalisiert wird, dass sich die zumeist weiblichen Arbeitskräfte im Abferkelstall oder überhaupt in den Ställen kaum noch in der Öffentlichkeit trauen zu sagen, dass sie in einem Stall arbeiten. Das habe ich auch eben in der Diskussion mit den Besuchern hier hinten feststellen müssen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Mit aller Klarheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wende ich mich erneut und in diesem Zusammenhang gegen das sogenannte Betreiben der überdimensionierten Anlage Alt Tellin durch den Investor Straathof. Dazu gab es auch entsprechende Pressemitteilungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE, Thomas Krüger, SPD, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aber, meine Damen und Herren, ich will noch einmal ganz deutlich sagen, dass es in jeder Art der Schweinehaltung leider nicht überlebensfähige Ferkel gibt. Genaue Zahlen dazu sind genannt worden. Man kann das natürlich auch bei den Praktikern erfahren. Die Tötung dieser nicht überlebensfähigen Ferkel ist also eine wichtige Tierschutzmaßnahme und sie muss fachgerecht erfolgen. Das gehört übrigens zur Grundausbildung von Landwirten.

Die Schweinehaltung ist inzwischen ein sehr schwieriger und ein sensibler Wirtschaftszweig in der Landwirtschaft. Wer hier als Landwirt bestehen will, muss zu den Besten seines Faches gehören. Gerade haben wir auf der MeLa am Beispiel eines anerkannten Züchters gehört, dass es nach Abzug aller Kosten für ein Mastschwein einen Erlös von sage und schreibe einem Euro gibt.

Im Moment werden mehr Schweine geschlachtet als sonst üblich. Das hängt unter anderem sicher auch mit dem Exportstopp nach Russland zusammen – unter anderem. Aber es wird dazu führen, dass der Preis für Schweinefleisch weiter sinkt. Viele Fleischkäufer wird das freuen.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach neuesten Umfragen, die Sie alle lesen konnten, steht zwar bio, vorrangig bei den Besserverdienenden, hoch im Kurs, jedoch ist für die meisten Kunden der billige Preis der wichtigste Kaufgrund.

(Heinz Müller, SPD: Schlimm genug.)

Ohnehin haben wir ja in Deutschland die Mentalität – das ist auch wieder von einem Fünfsternekoch so gesagt worden –, lieber teures Motorenöl zu kaufen und beim Olivenöl dann einzusparen. Dieser Ausdruck trifft die Situation sicher sehr deutlich, beschreibt sie sehr deutlich. Aber dadurch haben wir von dem exorbitant hohen Anteil an Discountern im Lebensmitteleinzelhandel und von immer weniger handwerklichen Schlachtern und Bäckern auszugehen. Jedoch nur auf Lidl und Co. zu schimpfen und zu hoffen, die ließen mit sich reden, hilft nicht und führt auch nicht zu den Ursachen des Problems und zu einer Veränderung des Systems.

Der Landwirt – das habe ich an anderen Stellen schon öfter im Landtag gesagt – ist der Letzte in der Kette und er wird erbarmungslos durch dieses System ausgebeutet. Wohin führt das in der Landwirtschaft? Sehen wir uns die Statistik der Schweinehaltungen im Lande an: Die Zahl der gehaltenen Schweine bleibt mit Schwankungen etwa in der Größenordnung von 800.000 Tieren. Aber die Zahl der Schweine haltenden Betriebe geht kontinuierlich zurück, das heißt, immer weniger Halter halten immer mehr Schweine in immer größeren Stalleinheiten. Diese Entwicklung wird mit dem Freihandelsabkommen TTIP noch einmal eine rasante Temposteigerung erfahren. Da mache ich darauf aufmerksam, dass in der kommenden Woche eine entsprechende Veranstaltung in Berlin stattfindet.

Ebenso ist es naiv zu glauben, meine Damen und Herren, dass immer strengere Auflagen und höhere Standards in der Schweinehaltung den kleinen und mittleren Betrieben zugutekämen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Da sollen sie mal in Niedersachsen nachfragen, wie es damit geht.) Das Beispiel der schon angesprochenen Schweinehaltung in Pankelow will ich hier noch einmal anführen. Mit der Umstellung dieses Betriebes – das wurde uns eindrucksvoll dargelegt – auf die Einhaltung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung 2006 haben unter anderem breitere Liegeflächen, Spielzeug und breitere Fressplätze für mehr Tierwohl gesorgt, und das ist gut so. Jedoch hat sich dadurch zwangsläufig die Zahl der gehaltenen Sauen verringert, außerdem deren Abferkelverhalten verschlechtert und dem Betrieb einen Rückgang von 1.652 Ferkeln im Vergleichsjahr gebracht.

Ich nutze diese Zahlen, weil jeder sie im Protokoll, Nummer 42, des Agrarausschusses nachlesen kann. Darin steht auch, wie jedes gesund geborene Ferkel die Wirtschaftlichkeit dieses Betriebes verbessert. Es geht in der Praxis, aber auch in dem Erlass darum, möglichst viele Tiere gesund aufzuziehen. Der Erlass stellt in erster Linie die gesetzlichen Bestimmungen für die Ferkelaufzucht bis hin zur unvermeidlichen Tötung von nicht überlebensfähigen Tieren zusammen.

Ein gewisser Neuwert, meine sehr verehrten Damen und Herren, so will ich es einmal nennen, ist aber meines Erachtens im Erlass enthalten. Es ist aus meiner Sicht die im Punkt 4.4.1 enthaltene Formulierung zu den Methoden der Betäubung von Saugferkeln. Hier ist beschrieben, dass bei Saugferkeln bis zwei Kilogramm mit einem geeigneten Gegenstand auf den Kopf des Ferkels oder auch der Schlag des Kopfes auf den geeigneten Gegenstand ausreichend kräftig und zielgenau ausgeführt werden kann. Aus diesen Formulierungen erkennt man meines Erachtens das Mitwirken von Praktikern unter den Tierärzten, Züchtern und Bauern am Erlass, was ich ausdrücklich begrüße.

Die Landestierärztin Frau Dr. Dayen hat uns im Agrarausschuss am 04.09. sehr ausführlich berichtet, dass diese Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen auf ihre Rechtskonformität geprüft und für gut befunden wurde. Damit hat sich eigentlich Ihr Antrag erledigt.

(Torsten Renz, CDU: Aha!)

Aus unserer Sicht geht es jetzt darum, die Praktikabilität zu prüfen und eventuell notwendige Veränderungen gemeinsam mit den Praktikern und dem Tierschutzbeirat des Ministers vorzunehmen.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Professor Tack, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Karlowski?

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Ja, bitte.

**Dr. Ursula Karlowski**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin.

Herr Tack, kennen Sie die Stellungnahme der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz, Vorsitzender Arbeitskreis 3, Betäubung und Schlachtung, wo darauf abgehoben wird, dass eben tatsächlich der stumpfe Schlag auf den Kopf durchgeführt werden muss und nicht umgekehrt? Fachlich gesehen bestehen beim Schlag auf den Boden oder an eine Wand grundsätzliche Zweifel an der Geeignetheit der Methode.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Ich kenne diese Stellungnahme.

**Dr. Ursula Karlowski**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie bewerten Sie das dann, weil das die Möglichkeit ist, die in Mecklenburg-Vorpommern durch den Ferkelerlass auch angeboten wird?

(Egbert Liskow, CDU: Frage stellen und nicht kommentieren!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Dr. Karlowski, das war jetzt die zweite Frage. Sie hätten erst mal nachfragen müssen, ob Sie noch eine stellen dürfen.

**Dr. Ursula Karlowski**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so, Entschuldigung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nur als Hinweis.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Ich kenne diesen Erlass. In der Vorbereitung auf meine heutige Rede haben wir das natürlich genau ausgewertet und diese Frage haben wir unter anderem auch Frau Dr. Dayen im Landwirtschaftsausschuss gestellt. Damit bin ich eigentlich auch schon bei der Bewertung. Es ist klar gesagt worden, dass es sich nicht um eine Kante handelt, sondern um eine Fläche, auf die dann das Aufschlagen erfolgen kann, weil das Tier, wenn es sich um frisch geborene Ferkel handelt, so klein ist, dass man manchmal Schwierigkeiten hat, das mit dem Stock zu machen.

Ich setze fort: Dass uns selbstverständlich nachher im Ausschuss darüber berichtet werden muss, will ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen. Das Angebot gibt es auch.

Wenn die Antragsteller im vorliegenden Antrag auf die sture Wiedergabe der Gesetzestexte beharren, dann vergeben sie sich aus meiner Sicht die Chance, den Tieren Leid zu ersparen. Die aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion gewollte Tötung im starren Sinne des Gesetzesbuchstaben führt in der Praxis zu Problemen bei der sicheren Betäubung der nicht überlebensfähigen frisch geborenen Ferkel. Das haben wir eben auch gesagt. Denn der sichere Schlag mit dem stumpfen Gegenstand auf den winzig kleinen Schädel an einer bestimmten Stelle – und darum geht es ja – ist schwieriger auszuführen, als den Schädel auf diesen Gegenstand zu schlagen.

Ich weiß, meine Damen und Herren – ich wende mich insbesondere an die Zuhörer auf der Tribüne –, dass sich diese sachliche Betrachtung für den Außenstehenden furchtbar anhören muss. Aber – und das will ich noch mal betonen – sobald ein vernünftiger Grund vorliegt, ist eine Nottötung nicht nur erlaubt, sondern aus Tierschutzgründen unbedingt geboten, um weiteres Leid der Tiere zu vermeiden. Den vorliegenden Antrag der Fraktion lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Feike für die Fraktion der SPD.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN titelt "Tierleid beenden – "Erlass zum Umgang mit Saugferkeln' korrigieren" – eine sehr emotionale Überschrift:

"Tierleid beenden". Was jedoch verstehen Sie unter "Tierleid", Frau Gerkan?

Ja, es ist Tierleid, wenn Tiere unter Qualen getötet werden, wenn Tiere nicht artgerecht gehalten werden oder skandalöse Tiertransporte stattfinden. Ja, es gibt solche Bilder. Ja, es gibt auch schwarze Schafe. Doch wir sind uns alle einig, so was darf es nicht geben. Nur hat das alles nichts mit dem hier zitierten Erlass oder besser mit den dazugehörigen Richtlinien zum tierschutzgerechten Umgang mit Saugferkeln zu tun. Im Gegenteil, genau der Erlass mit der dazugehörigen Leitlinie soll dazu beitragen, dass Tierschutzverstöße in der Schweinezucht der Vergangenheit angehören.

Sie wollen mit Ihrem Antragstitel erreichen, dass Tierleid mit einem Erlass beziehungsweise der Leitlinie assoziiert wird. Das ist eine Irreführung auf hohem Niveau. Noch verrückter wird es dann noch, wenn man den Antragstext liest und da schwingen Sie jetzt richtig die Keule. Es wird unterstellt, dass Erlass und Leitlinie nicht den tierschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen. In der Begründung des Antrages reduziert sich dann dieser Generalvorwurf auf eine fadenscheinige Kritik an zwei Aspekten der Betäubung von Saugferkeln.

Als Erstes wird moniert, dass in der Leitlinie der Hinweis fehlt, dass der Schlag mit einem geeigneten Gegenstand auf den Kopf als Mittel der Betäubung kein in der Routine anwendbares Verfahren sein sollte. Meine Damen und Herren Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dies muss doch nicht extra erwähnt werden! Die Leitlinie setzt voraus, dass der Tierhalter entsprechend dem Tierschutzgesetz in Verbindung mit der Nutztierhaltungsverordnung und der Tierschutz-Schlachtverordnung zu gewährleisten hat, dass das Leben und die Gesundheit eines lebend geborenen Ferkels durch geeignete Maßnahmen geschützt werden.

Das Töten von sogenannten überzähligen, aber überlebensfähigen Ferkeln ist somit verboten und die Tierhalter müssen mit geeigneten Methoden die Aufzucht solcher Tiere sicherstellen. Der Einzelfall ist das nicht überlebensfähige Ferkel. Die Leitlinie bezieht sich daher ausschließlich auf die tierschutzgerechte Betäubung und Tötung nicht überlebensfähiger Ferkel, also keine Routine. Zudem ist der Schlag auf den Kopf mit einem geeigneten stumpfen Gegenstand nur eine von zwei genannten tierschutzgerechten Methoden zur Betäubung von Saugferkeln.

Auch Ihre Kritik an der Zulässigkeit der Betäubung nicht überlebensfähiger Ferkel unter zwei Kilogramm mittels Kopfschlag auf eine harte, nicht federnde Fläche ist nicht nachvollziehbar. Gerade diese Regelung soll dem Tier unnötiges Leiden ersparen. Die Köpfe dieser Ferkel sind klein, sodass ein zielgenauer Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf einen genau definierten Bereich des Kopfes kaum möglich ist. Die Notwendigkeit mehrmaliger Schläge wäre unter Umständen die Folge und das ist für uns Tierquälerei. Ich glaube nicht, dass wir das wollen.

Ich komme also zu dem Schluss, dass der Antrag für uns substanzlos ist. Wir lehnen ihn daher ab. Lassen Sie mich zum Schluss dem Landwirtschaftsministerium für die schnelle Reaktion auf die Medienberichte zu möglichen rechtswidrigen Ferkeltötungen in M-V in Form des Erlasses und der Leitlinie mit all den Anlagen Dank sagen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Feike

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir haben jetzt häufig eine Wiederholung gehört, wenn es darum geht, die jungen Ferkel zu töten. Es ging da um die Technik, wie man diese Tiere tötet. Ich möchte gar nicht näher darauf eingehen, weil ich glaube, dass wir zwei Dinge klar feststellen können:

Erstens. Die GRÜNEN versuchen, die deutschen Bauern zu kriminalisieren und die alleinige Schuld bei den Bauern abzuladen, das ist die erste Feststellung.

Die zweite Feststellung, die wir von der NPD nicht teilen, ist, dass die GRÜNEN offensichtlich von relativ wenig Sachkenntnis gekrönt hier vorgetragen haben und sich dann auch noch beim Ältestenrat beschweren, wenn eine Präsidentin berechtigt anmahnt, man möge zur Sache sprechen.

Ich möchte zur Sache sprechen, indem ich sage, man muss die Frage stellen, wie es eigentlich dazu kommt, dass wir Verordnungen brauchen,

(Thomas Krüger, SPD: Der Hüter der Rechtsregeln des Parlaments.)

dass immer mehr Tiere, nicht nur im Bereich der Schweineaufzucht, getötet werden, getötet werden müssen. Da fällt mir als Erstes spontan das Verbraucherverhalten ein. Das Verbraucherverhalten ist so, dass man sagt, ich möchte möglichst viel Fleisch für sehr wenig Geld kaufen können. Das ist der erste Punkt.

Das wiederum impliziert natürlich über die Logik des Marktes und der Produktion einer sogenannten Stückpreisdegression, dass in den Ställen immer mehr Schweine, immer mehr Hühner, immer mehr Enten gehalten werden. Das ist die Fehlentwicklung, das ist dieses falsche Wachstumsdenken, was der Herr Minister lobenswerterweise heute hier auch angesprochen hat.

Und eine dritte Säule, die dafür verantwortlich ist, dass so gehandelt werden muss, sind natürlich die Züchtungsmethoden, dass zum Beispiel bei den Sauen die Tendenz festzustellen ist, dass sie immer mehr Ferkel werfen sollen, und dann oft mehr Ferkel geworfen werden, als Zitzen da sind. Das ist ein Faktum und dann kommt es zum Problem: Was machen wir damit? Was machen wir mit diesem, in Anführungszeichen, "Überschuss"? Der wird dann nicht immer sehr aufwendig aufgezogen, weil das Töten ja verboten ist, wenn das lebensfähig ist, dieser Nachwuchs, sondern der wird dann getötet, weil er ganz einfach ökonomisch, nach dem ökonomischen Gesetz ganz einfach getötet wird. Das ist verwerflich.

Also ich stelle fest, dass das Verbraucherverhalten, dass die Stückpreisdegression, um noch Profite zu machen – pro Schwein 1 Euro Profit –, überhaupt gar nicht auskömmlich ist.

Die dritte Säule und eine ganz entscheidende Säule aus unserer Sicht ist die Internationalisierung des Ernährungsmarktes, die Globalisierung, dass wir, (Patrick Dahlemann, SPD: Das fehlt jetzt noch. – Heinz Müller, SPD: Da wären wir ja wieder beim Thema.)

dass wir nämlich überhaupt gar keine nationale Ernährungsgrundlage mehr anstreben, dass wir in keiner Weise

(Patrick Dahlemann, SPD: Deutsche Schweine. – Peter Ritter, DIE LINKE: Deutsche Eltern. – Heiterkeit bei Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

den Gedanken einer Ernährungsautarkie im Kopf haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD)

Das führt dann dazu, dass unsere Bauern in Bayern -

(Thomas Krüger, SPD: Deutsche Bananen. – Heiterkeit vonseiten der Faktion der SPD)

gebirgig – im Bereich der Milchviehhaltung konkurrieren müssen mit Riesenfarmen in Neuseeland oder Australien und dieser Preisdruck dann dazu führt, dass es zu Methoden kommt,

(Thomas Krüger, SPD: Der Weltökonom.)

die wir hier beklagen und auf dem Rücken der Bauern oder der Agrarindustriellen austragen, denn dazu haben wir unsere Bauern gemacht durch diesen internationalen Markt, und sie hier als die allein Schuldigen vorführen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Antrag der GRÜNEN ist substanzlos, weil er den Kern des Problems nicht beschreibt, sondern seine Ursachen außen vor lässt und versucht, die Bauern allein als die Schuldigen darzustellen, um damit ihre grüne Wählerklientel zu bedienen.

Ich möchte auch noch mal zurückkommen auf Ihre Demonstrationen, Herr Suhr, die Sie da gemacht haben – grün und immer auf der richtigen Seite, überhaupt gar keine Tierhaltung mehr. Erklären Sie das doch mal dem Verbraucher, wie das dann laufen soll! Wie soll denn überhaupt eine Produktion vernünftig ökonomisch, ökologisch und unter dem Gesichtspunkt der gesunden Produktion von Fleisch organisiert werden? Denn es sind nicht alle Vegetarier wie Sie, die sich immer auf der guten Seite wähnen. Die Verbraucher haben ein Recht darauf, gesundes Fleisch zu einem angemessenen Preis kaufen zu können. Dieses System leistet das objektiv nicht mehr.

Sie sind auch im Bereich der agrarpolitischen Zielsetzungen absolut auf dem Holzweg. Die EU hat da Richtlinien gemacht, die selbst in der nationalen Gesetzgebung mehr verschärft werden müssen, um überhaupt noch Tierschutz gewährleisten zu können. Das ist einem Marktdiktat, einer Produktionsweise geschuldet, die mit dem Begriff "gesundes Bauerntum"

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Gesundes Bauerntum!)

nichts, aber auch gar nichts, mehr zu tun hat. Setzen Sie da an und formulieren Sie die Anträge dahin gehend!

Wir brauchen eine Renationalisierung, ein regionales Aufbauen von Wirtschaftskreisläufen. Das ist originär der Lösungsansatz, den wir als Nationaldemokraten hier empfehlen. Wir sind dann auch bereit, so einem Antrag, wenn er denn diese Zielrichtung "Renationalisierung im Ernährungsbereich" hat, unsere Zustimmung zu geben. – Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan für die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg, Herr Backhaus: Selbstverständlich sind wir auf der MeLa vertreten, sowohl Frau Dr. Karlowski als auch unser Referent und ich.

(Thomas Krüger, SPD: Hat er ja auch gesagt.)

Wir haben uns auch vor Ort sehr wohl mit den Landwirtinnen und Landwirten eingehend unterhalten.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe Sie nicht gesehen.)

Wir stehen im Kontakt mit Fachleuten. So bin ich zum Beispiel auf dem 75-jährigen Jubiläum der Nutztierforschung in Dummerstorf gewesen. Aber wo waren Sie? Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe keinen von Ihnen dort getroffen.

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD: Landtagssitzung! Hier in der Landtagssitzung! – Minister Dr. Till Backhaus: In der Landtagssitzung! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir sind auch von Landwirten und Landwirtinnen eingeladen worden, beispielsweise zum Bauerfrühstück in Neubrandenburg vor Ort.

(Thomas Krüger, SPD:
Da haben wir uns getroffen. –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Da gab
es was zu essen, da waren die GRÜNEN da.)

oder wir haben einige Gespräche geführt, wo wir die Landwirte eingeladen haben, und sie sind selbstverständlich auch gekommen.

Herr Backhaus, zurück zum Erlass: Er ist leider nicht eindeutig, sondern zutiefst uneindeutig, ansonsten hätten wir diesen Antrag auch nicht geschrieben.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, aber das haben Sie doch gar nicht beantragt!)

Es sind viele Selbstverständlichkeiten gesagt worden und leider wenig zum zentralen Thema des Antrages.

(Katharina Feike, SPD: Den haben Sie dann nicht verstanden.)

Wichtig und entscheidend ist uns, dass nur durch den Schlag mit einem Rundholz auf den Kopf (Udo Pastörs, NPD: Ooch!)

die entscheidende Kopfregion bei dem Schwein getroffen werden kann, um so eine wirkungsvolle Betäubung zu erzielen und damit eine Schmerzausschaltung erzeugt werden kann.

(Udo Pastörs, NPD: Manchmal erhöhen auch leichte Schläge auf den Hinterkopf das Denkvermögen.)

Und wenn ich mal zitieren darf aus der Tierschutz-Schlachtverordnung, da ist unter Punkt 5.1, "Stumpfer Schlag auf den Kopf", sogar die Betäubung von Küken genannt. Da können Sie doch mitnichten sagen, dass ein Ferkel mit zwei Kilogramm Gewicht nicht mit einem Schlag auf den Kopf betäubt werden kann. Also wo leben wir denn hier?

(Michael Andrejewski, NPD: In Deutschland.)

Wir müssen uns fragen, wo die Ursachen für diese enorme Überproduktion an Ferkeln herrühren, die offenbar viele nicht überlebensfähige Ferkel hervorbringt.

(Thomas Krüger, SPD: Es geht doch nicht um die Überproduktion, es geht um nicht Lebensfähige.)

Auf der Tagung anlässlich des 75-jährigen Jubiläums – ich nannte es gerade – der Nutztierforschung am Standort Dummerstorf konnte ich es wieder bestätigt finden. Bis zu 31 Ferkel gebären inzwischen die auf Masse gezüchteten Sauen pro Jahr.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist das Problem.)

Anfang der 90er-Jahre wurden in Deutschland üblicherweise mit 2,09 Würfen circa 21 Ferkel pro Sau und Jahr erzeugt. Jetzt liegen die Würfe mittlerweile bei 2,36 und knapp 27 abgesetzten Ferkeln. Aber die 30-Ferkel-Marke ist, wie gesagt, vielerorts bereits überschritten. In Dänemark wird uns die 35-Marke genannt.

Rund 12 Prozent dieser großen Würfe mit 15 Ferkeln und mehr pro Wurf überleben nicht. Eine Sau hat nur 10, 12, manchmal auch 14 Zitzen, also sie gebären wesentlich mehr Ferkel, als sie säugen können. 20 Prozent der Ferkel kommen zudem tot zur Welt. Das macht insgesamt circa 30 Prozent, wenn man das zusammenzählt, 30 Prozent Ferkelverluste in der Hochleistungszucht aus.

Eine solche Hochleistungszucht, meine Damen und Herren, ist aus unserer Sicht ethisch verwerflich. Die Züchter und auch unser politisches System nehmen billigend in Kauf, dass die Sauen zum Teil über 20 Ferkel auf einmal werfen, von denen höchstens drei Viertel überleben, auch wenn die Züchter anstreben, mehr der überlebensfähigen Ferkel durchzubekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ökonomische System zwingt sie dazu, leider.)

Die anderen Ferkel sterben meist in den ersten Stunden oder Tagen nach der Geburt oder sie werden erschlagen.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tierschutzorganisation PROVIEH berichtet, dass in Dänemark Statistiken über lebend geborene Ferkel erst am fünften Tag nach der Geburt erhoben werden. Man höre und staune! Alle davor verendeten oder getöteten Tiere zählen dann einfach nicht. So wird die Statistik der Ferkelverluste geschönt, um ethische Bedenken aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, zu vermeiden. Unklar ist dort, wie bei uns, wo genau die Grenze bei den getöteten Ferkeln zwischen Tötung wegen zu geringer Überlebenschancen und der Tötung überzähliger Ferkel verläuft.

(Thomas Krüger, SPD: Überzählige dürfen nicht getötet werden.)

Doch auch ohne Beantwortung dieser Fragen bleibt für uns völlig klar: Das Töten der Ferkel durch Schleudern des Körpers gegen Flächen aller Art ist auf jeden Fall tierschutzwidrig und absolut indiskutabel.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Katharina Feike, SPD: Das steht aber nicht drin im Erlass.)

Hier noch mal ganz klar und deutlich für alle unsere Forderung: Wir fordern, dass Ferkelerzeuger, also Landwirte vor Ort, eindeutige Richtlinien, die Leitlinien, an die Hand bekommen. Darum geht es doch, dass sie sicher unterscheiden können zwischen lebensfähigen und nicht lebensfähigen Ferkeln. Es geht um die Durchsetzung tierschutzgerechter Tötungsmethoden, und dass man sich hier nicht über das Tierschutzgesetz und die Tierschutz-Schlachtverordnung hinwegsetzt.

Es geht auch um umfassende regelmäßige Kontrollen. Eine Selbstkontrolle, wie sie von Ihnen, Herr Backhaus, im Gleichschritt mit Herrn Schmidt vom Bund gefordert wird, greift hier einfach nicht.

(Egbert Liskow, CDU: Mehr Vertrauen!)

Das ist zu kurz gesprungen.

(Egbert Liskow, CDU: Mehr Vertrauen!)

Wir brauchen stärkere Bemühungen der Betriebe selbst, die Aufzucht schwächerer Ferkel zu gewährleisten und Lebewesen nicht als Ausschussware zu behandeln. Wir brauchen Zuchtziele in den Zuchtunternehmen und wir brauchen einfach höhere Geburtsgewichte

(Thomas Krüger, SPD: Genau. Richtig.)

vor Ort,

(Thomas Krüger, SPD: Richtig.)

und wir brauchen eine höhere Ferkelvitalität.

(Udo Pastörs, NPD: Davon muss man aber auch leben können, die Höfe.)

Wir sind aber fernab davon, sondern es geht nur noch um Menge. Was sind wir denn? Bei 30/35, das ist eingepreist, dass da einfach 30 Prozent nicht überlebensfähig sind. Und das ist unser Hauptaugenmerk.

Von daher plädiere ich für unmissverständliche Leitlinien, für einen unmissverständlichen Erlass, der sich klar an dem Tierschutzgesetz und auch klar an der Tierschutz-Schlachtverordnung orientiert. Von daher plädiere ich für die Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Katharina Feike, SPD: Nee.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gerkan.

Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte wirklich gehofft, dass Sie das in dieser Debatte aufgrund der Hinweise, die wir Ihnen gegeben haben, wahrnehmen. Ich muss jetzt wieder zur Kenntnis nehmen, dass das nicht der Fall ist.

(Zuruf aus dem Plenum: Noch nie!)

Wenn Sie dann jetzt auch noch in Dummerstorf waren – ich hätte auch gerne an diesen Veranstaltungen teilgenommen, zumal es ja als Leibnitz-Institut ein Teil des Landes ist, das wir zu 50 Prozent fördern und das auch unserem Haus unterstellt ist –, und wenn Sie dann die Deutsche Landrasse gestern im Vortrag wahrgenommen haben – ich vermute, dass es so gelaufen ist –, dann nehme ich als erstes zur Kenntnis, dass wir hier in unserem Betrieb, in der Forschungseinrichtung, keine – und ich bitte Sie jetzt wirklich um Verständnis, weil Sie hier Begriffe wählen –, in Anführungsstrichen haben Sie hier gesagt, dass wir Lebewesen als Ausschussware ... Dass Sie so was hier bezeichnen, ist für mich ein Signal, dass Sie sich mit dem Thema überhaupt nicht auseinandergesetzt haben.

(Stefanie Drese, SPD: Ja.)

Wenn man bäuerliche Tradition ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie hatte einen sehr sachlichen Debattenbeitrag.)

Sie haben erst recht, Herr Saalfeld, Sie haben erst recht keine Ahnung davon! Wenn Sie sich einfach mal in die Lage eines Landwirtes versetzen, denn denken die über Generationen hinweg.

(Tilo Gundlack, SPD: Das kann der doch nicht. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn sich Ihre Kollegin hier hinstellt und gesagt wird, hier wird Ausschussware produziert,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat sie nicht gesagt.)

dann ist das eine Verleumdung erster Güte gegenüber der Landwirtschaft! Verdammt noch mal!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf aus dem Plenum: Genau.)

Der Ansatz, den Sie vielleicht versuchen zu prägen, den kann ich ja nachvollziehen,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wie wollen Sie denn mit 35 Ferkeln im Jahr umgehen?)

aber wenn dann auch in Ihrer Presseerklärung, wenn in Ihrer Presseerklärung aus Ihrer Fraktion mit Steuergeldern, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie zu!

... mit Steuergeldern mir der Vorwurf gemacht würde, ich würde mich vor Tierquäler stellen, denn sage ich Ihnen heute schon, ich werde mich im Anschluss an die Staatsanwaltschaft wenden und werde das überprüfen lassen. Das kann nicht sein!

Wenn Sie als GRÜNEN-Fraktion mir hier vorwerfen, in diesem Hohen Hause, in einem demokratischen Gremium, ich würde mich vor Tierquäler stellen, dann würde das bedeuten, dass ich akzeptiere, dass hier Tiere gequält werden, und das akzeptiere ich nicht. Nehmen Sie das innerhalb kürzester Zeit zurück oder ich schalte hier die Staatsanwaltschaft ein!

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Okay.)

Dann sage ich Ihnen auch noch mal Folgendes: Wenn man über die Landwirtschaft redet, dann muss man sich einfach mal mit dem Thema auseinandersetzen.

> (Michael Andrejewski, NPD: Jetzt wirds gefährlich.)

Wir haben mit der Deutschen Landrasse, auch gerade auf der MeLa, das Tier der MeLa und in dem Betrieb in Dummerstorf noch mal gezeigt, wie das umzusetzen ist und wir haben dort keine Überzähligen. Wir haben pro Wurf im Durchschnitt in Dummerstorf, einem der besten Betriebe, die wir haben, 27 Ferkel. Wenn Sie rechnen können und die Sau eben 14 Gesäugemöglichkeiten hat, dann können Sie sich ausrechnen, dass da keins überzählig ist. Richtig?

(Zuruf von Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigung, das ist leider in dem Bereich so, muss in den ersten fünf Tagen entschieden werden. Ich sage Ihnen noch mal ausdrücklich, es ist immer eine Einzelentscheidung. Und was ich hier auch noch mal sagen muss: Meinen Sie wirklich, dass es den Landwirten oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Spaß macht, Tiere zu töten?

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das glaube ich nicht.)

Aha, das ist wenigstens ein Ansatz. Nein, ein Landwirt,

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und ich greife mitnichten die Landwirtschaft an. Es geht um Politik, Herr Backhaus.)

ein Landwirt ist dazu angetreten, eine Produktion durchzuführen mit dem Ziel, daraus einen Erlös zu erzielen. Er wird alles daransetzen, dass möglichst alle Tiere gesund erhalten werden und bis zum Ende geführt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und das, Frau Gerkan, das ist mein Problem. Das sprechen Sie unseren Leuten ab und dann werfen Sie mir noch vor, und da bin ich wirklich allergisch – ich bin der oberste Tierschützer qua Amt in diesem Lande und ich habe sehr, sehr viel mit Tieren zu tun.

(Heiterkeit bei Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da mögen Sie lachen wie Sie wollen. Ich nehme das ernst. Wenn Ihre Leute das in anderen Ländern ein bisschen eher ernster genommen hätten, unter anderem auch Frau Künast, dann wären wir schon ein ganzes Ende weiter gewesen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Dann hätten wir nämlich unter anderem auch das Bundesemissionsschutzgesetz.

Ihre Phrasen, Entschuldigung, Ihre Phrasen, immer wieder von industrieller Tierproduktion zu reden – definieren Sie das endlich mal! Wir werden das jetzt auf Bundesebene versuchen. Ich habe immer wieder darum gebeten, dass das endlich mal stattfindet. Wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft, die dazu auch angetan ist, diese Leistung zu erbringen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Katharina Feike, SPD: Genau.)

Das, was wir hier machen, ist den Kübel Schmutz über dieses Land zu kippen und letzten Endes in einen Generalverdacht in der Landwirtschaft einzusteigen, und das akzeptiere ich nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Gerkan?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Gleich. Ich bin gleich fertig. Den einen Gedanken, den muss ich noch äußern.

Dann zitieren Sie wieder wahllos, wahllos aus irgendwelchen anderen Regionen Europas, Dänemark. Wir haben die Verantwortung in Mecklenburg-Vorpommern, und hier in diesem Lande werden die höchsten Tierschutzstandards, die wir in Deutschland, in Europa haben, umgesetzt. Das nehmen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Landkreise ernst. Dann noch zu sagen, wir müssen härter durchgreifen, wir müssen mehr kontrollieren – wir kontrollieren!

Die Anfrage, die Sie von mir beantwortet bekommen haben, im Zusammenhang auch mit dem großen Unternehmen – da haben Sie doch heute Ihre Schlagzeile bekommen, dass wir scharf kontrollieren, oder etwa nicht? Da ist täglich ein Mitarbeiter aus unserer Landesverwaltung, um sich nur mit diesem Thema dort zu beschäftigen. Meinen Sie, mir macht das Spaß? Ich würde dem am liebsten auch unverzüglich die Tierhaltung untersagen. Aber es gibt nun mal zum Glück in Deutschland Gesetze und wir leben in einem Rechtsstaat und daran haben Sie sich genauso zu halten. Deswegen finde ich es abscheulich, was Sie in Ihrer Presseerklärung schreiben, Herr Suhr. Ich bitte Sie inständig darum, das zu überprüfen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich bitte Sie inständig darum, das zu überprüfen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn das nicht unverzüglich dort verschwindet, werde ich heute noch die Staatsanwaltschaft bitten, die Ermittlungen aufzunehmen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wow! – Udo Pastörs, NPD: Das wäre mal eine Maßnahme.)

Und jetzt können Sie die Frage stellen.

**Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank, Frau Ministerin.

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Minister.

**Jutta Gerkan**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister.

Das passt natürlich nicht mehr ganz zum Thema, weil Sie ein bisschen länger geredet haben. Es geht um das Thema

(Zuruf aus dem Plenum: Frage! Frage!)

"Anzahl der Ferkel"

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und "überzählige Ferkel". Ist es nicht eine Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses für den Betrieb? Wir haben ja einen Wirtschaftsbetrieb

(Egbert Liskow, CDU: So denken Sie.)

und insofern: Ein kleines Ferkel – lohnt sich das, das wirtschaftlich großzupäppeln?

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Gerkan, ich muss Sie jetzt unterbrechen.

Sie haben die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Sie haben keine Möglichkeit, hier Erläuterungen zu geben und den Hintergrund Ihrer Frage darzustellen. Eine präzise Frage haben Sie gestellt, und der Minister kann die beantworten.

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, also ich vermute, dass ich die Frage richtig verstanden habe. Und wenn Sie sich damit auseinandersetzen, bitte machen Sie es! Fahren Sie auf den Arche-Hof nach Kneese! Dort gibt es die

Rote Husumer, da habe ich mal die Patenschaft übernommen. Können Sie sich vorstellen, warum? Wegen der Roten Husumer.

> (Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion der SPD Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut.)

Und wenn Sie sich diese Rasse ...

Ja, darüber kann man auch lachen, aber es hat einen ernsten Hintergrund.

Wenn Sie sich diese Rasse mal anschauen – das können Sie auch gern im Internet machen – dann würden Sie wissen, wie viele Zitzen die haben. Die ist vom Aussterben bedroht, die hat 2 mal 8 – ist 16. Sehen Sie, das heißt, die Natur ist genial. Aber dazu kann ich nur eins sagen: Sie müssen sich einfach mit dem Thema mehr befassen! Lassen Sie uns gemeinsam den Weg antreten!

(Michael Andrejewski, NPD: Dann müssen Sie zur Nachhilfe antreten.)

Ich bin immer, immer wieder bereit, Sie aufzurüsten

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

oder im Sinne der Wissensvermittlung zu unterstützen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

mit Wissen aufzurüsten. Aber ich nehme immer wieder zur Kenntnis, dass Sie gar nicht bereit sind, das überhaupt in Anspruch zu nehmen. Tut mir leid.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3261. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. –

(Marc Reinhardt, CDU: Das reicht nicht.)

Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3261 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, NPD und einer Enthaltung aus der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt Ihnen auf Drucksache 6/3289 ein Gesetzentwurf zum Thema "Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Gesetzentwurf erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Das ist der Fall.

Frau Borchardt, bitte.

Barbara Borchardt, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, die Aufnahme des Gesetzentwurfes zum Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz auf der Drucksache 6/3289 auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

In der gestrigen Debatte haben Sie deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Justizministerium an das vom Landtag beschlossene Gesetz gebunden ist. Die Umsetzung wird am 6. Oktober dieses Jahres mit der Umwandlung des Amtsgerichtes Anklam zu einer Zweigstelle beginnen. Dies ist die letzte Landtagssitzung vor Inkrafttreten des Gerichtsstrukturneuordnungsgesetzes. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erreichen, dass die Umsetzung um zwei Jahre verschoben wird.

Die Behandlung ist dringend erforderlich, damit nicht bereits jetzt vor einem möglichen Volksentscheid Tatsachen geschaffen werden. Diese Aufschiebung ist auch aus Respekt vor den vielen Bürgerinnen und Bürgern geboten, die bisher das Volksbegehren unterstützt haben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist auch der Fall.

Bitte, Herr Abgeordneter Silkeit.

**Michael Silkeit**, CDU (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz wurde am 9. Oktober letzten Jahres verabschiedet. Ganze fünf Monate später begannen der Richterbund und der Verein "Pro Justiz" eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren. Dass es mehr als 100.000 Unterschriften werden, war schon frühzeitig abzusehen, inzwischen sind es fast 120.000,

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Das wurde gestern noch angezweifelt.)

und ganz nebenbei bemerkt, ist das für mich ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie.

Zugleich wird aber an dieser Zeitschiene auch deutlich, dass die Opposition hinreichend Zeit hatte, sich zu überlegen, welche demokratischen und rechtlich möglichen Alternativen sie ergreifen wird. Offensichtlich hat man sich für den falschen Weg entschieden, denn der eingebrachte Antrag auf Drucksache 6/3250 sah vor, die Landesregierung zu einem offenen Rechtsbruch aufzurufen.

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ein Quatsch.)

Aber die Regierung kann und darf den Vollzug von Gesetzen nicht einfach aussetzen. Als das auch von der Opposition erkannt wurde,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Torsten Koplin, DIE LINKE)

zauberte sie kurz vor der Angst am letzten Freitag noch das vorliegende Gesetz aus dem Hut. Warum sage ich "aus dem Hut zaubern"?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: In Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen.)

Die Opposition wirft den Gesetzesentwurf ohne Einhaltung jeglicher Fristen in den Ring. Die Geschäftsordnung sieht allerdings ausdrücklich vor, dass die Beratungsgegenstände 14 Tage vor der Sitzung angemeldet werden müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Das hätte sich die Koalition mal trauen sollen, da wäre aber sonst was los gewesen.)

Aber sicher.

Eine Dringlichkeit, hiervon abzuweichen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann wäre es auf der Tagesordnung, wenn die Koalition es getan hätte. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Genau, Herr Müller.

Eine Dringlichkeit, hiervon abzuweichen, ist nicht erkennbar. Das Gerichtsstrukturgesetz ist seit über einem Jahr bekannt. Für die Umsetzung der Gerichtsstrukturreform sind bereits zahlreiche notwendige Bau- und Umzugsmaßnahmen angelaufen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

Es besteht somit kein Anlass, hiervon abzuweichen.

Insbesondere gibt es auch keine Notwendigkeit, dem Ergebnis des Volksbegehrens und dessen Prüfung durch den Landeswahlleiter vorzugreifen. Sollte später doch etwas an der Gerichtsreform zurückgedreht werden, denke ich, sind wir Manns genug, das auch hinzunehmen. Denn dies ist der richtig saubere Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihr Gesetzentwurf ist nicht nur eine Show. Er hilft in der Sache nicht weiter, aber das wissen Sie selbst. Die Koalitionsfraktionen lehnen die Dringlichkeit ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was Sie da abziehen, ist eine Show.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Silkeit

Wir stimmen jetzt darüber ab, ob die Tagesordnung um diese Vorlage erweitert werden soll. Wer stimmt für diesen Vorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

NPD gegen die Stimmen von den Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Opferschutz justizpolitisch stärken, auf Drucksache 6/3262. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3298 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Opferschutz justizpolitisch stärken – Drucksache 6/3262 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/3298 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jede erlittene Straftat, insbesondere ein Sexual- oder ein Gewaltdelikt, aber auch ein Wohnungseinbruch führt beim Opfer zu psychischen Belastungen. Nichts ist mehr wie vorher. Scheu, Misstrauen und Angst beeinträchtigen das Lebensgefühl oft für lange Zeit. Opfer tragen oft bis an ihr Lebensende an den seelischen und körperlichen Folgen der Verletzungen. Diese Menschen benötigen vor allem zeitnahe und leicht erreichbare fachlich qualifizierte Versorgung. Das stellte der WEISSE RING in seiner Erklärung anlässlich des 22. Mainzer Opferforums fest. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren der demokratischen Fraktionen, dass wir diese Formulierung alle unterstützen.

Ja, Opferschutz ist ein wichtiges Thema, auch darüber sind wir uns sicherlich einig. Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass sich die letzte Justizministerkonferenz mit diesem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beschäftigt und verschiedene Beschlüsse gefasst hat, so zum Beispiel zur Prüfung eines bundesweiten Anspruchs zur psychosozialen Prozessbegleitung oder zur Bündelung von Opferschutzrechten in Strafverfahren. Wir teilen auch die Auffassung der Justizminister, dass die Gesetzesänderungen der letzten Jahre deutliche Verbesserungen der prozessualen Rechte von Opfern gebracht haben. Das bedeutet aber nicht, und auch darüber sind wir uns sicherlich einig, dass damit alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und wir uns bequem zurücklehnen können. Auch das hat die Justizministerkonferenz deutlich zum Ausdruck gebracht.

Es ist in erster Linie ein Verdienst des WEISSEN RINGES, dass sich die Betrachtungsweise des Opferschutzes in den letzten Jahren gewandelt hat. Für dieses Engagement möchte ich mich im Namen meiner Fraktion an dieser Stelle recht herzlich bedanken. Zur Erinnerung: Lange Jahre war in Deutschland die Entwicklung des Strafprozessrechtes geprägt durch das Bemühen, die prozessualen Beziehungen zwischen dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und den Beschuldigten sachgerecht zu regeln. Den Opfern von Straftaten wurde wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Opfer in Strafverfahren waren nur Beweismittel zur Überführung der Täter. Das hat sich zum Glück geändert.

Die psychosoziale Prozessbegleitung, der Täter-Opfer-Ausgleich oder das Adhäsionsverfahren waren hier deutliche Schritte in die richtige Richtung. Das es weitere, noch unbearbeitete Baustellen gibt, kann und wird hoffentlich niemand bestreiten. Eine Baustelle, die zum Beispiel mit der am 21. August 2014 gestarteten Onlinepetition "Opferschutz als Pflichtaufgabe" hier deutlich wird.

Die Petition wurde initiiert vom Frauenrat Mecklenburg-Vorpommern. Sie hat zahlreiche Unterstützer wie die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, den Allgemeinen Behindertenverband – Für Selbstbestimmung und Würde, die Gewerkschaft der Polizei/Landesfrauengruppe Mecklenburg-Vorpommern und den Bürgerschaftspräsidenten der Hansestadt Rostock. Man sehe es mir nach, wenn ich hier irgendjemanden vergessen habe.

Mit dieser Petition wird auf mehrere Missstände hingewiesen, und das in unterschiedlichen Bereichen. Zunächst sind es Themen, die in die Hoheit des Sozialministeriums fallen. Da geht es um den Wunsch nach der gesicherten Finanzierung oder um fehlende Barrierefreiheit. Aus Sicht meiner Fraktion Forderungen, die zu unterstützen sind. Wir hoffen, dass Sie unsere Auffassung diesbezüglich teilen. Mit den einzelnen konkreten Forderungen möchten wir uns an dieser Stelle nicht auseinandersetzen, sondern uns insbesondere auf die Aussage "Arbeit mit Tätern ist der beste Opferschutz" konzentrieren.

Auch der WEISSE RING hat in seinen kriminalpräventionspolitischen Forderungen auf diesen Zusammenhang hingewiesen und konkrete Forderungen gestellt. Forderungen, die beinahe auf allen Veranstaltungen zum Thema Opferschutz zu hören sind. Ein wirksamer Schutz von Opfern in der Zukunft ist die Arbeit mit den Tätern heute. Insofern halte ich es für falsch, Resozialisierungsarbeit in Justizvollzugsanstalten oder Therapieeinrichtungen als reine Täterarbeit zu begreifen. Sie ist auch präventiver Opferschutz.

Ein Leiter der Justizvollzugsanstalt unseres Landes brachte es einmal so zum Ausdruck: Irgendwann kommen sie alle wieder raus. Die Frage ist nur, wie möchten wir, dass sie wieder rauskommen. Genau so, wie sie reingegangen sind, oder therapeutisch behandelt? Insofern macht die Resozialisierung sogar einen großen Teil der Opferarbeit aus. Und auch das ist klar, diese Arbeit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Nein, im Gegenteil, sie kostet den Steuerzahler richtig Geld. Aber – und ich finde, Frau Ministerin Kuder hat es in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses ganz richtig festgestellt – hier ist die Gesellschaft als Ganzes gefragt.

Meine Damen und Herren, fragen Sie sich selbst: Haben wir diese gesellschaftliche Atmosphäre? Ich meine, nein. Das kann ich an den unterschiedlichsten Fragen festmachen, wie zum Beispiel beim Umgang mit Petitionen von Strafgefangenen oder, wie vor nicht allzu langer Zeit in Stralsund erlebt, bei der Einführung beziehungsweise dem Ausbau des offenen Vollzuges in der JVA.

Meine Damen und Herren, in den letzten zwei Jahren haben wir drei neue Vollzugsgesetze – Strafvollzug, Jugendstrafvollzug und Sicherungsverwahrvollzug – in unserem Land auf den Weg gebracht. In allen dreien wurde die Resozialisierung als Kernaufgabe festgeschrieben. Das haben wir auch in der Debatte und hier im Landtag immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass wir das richtig finden. Was wir kritisiert haben und was

auch von den Sachverständigen in den Anhörungen zum Ausdruck gebracht wurde, ist die Annahme, dass diese Resozialisierung zum Nulltarif zu haben sei. Der Entwurf zum Strafvollzugsgesetz sollte zum Beispiel kostenneutral umgesetzt werden.

Man erwartet also mehr Arbeit durch das Personal, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Das ist jedoch nicht möglich. Insofern sehe ich das Resozialisierungsziel gefährdet, wenn nicht entsprechend Geld in die Hand genommen wird. Aus diesem Grund steht zu befürchten, dass die Resozialisierung trotz aller Bemühungen in den JVA eine leere Worthülse bleibt. Das bringen auch die Petitionen, die wir im Petitionsausschuss bearbeiten beziehungsweise persönliche Briefe von Strafgefangenen zum Ausdruck. Vor Kurzem erreichte mich der Brief eines JVA-Insassen. Er beschwerte sich nicht über seine Strafe, er meinte sogar, er habe sie verdient. Worüber er sich beschwerte, war die Tatsache, dass für ihn seit Jahren Vollzugspläne erstellt werden, ohne dass tatsächlich irgendetwas umgesetzt werde. Er schrieb mir, dass bei ihm in der JVA eine Psychologin für 80 bis 90 Gefangene zuständig sei. Im letzten Jahr habe sie pro Monat etwa 14 Tage gefehlt. Seit Januar 2014 sei sie gar nicht mehr da.

Meine Damen und Herren, unter diesen Bedingungen ist es natürlich schwierig oder, besser gesagt, unmöglich, die Vollzugspläne und damit eine erfolgreiche Resozialisierung umzusetzen. Wenn ich Straftäter resozialisieren will, muss ich auch entsprechendes Personal vorhalten. Es ist nicht neu, dass der Personalschlüssel in der Justiz auf Kante gestrickt ist. Es heißt dann immer, man könnte ja kein Personal in der Reserve halten. Aber es geht hier nicht darum, jemanden in Reserve zu halten, sondern einen Personalschlüssel zu haben, der auch Urlaub und krankheitsbedingte Ausfälle auffängt. Urlaub und Krankheit sind keine Fälle von höherer Gewalt, sondern ganz gewöhnlich, und treten immer wieder auf. So etwas muss dann auch berücksichtigt werden. Natürlich kostet das Geld, aber es ist nötig, um die Ziele des Strafvollzugs nicht zu gefährden. Und dabei sind wir noch gar nicht bei der Frage, wie effektiv eine psychosoziale Begleitung, Betreuung ist, wenn eine Psychologin für 80 bis 90 Häftlinge verantwortlich ist.

Wenn wir über Resozialisierung reden, gehören aber auch Rahmenbedingungen in den JVAs, wie Wohngruppenvollzug oder die Schaffung von ausreichenden Arbeitsplätzen dazu. Auch das kostet Geld, ist aber nötig. Meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Resozialisierung und damit Opferschutz kostet Geld und wir hoffen, dass wir in den kommenden Haushaltsberatungen hier deutlich mehr tun.

Meine Damen und Herren, im Rahmen des NSU-Prozesses ist ein weiteres Problem deutlich geworden, hier insbesondere zu der Frage, wie Opfer definiert werden. Sind es ausschließlich die Geschädigten oder gehören nicht auch die Familienangehörigen als Ganzes dazu? Auch hier ist unbedingt ein Umdenken erforderlich.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch ein paar Bemerkungen zu den Opferschutzregelungen, wo nicht nur aus unserer Sicht, sondern aus Sicht des WEISSEN RINGES noch dringender Handlungsbedarf besteht. Sicher, das sind bundespolitische Forderungen, aber nichtsdestotrotz besteht die Notwendigkeit, etwas zu tun, etwa wenn es um strafprozessuale Rechte im Nebenkla-

geverfahren geht. Beispielsweise gibt es keine Beschwerdemöglichkeiten gegen die Ablehnung als Nebenkläger oder kein Beschwerderecht des Nebenklägers bei Versagung von Prozesskostenhilfe. Auch hinsichtlich der Informationspflichten gegenüber den Opfern muss gearbeitet werden, etwa an der Möglichkeit der Eröffnung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung von Fristen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir zu einer sachlichen Debatte kommen im Sinne der Opfer, die durch Gewalttaten geschädigt worden sind. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen, und bin gespannt auf Ihre Beiträge. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Borchardt.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, schnürt ein recht buntes Paket,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bunt und vielfältig.)

dessen Überschrift ich teile. Auch wird Sie nicht überraschen, dass ich mit Ihnen der Auffassung bin, dass die unter meinem Vorsitz gefassten Beschlüsse der 85. Justizministerkonferenz zum Opferschutz zu begrüßen sind.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das deutet auf Zustimmung.)

Ich habe dazu bereits zweimal im Europa- und Rechtsausschuss des Landtages berichtet. Ebenso wenig wird Sie überraschen, dass ich mit Ihnen darin übereinstimme, dass die Vollzugsgesetze Mecklenburg-Vorpommerns, die mein Haus vorbereitet hat, eine – wie Sie es formulieren – geeignete Grundlage für konsequente Resozialisierungsarbeit bilden. Mit Ihren Forderungen, die Sie an die Landesregierung richten, bin ich allerdings aus den verschiedensten Gründen nicht in dieser Weise einverstanden. Außer Frage steht, und da gibt es sicherlich keinen Dissens, dass Opfer von Straftaten staatlichen Schutz und Beistand brauchen.

Die Landesregierung hat sich seit jeher auf allen Ebenen konsequent für eine Verbesserung des Opferschutzes eingesetzt. Auf Bundesebene haben wir die diesbezügliche Gesetzgebung unterstützt, gefördert oder sogar im Bereich der psychosozialen Prozessbegleitung, auf den ich gleich noch zurückkomme, maßgeblich mit geprägt. Inzwischen gibt es von der Anzeigenerstattung bis hin zur Benachrichtigung über Vollzugslockerungen zahlreiche wichtige Informations-, Beteiligungs- und weitere prozessuale Opferrechte. Ich nenne nur das Zeugenschutzgesetz von 1998, das Opferrechtsreformgesetz 2004, das

2. Opferrechtsreformgesetz 2009 und das gerade in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs.

Die vier Schwerpunkte der Regelungen liegen erstens auf der Verbesserung von Rechten des Opfers auf Information und anwaltlichen Beistand, zweitens auf der Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes von Opfern und Zeugen, drittens auf der Stärkung der formellen Verfahrensrechte des Opfers durch Umgestaltung der Nebenklage und viertens auf der Erleichterung der Schadenswiedergutmachung durch Regelungen des so genannten Adhäsionsverfahrens. Dies ermöglicht es dem Opfer, seine zivilrechtlichen Ansprüche gleich im Rahmen des Strafverfahrens durchzusetzen.

Neben diesen Gesetzesänderungen wurden mit der gleichen Zielrichtung die bundeseinheitlichen Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren geändert, beispielsweise hinsichtlich der regelmäßigen Verpflichtung zur Anhörung der Opfer bestimmter Sexualstraftaten vor der Einleitung verfahrensbeendender Maßnahmen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden diese Änderungen im April 2012 in Kraft gesetzt. Weitere opferschützende Gesetzesänderungen in der Strafprozessordnung werden demnächst im Zuge der Umsetzung der sogenannten EU-Opferschutzrichtlinie erfolgen, die gemeinsame Mindeststandards innerhalb der EU festlegt.

Das Bundesjustizministerium hat hierzu erst vor wenigen Tagen den Referentenentwurf für ein 3. Opferrechtsreformgesetz vorgelegt. Mit diesem Gesetzentwurf soll nun unter anderem die psychosoziale Prozessbegleitung im deutschen Strafverfahrensrecht verankert werden. Wie Sie wissen, war und ist Mecklenburg-Vorpommern Impulsgeber einer deutschlandweiten Einführung der psychosozialen Prozessbegleitung.

Die Landesregierung hat schon im Sommer 2010 mit Unterstützung des Landtages das Modellprojekt "Psychosoziale Prozessbegleitung" in den Landgerichtsbezirken Neubrandenburg und Schwerin ins Leben gerufen. Inzwischen können wir diese Begleitung in allen Landgerichtsbezirken anbieten. Wir geben damit kindlichen und jugendlichen Opfern von Gewalt und Sexualstraftaten die Kraft, das hoch belastende Strafverfahren durchzustehen. In den vergangenen vier Jahren wurden etwa 180 Kinder und Jugendliche in dieser Weise professionell begleitet. Die psychosoziale Prozessbegleitung war, wie Sie wissen, auch ein wichtiges Thema der diesjährigen Justizministerkonferenz. Frau Borchardt hatte ja noch mal darauf hingewiesen.

Vorbereitend hatte ich im April Experten und Betroffene zu einer bundesweiten Fachtagung nach Berlin eingeladen, die sehr viel Zuspruch erfahren hat. Seit einer Woche liegt nun der erwähnte Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums für das 3. Opferrechtsreformgesetz mit der Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf psychosoziale Prozessbegleitung vor. Im Übrigen, in der Begründung des Gesetzentwurfes wird unser Modellprojekt als beispielgebend erwähnt. So darf ich mit einem gewissen Stolz sagen, dass wir in diesem wichtigen Bereich des Opferschutzes in Deutschland eine wichtige Rolle gespielt haben und weiterhin spielen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie sehen, gab und gibt es auf Bundesebene eine rege gesetzgeberische Tätigkeit zur Verbesserung der Opferschutzrechte. Fraglos konnte schon viel erreicht werden, aber ebenso klar ist, dass wir ständig weiterschauen, ob und gegebenenfalls wo sich weiterer Verbesserungsbedarf ergibt. Von daher ist natürlich zu begrüßen, dass auch die Fraktion DIE LINKE Interesse an der Stärkung des Opferschutzes zeigt.

Angesichts der soeben im Überblick dargestellten vielfältigen Gesetzesvorhaben auf diesem Gebiet kann ich jedoch mit einem pauschalen Ruf nach einer, ich zitiere, "Fortentwicklung von Opferschutzrechten" wenig anfangen. Da wären schon einige Vorschläge hilfreich. Soweit Sie unter Hinweis auf das Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, in der Begründung Ihres Antrags fordern, "auch Verbesserungen für Opfer von Nicht-Sexualdelikten" zu erwirken, erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, dass dieses Gesetz über seinen Namen hinausgehend durchaus nicht nur Regelungen für Opfer von Sexualstraftaten enthält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf drei vollzugliche Aspekte des Antrages zur Behandlung von Gewaltstraftätern eingehen. Sie wissen, dass wir im Vollzug eine umfangreiche Eingangsdiagnostik durchführen, um zu ermitteln, worauf die Tat beruht. Das heißt, wir knüpfen nicht einfach an die Tat an, sondern suchen nach den Ursachen der Delinquenz, wie zum Beispiel mangelnde soziale Kompetenz, unzureichende Impulskontrolle oder Ähnliches. Daraus leiten wir die individuell erforderlichen Behandlungs- und möglicherweise Therapienotwendigkeiten ab.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die hierfür erforderlichen Gruppen- beziehungsweise Einzelmaßnahmen sind im Justizvollzug Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich vorhanden.

(Udo Pastörs, NPD: Notfalls kommen die in die Psychiatrie.)

Allerdings prüft die Fachabteilung meines Hauses gegenwärtig, ob in der Sozialtherapie zukünftig zusätzliche Kapazitäten erforderlich sind. Wir werden uns das genau anschauen und sollte sich ein Zusatzbedarf ergeben, werden wir selbstverständlich die erforderlichen Schritte einleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Heilserwartungen, die mit dem Wohngruppenvollzug – und darauf kommt ja auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sprechen – allgemein und für alle Gefangenen mancherorts verbunden wurden, haben sich nicht erfüllt. Da, wo es sinnvoll und teilweise sogar zwingend notwendig ist, etwa in der Sozialtherapie oder in der Suchttherapie, praktizieren wir ihn. Allerdings ist das nicht so sehr eine Frage der baulichen Verhältnisse als vielmehr eine Frage der Konzeption, des Personaleinsatzes, des Tagesablaufs, des Umgangs und der Spielregeln in der Abteilung.

Und schließlich zur Evaluation der Vollzugsgesetze: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Evaluation ist ein zunehmend ausufernd gebrauchtes Modewort geworden, alles und jedes wird evaluiert,

(Udo Pastörs, NPD: Und nachvollzogen.)

ohne dass immer klar wäre, was da im Einzelnen und mit welcher Relevanz untersucht werden soll. Ich sage Ihnen, eine Evaluation der Vollzugsgesetze, die diesen Namen verdient und wissenschaftlichen Standards entspricht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wird nicht vor Ende dieses Jahrzehnts möglich sein, weil es sich um sehr langfristige Veränderungsprozesse handelt, die seriös nicht eher untersucht werden können. Aber selbstverständlich können wir Ihnen bei sich bietender Gelegenheit, etwa im Europa- und Rechtsausschuss, im Jahre 2016 über erste Erfahrungen und Einschätzungen bei der Umsetzung der neuen Gesetze berichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ganzen gesehen handelt es sich damit um einen Antrag, dessen Überschrift und einzelne seiner Feststellungen durchaus meine Sympathie haben, dem aber im Hinblick auf seinen gesamten Inhalt im Übrigen aus meiner Sicht nicht zuzustimmen sein wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Stefanie Drese für die Fraktion der SPD.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Aufklärung und Ahndung von Straftaten führte in der Vergangenheit zu einer starken Täterorientierung im System der Strafrechtspflege. Neben der Überführung, Bestrafung und Resozialisierung des Täters wurde das Opfer nahezu ausschließlich in seiner Rolle als Beweismittel wahrgenommen. Seine psychische und physische Hilfsbedürftigkeit fand wenig Beachtung.

Die Verbesserung des Opferschutzes und der Opferhilfe war daher dringend geboten. Durch das Opferentschädigungsgesetz, das Erste Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren, das Verbrechensbekämpfungsgesetz, das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten, das Zeugenschutzgesetz, das Gesetz zur strafrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs, das Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs und andere Opferrechtsreformgesetze wurden bereits wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Opfern umgesetzt. Nichtsdestotrotz gilt es auch heute noch, den Opferschutz weiter zu stärken.

Im Juni dieses Jahres fand in Binz die 85. Justizministerkonferenz statt. Kernpunkt der Konferenz waren unter
anderem Fragen des Opferschutzes. Die dort gefassten
Beschlüsse enthalten bereits eine Reihe von Handlungsaufträgen. Diese stellen, wie auch die Antragstellerin
einräumt, Schritte in die richtige Richtung dar. Opfer von
Straftaten verfügen heute über eine Vielzahl prozessualer Rechte. Ihre Rechtsposition wurde über die Jahre
durch zahlreiche gesetzliche Änderungen gestärkt. Zu
finden sind die Rechte in der Strafprozessordnung, im
Gerichtsverfassungsgesetz, aber auch im Strafgesetzbuch. Es ist daher zu begrüßen, dass eine gesetzliche
Zusammenfassung der bestehenden Opferschutzvorschriften geprüft werden soll, die zur leichteren Auffin-

dung und damit auch zur besseren Wahrnehmung dieser Rechte beitragen kann.

Auch sind die Empfehlungen auf dem Weg zu einem bundesweiten Anspruch junger Missbrauchsopfer auf eine psychosoziale Prozessbegleitung von der Konferenz befürwortet worden. Zudem ging es um die Wiedereingliederung entlassener Straftäter. Bevor Strafgefangene entlassen werden, stehen die Anstalten vor vielen Fragen: Wo soll der Entlassene wohnen? Welche suchttherapeutische Einrichtung behandelt ihn? Wie ist es mit Arbeit und einem gesetzlichen Krankenversicherungsschutz? Die Resozialisierung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Skandinavien macht es uns vor.

Mecklenburg-Vorpommern ist in Sachen Opferschutz gut aufgestellt. Gerade mit der integralen Straffälligenarbeit, der Konzentration von Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und forensischer Ambulanz im Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit nimmt das Land eine Vorreiterrolle ein. Das im Rahmen des Konzepts der integralen Straffälligenarbeit bereits standardisierte Diagnoseverfahren ist im Gesetz festgeschrieben worden. Dieses ermöglicht nach dem Aufnahmeverfahren eine zügige und genaue Analyse der jeweils der Straffälligkeit zugrunde liegenden Ursachen.

Im Jugend- und Erwachsenenstrafvollzug sowie in der Sicherungsverwahrung wird bereits Augenmerk auf Therapiemaßnahmen gelegt. Grundgedanke ist, dass die Bevölkerung nur dann wirksam vor Wiederholungstaten geschützt werden kann, wenn während des Vollzugs die spezifischen Persönlichkeitsprobleme der Gefangenen, die für ihre Straftaten ursächlich waren, behoben und die einer künftigen Straffälligkeit entgegenwirkenden Fähigkeiten gestärkt werden. Der gesamte Vollzug bei uns ist auf die Auseinandersetzung mit der Straftat und ihre Folgen ausgerichtet.

Was die Therapiemaßnahmen bei Gewaltverbrechen in der Sicherungsverwahrung betrifft, möchte ich an dieser Stelle an den Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Bildung eines Vollzugsverbundes in der Sicherungsverwahrung erinnern. Durch den Staatsvertrag soll eine Spezialisierung im Hinblick auf die therapeutischen Behandlungsangebote in der Sicherungsverwahrung erfolgen. Konkret bedeutet das eine länderübergreifende Unterbringung von Sicherungsverwahrten in einem Vollzugsverbund mit unterschiedlichen Behandlungsschwerpunkten.

Die Einrichtung Brandenburgs wird sich auf die Behandlung von Sexualstraftäter ausrichten, soweit sie nicht primär einer Gewaltproblematik unterliegen. Die Einrichtung Mecklenburg-Vorpommerns ist demgegenüber auf die Behandlung von Sicherungsverwahrten mit Gewaltproblematik ausgerichtet. Damit kann durch länderübergreifende Verlegung von Sicherungsverwahrten das erforderliche Behandlungsangebot sichergestellt werden.

Sie sehen also, Opferschutz ist ein weites Feld und eine stetige Aufgabe, an der wir auch weiterhin intensiv arbeiten werden. Einer gesonderten Aufforderung durch den vorliegenden Antrag oder den Änderungsantrag bedarf es dafür wirklich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Drese.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Ansinnen der Antragsteller, Frau Borchardt, welches sich ja im Kern darauf orientiert, den Opferschutz justizpolitisch zu stärken und zu unterstützen, begrüßen wir ausdrücklich. Ich finde es wichtig und richtig, dass Sie dieses Thema hier zum Gegenstand dieser Landtagssitzung gemacht haben.

Im ersten Teil Ihres Antrages werben Sie dafür, dass die Beschlüsse der 85. Justizministerkonferenz begrüßt werden, und ohne Zweifel hat sich in dieser Konferenz, die Ministerin hat das ausgeführt, auch Positives bewegt. Im Wesentlichen sind dies aber Ankündigungen und Absichtserklärungen. Verbindliche Vereinbarungen können wir zumindest nicht ausmachen, und genau das hätten wir uns gewünscht. Ich möchte das an zwei Punkten deutlich machen.

Der erste Punkt: Die Justizministerinnen und Justizminister "bitten den" Bundesjustizminister "zu prüfen, ob und ggfs. wie ein Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren ... geregelt werden kann". Das ist eine lobenswerte Absicht, eine Bitte zu einem Prüfauftrag, gleichwohl bleibt eine wirkliche Verbindlichkeit aus.

In einem weiteren Punkt heißt es: "Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die Absicht Mecklenburg-Vorpommerns zu prüfen, ob ... ein Bedürfnis für eine gesetzliche Zusammenfassung der bestehenden Opferschutzvorschriften in der Strafprozessordnung besteht, die zur leichteren Auffindung und damit besseren Wahrnehmung dieser Rechte beitragen könnte." Auch das, finde ich, ist eine sehr unverbindliche Formulierung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hätte mir hier klarere Positionierungen vorstellen können, denn die zentrale Frage ist doch, was sich tatsächlich ändert, und nicht, was wer beabsichtigt zu prüfen.

Ähnlich, Frau Borchardt, ist es übrigens mit der zweiten Feststellung des Antrages. Hier heißt es, dass "die Forderungen der Online-Petition 'Opferschutz als Pflichtaufgabe' des Landesfrauenrates … sachgerecht und zielführend" sei. Daran gibt es grundsätzlich nichts zu bemängeln, ich darf aber darauf hinweisen, dass beispielsweise die Landesregierung den Empfehlungen aus der "Evaluation des Beratungs- und Hilfenetzes im Aufgabenbereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung" auf Drucksache 5/4368 bisher noch nicht gefolgt ist. Auch das wäre ein Punkt, den man, glaube ich, hier durchaus benennen könnte.

Möglich wäre auch in diesem Antrag – und deshalb will ich ein bisschen Wasser in den Wein hineingießen, das ist ja alles insbesondere von den die Landesregierung tragenden Fraktionen positiv dargestellt worden –, da will ich auf die Forderungen des Landesfrauenrates einmal eingehen, die in diesem Zusammenhang durchaus verbindliche Festlegungen hätten in den Antrag einfließen lassen können. Eine Forderung ist hier zum Beispiel, den

Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung im Bereich häuslicher und sexualisierter Gewalt zu gewährleisten und das gesamte Unterstützersystem als Pflichtaufgabe zu definieren, oder etwa, was ein weiterer Punkt ist, zu kritisieren, dass die Einrichtungen des Hilfsnetzwerkes immer noch, und das seit 20 Jahren, als Projekte eingestuft werden, was bekanntlich die Gefahr beinhaltet, dass die Finanzierung unsicher ist und auch ohne Weiteres eingestellt werden kann.

Oder wie wäre es mit der Möglichkeit gewesen, festzustellen, dass ein schneller und kostenloser Zugang für Betroffene zur psychologischen Beratung und zur Therapie nach wie vor, und das ist der Zustand, nicht möglich ist. Es wäre eine angemessene Forderung gewesen, dies weiter auszubauen und hier Verbindlichkeiten zu schaffen.

Der Antrag als solcher, das habe ich am Anfang gesagt, wird von uns begrüßt. Wir werden ihn unterstützen. Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, der sich mit der Frage der Arbeit mit den Tätern befasst, und in der Tat, Sie haben das angesprochen, Frau Borchardt, Täterarbeit ist Präventionsarbeit und Täterarbeit muss man mit dem Opferschutz mitdenken.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Der erste Punkt orientiert auf den Punkt I, Unterpunkt 3 Ihres Antrages, den Feststellungsantrag – und da hat, das habe ich sehr wohl gehört, die Justizministerin Frau Kuder sehr befriedigt darauf reagiert –, der darauf orientiert, dass Sie feststellen, "die Vollzugsgesetze Mecklenburg-Vorpommerns bilden … eine" gute "Grundlage" für den Opferschutz.

Wir beide, LINKE-Fraktion und GRÜNE-Fraktion, haben im Rahmen der Gesetze, ich glaube, insgesamt über 100 Änderungsanträge eingebracht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee.)

Wir orientierten seinerzeit alle darauf, den Resozialisierungsansatz konkreter zu fassen, verbindlicher zu fassen und deutlicher positiv herauszustellen, durchaus ein Ansatz im besten Sinne von Opferschutz. Deshalb möchte meine Fraktion dieser Anmerkung mit der "geeigneten Grundlage" nicht folgen. Wir beantragen, diesen Satz zu streichen. Wir haben das in Punkt 2 des Änderungsantrages unter 3. konkret als eine Forderung gefasst, die uns die Experten in der seinerzeitigen Anhörung als verbindliche Forderung mit auf den Weg gegeben haben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Im Kern stimmen wir aber dem Grundsatzantrag der LIN-KEN-Fraktion zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Texter von der CDU-Fraktion.

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gerichtliche und außergerichtliche Begleitung von Opfern ist ebenso wie die Stärkung der Opferrechte ein bedeutendes Thema und muss auch nach Ansicht meiner Fraktion stärker in den Fokus der Politik gerückt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den LIN-KEN, bei einem so wichtigen Thema hätte ich mir aber doch noch ein bisschen mehr Feinarbeit gewünscht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Und es dann auch ablehnen. Von wegen Feinarbeit!)

Bevor ich zu meiner Kritik an Ihrem Antrag komme, möchte ich Ihnen sagen, weshalb wir tatsächlich kurz erwogen haben, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Torsten Koplin, DIE LINKE: Oi! – Peter Ritter, DIE LINKE: Überweisen?)

Ja, doch, haben wir erwogen. Jaja, doch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber nur ein Sekündchen, ein Sekündchen lang. – Torsten Koplin, DIE LINKE: Sekundenschlaf. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Ritter, wenn Sie das auch ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Nein, nein, nein. Nein, in der Tat, ich werde das auch begründen, das werden Sie gleich sehen, denn Ihre Heiterkeit in allen Ehren, aber in der Tat haben wir, also jetzt müssen Sie nicht so tun, Herr Ritter, als wenn wir nicht schon Anträge überwiesen hätten. Ich werde das auch begründen, warum wir es nicht tun.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Einen in drei Jahren?!)

Ja, ja.

Also es geht hier insbesondere um den Punkt der Onlinepetition "Opferschutz als Pflichtaufgabe". Die CDU-Fraktion – und ich denke, das wird die Sozialministerin, sie ist nicht da, genauso sehen – hält die Arbeit der Beratungs- und Hilfsnetze für enorm wichtig. Deshalb erachten wir eine die Fachlichkeit beachtende auskömmliche Finanzierung dieser Stellen auch für zwingend notwendig. Doch beim genaueren Hinsehen findet man in dem vorliegenden Antrag kein inhaltliches Eingehen auf dieses tatsächliche Anliegen. In der Rede von Frau Borchardt ist es meiner Ansicht nach auch klar zum Ausdruck gekommen und demzufolge setzt schnell Ernüchterung ein.

Der Antrag der LINKEN hat inhaltlich nun wenig mit der Onlinepetition des Landesfrauenrates zu tun. Die Petition wird unserer Ansicht nach lediglich als aktueller Aufhänger benutzt, um die Diskussion um die Therapiemaßnahmen im Strafvollzug mit alten Argumenten erneut aufzumachen. Ich denke, das ist in der Rede von Frau Kollegin Borchardt, zumindest im zweiten Teil, sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Herr Suhr hat es im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag zumindest für die GRÜNEN-Fraktion auch noch mal sehr deutlich herausgearbeitet.

Meine Damen und Herren, die Onlinepetition wurde vom Landesfrauenrat und der Landeskoordinierungsstelle CORA initiiert. Es wird eine auskömmliche, die Fachlichkeit achtende Finanzierung der Beratungs- und Hilfsnetze bei häuslicher Gewalt gefordert. Die im Ressort des Sozialministeriums angesiedelten Beratungs- und Hilfsnetze bei häuslicher und sexualisierter Gewalt bieten den Opfern Hilfe an, um der Spirale von körperlicher und psychischer Gewalt zu entkommen und ein Leben frei von jeglicher Gewalteinwirkung zu führen. Die Opfer werden unterstützt, eine sichere Distanz zum Täter aufzubauen, sei es durch Beratung bis hin zur Einleitung polizeilicher Wohnungswegweisung, Kontakt- und Näherungsverbote oder den Umzug in Kinderschutz- oder Frauenhäuser.

Die Strafanzeige gegen die Täter ist nur von untergeordneter Bedeutung, es geht um die Sicherung des Opfers. Dies, meine Damen und Herren, hat mit dem Strafvollzug zunächst mal gar nichts zu tun. Hier eine Brücke zu den Therapiemaßnahmen im Strafvollzug und den strafprozessualen Opferrechten herzustellen, finde ich zumindest gewagt.

Ich möchte auf weitere Punkte des Antrages eingehen. Die Beschlüsse der Justizministerkonferenz, es ist hier hinlänglich darauf eingegangen worden, sind zu begrüßen, da gebe ich Ihnen recht. So wurde auf Initiative des Justizministeriums im Juli beschlossen, eine Zusammenfassung der bestehenden Opferschutzvorschriften in der Strafprozessordnung zu führen – ist alles schon angesprochen worden – mit dem Ziel, eine bessere Wahrnehmung dieser Rechte zu erreichen. Das ist in den Beschlüssen der JuMiKo nachzulesen.

Ferner wurde die Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie als weitere Stärkung der Verfahrensrechte der Opfer begrüßt. In einem weiteren Beschluss hat die Justizministerkonferenz die psychosoziale Prozessbegleitung als wichtige Form der Opferhilfe bekräftigt. Insbesondere wurden die von der Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses erarbeiteten Mindeststandards für die psychosoziale Prozessbegleitung sowie die der entsprechenden Weiterbildungsanforderungen als Grundlage für die Fortentwicklung dieses Hilfsangebotes anerkannt.

Der Bundesminister der Justiz, Heiko Maas, wurde damit beauftragt, eine bundesweite gesetzliche Regelung zu schaffen. Frau Ministerin hat darüber berichtet, dass das zwischenzeitlich erfolgt ist. Der Ressortentwurf, ich kenne ihn nicht, aber wenn er vorliegt, dann ist er, der Referentenentwurf, somit ja auch auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, auf die Forderung der LIN-KEN, die Therapiemaßnahmen für Straftäter zu überarbeiten, möchte ich nur insofern eingehen, als dass sich seit der Anhörung in dem Gesetzgebungsverfahren zum Strafvollzugsgesetz und auch zum Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz keine neuen Erkenntnisse ergeben haben, die aus unserer Sicht einen Änderungsbedarf bedeuten würden. Der Antrag bleibt in diesem Punkt eine bloße Worthülse, ohne konkreten Änderungsbedarf zu benennen. Ich kann Ihnen hingegen eine klare Aussage geben: Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern sehr moderne Vollzugsgesetze.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt des Antrages hat mich an den aktuellen Fraktionsreport der Fraktion DIE LINKE erinnert. Der Kollege Holter meint dort auf der Titelseite: "Opposition ist kein Mist". Das mag ich glauben, wenn man die Forderung zum Wohngruppenvollzug liest. In der Opposition kann man alle möglichen Dinge fordern und muss sich nicht um die Umsetzung,

geschweige denn um die Finanzierung kümmern. Frau Ministerin ist hier ebenfalls auf die konzeptionelle Seite eingegangen. Ich möchte an dieser Stelle nur kurz daran erinnern, dass in der Anhörung der Wohngruppenvollzug nach Auffassung von Professor Dünkel nicht umsetzbar ist. Die konzeptionelle Seite des Problems ist durch die Ministerin erläutert worden.

Meine Damen und Herren, die Feststellungsanträge hätten wir als CDU-Fraktion durchaus mittragen können, denn wir finden die Beschlüsse der Justizministerkonferenz zur Stärkung der Opferrechte ebenfalls für richtig, halten sie für richtig und haben es wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass auch DIE LINKE die Vollzugsgesetze in unserem Land als eine gute Grundlage – im Gegensatz zu den GRÜNEN, Herr Suhr sieht das anders, das unterscheidet die beiden Oppositionsfraktionen –, als eine gute Grundlage für die Resozialisierungsarbeit betrachtet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, Gott sei Dank!)

Was die Petition "Opferschutz als Pflichtaufgabe" des Landesfrauenrates betrifft, so gehen wir davon aus, dass die zuständige Sozialministerin diese in der Weiterentwicklung der Beratungslandschaft entsprechend berücksichtigen wird. Wir distanzieren uns allerdings davon, diese Petition lediglich als Aufhänger für eine Diskussion über den Strafvollzug zu benutzen.

Meine Damen und Herren, der weitere Inhalt des Antrages bleibt allerdings hinter den Feststellungsanträgen zurück. Somit wird die CDU-Landtagsfraktion diesen Antrag ablehnen, genauso wie den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

**Michael Andrejewski**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir vertreten da eine etwas andere Auffassung. Opferschutz funktioniert am besten, wenn man die Täter möglichst lange und gründlich kaltstellt.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wenn sie Gefängnismauern und Gitterstäbe zwischen sich und den Tätern wissen, müssen die Opfer keine Angst haben. Denn dass irgendwelche Therapien bei den Tätern anschlagen, darauf können die Opfer nicht vertrauen, und auch nicht darauf, dass irgendwer die Verantwortung übernimmt, wenn die Kriminellen doch wieder rückfällig werden trotz aller Therapien.

(Thomas Krüger, SPD: Da haben Sie in Ihren Reihen ja gute Erfahrungen.)

Sachverständige, Gutachter, Richter, erst recht Politiker, die sind dann alle plötzlich abgetaucht, erklären sich für unzuständig und sagen: Na ja, der hat da wieder zugeschlagen, das Restrisiko muss die Gesellschaft hinnehmen. Zurücktreten wird da keiner.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann war da doch Herr Wieschke, Spitzenkraft aus Thüringen. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD) Der war noch nicht mal Angeklagter.

Zwar wurde jetzt gerade die Höchststrafe für den Versuch, sich kinderpornografisches Material zu besorgen, auf drei Jahre erhöht oder soll erhöht werden laut Gesetzentwurf, das Problem sind aber die Mindeststrafen, an denen sich viele Gerichte leider mit Vorliebe orientieren. Beim sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen beträgt die Mindeststrafe gerade mal drei Monate Gefängnis.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was schlagen Sie denn vor?)

Lehrer, Stichwort "Odenwaldschule" -

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das kommt noch, das Plädoyer für die Todesstrafe?!)

damit beschäftigen wir uns ja heute noch, Herr Brodkorb weiß auch, was gemeint ist –, und Priester, die ihnen anvertraute und ihnen vertrauende Jugendliche sexuell missbrauchen und sich dabei in besonders verwerflicher Weise der Autorität ihrer Ämter bedienen, können sehr billig davonkommen. Eine dermaßen geringe Strafe kann auch noch zur Bewährung ausgesetzt werden. Das ist kein Opferschutz, das ist Täterverwöhnung und Täterermutigung. Zumindest, und jetzt kommt der Vorschlag, bei Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche muss Bewährung generell ausgeschlossen werden, das kann es gar nicht geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich erinnere an die neue, relativ neue BGH-Linie bei Steuerhinterziehung. Früher gab es fast immer Bewährung, egal wie viel man hinterzogen hatte. Dann hat der BGH gesagt, bei 1 Million gibt es im Regelfall keine Bewährung mehr. Und was ist schon die Hinterziehung von 1 Million Euro, verglichen mit dem Missbrauch eines Kindes?! Reinste Kleinkriminalität. Das heißt, wenn Leute, die 1 Million Euro hinterzogen haben, ins Gefängnis gehen, dann soll jeder, der sich in irgendeiner Weise an einem Kind vergriffen hat, auch ohne Bewährung ins Gefängnis gehen.

Genauso unakzeptabel: sechs Monate Gefängnis Mindeststrafe für sexuellen Missbrauch von Kindern, zwei Jahre Gefängnis für den schweren Missbrauch von Kindern, was auch noch zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Erst wenn das Kind stirbt, beim sexuellen Missbrauch von Kindern mit Todesfolge, drohen immerhin zehn Jahre Mindeststrafe, wobei aber selbst da die Möglichkeit besteht, nach Verbüßung von zwei Dritteln die Reststrafe zu erlassen und Bewährung zu gewähren. Wer das akzeptiert, lächerliche sieben Jahre Gefängnis für ein totes und missbrauchtes Kind, sollte besser nicht von Opferschutz reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Zusätzlich genießen die Täter natürlich auch noch einen sehr großzügigen Datenschutz plus Persönlichkeitsrechte. Das läuft in den USA anders und besser, auch wenn da vieles schlechter ist als bei uns, aber nirgendwo ist alles schlecht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie loben die USA?! Das ist ja unglaublich!)

und die USA haben da ein wesentlich besseres Konzept. Wer dort wissen will, ob in seiner Nähe verurteilte Sexualstraftäter leben, kann sich die nötigen Informationen ganz leicht beschaffen, Beispiel: Der Bundesstaat Maine bietet im Internet ein entsprechendes Register an. Man geht auf die Seite "Maine Sex Offender Registry", dort muss man mit einem Klick eine Vereinbarung, ein Agreement, akzeptieren, dass einen mit Recht darüber belehrt, dass das Register allein der Information und dem Schutz der Bürger dient und Straftaten gegen diese entlassenen, ihre Strafe verbüßt habenden Kriminellen natürlich verfolgt werden. Das ist kein Aufruf zum Lynchen, aber die Leute sollen wissen, wo Sexualstraftäter wohnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wenn man dieses Agreement akzeptiert hat, dann hat man Zugang zur Seite, sucht sich eine Stadt aus, in der man wohnt, sagen wir mal, Bangor in Maine. Da kommt dann ein alphabetisch geordnetes Register aller dort wohnenden verurteilten Sexualstraftäter mit Foto, mit Wohnadresse, mit Adresse des Arbeitsplatzes – und das ist weltweit so. Warum? Weil die USA sagen, zu den Opferrechten und zum Opferschutz gehört auch das Recht der Opfer auf Information, Information darüber, wer Gefährliches in ihrer Nähe lebt. Damit gemeint sind auch konkrete Opfer, die wissen müssen, ob derjenige, der ihnen Gewalt angetan hat, vielleicht in ihrer Nähe wohnt.

Das geht bei uns, in der glorreichen Bundesrepublik Deutschland, nicht. Dort kann der Täter in die Nachbarschaft ziehen, man hat keine Ahnung, weil der komplett geschützt ist: Datenschutz, Persönlichkeitsrechte. In den USA geht das nicht. Dort meint man, dass besonders das Begehen von Sexualgewaltdelikten Folgen für die Täter haben muss, die über eine Gefängnisstrafe hinausgehen, nämlich dass für den Rest ihres Lebens jeder weiß, was sie getan haben. Damit müssen sie eben leben, mit dieser Konsequenz müssen sie zurechtkommen. Dann hätten sie die Taten lassen müssen, weil der Schutz der Opfer vorgeht vor der Verwöhnung der Täter.

Und was immer man über die USA sagen mag, das ist jedenfalls ein nachahmenswertes Konzept, das sollten wir bei uns auch einführen und diesen lächerlichen Wildwuchs in Hinsicht von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten zugunsten von Gewalttätern und Sexualstraftätern schleunigst abhaken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Borchardt**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mal abgesehen von der Fraktion auf der Fensterbank bin ich froh darüber, dass wir ...

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Nicht auf der Fensterbank.)

An der, Entschuldigung, aber egal, wo sie sitzen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber draußen auf der Fensterbank wäre auch nicht schlecht.)

sie sitzen da zu viel und umsonst.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Ich hoffe, dass wir die Auffassung, die Herr Andrejewski hier zum Ausdruck gebracht hat, alle nicht teilen, sondern im Gegenteil, dass wir der Auffassung sind,

(Udo Pastörs, NPD: Früher freilassen.)

dass Täterarbeit der beste Opferschutz ist

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Richtig.)

und wir uns dem auch weiter widmen sollten.

Ich bin schon sehr überrascht über die Debatte. Erst mal möchte ich mich bedanken, dass sie sehr sachlich stattgefunden hat. Was mir allerdings ein bisschen, ich sage mal, nicht Kopfzerbrechen, aber mich ein wenig nachdenklich macht, ist, dass Sie auf der einen Seite das Anliegen unterstützen, auf der anderen Seite aber nicht mal bereit sind, den Antrag zum Beispiel in den Ausschuss zu überweisen.

Die Justizministerin hat zu Recht, glaube ich, in der letzten Rechtsausschusssitzung darauf hingewiesen, dass wir hier eine gesellschaftliche Verantwortung dafür haben, wie wir mit den Tätern umgehen, wie Opferarbeit stattfindet, wie die Wiedereingliederung, die Resozialisierung passieren soll. Sich alleine darüber mal zu verständigen, wie es denn ist, wenn die Täter oder die Insassen entlassen werden, wie schwer es für sie ist, Arbeit zu finden, welche Barrikaden vor ihnen aufgebaut werden, also da fängt es ja schon an, dass die Resozialisierung über Hürden gehen muss, die wir gemeinsam überwinden müssen. Und da können wir, denke ich, nicht auf den Strafvollzug gucken, so nach dem Motto: "Ihr müsst das alles regeln mit allen möglichen Instrumenten, die ihr zur Verfügung habt", sondern da sind Vereine und Verbände, da ist jeder Einzelne in der Gesellschaft gefragt, diesbezüglich auch offen zu sein, damit der Täter oder der Haftentlassene nicht wieder zum Täter wird.

Also ich habe versucht, den Opferschutz mal in seiner Geschichte darzustellen, und ich glaube schon, Herr Suhr, dass wir da ein Stück weit in der Bundesrepublik vorangekommen sind. Ich begrüße zumindest, dass erst mal Prüfaufträge da sind. Alleine schon, das zu prüfen, ist ja erst mal ein Hinweis, dass man ein Problem erkannt hat. Natürlich würde ich mir wünschen, dass beschlossen würde, dass das und das geändert wird. Aber dass ein Diskussionsprozess in Gang gebracht wird über Forderungen, die schon lange im Raum gestanden haben, die politisch so lange auch nicht aufgenommen worden sind, das, glaube ich, ist ein Fortschritt. Ich denke einfach, dass man das auch ernst nehmen sollte.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck und ich hoffe, dass das nicht so ist, einerseits unterstützen Sie das, was wir gesagt haben, andererseits haben Sie vielleicht Angst, dass wir im Haushalt mehr finanzielle Mittel brauchen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einerseits und andererseits, das sagte ja schon der Genosse Lenin.)

Und das ist es auch, genau davor haben Sie Angst. Die psychosoziale Prozessbegleitung, Frau Kuder, die kostet Geld, und wir wissen, wie schwierig es ist, Fachleute ins Land zu holen. Da brauchen wir uns doch nur anzugucken, wie die Resonanz gewesen ist, als die Ausschreibungen erfolgt sind. Und wir wissen auch, dass wir zu wenig Psychologen im Land haben und wir diesbezüglich Geld in die Hand nehmen müssen. Ich glaube, bei der Anhörung wurde nicht gesagt, dass die Wohngruppenförderung sinnlos ist, sondern dass sie festgeschrieben werden soll. Das war der Kritikpunkt, der dort geäußert wurde, und dass das, was im Gesetz drinstand, eben einfach zu locker war, so nach dem Motto "kann", dass es also keine Verbindlichkeit hatte.

Diesbezüglich bin ich fest davon überzeugt und dazu stehe ich auch: Unsere Vollzugsgesetze, die wir erlassen haben, sind eine gute Grundlage, aber sie müssen weiterentwickelt werden, sie müssen zu Recht ausfinanziert werden und müssen auch einklagbar sein. Das sind sie eben nicht, da steht eben nicht drin, dass die Insassen ein Recht auf Arbeit haben: Sie können arbeiten. Sie wissen alle, wie die Situation ist, dass wir zu wenige Arbeitsplätze haben. Auch da gilt es, in der Gesellschaft dafür zu werben, dass den Insassen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden und vieles andere mehr. Also insoweit glaube ich und bin fest davon überzeugt, wenn wir über die parteipolitischen Grenzen hinaus dieses Thema ernsthaft betrachten wollen, dann sollten wir gemeinsam dieses Problem angehen und vielleicht auch im Rechts- und Europaausschuss weiter daran arbeiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass unser Antrag eine gute Grundlage dafür wäre.

Was die Zusammenarbeit oder die Onlinepetition betrifft: Ja, wir haben die Onlinepetition mit aufgenommen. Ich habe in meiner Rede, Herr Texter, ganz deutlich gesagt, dass das hauptsächlich Sachen sind, die im Sozialministerium geklärt werden müssen, also Aufgaben des Sozialministeriums sind. Selbstverständlich erwarte ich, dass die Ministerien, die für den Opferschutz verantwortlich sind, auch zusammenarbeiten. Ich denke, dass wir in der letzten Legislaturperiode mit einem konkreten Beschluss dafür eine gute Grundlage geschaffen haben und dass die beiden Ministerinnen, die dafür zuständig sind, das auch ernst nehmen.

Dass wir sie mit aufgenommen haben, hängt auch damit zusammen, auf diese Onlinepetition aufmerksam zu machen und sie damit zu unterstützen, weil ich denke, von dem, was da gefordert wird, kann niemand sagen, dass es nicht zu Recht gefordert wird. Insoweit zu den Argumenten, die Sie hier zum Ausdruck gebracht haben.

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas sagen zu den Änderungsanträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich denke, dass eine Abstimmung der Einzelpunkte erfolgen wird. Wir übernehmen den Punkt 3 zum Punkt 3, Entschuldigung, den Punkt 3 unter Ziffer II der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich hoffe, dass wir an diesem Thema weiterarbeiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Frau Borchardt, Sie haben sich nicht eindeutig geäußert. Wollen Sie jetzt zum Änderungsantrag eine Einzelabstimmung oder möchten Sie zum Antrag eine Einzelabstimmung?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zu den Punkten, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zum Änderungsantrag oder zum Antrag?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nein, zum Änderungsantrag, getrennt abstimmen.)

Zum Änderungsantrag.

Und Herr Jaeger möchte eine getrennte Abstimmung zum Antrag?

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Ah ja, gut.

Jetzt ist noch mal Redezeit beantragt worden für die Fraktion der GRÜNEN. Der Abgeordnete Herr Suhr hat das Wort.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht nur darum, dass ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – das habe ich in meinem Redebeitrag versäumt, ich bitte um Entschuldigung – unter Ziffer I die Punkte 1, 2 und 3 einzeln abstimmen lassen möchte, für den Fall, dass unser Änderungsantrag, was ja abzusehen ist, keine Aufnahme findet. – Danke schön.

(Beifall Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Ritter, DIE LINKE: Die Hoffnung stirbt zuletzt.)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Also ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3298 abstimmen. In der Debatte ist der Antrag gestellt worden von der Fraktion DIE LINKE, eine getrennte Abstimmung vorzunehmen, was ich hiermit tun möchte.

Es wird zunächst die Ziffer 1 abgestimmt. – Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Torsten Renz, CDU: Das versteht kein Mensch. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Damit ist Ziffer 1 durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt worden, bei Zustimmung der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE

(Heinz Müller, SPD: Und eine Zustimmung.)

und Ablehnung der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Aber da war noch eine Zustimmung bei den LINKEN. – Zuruf von Torsten Renz, CDU) Ich lasse jetzt abstimmen über Punkt 2. Wer diesem Punkt zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Punkt 2 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und der NPD angenommen, bei Gegenstimmen der Fraktionen,

(Unruhe im Präsidium)

Entschuldigung, abgelehnt, bei Zustimmung der SPD und der CDU, genau.

(Unruhe im Präsidium – Heinz Müller, SPD: Was? Ablehnung! – Peter Ritter, DIE LINKE: Wir wissen Bescheid.)

Jetzt lasse ich abstimmen über den Antrag. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3262 zuzustimmen wünscht ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einzelabstimmung!)

Genau. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Antrag gestellt,

(Heinz Müller, SPD: Au, au, au, au, Frau Präsidentin!)

eine Einzelabstimmung vorzunehmen, und zwar, Ziffer I einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I.1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist die Ziffer I.1

(Heinz Müller, SPD: Enthaltungen!)

mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE angenommen, bei Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD.

(Minister Harry Glawe: Eh, das geht ja nun wirklich nicht! – Heinz Müller, SPD: Gab es auch Enthaltungen?)

Jetzt lasse ich abstimmen über die Ziffer 2.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Wie war denn das bei Ziffer I.1 mit den Enthaltungen? – Jochen Schulte, SPD: Lassen Sie sich nicht provozieren!)

Kollege Parlamentarischer Geschäftsführer, wir befinden uns im Moment in der Abstimmung über Ziffer 2.

(Heinz Müller, SPD: Genau, deswegen will ich ja eine vernünftige Abstimmung haben mit Enthaltungen. War nur eine Frage. – Torsten Koplin, DIE LINKE: Kritisieren Sie die Amtsführung?)

Genau.

(Heinz Müller, SPD: Ich will eine vernünftige Abstimmung haben.)

Ich lasse jetzt abstimmen über Ziffer 2. Wer der Ziffer 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist die Ziffer,

(Heinz Müller, SPD: Wieder keine Enthaltungen! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist der Ziffer 2 durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zugestimmt worden,

(Heinz Müller, SPD: Da werde ich mich jetzt mal enthalten, mal sehen, was dann passiert.)

bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD.

Jetzt lasse ich abstimmen über Ziffer 3. Wer Ziffer 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Minister Harry Glawe: Die Abstimmung muss wiederholt werden.)

Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

(Heinz Müller, SPD: Aah!)

Damit ist die Ziffer 3 von der Fraktion DIE LINKE angenommen worden, mit Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Abgelehnt worden, nicht angenommen.)

Abgelehnt, Entschuldigung, natürlich.

Jetzt lasse ich abstimmen über Ziffer II. Auch wieder alles einzeln?

(Zuruf aus dem Plenum: Nein, komplett. – Udo Pastörs, NPD: Jetzt weiß sie ja Bescheid.)

Nicht. Also hier lassen wir über alle vier Punkte komplett abstimmen. Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II mit den Stimmen der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, ...

(Heinz Müller, SPD: Abgelehnt, Frau Präsidentin! Abgelehnt! – Minister Harry Glawe: Das gibts doch nicht!)

Also das ist ein Antrag der LINKEN, natürlich ist Ziffer II abgelehnt worden.

(Heinz Müller, SPD:
Abgelehnt, nicht angenommen.
Auch wenn es ein Antrag der LINKEN ist, ist er abgelehnt. – Minister Harry Glawe:
Hat doch keine Mehrheit gekriegt.)

Ich kann das doch formulieren, wie ich möchte.

... bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir machen so lange, bis er angenommen ist. – Heinz Müller, SPD: Was ist er jetzt? – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abgelehnt. Das nehmen wir zur Kenntnis.) Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Nein zu einem Krieg gegen Rußland – Ja zur nationalen Souveränität:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, jetzt kommt der geostrategische Kollege wieder! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

unverzüglicher Austritt aus dem NATO-Aggressionsbündnis, Rücktritt von den Besatzungs-Verträgen, Abzug der deutschen Truppen aus dem Ausland und Verankerung einer Friedensklausel im Grundgesetz!, Drucksache 6/3249.

Antrag der Fraktion der NPD
Nein zu einem Krieg gegen Rußland –
Ja zur nationalen Souveränität:
unverzüglicher Austritt aus dem NATOAggressionsbündnis, Rücktritt von den
Besatzungs-Verträgen, Abzug der deutschen
Truppen aus dem Ausland und Verankerung
einer Friedensklausel im Grundgesetz!
– Drucksache 6/3249 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heutige Antrag meiner Fraktion "Nein zu einem Krieg gegen Russland – Ja zur nationalen Souveränität" kann durchaus als Frieden stiftende Maßnahme bezeichnet werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaubt Ihnen doch sowieso keiner!)

um im Sinne gutnachbarschaftlicher Beziehungen in Europa Friedenssicherung zu betreiben.

(Heinz Müller, SPD: Dafür sind Sie Experte, für gutnachbarschaftliche Beziehungen!)

Unter Punkt 1 unseres Antrags fordern wir auf der Grundlage des Artikels 13 des Nordatlantikvertrages, erlassen am 4. April 1949 in Washington D. C., den Austritt unseres Landes aus der NATO. Wir tun dies auch vor dem Hintergrund, dass die NATO schon längst den Charakter eines reinen Verteidigungsbündnisses aufgegeben hat. Vielmehr ist es so, dass diese militärische Allianz mittlerweile offen zur Unterdrückung und militärischer Intervention anderer Völker eine große Rolle spielt, die wir aus deutscher Sicht nicht mehr länger unterstützen dürfen.

Die geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind längst Leitschnur des praktischen Handelns der NATO-Mitgliedstaaten geworden. Deutschland muss ein Land des Friedens bleiben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagt der Richtige!)

Wir fordern daher in unserem Antrag unter Punkt 2, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine Ergänzung des Grundgesetzes einsetzen soll nach dem Vorbild des Artikels 5 der Verfassung der Republik Eucuador,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ecuador! – Peter Ritter, DIE LINKE: Oi, oi, oi! – Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

indem es heißen soll, Deutschland ist ein Land des Friedens. Erlaubt werden auf deutschem Boden deshalb weder militärische Stützpunkte fremder Staaten noch ausländische Einrichtungen, die militärischen Zwecken dienen. Außerdem ist es verboten, ausländischen Streitoder Sicherheitskräften deutsche militärische Stützpunkte zu überlassen. Dies bedeutet selbstverständlich dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch den Rücktritt unseres Landes vom Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23. Oktober 1954.

Unter Punkt 4 unseres Antrages finden Sie dann auch die hieraus folgende Forderung, vom Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951, dem sogenannten NATO-Truppenstatut, zurückzutreten. Anlass dieser wiederholt von uns vorgelegten Forderung sind der Krisenherd in der Ostukraine und die auch von Mitgliedern der Regierungsparteien in Berlin und besonders den westlichen Medien vorgetragene Hetze gegen Russland.

Wir Nationaldemokraten stellen fest, dass schon weit vor den Umwälzungen in Kiew von Vertretern der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft – eigentlich, nach meiner Einschätzung, ein Synonym für Dekadenz

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und zivilgesellschaftliches Satrapentum -

(Heinz Müller, SPD: Langsam, langsam mit den auswärtigen Worten! – Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie das noch mal wiederholen?!)

eine gesellschaftspolitische Stimmung entfacht wurde,

(Julian Barlen, SPD: Wenn Sie uns schon beleidigen, dann bitte deutlich! – Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

die nichts, aber auch gar nichts mit den viel beschworenen Freiheits- und Friedensbestrebungen des Weltpolizisten USA gemein hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Die Westextremisten in der BRD, zu denen ich Sie zähle, und in den USA wollen es offensichtlich nicht hinnehmen, dass es auf dieser Erde Wertvorstellungen gibt, die denen des sogenannten freien Westens in wirtschaftlicher wie kultureller Weise nicht entsprechen. Wir erinnern uns noch gut, dass unter anderem westliche sogenannte NGOs,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wie etwa die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung, versuchten, zunächst die Ukraine im Osten dieses Landes auf Freedom and Democracy zu trimmen und somit Voraussetzungen zu schaffen, in Kiew eine US-genehme Regierung installieren zu können.

Meine Damen und Herren, ganz besonders nach dem Ausbruch offener kriegerischer Handlungen in der Ostukraine merkt man am Verhalten der BRD, dass Wolfgang Schäuble recht mit seiner Behauptung hat, dass Deutschland seit 1945 noch nie souverän gewesen ist. Ein Schlüssel zum besseren Verständnis der Lage an der ukrainisch-russischen Grenze bietet eine Formel des englischen Geografen Sir Halford Mackinder, der 1904 für das "Geographical Journal" der Royal Society eine Abhandlung verfasste. Seine Formel lautet, Zitat: "Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland: Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel Eurasien. Wer über die Weltinsel Eurasien herrscht,"

(Heinz Müller, SPD: Ach, Herzilein!)

"beherrscht die Welt",

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat Adi auch gelesen, ne?!)

zitiert nach Brzezińskis 1999 in Frankfurt erschienenem Buch mit dem Titel – das ist der Berater, der ständig auch Präsidenten, auch Carter, schon beraten hat – "Die einzige Weltmacht".

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und weiter: "Dieses gewaltige Territorium wird auch als strategische oder geopolitische Ellipse bezeichnet. Dort befinden sich rund zwei Drittel der weltweit bekannten Erdgas- und Erdöllagerstätten, bei denen sich eine Förderung wirtschaftlich lohnt."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da wollte Adolf schon hin, ne?! Das wollte der Führer schon haben.)

"Brzeziński äußerte auch als Berater des Center for Strategic and International Studies, dass dieser, wie er es nannte, eurasische Balken für die USA von größter Wichtigkeit sei." Zitatende.

Und genau darum geht es auch bei den kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine, im Irak, im Iran, in Afghanistan und der kaukasischen Region von der Ukraine bis Usbekistan. Spätestens nach der offenen militärischen Unterstützung der Taliban durch die USA in Afghanistan 1979 gegen die Sowjettruppen wurde klar, welche Absichten die Amerikaner verfolgten und dass die Kriegstreiber auch im Pentagon und im Weißen Haus sitzen.

Aufschlussreich ist, wie klar und deutlich der Publizist Peter Scholl-Latour bereits im Jahr 2000 analysierte, als er schrieb, Zitat: "Noch vor einem Jahr glaubte jeder, es sei den großen amerikanischen Energie-Konzernen gelungen, die Russen aus ihren Einflusszonen im Süd-Kaukasus und in Zentralasien zu verdrängen. Es schien, als hätten sie die Ausbeutung der gewaltigen Vorkommen an Erdgas und Erdöl dieser Region sowie deren Abtransport über nicht-russisches Territorium ... an sich gerissen." Zitatende.

Meine Damen und Herren, seit der Ära Putin wissen wir, dass es – so möchte ich sagen – Gott sei Dank anders gekommen ist, weil die große Frage eben nicht lautet, Demokratie Ja oder Nein. Darum geht es nur vordergründig, ganz abgesehen von der Frage, was Russen

eigentlich unter Demokratie im Gegensatz zur Definition der Amerikaner verstehen. Nein, es geht um die Entreißung der größten Energievorkommen der Welt aus dem Einflussbereich der Russischen Föderation.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für ein Geschwurbel hier, meine Fresse, das hältst du ja nicht aus!)

Dabei bedienen sich die internationale Hochfinanz und die Global Player mit ihrem maßstäblichen Stiefelknecht USA fast schon traditionell zweier Werkzeuge: Erstens, die NATO ist der militärische Rammbock, und zweitens, die EU der ökonomische. Und im Zentrum der Kriegsallianz gegen Russland steht in Europa Deutschland. Doch will das deutsche Volk wirklich gegen Russland einen Wirtschafts- oder gar heißen Krieg führen? Diese Frage lässt sich mit einem klaren Nein beantworten, wie alle Umfragen beweisen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu brauchen wir aber nicht Sie, Herr Pastörs.)

Vielmehr ist es an guten wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem unter Putin wieder erstarkten Land interessiert. Die offizielle deutsche Politik ist jedoch über die sogenannte atlantische Brücke ferngesteuert. Aber auch die westlichen Massenmedien befeuern die Kriegshetze gegen die Russen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hat er wieder alles reingepackt, was er weiß. – Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

mal wohl dosiert und mal schlicht und ergreifend plump, und sorgen auf diese Weise mit für die Gefahr kriegerischer Verstrickungen der BRD im Rahmen des Aggressionsbündnisses NATO.

Meine Damen und Herren, das nordatlantische Bündnis hatte infolge der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Ost-West-Blockbildung durchaus seine Bedeutung. Es hatte die Aufgabe laut dem ersten NATO-Generalsekretär Lord Ismay, "to keep the Russians out, the Americans in and the Germans down". Wir alle,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Deutsch sprechen!)

wir alle haben guten Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus der NATO auszutreten,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wo gibts denn so was?! – Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die US-Besatzungstruppen nach Hause zu schicken,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, hören Sie jetzt mal auf!)

uns freundlich von ihnen zu verabschieden und ihnen zu sagen, it was a nice time with you, but now it's time to say: Ami go home.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich würde mich jetzt gerne von Ihnen verabschieden, Herr Pastörs. – Beifall Rainer Albrecht, SPD) Und das tun wir und das wollen wir von den Nationaldemokraten,

(Heinz Müller, SPD: Time to say goodbye, Herr Pastörs.)

dass endlich die Amerikaner aus Deutschland als Besatzungstruppen verschwinden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir wollen ein Verbot der NPD.)

Das ist kein Antiamerikanismus, sondern eine freundliche Aufforderung an einen Gast, er möge unser Haus verlassen.

Meine Damen und Herren, ein Krieg zwischen Russland und der NATO wäre ein Krieg auch in Zentraleuropa. Für die Amerikaner – weit vom Schuss – wäre so ein Konflikt von großem Nutzen. Die großen Verlierer bei diesem Spiel wären einmal mehr die Russen und ihre Verbündeten, aber ganz besonders wir Deutschen. Deshalb sind wir Nationaldemokraten gegen einen Wirtschaftsboykott und vor allem gegen jedwede Kriegstreiberei unseres europäischen indirekten Nachbarn.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu prüfen, eine nicht so primitive, polemische Gegenrede zu halten, wie das der Herr Schulte gemacht hat bei unserer Aktuellen Stunde,

> (Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war klasse, die Rede war doch klasse, die war doch klasse, die hat richtig wehgetan, die hat richtig wehgetan. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

als er auf den sogenannten Überfall auf die Sowjetunion abhob und sich gar nicht mit dem Inhalt unseres Kommentars beschäftigte, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Lied von der kleinen weißen Friedenstaube, das mag ich wirklich sehr gern, aber so eine braune Friedenstaube, die ist einfach lächerlich.

(Michael Andrejewski, NPD: Das Lied vom "Kleinen Trompeter".)

Er hat alles zusammengekramt, was er in seinem Kopf in den letzten Jahren hier zusammengesammelt hat, und präsentiert uns so seine Weisheiten. Also man kann darüber nur noch staunen, und das, nachdem die Europakarriere des Kollegen Pastörs gescheitert ist, die Achse Dresden–Schwerin zerbrochen ist und der kommunal-

politische Einfluss der NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern schwindet. Aber wahrscheinlich waren das die Gründe, warum die NPD versucht, mal wieder große Weltpolitik hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu machen.

Wir wissen alle, sie tun das nicht zum ersten Mal. Schon mehrfach beantragte die NPD-Fraktion, von Schwerin aus die NATO zum Wanken zu bringen. Sie tut das in dem Wissen, dass sie auch dieses Mal keine Zustimmung zu ihrem Antrag erfahren wird. Sie tut das in dem Wissen, dass die demokratischen Fraktionen hier im Parlament durchaus unterschiedliche Auffassungen zum Thema NATO haben und sich deshalb aber von der NPD nicht auseinanderdividieren lassen. Sie tut das in dem Wissen, dass ihr kaum jemand in diesem Land abkauft, Friedenspartei zu sein, und sie tut das auch in dem Wissen, dass ihr plötzliches Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als hilfloser Versuch angesehen wird, das NPD-Verbotsverfahren zu verhindern.

(Michael Andrejewski, NPD: Das sagt die Ex-SED!)

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, behelligt uns die NPD-Fraktion mit einem staatstragend daherkommenden Antrag. Die Aufrichtigkeit dieses Antrages hat die NPD-Fraktion jedoch schon mehrfach selbst widerlegt. Kostproben gefällig, Herr Pastörs?

(Udo Pastörs, NPD: Bitte, gerne. Fahrt frei!)

Kamerad Müller in der Landtagssitzung vom 05.03.2009, ich zitiere: "Die ... Staatsgrenze Polens umfasst nach wie vor einen Großteil unserer deutschen Heimat. Jeder weiß, dass Deutschland hinter Swine, Oder und Neiße nicht aufhört." Zitatende.

Und der Möchtegernführer Pastörs in der "Süddeutschen Zeitung" vom 02.09.2012, ich zitiere: "Wenn wir selbstbestimmt sagen, Europa ist das Land der weißen Rasse und soll es auch bleiben, dann haben wir ein Recht darauf, das notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen." Zitatende.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und noch einmal Pastörs in der Landtagssitzung vom 11.04.2014: "Herr Holter, Sie sprachen von der Oder-Neiße-Grenze, von der Friedensgrenze … Ich sage Ihnen, die Grenze ist völkerrechtswidrig … und das werden wir als Nationalisten niemals akzeptieren." Zitatende.

Im Übrigen ist auch interessant, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die NPD-Fraktion auf dieser Landtagssitzung die Worte "wir Nationalisten" nicht mehr ausspricht, sondern immer von "wir Nationaldemokraten" spricht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das habe ich doch gestern noch gemacht. Haben Sie geschlafen? – Zuruf von David Petereit, NPD)

Auch das ist offensichtlich ein hilfloser Versuch, dem NPD-Verbotsverfahren etwas entgegensetzen zu wollen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Nationalisten entschuldigen sich schon. – Heinz Müller, SPD: Die haben die Hosen so voll. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD) Und dieses, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das eben Zitierte, das ist das wahre Gesicht der NPD-Fraktion und nicht das angebliche Eintreten für eine Friedensklausel im Grundgesetz.

Und schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich noch eines deutlich sagen: Wenn Mitglieder und Abgeordnete einer Partei und einer Fraktion, die die Vernichtung des jüdischen Bolschewismus eine tolle Idee finden, wenn diese Herren wollen, dass die Bundeswehr wieder Wehrmacht heißt,

(Tino Müller, NPD: Zum zehnten Mal.)

damit jeder weiß, was das zu bedeuten hat, wenn diese Vertreter der Herrenrasse und des Führerprinzips, wenn diese Herren, die sich selbst in der Nachfolge der Nationalsozialisten sehen, vor dem Hintergrund des 75. Jahrestages des Ausbruchs des vom faschistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges einen solchen Antrag stellen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dann kann es nur eine Antwort geben: Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Wenn es erheiternd wär, dann könnte man darüber lachen, Herr Ritter.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es sollte auch gar nicht erheiternd sein.)

Es war aber in gewisser Weise primitiv, wenn gerade ein Vertreter oder ein Nachkomme einer Partei, der SED, der Mauermörderpartei.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE – Michael Andrejewski, NPD: Unfreiwillig.)

sich hier als laufender Meter hinstellt und aufbläst,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorsicht! Vorsicht! Vorsicht!)

als sei er die Friedenstaube und der Anwalt des Rechtes und der Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Tino Müller, NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Pastörs, ich möchte Sie bitten, sich mit solchen persönlichen Bemerkungen zurückzuhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war eine klare Beleidigung. – Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Präsidentin an.) ansonsten erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Udo Pastörs, NPD: Der laufende Meter macht das auch.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aber ganz kurz, nur ganz kurz, weil er gar nicht auf den Antrag eingegangen ist, ganz kurz etwas richtigstellen, weil der lügt auch noch. Das ist natürlich klar, er stellt sich hier hin und lügt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Erstens. Völkerrecht, Tino Müller.

Nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes sind die deutschen Ostgebiete völkerrechtlich lupenrein nach wie vor deutsche Gebiete.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nun mal weiter! Das würde ich gern noch ein bisschen hören. – Peter Ritter, DIE LINKE: Deutsche Ostgebiete! Deutsche Ostgebiete!)

Und es war die SPD, die laut gerufen hat bis in die 70er-Jahre: "Verzicht ist Verrat", SPD,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was haben die gemacht?)

"Verzicht ist Verrat" haben die Plakate gedruckt im Wahlkampf.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie sollten sich mal Ihrer Parteigeschichte ein bisschen bemühen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ja.)

Zweiter Punkt, notfalls mit militärischer Gewalt.

Ja.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich kann mich noch gut an Willy Brandt erinnern. Der hat das bestimmt nicht gedruckt.)

"Notfalls mit militärischer Gewalt" habe ich gesagt und Sie gaben zum Besten "mit militärischer Gewalt".

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erzähl nicht so einen Quatsch! Soll ich das noch mal vorlesen? Mal die Ohren ein bisschen putzen!)

Drittens. Wehrmacht.

Mir ist das vollkommen egal, wie die Streitkräfte in dieser BRD heißen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Offensichtlich nicht.)

weil sie taugen eh nichts. Sie schicken diese Leute in Besatzungskriege nach Afghanistan mit schlechter Ausrüstung (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, eben nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ah!)

und da kriegen die dickbäuchigen, schlecht ausgebildeten Soldaten,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

schlecht ausgerüsteten Soldaten die Hucke voll und müssen sich vom Acker machen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Beleidigen Sie jetzt auch noch unsere Soldaten im Einsatz, oder was? Das ist ja nicht schlecht! Das ist ja nicht schlecht!)

Das ist nicht unsere Vorstellung einer Verteidigungsstreitmacht, Herr Ritter. Da stehe ich zu,

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht schlecht! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

da stehe ich zu.

Nächster Punkt, Nationalismus.

Ich bekenne mich zu einem aufgeklärten Nationalismus in Europa, weil das die Zukunft der europäischen Nationen und Völker ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und das war erst mal die Replik, was Sie hier losgetreten haben

Jetzt komme ich zum Antrag, über den haben Sie kein Wort verloren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war ja auch grottenschlecht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, wozu auch. Zu solchem Schwachsinn muss man nichts äußern.)

26 Prozent aller deutschen Gasspeicher – energiepolitisch, Russland, ich bin beim Thema – gehören Russen, sind in russischem Eigentum.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, und nun? – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Immer mehr große Industriebetriebe sind bereits oder werden von sogenannten russischen Oligarchen gekauft

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Was für Archen? – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

und haben an diesen Betrieben Eigentumsrechte grundgesetzlich verbrieft,

(Heinz Müller, SPD: Grundgesetzlich?!)

natürlich grundgesetzlich verbrieft.

(Heinz Müller, SPD: Sie meinen grundbuchrechtlich, nicht grundgesetzlich. Ist aber auch egal bei Ihnen.)

Wenn Sie sehen, was Völker tun, wenn sie unter Druck gesetzt werden, boykottiert werden wie im Moment Russland, dann müssen Sie sich nur ein paar Zahlen, wenn Sie dazu in der Lage sind, mit Ihrem rot angelaufenem Kopf, SED-Kopf,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

müssen Sie sich ein paar Zahlen verinnerlichen, Herr Ritter.

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Die erste Zahl ist, dass mittlerweile bereits 48 Milliarden US-Dollar – die Zahlen von vor einer Woche – an Kapital aus Russland abgezogen wurden, dass wir im Moment einen rasant fallenden Rubel haben, der sich auch in diesem Jahr von ungefähr 30 Rubel pro Dollar rasant auf 40/41 Rubel in der Konvertierung bewegt. Wenn Sie Sanktionen machen ganz schnell hintereinander gestaffelt, um die Russen zum Einlenken zu bewegen, den Herrn Putin, dann müssen Sie auch konkret sagen, was er dann machen soll. Das tun Sie nicht. Da gibt es Riesenwidersprüche, was denn die Russen bitte erfüllen sollen. Und wir sagen, dass die Russen, Gott sei Dank, sich von diesen Boykottaufrufen, die uns als Deutsche ja auch bekannt sind – März 33

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

gab es da so ein internationales jüdisches Papier "Boykott gegen Deutschland", "Judea Declares War On Germany" hieß das, sollten Sie mal lesen – ...

 (Heinz Müller, SPD: Nun ist es genug! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat ja wohl nichts miteinander zu tun! Nichts hat das miteinander zu tun. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Diese Boykottaufrufe fruchten nicht, fruchten nicht, auch gerade im Fall Russland nicht, denn die Russen haben noch ein anderes inneres Gefühl und eine ganz andere innere Verbindung zu dem Begriff "Vaterland".

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Kennen Sie einen Russen persönlich? Kennen Sie einen Russen persönlich? Waren Sie schon mal da? Was wissen Sie von der russischen Seele? Nichts! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir wissen, dass Stalin nicht mit seinen roten Parolen die sogenannte Rote Armee aktivieren konnte, sondern die nationale Karte spielte, mit Adolf Hitler einen Pakt schloss und anschließend dann den Vaterländischen Krieg ausrief.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den Großen.)

Die Russen sind Gott sei Dank nicht so wie die BRD-Bürger, die zu ihrem Vaterland ein Verhältnis haben wie ein Esel zu seinem Stall – Sie vor allen Dingen auch, DIE LINKE –,

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

sondern die Russen sind tief verwurzelt mit ihrer Heimat, mit ihrem Boden, mit ihrer Kultur, mit ihrer Sprache und sie sind ein großes Kulturvolk. (Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie doch mal einen Satz auf Russisch! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und wir Deutschen sind gut beraten, die Achse Berlin-Moskau

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Pastörs, wissen Sie, was "Durak" heißt?)

und über Berlin dann weiter nach Paris zu spinnen, weil, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zukunft nur mit Russland gestaltet werden kann und nicht gegen Russland.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank, die rote Lampe!)

Deswegen unsere Rede als Friedensrede, als Ermahnung, sich so zu verhalten, wie wir Deutschen das tun sollten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie wollen eine Friedensrede halten? Das gelingt Ihnen niemals, Herr Pastörs, niemals! – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die Lampe ist rot.)

und nicht, wie der große Bruder von jenseits des Atlantiks das von uns verlangt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee!)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihre unparlamentarischen Bemerkungen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3249. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3249 mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Ausbeutung durch Werkverträge auch in Mecklenburg-Vorpommern unterbinden – Runden Tisch "Werkverträge" einberufen, Drucksache 6/3259.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Ausbeutung durch Werkverträge auch in Mecklenburg-Vorpommern unterbinden – Runden Tisch "Werkverträge" einberufen – Drucksache 6/3259 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sie erinnern sich, "Im Norden steigt Zahl der Wanderarbeiter", titelte im August die "Schweriner Volkszeitung" und berichtete in diesem Zu-

sammenhang über 100 um ihren Lohn und ihre Sozialabgaben betrogene Arbeiter in Groß Stieten und Lubmin, die zuvor sieben Tage die Woche und 14 Stunden täglich bei einem Subunternehmer mit Korrosionsschutzarbeiten beschäftigt waren. Wieder einmal rückte damit der missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen in den Fokus der Öffentlichkeit.

Der finanzielle Schaden beträgt circa 500.000 Euro, die gesundheitlichen Schäden und auch die Imageschäden kann man gar nicht beziffern und vor allen Dingen auch nicht wiedergutmachen. Was folgte, war der übliche Aufschrei in den Medien und die berechtigte Verurteilung derartiger Zustände durch die IG Metall, den DGB Nord, den Arbeitgeberverband Nordmetall und große Teile der Politik. Die einhellige Auffassung war, dass Geschäftsmodelle, bei denen gegen gesetzliche Vorgaben zu Unterbringung, Entlohnung und Arbeitszeit verstoßen wird, auf das Schärfste zu verurteilen und zu ahnden sind. Dem kann sich auch meine Fraktion ohne Weiteres anschließen. Wenn es jetzt in der Konsequenz allerdings darum geht, dem Missbrauch wirksam zu begegnen, schlägt sich ein Teil derjenigen, die eben noch laut "Haltet den Dieb" gerufen haben, sprichwörtlich in die Büsche.

(Torsten Renz, CDU: Wen meinen Sie damit zum Beispiel?)

Ich werde Ihnen das gleich erklären.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

"Bloß nicht gesetzlich überregulieren", hört man dann auch zu Teilen von Mitgliedern Ihrer Partei. "Werkverträge nicht pauschal verunglimpfen", hört man aus Teilen der Unternehmerschaft und oft leider auch das Argument, dass es sich wieder einmal um einen der bedauerlichen Einzelfälle gehandelt hat. Da muss ich dann mal fragen, ob angesichts von gewerkschaftsseitig geschätzten mehr als 650.000 Betroffenen in Deutschland tatsächlich noch von tragischen Einzelfällen gesprochen werden kann.

Die Auffassung meiner Fraktion dazu ist eindeutig. Wir haben schon im Jahr 2012 an dieser Stelle mit dem Antrag "Arm trotz Arbeit - Lohndumping durch Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern" deutlich gemacht, dass der missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen kein Zufall ist, sondern Methode hat. Denn das verstärkte Aufkommen von Werkverträgen auf Werften, in Schlachthöfen, in Metall- und Elektrobetrieben oder beim Regalauffüllen im Einzelhandel stand in direktem Zusammenhang mit der stärkeren Regulierung der Leiharbeit. Massiver öffentlicher Druck hatte dann auch 2011 endlich zu einer Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes geführt. Damit verbunden war ein Branchenmindestlohn, ein Anspruch auf Information zu freien Stellen im Entleihbetrieb, ein Anspruch auf Zugang zu betrieblichen Sozialräumen und das Verbot dauerhafter Arbeitnehmerüberlassung, und das war auch gut so.

Allerdings, und darauf habe ich hier verschiedentlich schon hingewiesen, schon mit der Ankündigung der Gesetzesänderung damals wurde bekannt, das große, auf die Beratung von Unternehmen in Sachen Arbeitsrecht spezialisierte Kanzleien auf Veranstaltungen auftraten, um zu erläutern, wie die eben erlassenen gesetzlichen Standards mittels Werkverträgen wieder ausgehebelt werden können.

Der verstärkte Einsatz ausländischer Kollegen als Werkvertragsarbeiter ist europäischen Entscheidungen geschuldet, denn durch das EU-Entsendegesetz entfallen seit 2011 Arbeitnehmer aus Mitgliedsländern, die nur zeitweise in Deutschland arbeiten, unter das Arbeitsrecht ihres Herkunftslandes und können damit verbunden auch zu den dortigen Konditionen beschäftigt werden. Dies kann jedoch nicht als Entschuldigung für die Bundes- und Landesregierung gelten, die Verantwortung in diesem Fall von sich zu schieben.

Es ist ja immer wieder so, dass spektakuläre Fälle bekannt werden, und spätestens mit dem Tod zweier rumänischer Kollegen im vergangenen Sommer, die in ihrer Unterkunft verbrannten, haben in der Verantwortung stehende Politikerinnen und Politiker eingeräumt und erkannt, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Ich erinnere in dem Zusammenhang an die niedersächsische Initiative. Mecklenburg-Vorpommern hat diese unterstützt, aber bewirkt hat sie faktisch bis heute leider nichts. Und wie es sich mit den im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD festgeschriebenen Vorhaben zur Eindämmung des Missbrauchs verhält, ist im Moment zumindest noch ungewiss.

Ich will auf einige Punkte eingehen:

Die Umsetzung einer besseren Prüftätigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist zweifelsfrei sinnvoll, wird aber ohne Aufstockung des Personals schwierig.

Die Konkretisierung der Unterrichtungsrechte des Betriebsrates ist halbherzig.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil keine wirkliche Stärkung des Mitbestimmungsrechtes, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben noch gar nichts vorgelegt und schon ist alles schlecht.)

Die Durchsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen ist gut und richtig gedacht, allerdings geht sie einher mit ständig sinkendem Arbeitsschutzpersonal und rein anlassbezogenen Kontrollen.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben das Ziel definiert, jetzt geht es an die Umsetzung.)

Da wird es dann schwierig, Herr Renz, entsprechend tätig zu werden.

Und was gar nicht auftaucht – das haben wir hier verschiedentlich schon gesagt – ist, dass keinerlei Meldepflicht vorgesehen ist und damit im Grunde die Datenbasis fehlt, um überhaupt beurteilen zu können, wie groß die Ausmaße dieser Problematik sind.

(Torsten Renz, CDU: Aber wenn die Datenbasis fehlt, warum reichen wir dann Handlungsempfehlungen nach?)

Dazu kommen wir auch noch.

Das wiederhole ich gern noch mal, damit Sie die Widersinnigkeit dieses Argumentes heraushören: Es ist ein zu bürokratischer Aufwand, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Betrug, Ausbeutung und Gesundheitsgefährdung zu schützen.

Ich will aber zurückkommen zum aktuellen Missbrauchsfall in unserem Bundesland. Zunächst auch mal Lob: Ich habe mich natürlich darüber gefreut, dass sich nach Bekanntwerden des Falles viele verschiedene Akteure gemeinsam um schnelle Hilfe für die Betroffenen bemüht haben. Hier hat das Netzwerk von DGB, Bundesagentur für Arbeit und Landrätin auch gut funktioniert. Aus meiner Fraktion waren mit Kollegin Oldenburg und Kollegen Holter zwei Kollegen vor Ort, gemeinsam mit DGB-Landeschef Ingo Schlüter, um beispielsweise Lebensmittel zu übergeben oder einen dringenden Arztbesuch zu vermitteln. Kollege Al-Sabty hat im Hintergrund beispielsweise einen Dolmetscher organisiert. Also allen, die in dem Zusammenhang mitgeholfen haben, das akute Problem in diesem Fall zu lösen, von dieser Stelle einmal herzlichen Dank.

Nun stellt sich natürlich die Frage nach den Konsequenzen. Bleibt es jetzt bei Soforthilfen, bleibt es bei Presseerklärungen, so wichtig deren Inhalt auch sein mag? Wird der Skandal wieder nur als bedauerlicher Einzelfall kategorisiert und warten wir jetzt so lange, bis das nächste Mal ein solches Problem auftaucht? Da sagen wir als Fraktion Nein und fordern die Einrichtung eines Runden Tisches "Werkverträge", an dem unter Moderation der Landesregierung die Sozialpartner und weitere Expertinnen und Experten darüber beraten sollen, wie man hier im Land dem Spuk möglicherweise ein Ende bereiten kann, der übrigens wie im Niedriglohngeschäft – das will ich an der Stelle auch noch mal sagen – die vielen ehrlichen Arbeitgeber und die öffentlichen Kassen mit Ausfällen bestraft.

(Torsten Renz, CDU: Glauben Sie denn, dass das Bündnis für Arbeit nicht ausreicht für die Gespräche?)

Politik, Zollkontrolle, Arbeitsschutzbehörde, Landkreise, kreisfreie Städte, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Arbeitergeber sollten ihre spezifischen, fachlichen und regionalen Kenntnisse austauschen und gemeinsam versuchen, Lösungsansätze zu finden. Diese Idee, Herr Renz, nimmt eine zentrale Forderung der Gewerkschaften, konkret der IG Metall, an die Politik auf. Es gibt übrigens damit auch gute Erfahrungen aus unserem Nachbarland Niedersachsen.

(Torsten Renz, CDU: Ist denn das Bündnis für Arbeit in M-V gescheitert, oder wie?)

Dort ist man mittlerweile sogar auf Landkreisebene, konkret in Osnabrück, und – man höre und staune – auf Initiative ihrer dortigen lokalen CDU im Sozialausschuss gerade dabei, einen solchen Runden Tisch im Landkreis einzurichten, um zu erörtern, was man vor Ort tun kann. Da sage ich, was unter Demokraten dort parteiübergreifend funktioniert, müsste doch hier eigentlich auch möglich sein.

Ich will dazu kommen, was so ein Runder Tisch aus unserer Sicht auf den Weg bringen könnte:

(Torsten Renz, CDU: Also das Bündnis für Arbeit packt das nicht, ja?)

Im Bündnis für Arbeit sind beispielsweise Wohlfahrtsverbände gar nicht mit am Tisch, Herr Renz.

Zunächst einmal geht es darum, einen Austausch zu organisieren und eine Datenbasis zu schaffen, um Kenntnis darüber zu erlangen, wo Werkvertragsarbeiter hierzulande im Einsatz sind und welcher Nationalität diese angehören beziehungsweise wo sich ihre Unterkünfte befinden. Abgeleitet daraus könnten sich Mitarbeiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, der Gewerkschaften, der Arbeitsschutzbehörde und der Bauaufsichtsbehörde darauf verständigen, wo und wann sie schwerpunktmäßig kontrollieren.

Der Landkreis Osnabrück hat zum Beispiel in Vorbereitung des Runden Tisches zunächst erhoben, wie viele der dort zumeist in der Fleischindustrie arbeitenden Beschäftigten überwiegend rumänischer und bulgarischer Herkunft im Landkreis gemeldet sind, hat sich dann angeschaut, wie viele davon Leistungsbezieher im SGB II sind – die Anzahl war verschwindend gering –, und konnte daraus schlussfolgern: Der größte Teil geht einer Beschäftigung nach. Das wäre sicherlich hier auch möglich.

Im Ergebnis des Runden Tisches hat man sich dort auf Landesebene dazu entschlossen, Beratungsstellen zu finanzieren, mit denen man diese Beschäftigten erreichen kann, und zwar nicht nur stationär, sondern auch in Form eines mobilen Angebotes, und vor allen Dingen in der Sprache, die diese Kolleginnen und Kollegen verstehen, denn leider verfügen sie vielfach nicht über Deutschkenntnisse, geschweige denn über Kenntnisse des deutschen Arbeitsrechts. Da gibt es also stationäre Anlaufpunkte in Hannover und Oldenburg und auch ein mobiles Angebot – ich habe es gesagt.

Und weil Sie gefragt haben: Reicht das Bündnis für Arbeit? Die Wohlfahrtsverbände sind, wie gesagt, im Bündnis für Arbeit nicht vertreten und insbesondere die Caritas hat in Niedersachsen sozusagen auch eigene Beratungsstrukturen geschaffen, um auf die Integration der ausländischen Werkvertragsarbeiter hinzuarbeiten.

Was kann man noch machen? In Kenntnis der Lage von Unterkünften der Werkvertragsarbeiter prüft die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises jetzt, ob die für das Land Niedersachsen im Ergebnis des Runden Tisches per Erlass festgelegten Mindeststandards eingehalten werden. Darauf komme ich dann in der Debatte noch mal zurück. Deswegen würde ich darum bitten, dieses Ansinnen zu unterstützen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich den Abgeordneten Pastörs darauf aufmerksam machen, dass das sein zweiter Ordnungsruf war, und bei einem dritten Ordnungsruf wird ihm dann das Wort entzogen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Bitte.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Aufhänger für diesen Antrag ist der Umgang mit den 100 griechischen Arbeitern, die in diesem August von dem Subunternehmer, der sie beschäftigt hatte, sitzengelassen wurden – Herr Foerster führte es aus –, unwürdig untergebracht, ohne Verpflegung und ohne die ihnen zustehende Bezahlung.

Was wir dort in Lubmin und Groß Stieten sehen mussten,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ist schlichtweg ein Skandal und ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Seither scheint im Stichwort "Werkvertrag" das Wort "Missbrauch" gleich mit drinzustecken. Lassen Sie mich aber eins festhalten: Ein Werkvertrag ist prinzipiell ein legitimes Mittel unternehmerischer Gestaltung und gesetzlich normiert im Paragrafen 631 BGB. Erstunternehmen, die sich eine Werkvertragskonstruktion basteln, mit der sie gesetzliche Regelungen in der Arbeitnehmerüberlassung umgehen wollen, machen den Werkvertrag durch diesen Missbrauch zu einem Einfallstor für Lohndumping. Gegen solche Praktiken müssen wir uns wehren, da stimme ich Herrn Foerster zu.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Und der Hebel, hier gesetzlich wirklich etwas zu bewegen, liegt in erster Linie beim Bund.

(Torsten Renz, CDU: Auch das ist so.)

Die Bundesarbeitsministerin hat deshalb für 2015 ein Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen angekündigt, das eingrenzen wird, wann und wie Werkvertragskonstruktionen zulässig sind. Ziel ist ein besserer Schutz der Beschäftigten. Ich gehe davon aus, dass dabei der entsprechende Gesetzentwurf des Bundesrates einbezogen wird. Darin geht es unter anderem darum, die Rechte der Betriebsräte zu stärken,

## (Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beispielsweise indem dieser zustimmen muss, wenn Fremdpersonal eingesetzt werden soll. So kann er prüfen, ob es sich um Leiharbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung in Form von Scheinwerkverträgen oder eben echte Werkverträge handelt. Das beugt möglichem Missbrauch vor.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Gesetzgebungsverfahren ist angestoßen, der Handlungsbedarf ist erkannt. Ein Entschluss des Landtages, indem wir sagen, wir wollen den Missbrauch von Werkverträgen unterbinden, ist also nicht erforderlich, und das nicht nur, weil der Bund etwas tut, sondern auch, weil wir uns im Land schon längst mit dem Thema auseinandersetzen. Mein Haus tauscht sich kontinuierlich mit den Partnern, Akteuren und Adressaten

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ein Mal war das Thema beim Bündnis für Arbeit. – Torsten Renz, CDU: Ein Jahr schon her. – Henning Foerster, DIE LINKE: Genau ein Jahr.)

unserer Arbeitsmarktpolitik aus. Klar ist, diesen Erfahrungsaustausch müssen wir fortsetzen, um die Zusammenarbeit zwischen beispielsweise der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, dem Arbeitsschutz und anderen Beteilig-

ten auch mit Blick auf die Werkverträge weiter zu verbessern. Für diese Gespräche werden wir uns selbstverständlich an einen Tisch setzen, aber es muss kein runder sein. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme in fast allem überein mit der Ministerin. Bei der Tatsache, dass sie sagt, der Aufhänger ist Lubmin, da habe ich aber, ehrlich gesagt, meine Zweifel, Herr Foerster.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und Groß Stieten.)

Ich glaube, Sie wollen wieder mal zu einem entsprechenden Zeitpunkt ein politisches Thema setzen, und insofern, wenn wir diese Vorgänge, die wir im August in Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis nehmen mussten, auch scharf zurückweisen und verurteilen, müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass im Juli des Öfteren die Ministerin Nahles angekündigt hat, dass sie in 2015 aktiv werden wird, sprich, mit entsprechenden Gesetzesvorhaben in den Bundestag gehen wird. Insofern beschleicht mich ganz einfach diese Tatsache, dass das vielleicht dann auch damit zusammenhängt, dass Sie jetzt im September nach der Sommerpause der Kümmerer sein wollen, um hier das Thema Werkverträge in die Öffentlichkeit zu bringen und zu thematisieren zum jetzigen Zeitpunkt.

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Renz, lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten Foerster zu?

Torsten Renz, CDU: Sehr gern.

(Marc Reinhardt, CDU: Da hat er schon drauf gewartet.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte, Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Renz, ist Ihnen die "Medien-Information" der IG Metall Küste bekannt, in der Folgendes steht: "Von der Landesregierung in Schwerin verlangt Geiken", das ist der zuständige Sekretär, "dass sie sich bei den anstehenden Beratungen über ein Gesetz gegen einen Missbrauch von Werkverträgen auf Bundesebene für eine strikte Regelung einsetzt". Zu dem Part hat Frau Ministerin etwas gesagt. Weiter: "Geprüft werden müsse auch, wie Mecklenburg-Vorpommern angemessene Standards bei der Unterbringung von Beschäftigten sichern könne. "Außerdem brauchen wir dringend schärfere Kontrollen durch die Behörden wie Gewerbeaufsicht und Zoll sowie mobile Beratungsteams, die als Ansprechpartner für die Werkvertragsbeschäftigten in Betrieben unterwegs sind".

Sind Sie der Auffassung, dass das keine konkreten Forderungen für die Landesebene sind? Und sind Sie weiterhin der Auffassung, dass man also nur auf die entsprechenden bundespolitischen Weichenstellungen warten soll?

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrter Herr Foerster, Sie können sich ruhig setzen, ich habe damit kein Problem.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber die Präsidentin.)

Ich kann jetzt im ersten Moment nicht den Zusammenhang Ihrer Fragestellung mit meinem Vorwurf erkennen.

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

Ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Sie das Thema möglicherweise bewusst platzieren, um den Kümmerer darzustellen,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

obwohl die Bundesregierung angekündigt hat, im Juli dieses Thema nach vorne zu bringen und mit einem Gesetzentwurf zu lösen. Insofern bleibe ich bei meinem Vorwurf. Und zu Ihren Darstellungen bezüglich dieser Frage, ob mir das bekannt ist, möchte ich mit einem klaren Ja antworten.

Ich fahre dann fort mit meinen Ausführungen:

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist gut.)

Die Bundesregierung wird dieses Thema lösen, das ist allgemein bekannt. Die politische Lage ist in dieser Frage so klar wie nie. Sie wissen selbst, dass über die Arbeitsund Sozialministerkonferenz im Jahr 2011 gerade durch die Länder, wo Rot-Grün die Mehrheit hat, entsprechend agiert und dieses Thema langfristig vorbereitet wurde und entsprechende Beschlussfassungen eingebracht worden sind, die dann sozusagen den Höhepunkt erreichten am 20. September 2013, zwei Tage vor der Bundestagswahl. Dann hat der Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen, dass man in diesem Bereich tätig werden will.

Das hat die neue Regierung, bestehend aus CDU und SPD, aufgenommen in ihre Koalitionsvereinbarung. Und wenn Sie das tägliche Leben in den Jahren 2013/14 erlebt haben, dann werden Sie festgestellt haben, dass diese Bundesregierung nicht geschlafen hat und insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes Reformen und Gesetzesänderungen nacheinander auf den Weg gebracht hat. Ich möchte zum Beispiel nur erinnern an das Thema Mindestlohn. Und jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, die Ministerin – ich wiederhole mich da sehr gern – hat es angekündigt, es wird einen Gesetzentwurf geben.

Insofern kann ich die Notwendigkeit Ihres Antrages nicht sehen, insbesondere mit dieser Formulierung, die für mich hier wieder eine Art Klassenkampf darstellt. Wenn Sie gleich formulieren: "Ausbeutung durch Werkverträge", dann sagen Sie für mich in diesem Antrag sofort: Generalverdacht gegen die Arbeitgeber, das sind die Bösen in einer Marktwirtschaft.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das unterstellen Sie mir immer, Herr Renz. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die besteht aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wo wir als CDU daran interessiert sind, dass wir ein vernünftiges Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt haben, dass wir nämlich dann entsprechend über Beschäftigung, und zwar in Gemeinsamkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in Deutschland weiter vorankommen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich glaube, dass solche Kampfbegriffe wie "Ausbeutung" da nicht angebracht sind.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Was war das denn anderes als Ausbeutung? – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was war das denn?)

Und ich will auf die Möglichkeit heute ...

Ich spreche von einem Generalverdacht.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Den hat niemand formuliert.)

Durch Ihre Formulierung versuchen Sie zu überzeugen, dass Werkverträge ein untaugliches Mittel sind und einzig und allein auf Ausbeutung abzielen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist Unsinn.)

und das, diese Position kann und will ich nicht teilen. Deswegen will ich versuchen, auch wenn wir diese Themen immer wieder in verschiedenster Form zum Thema Arbeitsmarkt hier hoch und runter deklinieren, noch mal auf vereinfachte Art und Weise die Sinnhaftigkeit von Werkverträgen aus meiner Sicht zu erläutern.

(Burkhard Lenz, CDU: Hat keinen Zweck, hat keinen Zweck.)

So, wie es im privaten Bereich ist, dass Sie, dass Herr Foerster zum Beispiel sich einen Maler holt, sein Auto in eine Reparaturwerkstatt bringt

> (Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Renz, um solche Fälle geht es doch gar nicht. Das ist doch lächerlich!)

oder der eine oder andere Hilfe in Anspruch nimmt bei der Gartenarbeit, von Haushaltshilfen, so funktioniert der private Bereich

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darüber reden wir doch gar nicht.)

und so funktioniert im übertragenen Sinn auch der Bereich der Wirtschaft. Sie haben ein entsprechendes Unternehmen. Sie konzentrieren sich auf die Herstellung von bestimmten Produkten und dann sagen Sie sich eben, ich möchte jetzt aber die Reinigung in diesem Unternehmen nicht durchführen. Ich möchte die Logistik in diesem Unternehmen nicht durchführen. Ich möchte auch die Bewachung nicht durchführen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Um Geld zu sparen.)

Also was machen Sie? Sie greifen auf andere Unternehmen zurück, die möglicherweise in diesem Bereich mehr Kompetenz haben, und davon profitieren Sie. Sie werden effektiver in Ihren Strukturen und auch dieses Unternehmen, das zum Beispiel über Werkverträge solche Dienstleistungen übernimmt, so, wie im privaten auch im geschäftlichen Bereich, wird effektiver. Das heißt, beide Seiten profitieren, einmal die, die Werkverträge anbieten, und dann die, die die Werkver-

träge in Anspruch nehmen, und zwar nicht nur in dem Sinne, dass ihre eigene Produktivität sich effektiver gestaltet ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist die Ausbeutung.)

Wie bitte?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist die Ausbeutung, was Sie hier sagen.)

Das können Sie nachher noch mal in Form Ihrer Begrifflichkeit "Ausbeutung" darstellen.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Ich spreche von größerer Effektivität, von dieser Spezialisierung.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die Besten kosten.)

Und außerdem haben wir am Arbeitsmarkt dieses Instrument, dass die Firmen die Möglichkeit haben, zum Beispiel bei Auftragsschwankungen oder Ähnlichem auf dieses Instrument zurückzugreifen. Was erreichen wir dadurch in dieser Gesellschaft, am Arbeitsmarkt Deutschland? Wir erreichen dadurch zum Beispiel, dass neue Arbeitsplätze entstehen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, im Niedriglohnsektor.)

und davon profitiert dann auch der Arbeitsmarkt Deutschland in Gänze.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Und der Beweis dafür, der bin nicht ich, Torsten Renz, oder die CDU-Landtagsfraktion, der Beweis ist die funktionierende Wirtschaft in Deutschland, nämlich anhand von konkreten Zahlen am Arbeitsmarkt.

Da darf ich an dieser Stelle noch mal feststellen, dass wir mit 30,1 Millionen Rekordbeschäftigung in Deutschland haben, dass die Arbeitslosigkeit ständig sinkt, dass wir konstant unter 3 Millionen, sprich 2,9 Millionen Arbeitslose haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie viele Arbeitslose haben wir?)

und was besonders wichtig ist: Wir haben über 1 Million offene Stellen in Deutschland! Das ist auch das Ergebnis von Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern, und das ist auch das Ergebnis der Tatsache, dass es dieses Instrument "Werkverträge" gibt. Deswegen weise ich es noch einmal deutlich für unsere Fraktion zurück, dieses Mittel, dieses flexible Mittel am Arbeitsmarkt nur zu verteufeln.

Die Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern bestätigen das auch:

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir kritisieren den Missbrauch, Herr Renz. Reden Sie doch mal zum Thema! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.) Rekordbeschäftigung von 550.000, Arbeitslosenquote bei 85.000 und offene Stellen von 22.000.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden hier von Werkverträgen.)

Das heißt, es profitiert nicht nur der Standort, sondern auch jeder einzelne Arbeitnehmer. Und wer ein bisschen logisch denken kann, wird aufgrund dieser Zahlen erkennen, dass sich auch die Verhandlungsposition, die Situation für Arbeitnehmer weiter verbessert, und das ist auch gut so.

Ich denke, wir sollten aber aufpassen, dass eines Tages der Bogen nicht überspannt wird, dass wir wieder dieses Verhältnis, was ich dargestellt habe, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die wir gemeinsam in Deutschland brauchen, um erfolgreich zu sein, nicht einseitig überziehen mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Deswegen sage ich noch mal, Werkverträge sind nicht nur ein legales Mittel, so, wie das Sozialministerium das in der Kleinen Anfrage beantwortet. Ich würde sagen, sie sind ein Mittel, das notwendig ist am Arbeitsmarkt in Deutschland. Jetzt stellt sich die Frage: Muss ich dieses reformieren?

Ich habe ja vorhin ausgeführt, die Koalition in Berlin ist sich einig, sie müssen es reformieren. Ob das immer sachliche Gründe sind, das will ich nicht abschließend beurteilen. Aus meiner ganz persönlichen Sicht geht es häufig nur um die Bekämpfung, nicht "nur", sondern es geht eindeutig um die Bekämpfung der schwarzen Schafe. Ich stelle mir die Frage: Ist die Rechtsgrundlage, die gesetzliche Rechtsgrundlage denn schon gegeben, um diese zu bekämpfen? Meine persönliche Auffassung ist: Ja. Und wenn ich dann ausreichend Möglichkeiten habe – das ist ja die nächste Frage –, um diese Auswirkungen zu bekämpfen, dann sollte ich sie auch nutzen.

Wenn ich dann natürlich als Arbeitsgrundlage die Kleine Anfrage und Antwort der Landesregierung nehme – es wurde schon in den Ausführungen der Ministerin gesagt und auch Herr Foerster hat es gesagt –, ist es eben so, Herr Foerster, bei Ihrer Kleinen Anfrage wird immer wieder festgestellt, dass es keine Daten gibt, dass es keinen ausreichenden Hinweis gibt, zum Beispiel bei der Frage, die sie hier unter 1. gestellt haben: Es ist bei der "Prüfung ... nicht feststellbar", dass es "zu Beanstandungen" kommt. Es wird weiterhin festgestellt, dass "eine Häufung von Arbeitsschutzverstößen bei Arbeiten mit Werkverträgen ... nicht festgestellt werden" kann. Auch das hat die Ministerin ausgeführt,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, dann lesen Sie mal vor, wie viele Werkverträge überhaupt geprüft worden sind!)

deswegen vorhin auch mein Zwischenruf. Aber ich will es an dieser Stelle noch mal deutlich sagen: Wenn ich keine Datengrundlage habe, die gesicherte Auskunft darüber gibt, dass Handlungsbedarf besteht, dann frage ich mich schon, warum denn alles auf den Kopf gestellt werden soll. Ich gehe aber davon aus – ich habe das ja vorhin gesagt, die Bundesratsinitiative wurde am 20. März entschieden, das war zwei Tage vor der Bundestagswahl –,

(Henning Foerster, DIE LINKE: September!)

alles andere, was vorher lief, war sicherlich zum großen Teil wahlkampftaktisch geprägt.

Aber ich gehe jetzt davon aus, dass Frau Nahles am Zuge ist, dass sie aufgrund der Koalitionsvereinbarung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt. Und ich gehe ganz sicher davon aus, dass die Beamten – weil die ja nach der Wahl zum größten Teil nicht ausgewechselt worden sind – in diesem Ministerium weiterhin sachlich und inhaltlich fundiert an dem Thema arbeiten und das, was an Verbesserungen notwendig ist, um den Missbrauch von Werkverträgen auszuschließen, dann entsprechend auf den Weg bringen in einem Gesetzentwurf, der ganz klar auf der Lösungsebene beim Bund liegt, nicht im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Wir haben hier das Bündnis für Arbeit. Wir haben unseren Beitrag geleistet, auch als Bundesland, dass diese Bundesratsinitiative auf den Weg kommt. Jetzt lassen Sie uns mal in Ruhe abwarten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abwarten! Abwarten! – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

was die Ministerin Nahles vorlegt, und da brauchen wir keine zusätzlichen Runden Tische, um das Thema hier möglicherweise zu verkomplizieren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Eins vorweg, Herr Renz,

(Torsten Renz, CDU: Jo!)

Ich glaube, gerade das, was dort in Groß Stieten und Lubmin passiert ist, sollte man nicht bagatellisieren. Es sind keine Einzelfälle.

(Torsten Renz, CDU: Das verurteile ich aufs Schärfste, damit das klar ist!)

Und das, was ich jetzt gehört habe ...

Aufs Schärfste? Da kenne ich Sie schärfer, muss ich sagen, das war jetzt eher so: Na ja, ist passiert, aber Deckel drauf.

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht! Unterstellen Sie mir nicht solche Sachen!)

Na gut, aber es ist ja noch Redezeit, um mit Ihren Worten zu reden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sie arbeiten nur mit Unterstellungen, Herr Renz.)

Aber lassen Sie mich weiterreden, um auf Ihre Argumentation einzugehen, bevor ich ganz konkret noch mal auf den Antrag zurückkomme: Zu sagen, dass es effektiver ist, wenn man einen Wachdienst oder Reinigungsdienste

outsourct, das mag sein, aber nicht zu Werkvertragskonditionen. Ich glaube, darum geht es. Wir reden hier von Missbrauch. Wir reden nicht darüber, dass es einen Werkvertrag gibt, wo es einen Projektanfang gibt und ein Projektende. Dagegen habe ich Herrn Foerster nicht sprechen hören, die Ministerin nicht

(Torsten Renz, CDU: Wieso gilt denn das Tarifrecht für Werkverträge nicht?)

und auch uns nicht. Wir reden hier von Ausbeutung, Ausbeutung nämlich durch den Werkvertragsmissbrauch.

Ich sage jetzt doch noch mal ein paar Zahlen, und zwar werden immer wieder Werften genannt und Schlachthöfe.

(Burkhard Lenz, CDU: Wie viele Schlachthöfe haben wir eigentlich im Land?)

Da ist der Schätzwert, dass 90 Prozent aller Arbeiten per Werkvertrag erledigt werden: Der Einzelhandel, das sind die Regaleinräumer/-innen und auch der Kassenbereich, oder das Hotelgewerbe, dort ist es die Zimmerreinigung. Im Einzelhandel wird geschätzt, dass bundesweit mehr als 100 Fremdfirmen mit 350.000 Beschäftigten Regale einräumen. Auch die Fleischindustrie wird immer wieder genannt. Es ist üblich, das Gros der Beschäftigten aus Subunternehmen zu beschäftigen.

Und dann, Frau Ministerin, das würde ich gern noch mal erklärt bekommen: Wo sind denn dort die Betriebsräte?

(Jochen Schulte, SPD: Die Betriebsräte sind in den Werkunternehmen.)

Ich glaube, dass es einfach so eine Art Blackbox gibt, und die wird immer wieder in der Fleischindustrie genannt,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir haben hier überhaupt nur sieben Prozent der Betriebe, die Betriebsräte haben.)

dass es eine Blackbox ist. Genau dort passiert dieser Missbrauch aber.

Dann noch ein zweiter Bereich: Die Arbeitsbereiche, die ich eben genannt habe, die sind vornehmlich weiblich. Das heißt, wir reden hier immer über weibliche Altersarmut. Wir reden über Existenzsicherung, aber wir schaffen keine Rahmenbedingungen, dass Frauen und Männer in diesen Bereichen arbeiten und eben von ihrer Arbeit auch leben können, nicht Aufstocker sind oder vielleicht Ehepartnerin.

Es ist mehrfach gesagt worden, dass keine konkreten Zahlen vorliegen, auch das haben wir festgestellt. Ich denke, da muss nachgearbeitet werden. Aber Lohndumping ist, wie gesagt, überall dort. Die Werkverträge zeichnen sich eben dadurch aus, dass sie im Kündigungsschutz, in der betrieblichen Mitbestimmung, in der tariflichen Bezahlung und auch beim sozialen Schutz der Beschäftigten unterlaufen werden. Das können wir so nicht stehenlassen!

Vieles ist schon gesagt worden, ich möchte Sie damit jetzt auch nicht behelligen.

(Torsten Renz, CDU: Doch. Sehr gerne.)

Nein, ich denke, es sind viele Punkte, die sind von der Ministerin gesagt worden und die sind von Herrn Foerster bestens dargelegt worden. Aber lassen Sie mich noch auf ein, zwei Dinge eingehen. Heute ist es so, dass die Beweislast eines Werkvertrages immer noch der Mitarbeiter, also der Beschäftigte übernehmen muss. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für eine Beweislastumkehr ein. Zukünftig sollen die Betriebe und nicht die Beschäftigten den Nachweis erbringen, dass ein Werkvertrag und keine verdeckte Arbeitnehmerüberlassung vorliegt. Ich denke, die Kontrollinstrumente müssen gestärkt werden. Auch darin sind sich alle einig. Ich denke, nur in dem Verfahren gibt es Unterschiede.

Und wir, so kann ich das jetzt schon sagen, setzen uns ebenfalls dafür ein, einen Runden Tisch zu machen, denn ob DIE LINKE jetzt den Antrag gestellt hätte oder nicht, es ist in der Sommerpause passiert und es ist in unserem Bundesland passiert. Und wenn wir das ernst meinen, dann finde ich auch, dass sich ein Landtag mit dieser Thematik beschäftigen muss, mit dem Missbrauch von Werkverträgen. Woher die Menschen kommen, ist im Grunde genommen egal, weil wir hier über faire Löhne, über faire Arbeit reden, und da ist der Missbrauch von Werkverträgen nicht das geeignete Mittel.

Ich hoffe, wir können Sie noch überzeugen, einen Runden Tisch einzusetzen, denn ich denke, es ist Zeit,

(Torsten Renz, CDU: Können Sie denn mal prozentual benennen, wie hoch der Missbrauch ist?)

damit eben nicht noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter dem Existenzminimum zu katastrophalen ...

Ich habe das doch gesagt vorhin.

(Torsten Renz, CDU: Wie viel Prozent Missbrauch?)

Darüber gibt es keine Zahlen, und dann sagen wir wieder, wir warten. Herr Renz, das ist keine Argumentation. Ich denke, ich habe Zahlen genannt: 350.000 Menschen bundesweit, Tendenz steigend. Gerade in der Massentierhaltung wissen wir,

(Jochen Schulte, SPD: Massentierhaltung und Werkvertrag, das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. – Andreas Butzki, SPD: Massentierhaltung? Werkverträge?)

dass es sehr viele prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, wo sehr viel mit Werkverträgen gearbeitet wird.

Ich denke, das wird unsere Aufgabe sein, das hier noch mal weiterzuverfolgen. Ich kann auch immer noch denken, die Erde ist eine Scheibe. Ich finde, sie ist rund. Und ich finde, wenn wir für faire Arbeitslöhne kämpfen, dann gehören auch die Werkverträge dazu, Herr Butzki. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Renz, ich habe mich eben gewundert, warum unsere Koalition eigentlich doch ganz gut funktioniert.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, da wundern wir uns auch manchmal. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Echt?)

Und ich habe mich auch über die Zurückhaltung von Frau Gajek gewundert,

(Burkhard Lenz, CDU: Wir sind kompromissbereit.)

weil ich von Ihren Äußerungen zwei Dinge sehr gut von ihrem Redebeitrag dokumentiert fand, nämlich was es bedeutet, sich in die Büsche zu schlagen auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite einen Eiertanz zu vollführen, von der Aussage, die gesetzlichen Grundlagen sind alle da, bis hin zu, die gesetzlichen Grundlagen werden jetzt auf Bundesebene geschaffen.

(Torsten Renz, CDU: Da habe ich zwischendurch gesagt, das ist meine persönliche Auffassung.)

Das war da alles mit drin. Also es war schon wirklich erstaunlich, muss ich sagen.

"Seitdem die Regulierung der Leiharbeit zumindest etwas vorankommt, setzen Unternehmen vermehrt Werkverträge für Billigjobs ein", so war der Untertitel eines "Böckler Impuls" aus dem August 2012. Die Hans-Böckler-Stiftung hat für diesen Themenkomplex, der es ja nicht ist, sondern für das Problem "Missbrauch von Werkverträgen" eine Studie in Auftrag gegeben, die mittlerweile auch schon vorliegt, und ich denke, der eine oder die andere von Ihnen wird sie kennen.

Nach der Aussage von 2012 ist die Entwicklung meiner Auffassung nach nicht besser geworden. Der SPD insgesamt ist diese Entwicklung auch schon seit Langem ein Dorn im Auge. Das ist auch mit ein Grund, warum wir die Formulierungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorfinden, so, wie sie eben sind, nämlich weil wir der Überzeugung sind, dass dieser Entwicklung ein Riegel vorgeschoben werden muss. Auch wir teilen durchaus die Auffassung, dass Werkverträge, egal in welchem Umfang, nun dazu missbraucht werden, Personalkosten zu sparen und Arbeitnehmerrechte zu umgehen.

Das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen, das diese Auffassung offensichtlich auch teilt, hat dieses zum Anlass genommen, um im Rahmen einer Initiative "Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb" ein Gutachten zu beauftragen, das Lösungen für genau diese Problemlagen aufzeigen soll. Dabei wurde keinesfalls strittig gestellt, dass generelle Möglichkeiten, Werkverträge abzuschließen, da sie in einer arbeitsteiligen Wirtschaft durchaus ihren Platz hätten, nicht das Anliegen waren. Als Mittel zum Lohndumping seien sie jedoch völlig indiskutabel. Im März dieses Jahres wurde diese Studie in Berlin vorgestellt – ich war dabei sozusagen.

Im Kern läuft dieses Gutachten auf folgende Neuerungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz hinaus, die

weit über den bereits mehrfach erwähnten Bundesratsbeschluss hinausgehen, von dem ja zu Recht gesagt worden ist, da wir hier so wenig Betriebsräte haben, kann der bei uns nicht diese Wirkung entfalten wie in anderen Bundesländern, in denen das ganz anders ist. Deswegen will ich auf die Bundesratsinitiative oder auf den Bundesratsbeschluss in dem Zusammenhang auch gar nicht näher eingehen, sondern nur mal davon abweichend, das, was man in Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang erarbeitet hat, ein bisschen ausführen.

Die haben folgende Punkte in diesem Zusammenhang herausgearbeitet:

Erstens. Leiharbeit soll nur noch zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs beim Entleiher zulässig sein. Nach 18 Monaten Leiharbeit wäre dann in diesem Kontext die Obergrenze erreicht. Als Ausnahme soll gelten, wenn zwar vorübergehender Bedarf besteht, aber keine Arbeitnehmer für befristete Verträge auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen sind.

Darüber muss man ein bisschen nachdenken, wie das gemeint ist. Beispielsweise bei Ingenieuren oder Wissenschaftlern kann das der Fall sein, die an einem längeren Projekt mitarbeiten sollen. Um diese Regelung abzusichern, müsse der Entleiher nach sechs Monaten nachweisen, dass die Überlassung tatsächlich vorübergehend erfolgt. Gelingt ihm das nicht, ist dieser Kraft Gesetz vom ersten Tag an Arbeitnehmer des Entleihers mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis.

Zweiter Punkt. Nur unbefristet beschäftigte Leiharbeitnehmer dürfen auch nach Leiharbeitstarif bezahlt werden, der trotz Branchenzuschlägen deutlich geringer ausfällt als die Entlohnung des Stammpersonals.

Wenn jemand in einem Jahr bei fünf verschiedenen Entleihern arbeitet, dann macht ein eigener Tarif Sinn, denn die Zeitarbeitsfirma muss durchgehend für sie oder ihn einheitliche Arbeitsbedingungen sicherstellen, aber nicht für Beschäftigte, die nur für einen Einsatz eingestellt werden, so die Begründung der Verfasser. Also wenn sie vollkommen mit dem Stammpersonal der Firma gleichgestellt werden, dann wird dieses auf Lohndumping basierende Geschäftsmodell erheblich teurer.

Dritter Punkt. Jeder illegal ausgeliehene Arbeitnehmer, jede illegal ausgeliehene Arbeitnehmerin soll eine Chance bekommen, sich beim Auftraggeber einzuklagen.

Dahinter steht dieses Modell, was Sie eben auch erwähnt haben, nämlich diese Umkehr der Beweislast. Wenn ein Mitarbeiter aufzeigt, dass er in die Arbeitsorganisation genauso eingebunden ist wie die Kollegin aus dem Stammpersonal, dann muss das Unternehmen beweisen, dass das nicht der Fall ist. Kann es das nicht, ist es automatisch der tatsächliche Arbeitgeber und haftet. Der Arbeitnehmer kann sich dann also einklagen.

Bisher konnten Scheinwerkunternehmer aus dem Ausland – auch das ist ja explizit angesprochen worden, deswegen komme ich jetzt noch mal auf diese wesentlichen Dinge, die hier bereits eine Rolle gespielt haben, zurück – im Schutz von Entsendebescheinigungen von ihrer heimischen Sozialversicherung ziemlich unbehelligt agieren. Diese legen fest, dass die ausländischen Arbeitnehmer zu Hause im Rahmen ihrer Arbeitsverhältnisse

versichert sind und es auch während der Überlassung bleiben. Harte Sanktionsmöglichkeiten nach deutschem Recht entfallen so.

Die Autoren der Studie schlagen hier – viertens – eine eigenständige volle Haftung des deutschen Auftraggebers auf dem Niveau der Lohnkosten eines deutschen Arbeitnehmers vor. Das heißt, der Auftraggeber zahlt, dann ist der Vorteil weg.

Auch die Arbeitnehmervertretungen sollen nach dem Verfasser der Studie eine stärkere Rolle mit weitreichender Bedeutung erhalten. Behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass in vielen Unternehmen echte und dubiose Werkverträge nicht über die Personalabteilung laufen würden, sondern zum Beispiel über den Einkauf. Vielfach bekämen die Betriebsräte das überhaupt erst mit, wenn die Leute schon eine Weile im Unternehmen arbeiten.

Das würde sich ändern, wenn nämlich – fünftens – diese Form des Personaleinsatzes nach einem Monat beendet werden muss, wenn der Betriebsrat nicht unterrichtet wurde.

Als die Studie mit diesen Empfehlungen vorgestellt wurde - und es war eine breite Teilnehmerschaft, also Gewerkschaften, Arbeitgebervertretung und so weiter vertreten -, gab es natürlich auch ganz unterschiedliche Diskussionsbeiträge. Während der Arbeitgeberverband, hier in Person von Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), natürlich ganz klar die Auffassung vertreten hat, dass die Verfasser von ganz falschen Annahmen ausgehen würden und dass für Leiharbeit über Tarifverträge ausreichend Missbrauchsregelungen vorhanden wären, hat die Vertreterin vom DGB dazu gesagt, flächendeckende Tarifverträge und ein gesetzlicher Mindestlohn würden zwar die schlimmsten Auswüchse prekärer Beschäftigung verhindern. Aber sie hat darauf hingewiesen, dass die gesetzliche Verbesserung bei der Leiharbeit und die Einführung von Branchenzuschlägen durch die Tarifpartner in der Leiharbeit einige Unternehmen auf billige, oft ziemlich dubiose Werkverträge hat umsteigen lassen, und also durchaus Handlungsbedarf zu sehen ist. Es gab also ganz unterschiedliche Auffassungen und in diesem Zusammenhang wurde ausführlich diskutiert.

Konkret wurde jedoch noch einmal seitens der Landesregierung Nordrhein-Westfalens mitgeteilt, dass diese konkreten Vorschläge in die gesetzliche Neugestaltung der Themen Leiharbeit und Werkverträge einfließen werden. Welche Vorschläge sich letztlich beim endgültigen Gesetzgebungsverfahren, das sich bekanntermaßen in der Zuständigkeit der Bundesebene befindet, hier nun durchsetzen werden, können wir nur abwarten.

Nicht abzuwarten brauchen wir aber Anstrengungen der Landesregierung, zu Verbesserungen zu kommen, wenn wir bei uns im Land Missstände zu beklagen haben. Da schlägt die Fraktion DIE LINKE hier einen Runden Tisch mit einem Strauß von

(Marc Reinhardt, CDU: Blumen.)

zu Beteiligenden vor. Ich glaube nicht, dass wir einen neuen Runden Tisch brauchen.

Wir haben nicht nur dieses fast immer bemühte Bündnis für Arbeit, sondern wir haben auch das Fachkräftebündnis. Das Fachkräftebündnis hat den Charme, dass es sich ganz konkrete Ziele auch im Sinne der Arbeitenden, der Beschäftigten gesetzt hat, weil man den Beschäftigten als solchen als kostbares Gut erkannt hat. Ich finde, als Ziele beim Fachkräftebündnis, obwohl wir beim Missbrauch von Werkverträgen nicht ausschließlich über Fachkräfte sprechen, aber als Ziele dieses Fachkräftebündnisses kann ich mir sehr gut vorstellen, dass auch der Missbrauch von besonderen Formen von Arbeitsverträgen hier sehr gut gesetzt wäre.

Und wenn ich nach Niedersachsen gucke, Herr Foerster, was da tatsächlich gelaufen ist: Also erst einmal, auf Landesebene war es kein Runder Tisch, da war es eine interministerielle Arbeitsgruppe. Und wenn Sie sagen, in den Kreisen gibt es Runde Tische, da sage ich: Gut, da können die Runden Tische auch sehr gut funktionieren, weil genau in den Kreisen ist man nahe dran. Da hat man diesen Überblick, den man ja insgesamt nur wirklich sehr schwer erhält. Das ist auch am 19.08. in der Landespressekonferenz durch die Gewerkschaft gesagt worden, dass die objektive Lage sehr schwer einzuschätzen wäre.

(Torsten Renz, CDU: Aber handeln müssen wir trotzdem.)

Die Akteure des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern, mit der Ministerin, ich würde mal sagen, sogar an der Spitze, tauschen sich regelmäßig aus und haben dieses Problem nicht nur erkannt und nicht nur verinnerlicht, sondern sind wirklich bemüht – das nehme ich meiner Ministerin ohne Weiteres ab –, gerade Strategien im Bereich des Machbaren auf Landesebene zu versuchen. Man muss ja immer auch gucken, was ist wirklich machbar, wo können wir hier ansetzen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, da sage ich nachher noch mal was zu.)

Diese Strategien – wenn man davon umfassend reden möchte, wird es darauf hinauslaufen – können natürlich nur im ständigen Austausch entwickelt werden. Eines zusätzlichen Runden Tisches oder einer zusätzlichen Runde bedarf es dazu nicht. Und ich glaube auch, da ist ein Webfehler drin, weil, wenn man den Arbeitgeberverbänden vorwirft, und das ist bei Ihren Ausführungen doch eigentlich Grundtendenz gewesen, dass da immer so ein bisschen Generalvorwurf mit drin ist, dass der Missbrauch doch sehr weit verbreitet ist, dass viele Arbeitnehmer das als Generalvorwurf, dass …

(Torsten Renz, CDU: Jetzt nähern wir uns aber stark an, Frau Tegtmeier. Das ist doch gut.)

Nein, nein, nein. In diesem einen Pünktchen vielleicht,

(Torsten Renz, CDU: Aber das ist der entscheidende.)

aber nur in dem Zusammenhang, dass sich die Arbeitgeber zurzeit damit schwertun,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

sich in so eine Runde zu setzen, weil dieser Vorwurf von Ihnen gerade, Herr Foerster, doch ziemlich heftig im Raum steht.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das kann ich voll unterstützen, diese Aussage.)

Deswegen, glaube ich, sollte man die Strukturen, die man hat, dazu nutzen,

(Torsten Renz, CDU: Genauso ist es.)

um dieses Thema mal vernünftig zu setzen, aber keine neuen Strukturen zu schaffen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der NPD-Fraktion.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier über ein von Ihnen hausgemachtes Problem. Während Sie immer noch von einem gravierenden Fachkräftemangel in Deutschland schwadronieren und somit sämtlichen arbeitslosen Weltenbummlern Tür und Tor öffnen, machen die Wirtschaftslobbyisten das, was sie am besten können: den Arbeitssklaven Mensch auszupressen, sodass er einzig und allein der Wirtschaft, dem Profit dient. In einem gesunden Staat ist dies nämlich anders, und da kommen Sie auch mit Ihrer Politik ins Spiel.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Der Idealzustand ist wie folgt:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Reichsarbeitsdienst, oder was? – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Politik betreibt der Staat in seiner Führung zum Wohle und Ansehen des Volkes. Die Wirtschaft dient dem Staat und sieht ihre oberste Aufgabe ausschließlich in der natürlichen Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und schafft somit eine Existenzgrundlage.

Während Sie noch lang und breit über die Einführung von Mindestlöhnen debattierten, wurden in der Wirtschaft klare Fakten geschaffen. Die LINKEN haben aber auch mittlerweile bemerkt, dass allein die Einführung von Mindestlöhnen nicht automatisch die Ausbeutung von Arbeitnehmern verhindert beziehungsweise beendet.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das wissen wir schon lange. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das Hauptproblem wird aber weiterhin verleugnet. Lobbyisten auf allen Ebenen sorgen mittlerweile für politische Entscheidungen hier in Deutschland,

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer hat Ihnen denn den Quatsch aufgeschrieben?)

die ganz deutlich nicht im Interesse des eigenen Volkes liegen. In der Begründung des Antrages wird dieser Sachverhalt allzu deutlich. Nicht die Interessen der deutschen Arbeitnehmer haben die linken Weltverbesserer im Sinn, sondern sie möchten lediglich die Ausbeutung der ausländischen Fremdarbeiter beenden

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aller Arbeitnehmer.)

und vertrauen weiterhin vor allem auf jene Kräfte,

(Thomas Krüger, SPD: Sind das keine Menschen? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die die Ausbeutung deutscher Fachkräfte und ausländischer Fremdarbeiter letztendlich billigend in Kauf nehmen und nahmen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

so zum Beispiel die Gewerkschaften. Sie fordern einträchtig mit Arbeitgeberverbänden, Herr Foerster, mehr Freizügigkeit und unterstützen jede nur erdenkliche Maßnahme, um mehr fremde Arbeitskräfte auf den deutschen Markt zu lassen. Dadurch verfallen die Löhne immer weiter. Wirklich helfen könnte nach jetzigem Stand nur eine Angebotsbegrenzung, doch die wäre ja nach Ihrer Lesart rassistisch, rechtspopulistisch oder auch antieuropäisch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist es ja auch.)

Doch dies nur am Rande.

Tarif- und Sozialsysteme werden stetig zugunsten von Wirtschaftsbossen und zuungunsten der Werktätigen ausgehöhlt. Seit Mitte der 90er-Jahre konnte sich in Teilen des deutschen Arbeitsmarktes ein permanent wachsender Niedriglohnsektor etablieren, welcher vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder in widerwärtigster Weise als einer der besten in ganz Europa gefeiert wurde. Schon heute erhalten bundesweit etliche Beschäftigte einen Stundenlohn, der sich weit unterhalb der Niedriglohnschwelle befindet. Eine um sich greifende Verarmung ist mittlerweile in allen Bevölkerungsschichten allgegenwärtig. Es sind Väter, die trotz Vollarbeitszeit nicht mehr in der Lage sind, ihre Familien zu versorgen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Und was ist mit den Müttern?)

Es sind junge Frauen, die aus Angst vor Armut den Kinderwunsch nicht verwirklichen können, wodurch die Existenz unseres Volkes mehr als gefährdet ist.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Es sind Kinder, die seit ihrer Geburt in sozial schwachen Verhältnissen aufwachsen, ohne Perspektive auf eine bessere Zukunft, und somit schon im Kindesalter resignieren. Es sind Alte, die ihr Leben lang gearbeitet haben und jetzt um ihre Rente und einen sorglosen Lebensabend bangen müssen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wir reden jetzt über Werkverträge, ja?)

Wenn Sie als LINKE endlich bereit sind, Politik für das eigene Volk, für den deutschen Arbeitnehmer zu machen, dann sind wir auch bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen. (Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um alle Arbeitnehmer!)

Aufgrund der hervorstechenden Inländerfeindlichkeit

(Andreas Butzki, SPD: Rote Lampe!)

lehnt die NPD-Fraktion diesen Antrag der LINKEN ab.

(Beifall David Petereit, NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, dass trotz dieses zu verurteilenden Vorfalls heute hier in Teilen zumindest wieder versucht wurde, das Problem des Missbrauchs zu verharmlosen. Ich glaube auch nicht, dass hierzulande schon alle Möglichkeiten ausgenutzt wurden, um solchen Vorfällen in Zukunft wirksam vorzubeugen.

Jetzt nehme ich mal die Antworten der Landesregierung vom 11.09. auf meine letzte Kleine Anfrage zu diesem Thema. Da kann man ja sehen, wie es um das Engagement bestellt ist. Da gab es genau ein Gespräch im Bündnis für Arbeit am 30.04.2013, das ist jetzt also anderthalb Jahre her. Es gab eine Mitantragsstellung in der ASMK und einmal Handheben im Bundesrat auf der letzten Sitzung kurz vor der Bundestagswahl am 20.09.2013.

Und, Herr Renz, um das auch noch mal deutlich zu sagen: Meine Fraktion, ich selbst und vor allem die Beschäftigten, wir brauchen keine Belehrung über wirtschaftliche Notwendigkeiten zum Einsatz von Werkverträgen,

(Torsten Renz, CDU: Ich hatte aber den Eindruck.)

denn es ging hier immer nur um den Missbrauch und nie um die geübte Praxis, Aufträge als Fremdleistung an Dritte zu vergeben, die besser spezialisiert sind, zum Beispiel für die Erstellung einer Studie oder die Programmierung einer Software. Es ging hier auch nie um Handwerkeraufträge, wie den Wechsel der heimischen Mischbatterie oder den von Ihnen angesprochenen Maler.

Worüber wir heute hier bereits zum dritten Mal seit 2012 reden, das ist der Missbrauch dieser Form von Beschäftigung, das ist die Nutzung von Werkverträgen zum Unterlaufen gesetzlicher und tariflicher Schutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das ist die Nutzung von Werkverträgen als Instrument für Lohndumping. Eine große Rolle dabei spielt die Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmen. Und wie das funktioniert, das will ich noch mal kurz an zwei Beispielen darstellen:

Herr Renz, von der Bauwirtschaft weiß man zum Beispiel, dass sich in der Regel zwar nur große deutsche Unternehmen an öffentlichen Aufträgen beteiligen, diese jedoch nach Zuschlag selbst wieder ausschreiben. Diese Ausschreibungen, die gewinnen dann meistens kleinere Unternehmen, die einen extrem niedrigen Preis bieten. Die geben dann ihre Aufträge wiederum noch mal weiter an Subunternehmen, oft auch ausländische. Und jetzt passiert Folgendes: Durch das Verbot von Leiharbeit am

Bau und die vergleichsweise hohen Branchenmindestlöhne setzt man eben verstärkt auf ausländische Werkvertragsarbeiter. Die werden mit dem Versprechen höherer Löhne als im Wohnsitzland hierher gelotst, haben keine Sozialversicherung und verdingen sich in sehr komplexen Lohnstrukturen, die sie nicht nur aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse kaum durchschauen. Dann erhalten sie eben leider deutlich niedrigere Löhne, von denen sie oft auch noch Verpflegung und Unterkunft zahlen müssen.

Zweites Beispiel. Auch in der Metallindustrie wird ja seit Längerem eine Zunahme von Werkverträgen beobachtet. Die Ursachen dafür reichen von der Senkung der sogenannten Fertigungstiefe bis zur Senkung der Personalkosten. Da gibt es dann Solounternehmer und die werden genauso häufig eingesetzt wie Industriedienstleistungsfirmen mit Tausenden von Beschäftigten. Die machen dann unter anderem die von Ihnen angesprochenen spezifischen Dienstleistungen. Die reichen allerdings auch von simpler Reinigung bis hin zu anspruchsvoller Instandhaltung. Eines der Probleme ist, dass zwar die großen Unternehmen, die diese Aufträge weitergegeben haben, wissen, wie viele Fremdvertragsarbeiter sie haben, also Partnerunternehmen, aber nicht, wie viele Beschäftigte sich dahinter verbergen. Und vor allem wissen sie nicht, zu welchen Konditionen die wirklich tätig sind. Leider interessiert es sie oft auch nicht.

Nun könnte man sagen, in der Metallindustrie – das stimmt dann übrigens auch für dieses Land – gibt es anders als in anderen Branchen häufig noch Betriebsräte. Allerdings stehen diese der Anwendung von Werkverträgen weitgehend machtlos gegenüber, denn mit den Unterrichtungsrechten von heute können sie die Zustimmung zur Einstellung, anders als bei Leiharbeitern, ja nicht verweigern.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ohne Einfluss sind sie erst recht bei der Weitergabe von Werkverträgen an Subunternehmen.

(Torsten Renz, CDU: Herr Foerster, da wollen wir doch mal sehen, was die Bundesregierung zu diesem Thema vorlegt.)

Betriebsräte sind nur zu informieren und können Vorschläge für Alternativen zur Ausgliederung machen, aber denen muss der Unternehmer nicht folgen. Und zumindest nach allem, was ich gelesen habe im Koalitionsvertrag, ist auch keine Steigerung der Mitbestimmungsmöglichkeit vorgesehen, sondern man redet in dem Zusammenhang von Konkretisierung der Unterrichtungsrechte. Da wollen wir doch mal abwarten,

(Torsten Renz, CDU: So ist es. "Abwarten" ist das Stichwort.)

ob das tatsächlich etwas bewirkt und ob sozusagen der positive Ansatz, der ja dahintersteckt, dann tatsächlich praktische Auswirkungen entfaltet.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Und dann sage ich Ihnen – das ist auch ein Problem –, nur sieben Prozent aller Betriebe hier in Mecklenburg-Vorpommern haben nach Erhebung des IAB überhaupt Betriebsräte, das heißt, für unser Land ist dieser Punkt leider – das ist natürlich auch strukturell bedingt – relativ wenig relevant.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Interessiert ihn aber nicht.)

Ich habe auch schon mal gesagt, eine verbesserte und verstärkte Prüftätigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, auch ein Vorhaben, auf das Sie Bezug genommen haben, ist ja richtig, aber aus unserer Sicht brauchen Sie dann entsprechende personelle Ressourcen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und jetzt gucken Sie sich mal an, wie viele Kontrolleure – ich sage es mal mit meinen Worten – dem Hauptzollamt Stralsund überhaupt zur Verfügung stehen. Das sind für das ganze Land 132 Bedienstete, Tendenz übrigens fallend. Das heißt, da bin ich mal sehr gespannt, ob das, was man als Vorhaben in den Koa-Vertrag auf Bundesebene geschrieben hat, dazu führt, dass die 132 dann auch mehr werden.

(Torsten Renz, CDU: Das sehe ich auch so.)

damit die tatsächlich effektiv kontrollieren können.

(Torsten Renz, CDU: So ist es. Da müssen wir aber abwarten, was der Gesetzentwurf für Aufgaben definiert.)

Das Gleiche gilt für die Arbeitsschutzbehörden hier im Land. Da steht dann im Koa-Vertrag auf Bundesebene, man möchte gern – was wir inhaltlich begrüßen –, dass die Kolleginnen und Kollegen, egal ob inländisch oder ausländisch, besser geschützt werden durch häufigere Kontrollen, durch die Durchsetzung der zu ihren Gunsten geltenden gesetzlichen Regelungen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und jetzt sage ich Ihnen, 53 mit Arbeitsschutzkernaufgaben betraute Leute gibt es im Bereich des LAGuS als zuständiger Behörde. Jetzt lassen Sie sich das mal auf der Zunge zergehen: 80 bis 85 Prozent der Arbeitszeit verbringen diese Kollegen mit administrativen Aufgaben. Da können Sie sich mal überlegen, wie viel Zeit dann noch bleibt, um zugunsten der Werkvertragsarbeiter deren Schutzrechte tatsächlich auch wirksam durchzusetzen.

Dann sagen Sie: Meldepflicht lehnen wir ab, ist zu bürokratisch – damit verzichten wir auf eine solide Datenbasis, auf der wir mal aufsetzen können.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Gleichzeitig werfen Sie mir hier regelmäßig vor, dass ich ja nicht wüsste, über welche Größenordnung von Missbrauch wir tatsächlich reden. Also so viel zu der Frage der Dinge, die auf der Bundesebene geregelt werden müssen. Jetzt komme ich aber mal zurück zum Land.

(Torsten Renz, CDU: Nein, aber das Sozialministerium hat abgewogen und hat gesagt, der bürokratische Aufwand zur Erfassung ist zu groß.) unabhängig von den Dingen, die auf der Bundesebene zu klären sind.

Ein Runder Tisch zur Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen, habe ich gesagt, wäre ein Mittel, die unterschiedlichen Informationen, die Behörden haben, die Wohlfahrtsverbände haben, die Gewerkschaften haben, insbesondere die Einzelgewerkschaften, deren Branchen es betrifft, die Unternehmerverbände, Landkreise und kreisfreie Städte haben, einfach mal zusammenzufügen.

Die zweite Geschichte. Wenn wir mal die Datenbasis beklagen: Wir haben die Hochschule der Bundesagentur hier vor den Toren der Stadt Schwerin. Was spricht eigentlich dagegen, dass die zuständige Ministerin mit den Kollegen redet, man vielleicht einmal eine Projektarbeit beauftragt und sagt: Untersucht doch mal oder versucht rauszukriegen, wie ist denn die Situation gerade in Fragen des missbräuchlichen Einsatzes von Werkverträgen hier im Land?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich sage Ihnen, die Gewerkschaften wissen in der Regel ganz gut, in welchen Branchen ihres fachlichen und regionalen Zuständigkeitsbereiches sich schätzungsweise wie viele Werkvertragsarbeiter aufhalten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der DGB arbeitet zurzeit auch an Papieren, versucht also seinerseits, da zu Zahlen zu kommen.

Zu den Kommunen habe ich vorhin etwas gesagt, zu den Wohlfahrtsverbänden, zur Finanzkontrolle Schwarzarbeit und zu den Abstimmungen auch. Das ist übrigens eine Kernforderung der Gewerkschaften, dass man die Kontrollen verstärken soll. Ich sage Ihnen, das teile ich ausdrücklich, aber dann müssen die natürlich auch die Manpower haben, um am Ende da hinzukommen.

Über die Unterkunftssituation haben wir noch nicht gesprochen, jedenfalls nicht im Detail, da böten sich ja auch Anknüpfungspunkte. Meine Kollegin Simone Oldenburg hat sich in Groß Stieten selbst ein Bild gemacht von der Unterkunft der angesprochenen griechischen Werkvertragsarbeiter. Die hausten, von wohnen kann man in dem Zusammenhang überhaupt nicht reden,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

in verschimmelten Räumen, die hygienischen Zustände waren katastrophal. Sie hatten beispielsweise einen Schlauch mit kaltem Wasser für 30 Arbeiter als Dusche oder als Mittel zur Körperpflege. Nun könnte man ja überlegen: Wo kann man da ansetzen? Bauliche Vorschriften für Unterkünfte von Beschäftigten gibt es aber nur für den Fall, dass die Unterbringung auf dem Betriebsgelände des Arbeitgebers erfolgt. Dann gilt nämlich die Arbeitsstättenverordnung und dazu erlassene technische Regeln.

Jetzt hat man in Niedersachsen, wo die beiden rumänischen Kollegen verbrannt sind, genau das zum Anlass genommen, um auf Landesebene einen entsprechenden Kriterienkatalog zu erarbeiten. Den hat man den Bauaufsichtsbehörden in den Landkreisen an die Hand gegeben und jetzt können die auch tatsächlich etwas tun. Die nutzen nämlich jetzt diese technischen Regeln, um zu

gucken: Stimmt es mit der Belüftung? Stimmt es mit der Beheizbarkeit? Wie sieht es eigentlich aus mit den Mindestflächen pro Person und mit der Sanitär- und Elektroausstattung? Wenn das nicht funktioniert, dann können sie auch entsprechend tätig werden an der Stelle.

Deswegen sage ich, das wäre so ein Thema – das gebe ich auch als Anregung mit, selbst wenn Sie ja angekündigt haben, den Antrag abzulehnen –, sich das mal anzugucken, ob das nicht eine konkrete Möglichkeit wäre, hier in Mecklenburg-Vorpommern auch etwas zu tun.

Und die letzte Geschichte, die ich ansprechen will: Beratungsstellen.

(Marc Reinhardt, CDU: Ist jetzt Schluss? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich hatte hier schon einmal in einem anderen Zusammenhang angeregt, eine Beratungsstelle zu schaffen, und da müssen Sie nicht mal wahnsinnig viel Geld in die Hand nehmen. Da können Sie vielleicht mal mit dem DGB reden, die haben eine Beratungsstelle für entsandte Beschäftigte in Hamburg. Vielleicht kann man eine Zweigstelle an den Standorten aufmachen, beispielsweise in Schwerin und Rostock, wo der DGB sowieso sitzt. Reden Sie mal darüber im Bündnis für Arbeit!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das wäre möglicherweise ein konkreter Beitrag, um hier den Betroffenen zu helfen.

Schlussendlich muss ich zu der Feststellung kommen, es gäbe Handlungsoptionen, auch hier im Land. Ich finde es schade, dass Sie die Chance, dazu in die Diskussion zu treten, heute hier verpasst haben

(Marc Reinhardt, CDU: Wir kommen ja hier gar nicht zu Wort.)

und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3259. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3259 mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unterrichtsausfall endlich transparent machen, Drucksache 6/3240.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Unterrichtsausfall endlich transparent machen – Drucksache 6/3240 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Ulrike Berger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich an meine eigene Schulzeit zurückdenke, kann ich mich durchaus an die eine oder andere fröhlich verbrachte ausgefallene Stunde erinnern.

(Tilo Gundlack, SPD: Aha!)

Es war Zeit für einen spontanen Besuch beim Bäcker, zum Austausch mit Freunden, irgendetwas zu bereden gab es immer und manchmal konnte man die Stunde auch nutzen, um für den Test, der in der Folgestunde anstand, zu lernen.

Doch spätestens, wenn sich der Ausfall in einem Fach häufte oder anstehende Klausuren beziehungsweise in der Oberstufe Prüfungen näher rückten, begann sich doch auch Panik breit zu machen, ob die noch zur Verfügung stehende Unterrichtszeit ausreicht, um das Versäumte nachzuholen und um uns adäquat auf die Prüfung beziehungsweise Klausur vorzubereiten. Und ich gehe davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler, die diese Debatte hier verfolgen, mir in beiden Punkten zustimmen können, sowohl was Freud und auch Leid von Unterrichtsausfall bedeutet.

In den letzten drei Jahren hat der Bildungsminister die landesweite Unterrichtsausfallstatistik zwar immer auf seiner Internetseite abgelegt, ob er darauf aber auch gleichzeitig via Pressemitteilung beziehungsweise sogar einer Pressekonferenz aufmerksam machte, das hing jeweils davon ab, ob sich aus der Unterrichtsausfallstatistik eine Erfolgsmeldung für den Minister ableiten ließ oder, wie im August geschehen, eben auch nicht.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist aber eine Unterstellung, ne?! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dieser Willkür wollen wir mit unserem Antrag ein Ende bereiten,

(Andreas Butzki, SPD: Aha!)

denn man kann von Eltern und Schülerinnen und Schülern nicht erwarten, dass sie in regelmäßigen Abständen die zahlreichen Unterseiten des Webauftritts der Landesregierung auf Neuigkeiten durchforsten. Und unter dem Punkt "Aktuelle Meldungen" auf der Internetseite des Bildungsministeriums, wo man solche Neuigkeiten wie die aktuelle Unterrichtsausfallstatistik vermuten könnte, ist ein Hinweis auf die gerade erschienene Statistik eben nur zu finden, wenn es auch Erfolge zu vermelden gab.

Gleichzeitig gibt es seit Jahren Forderungen der Eltern nach einer schulgenauen Ausfallstatistik und zudem gelangen zahlreiche Petitionen von Eltern den Landtag, die auf den teilweise eklatanten Ausfall an den Schulen ihrer Kinder aufmerksam machen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Das betrifft zum Glück nicht alle Schulen im Land, aber immerhin bei knapp 30 von insgesamt 519 Schulen sind 20 bis 30 Prozent aller Stunden zur Vertretung angefallen. Diese Zahl kann man der vom Ministerium veröffentlichten Statistik im Übrigen nicht entnehmen, da die veröffentlichte Statistik jeweils nur die landesweiten Durchschnittswerte enthält.

Ich möchte klarstellen: Ein landesweiter Durchschnittswert ist eine wichtige Richtschnur. Der durchschnittliche Schulausfall betrug im Schuljahr 2012/2013 an den allgemeinbildenden Schulen rund 2 und an den beruflichen Schulen 4,9 Prozent. Die Statistik zeigt nun jedoch, dass ein Durchschnittswert allein nur sehr wenig über die Situation an den einzelnen Schulen vor Ort aussagt. So sind an zahlreichen Schulen des Landes 6 Prozent und mehr an Unterrichtsstunden völlig ausgefallen. Der höchste Wert lag bei 11,4 Prozent. Das ist jede neunte Stunde. Beachtet werden muss aber auch, was in der Statistik bereits als Unterrichtsvertretung gilt. Teilweise werden ein Viertel und mehr Stunden durch sogenannte Stillarbeit vertreten, in der Statistik gilt das dann nicht als Stundenausfall.

Diese Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, sind teilweise erst durch eine Kleine Anfrage von mir bekannt geworden. Mit dieser Kleinen Anfrage zum Unterrichtsausfall im Schuljahr 2012/13 liegen nun zum ersten Mal überhaupt die Schulausfallquoten für jede staatliche Schule des Landes öffentlich vor. Erhoben werden diese jedoch schon seit Jahren. Bisher war es den Schulleitungen aber nicht erlaubt - und ich nehme an, Herr Butzki wird mir zustimmen können -, dass die Schulleiter diese Ausfallzahlen auch auf Nachfrage mitteilen dürfen. Schüler und Lehrer mussten stattdessen ein schriftliches Auskunftsersuchen beim Bildungsministerium einreichen. Für uns ist jedoch klar, dass Schüler und Eltern ein Recht darauf haben, die Vertretungs- und Ausfallsituation an ihrer Schule zu kennen und diese auch mit anderen Schulen vergleichen zu können, denn nur wenn die konkreten Zahlen für einzelne Schulen vorliegen, können auch die konkreten Probleme vor Ort sachgerecht und lösungsorientiert diskutiert und angegangen werden.

(Tilo Gundlack, SPD: Vor allem von Ihnen.)

Gleichzeitig möchte ich jedoch vor zu schnellen Schuldzuweisungen warnen, denn die Gründe für Schulausfall sind teilweise individuell, vielfältig und müssen genau analysiert werden. Schulausfall wird nie vollständig zu verhindern sein und vor Erkrankung zum Teil mit unabsehbarer Dauer ist niemand gefeit. Aber es gehört auch zur Wahrheit, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die höchste Arbeitsbelastung haben und zudem ausgerechnet an den Förderschulen deutlich weniger Lehrkräfte pro Schülerin und Schüler arbeiten als im Bundesdurchschnitt. Bedenklich finde ich auch, dass der Schulausfall im ersten Halbjahr 2013/14 an den allgemeinbildenden Schulen nicht gesunken ist und an den beruflichen Schulen sogar gestiegen, und das, obwohl die Zahl der Krankheitstage der Lehrer im Vergleich zum ersten Halbjahr abgenommen

Deshalb fordern wir mit dem heutigen Antrag, dass die Landesregierung transparenter und umfassender als bisher über den Unterrichtsausfall und die Vertretungsquoten informiert. Dabei soll der Bildungsminister jährlich jeweils zeitnah zu den erfolgten Datenerhebungen den Landtag unterrichten, also zweimal im Jahr. Die Unterrichtung zum abgelaufenen Schuljahr soll zusätzlich eine schulgenaue Auswertung der Unterrichtsausfall- und Vertretungsstatistik enthalten. Dabei sind für jede einzelne Schule das Stundensoll anzugeben und wie viele Stunden davon zur Vertretung anfielen, wie der Unterrichtsausfall vermieden werden konnte, beispielsweise durch Stillarbeit oder Vertretung, und wie hoch der eigentliche Unterrichtsausfall war und wie viel Ausfall durch elementare Ereignisse, wie beispielsweise Unwetter, ausgelöst wurde.

Ich möchte noch einmal betonen, dies erfordert keinen zusätzlichen Aufwand für die Schulleiterinnen und Schulleiter, weil das Ministerium diese Zahlen ohnehin seit Jahren von den Schulen abfordert. Es geht uns lediglich um einen transparenten Umgang mit diesen Zahlen, um so im Bildungsausschuss letztlich auch eine Diskussion über die Ursachen führen zu können und darüber zu beraten, wie konkrete Abhilfemaßnahmen für konkrete Schulstandorte aussehen können.

Und letztlich ist diese Forderung auch nicht neu. Bereits im September 2003 entschied dieser Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion unter dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Eckhard Rehberg, der ja auch jetzt die CDU-Landtagsfraktion immer noch in wichtigen Fragen berät,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Behauptet er.)

dass der Landtag sogar vierteljährlich über den Stand der Unterrichtsversorgung informiert werden soll. Und so wurde in den beiden vergangenen Wahlperioden die Schulausfallstatistik regelmäßig im Rahmen einer offiziellen Unterrichtung der Landesregierung dem Landtag vorgelegt und bei Bedarf anschließend beraten. An diese Tradition wollen wir angesichts der Bedeutung dieses Themas wieder anknüpfen, denn leider hat sich der Minister entschieden, über Statistiken eben nur dann offensiv zu informieren, wenn diese positiv für ihn ausfallen

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Berger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb. Bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Berger! In den vergangenen Wochen habe ich mich über einige Debatten sehr gewundert.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, ich auch.)

Gut, man könnte sagen, das wäre nicht ungewöhnlich, und das stimmt auch. Dennoch war die letzte Zeit in dieser Hinsicht nicht alltäglich. Ja, das war ein richtig guter Start in das Schuljahr. Niemals zuvor in der Ge-

schichte des Landes wurden bei uns mehr Lehrkräfte eingestellt. Insgesamt haben 565 neueingestellte Lehrkräfte, 10 Vertretungslehrkräfte und 55 Erzieherinnen und Erzieher die Arbeit in den Schulen aufgenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist ja sagenhaft.)

Und niemals zuvor in der Geschichte des Landes wurden bei uns mehr Referendare eingestellt, nämlich 328. Systemischer Lehrermangel – Fehlanzeige. Und dabei möchte ich nicht verschweigen, dass es natürlich an einzelnen Orten noch Passungsprobleme beim Personal oder Personalprobleme gibt, aber eben nicht im systemischen Sinn, und bei einem Unternehmen mit 12.000 Beschäftigten ist dies sicherlich auch nicht überraschend. Ich jedenfalls kann mich, abgesehen vom vorherigen Schuljahr, kaum an ein Jahr erinnern, in dem so wenig zu Beginn des Jahres von einem misslungenen Schuljahresstart die Rede war, in diesem Jahr nämlich genau nullmal.

Vereinzelt habe ich allerdings davon gelesen, dass es Schwierigkeiten beim Schülertransport gegeben haben soll. Die dafür zuständigen Landkreise haben das aber schnell und unkompliziert gelöst. Man kann also mit Fug und Recht behaupten, dass es ein sehr gelungener Start ins Schuljahr 14/15 war.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reden Sie noch zum Antrag oder schon zu einem anderen Thema? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hören Sie mal richtig zu!)

Dafür danke ich an dieser Stelle allen Beteiligten vor Ort und in der Schulverwaltung ausdrücklich. Und ich danke – ich denke, das ist der angemessene Ort – auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett sowie den Abgeordneten der Koalition dafür, dass sie mit ihrem Beschluss, Jahr für Jahr 50 Millionen Euro zusätzlich für unsere Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer bereitzustellen und zum Beispiel Vertretungslehrerprogramme zu finanzieren, sehr geehrte Frau Berger, die größte Investition in Bildung in den letzten 25 Jahren geleistet haben.

(Stefanie Drese, SPD: Genau.)

Persönlich verwundert hat mich allerdings auch, aber ich glaube, da bin ich nicht allein, wie viele Gemeinsamkeiten jüngst zwischen CDU und GRÜNEN festgestellt wurden politisch, im Übrigen allesamt in SPD-Ministerien.

(Marc Reinhardt, CDU: Was?! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Für den interessierten Beobachter mögen da Fragen offen bleiben. Bei der Schulpolitik sollen es zum Beispiel die Privatschulen sein. Das ist der Arbeitsbereich von drei Mitarbeitern von insgesamt über 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulabteilung.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

So sehen rosarote Luftschlösser aus. Kopfnoten, längeres gemeinsames Lernen, Inklusion – wie groß sind da eigentlich die Gemeinsamkeiten zwischen CDU und GRÜNEN? Ich vermute, da gibt es eine Fehlanzeige.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Thema ist aber Unterrichtsausfall. – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Reden Sie zum Antrag? – Heinz Müller, SPD: Wollen Sie die Arbeit der Präsidentin kritisieren, Frau Berger?)

Sehr geehrte Frau Berger, Sie rühmen sich heute wieder mit der erzwungenen Veröffentlichung von Schuleinzeldaten, übrigens nur von öffentlichen Schulen, die mit guten Gründen in den vergangenen 25 Jahren nicht allgemein öffentlich zugänglich waren. Ich betone das, um der Legendenbildung entgegenzutreten, das wäre meine Idee gewesen. Im Gegenteil, weder meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus noch irgendeine Lehrkraft, mit der ich oder diese Beschäftigten seit Mitte Juli sprechen konnten, haben die Veröffentlichung begrüßt. Der Grund leuchtet ohne plumpes Parteiinteresse auch sofort ein. Die von den GRÜNEN im Juni erfragten Daten waren die des Schuljahres 12/13. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung war das Schuljahr 13/14 schon vorbei. Das war also ein bisschen wie in der Rocky Horror Show: "Let's do the Time Warp again". Das Publikum wirft Reis und Klopapier und die Darsteller müssen damit klarkommen.

Was lässt sich für das Schuljahr 13/14 aus diesen Zahlen durch die Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt ableiten? Richtig, nichts. Dessen ungeachtet begann in unterschiedlicher Qualität die lokale Empörung. Abgesehen davon, dass der eine oder die andere die verschiedenen Angaben, wie in einem Fall zumindest geschehen - zur Vertretung angefallen und ausgefallen, weil Vertretung nicht abgesichert werden konnte -, nicht nur nicht auseinanderhalten, sondern sicherheitshalber gleich auch noch addiert haben, kommen durch solche unqualifizierten Zahlenspiele Situationen zustande, die mich bedrücken. Beispiele gefällig, Frau Berger? Lehrkraft schwanger oder in Elternzeit, Stunden zur Vertretung angefallen – ist das planbar und vorausschauend zu vertreten? Ja, natürlich, und das passiert in aller Regel auch. Interessiert Sie das, Frau Berger?

(Heinz Müller, SPD: Nö.)

Mir scheint, nein. Für einen Skandal ist Ihnen die Debatte gut genug. Lehrkraft schwanger und im vorzeitigen Beschäftigungsverbot oder das Kind eines allein erziehenden Vaters wird krank, der Vater bleibt zu Hause – Stunden zur Vertretung angefallen. Planbar und vorausschauend zu vertreten? Nein. Interessiert Sie das? Auch das denke ich nicht.

Noch ein Beispiel, aller guten Dinge sind bekanntlich drei: Mitten im Schuljahr verstirbt eine Lehrkraft, für alle Nahestehenden eine Tragödie, und ich denke, unser aller Mitgefühl gilt vor allen Dingen betroffenen Familien, Schüler/-innen und Kollegen. In der Schule sind die Kollegen neben dem menschlichen Verlust zusätzlich auch noch damit beschäftigt, den Unterricht abzusichern. Ist das planbar und vorausschauend zu vertreten? Nein. Und ehrlicherweise ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 20 bis 30 Prozent zu vertretende Stunden lassen sich nicht durch Todesfälle erklären.)

Frau Berger, vielleicht könnte ein Todesfall in einer kleinen Schule ...

## (Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Berger, vielleicht könnte ein Todesfall in einer kleinen Schule genau der Grund dafür sein, dass die Zahl so hoch gewesen ist.

Und ehrlicherweise sind solche Vertretungen auch nicht von heute auf morgen machbar oder zu erwarten. Und interessiert Sie das? Mein Eindruck ist das nicht.

Man könnte sich im letztgenannten Beispiel übrigens auch die Frage stellen, ob man überhaupt noch sinnvoll von Vertretung reden kann,

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

denn Vertretung setzt voraus, dass derjenige, der vertreten wird, auch irgendwann wieder zurückkommt. Eigentlich müsste man insofern also die Statistik bereinigen und die Todesfälle aus der Statistik entfernen. Und nein, Frau Berger, ich werde es nicht tun, weil Sie dann wieder die Verschwörungstheorie entwickeln werden, dass die Zahlen manipuliert werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es ist auch schwer, Frau Berger es rechtzumachen.)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zu meinen Ausführungen will ich nur eines ergänzen, um auch hier, Frau Berger, der Legendenbildung vorzubeugen.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keines der Beispiele, Frau Berger, ist erfunden, leider. Mein Respekt und mein Dank gilt allen Beteiligten vor Ort, die in jeder einzelnen dieser unterschiedlichen schwierigen Situationen alles dafür tun, den Betrieb der Schule, insbesondere den Unterricht abzusichern und sich dabei auch um Kollegen und die Schülerinnen und Schüler kümmern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie verdienen unser aller Hochachtung, Frau Berger. Was diese vielen Tausend Landesbeschäftigten aber nicht verdient haben, ist, in der Öffentlichkeit durch den Dreck gezogen zu werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Eigentlich könnte ich es dabei bewenden lassen, dennoch will ich es den GRÜNEN nicht ersparen, auf den Antrag auch im Einzelnen einzugehen. Punkt 1, erster Satz – diesen Unsinn haben Sie per Pressemitteilung unbelastet von Sachkenntnis schon einmal verbreitet, dem habe ich umgehend widersprochen. Dass Sie diese Verschwörungstheorie, das hatten wir ja gestern auch schon, hier noch schriftlich wiederholen, könnte man für schäbig halten, tue ich aber nicht, Am 10. Oktober 2012 hat der Abteilungsleiter der Schulabteilung die Schulämter und Schulen darüber informiert, wie mit den Statistiken umzugehen ist. Und Herr Jackl hat die Schulamtsleiter darauf hingewiesen, dass die offizielle statistische Veröffentlichung der Schuleinzeldaten zum Abschluss des Schuljahres und des Halbjahres durch das Bildungsministerium vorgenommen wird, weil diese Daten

im Bildungsministerium nämlich noch überprüft und plausibilisiert werden. Ja, es gibt Schulen, denen unterlaufen bei der Eingabe der Daten Fehler, und meine Kolleginnen und Kollegen schauen sich die Daten noch mal an, um solche Fehler auszugleichen beziehungsweise zu beseitigen, damit die Daten, die wir veröffentlichen, auch stimmen.

Was allerdings in diesem Brief auch steht, ist Folgendes, und ich darf mit Genehmigung der Präsidentin zitieren, Zitat: "Da es in diesem Zusammenhang zu Irritationen kam, möchte ich klarstellen, dass es sich bei den in Rede stehenden Daten um die im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vorliegenden schulbezogenen Daten des abgelaufenen Schuljahres beziehungsweise um die ausgewerteten und plausibilisierten Daten des ersten Schulhalbjahres handelt. Die Weitergabe von Informationen zu aktuellen Vertretungs- und Unterrichtsausfallsituationen im Rahmen der vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit durch die Schulleitung wird dadurch selbstverständlich nicht eingeschränkt. Das bedeutet, dass Erziehungsberechtigte, Schüler und Elternvertreter sowie die Schulen Informationen zu konkreten, die Unterrichtsversorgung betreffenden Tatbeständen in gewohnter Weise erhalten können." So geschehen am 10. Oktober 2012.

Und, Frau Berger, Sie wissen das, und deswegen möchte ich Sie auffordern, die Behauptung zurückzunehmen. Dass Eltern, Schüler oder Lehrer sich nicht darüber erkundigen können, wie die Situation an ihrer Schule ist, ist einfach falsch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Punkt 1. Ausbildungsbetriebe entsenden keine Auszubildenden an Schulen – wer so etwas auch noch aufschreibt, hat offensichtlich die Grundlagen der dualen Ausbildung nicht verstanden. Ein Azubi wird schulpflichtig und ist damit, ich bitte den Ausdruck zu verzeihen, ein ganz normaler Schüler. Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Punkt 2. Was haben der Schulabteilungsleiter, die Landesschulrätin, die Aufsichtsreferate in meinem Haus, die Leiterinnen und Leiter der Staatlichen Schulämter und die Schulräte gemeinsam? Richtig, sie alle sind gehalten, Presseanfragen an den Pressesprecher des Bildungsministeriums weiterzugeben. Sie sind aufgrund von Vorschriften der Landesregierung sogar dazu verpflichtet. Und die Schulleiterinnen und Schulleiter, die ohnehin einen anspruchsvollen Job haben, sollen jetzt auch noch regelmäßig Pressekontakt pflegen und Veröffentlichungen aufbereiten?! Das lehne ich ab!

Ihre Absicht hier liegt doch ganz woanders. Jede Schule soll mit den Daten herauskleckern, damit am besten jeden Tag dazu etwas in der Zeitung steht. Weil Sie keine eigenen Themen haben, Frau Berger, versuchen Sie auf dem Rücken der Schulen künstlich welche aufzubauschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Und das, meine Damen und Herren, lehne ich erst recht ab.

Punkt 3. Ihre Begründung, Frau Berger, zeigt ein etwas schwieriges Verständnis der Parlamentsregeln, auch wenn Sie schon drei Jahre im Landtag sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das reicht bei manchem nicht.)

Ich darf aus dem Kommentar zur Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit Genehmigung der Präsidentin zitieren, Thema Berichtspflicht: "Eine Besonderheit bilden insoweit die Beschlüsse des Landtages, mit dem von der Landesregierung regelmäßige Berichte zu einem Thema gefordert wurden, da diese Beschlüsse für die nächste Wahlperiode in Kraft bleiben." "Für die nächste", und nicht für die übernächste, Frau Berger.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Deswegen stellen wir ja jetzt den Antrag noch mal, zur Auffrischung.)

Damit soll dem bisweilen ausufernden Berichtsersuchen entgegengewirkt werden, da die Vorlagepflicht aufgrund eines ärmer gefassten Beschlusses nicht unbegrenzt gilt.

Frau Berger, niemand ist seit Ihrer Anwesenheit im Landtag verpflichtet, überhaupt etwas zum Unterrichtsausfall zu veröffentlichen. Wir machen das trotzdem.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist aber sehr großzügig.)

wie Sie ja selbst angemerkt haben, im Übrigen sehr viel umfangreicher als die Landtagsberichte der letzten beiden Wahlperioden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Machen Sie sich doch mal die Mühe, genau hinzuschauen! Und wenn Sie die Frage haben, warum ich zu den Daten des ersten Halbjahres 2013/2014 keine Pressemitteilung herausgegeben habe erstmalig und warum es sonst geschehen ist, dann hätten Sie mich fragen können und dann hätten Sie keine Verschwörungstheorie entwickeln müssen, auch wenn Sie darin offenbar besonders begabt sind.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja eine Unterstellung!)

Ich hätte Ihnen folgende Antwort gegeben: Einer Pressemitteilung bedurfte es deshalb nicht mehr, weil die Deutsche Presseagentur diese Unterlagen vor dem Kabinett hatte und darüber einen öffentlichen Pressebericht verfasst hat, der auch abgedruckt wurde in den Zeitungen. Frau Oldenburg hat ihn damals sogar kommentiert und kam in diesem Bericht vor. Ob Frau Oldenburg diesen Bericht auch hatte, weiß ich nicht. Jedenfalls war durch den Bericht der Deutschen Presseagentur die Öffentlichkeit bereits informiert und da muss ich keine Pressemitteilung mehr herausgeben und habe dann, wie es sich gehört, den statistischen Bericht noch auf der Seite des Ministeriums veröffentlicht. So viel zu Ihrer Verschwörungstheorie also. Noch nie waren die Zahlen zum Unterrichtsausfall so transparent wie heute und auch vor Ihrer Kleinen Anfrage war das so.

Punkt 4. In der Logik Ihres Antrages veröffentlichen Schulleitungen Daten, siehe Punkt 2, und das Ministerium dann noch mal, im Ergebnis pro Jahr etwa 1.200 Drucksachen als Datengrab. Was bringt aber eine nachträgliche Statistik für die Gegenwart? Nichts. Aus dieser Tatsache lässt sich überhaupt nichts ableiten. Woraus sich aber etwas ableiten lässt, das sind die 50 Millionen und das sind

die Auswertungen der Statistiken, die uns ohnehin vorliegen, und deswegen möchte ich das der Öffentlichkeit gern noch einmal sagen: Wenn man auf die aktuellen Berichte zum Unterrichtsausfall blickt, dann hatten wir zum Schuljahr 12/13 den niedrigsten originären Unterrichtsausfall seit dem Jahr 1996. Noch mal, Frau Berger: nicht den höchsten, sondern den niedrigsten von 2,0 Prozent. Wie das Schuljahr 13/14 aussieht, kann ich Ihnen nicht sagen. Allerdings wird das seit mehreren Jahren jetzt knapp über 2 Prozent gehalten und ich sage Ihnen, es wird sehr schwer sein, diese Zahl zu unterbieten, aus einem einfachen Grund, auch Lehrer werden krank und man findet nicht immer sofort eine Aushilfe.

Was die Landesregierung aber getan hat mit dem 50-Millionen-Programm, ist Folgendes: Im Haushalt gibt es zunächst 8 Millionen Euro für Vertretungsunterricht, dann hat die Koalition mit dem 50-Millionen-Paket ein Vertretungslehrerprogramm von 73 Stellen obendrauf gepackt, das sind noch mal 5 Millionen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Und dann hat die Koalition aus dem 50-Millionen-Paket noch einmal 1 Million für Vertretungsmittel für die beruflichen Schulen obendrauf gepackt.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Wir haben also schon fast innerhalb von drei Jahren eine Verdopplung der Mittel für Vertretungsunterricht.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

Wenn es nach mir geht, wird es so weitergehen. Wir werden dieses Programm hoffentlich ausbauen können.

Und zum Schuljahr 14/15 startet, dass wissen Sie, ein Lehrergesundheitsprogramm an den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns. Die 40 Schulen, die sich daran beteiligen wollen, sind ausgewählt und ich habe angekündigt, den Ausschuss demnächst darüber zu informieren, wie dieses Lehrergesundheitsprogramm aussehen soll. Und dies, Frau Berger, sind die Schlussfolgerungen, die man aus den allgemeinen Daten ziehen kann. Denn wenn im Schuljahr 12/13 an der Schule Basthorst oder wo auch immer ein Lehrer ausgefallen ist, dann heißt das nicht, dass es das im Schuljahr 13/14 auch tut. Es gibt dort keinen Zusammenhang, also nützen die einzelfallbezogenen Daten nichts. Da muss ich auch nicht analysieren. Das einzige Instrument, was ich habe, wenn ich Unterrichtsausfall vermeiden will, ist, dass ich Vertretungslehrer organisiere und den Schulämtern und Schulen zur Verfügung stelle, und das tut die Koalition.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. Das war eine schöne Lehrstunde für Frau Berger. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sehr geehrte Frau Berger, mein Haus, die Schulabteilung hat zum Ziel, das bestmögliche Schulsystem für das Land mit seinen vielfältigen und manchmal auch schwierigen Bedingungen zu schaffen. Und dabei sind wir schon, nach meiner Auffassung, so weit gekommen, wie es wohl kaum jemand hier und irgendwo im Land vor drei Jahren geglaubt hätte, mich übrigens eingeschlossen. Ich erinnere an meine Vorbemerkung, das ist kein Grund sich auszuruhen, im Gegenteil. Noch nie ist so viel ge-

schafft worden, das wohl ausnahmsweise mal eine Wahlperiode überdauern wird, weil es sich bewährt. Das ist unser Ansporn, das ist mein Anspruch. Ihr Antrag genügt diesem Anspruch nicht. Ich persönlich, Frau Berger, werde weiterhin keine schulbezogenen Daten veröffentlichen und nicht die Schulen unter öffentlichen Legitimationsdruck bringen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

was Sie getan haben, um zum Beispiel eine verstorbene Lehrkraft oder langzeiterkrankte Lehrkräfte, beispielsweise mit Krebs, zu ersetzen und wer da was alles geschultert hat. Ich weiß, dass die Kollegen da auf höchstem Niveau arbeiten und mit höchster Anstrengung, und gerade diese Kollegen haben es nicht verdient, in die Öffentlichkeit gezerrt zu werden. Wenn Sie dies mit Kleinen Anfragen weiterhin tun wollen, dann kann ich das nicht verhindern und dann werden wir Ihre Fragen beantworten, aber ich behaupte, Sie werden dann auch viele Nachfragen von Schulleitungen zu beantworten haben, warum Sie dies tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Genauso ist das.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Reinhardt von der CDU-Fraktion.

**Marc Reinhardt**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank, Frau Berger. Ich weiß nicht, kennen Sie eigentlich die Fernsehsendung "1, 2 oder 3" – "alles ist vorbei."? "Ob ihr wirklich richtig steht, seht ihr, wenn das Licht angeht." Wenn Sie die kennen würden und wir jetzt hier das Licht anmachen würden, würden wir ganz normal sehen, vollkommen richtig würde natürlich aus meiner Sicht die CDU-Fraktion stehen.

(Andreas Butzki, SPD: Hallo! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na logisch! Auf den Gag haben wir gewartet. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich sehe Einverständnis.

Vollkommen falsch würde natürlich die Fraktion der GRÜNEN stehen und ich sage mal so, halb und halb würden die Fraktionen DIE LINKE und SPD stehen.

(Stefanie Drese, SPD: Gönnerhaft!)

Ich will das gern mal mit diesem Antrag beleuchten, warum ich darauf komme. Frau Berger hat es ja vorhin schon mal anklingen lassen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich finde, die Punkte 1, 2 und 4 hat der Minister sehr umfangreich abgeräumt, auch mein Kollege Butzki wird noch einiges dazu sagen.

(Andreas Butzki, SPD: Sicherlich.)

Ich würde mich dann jetzt kurz auf Punkt 3 beziehen und da war es ja tatsächlich so, einen ähnlichen Antrag hat die CDU-Landtagsfraktion im Jahre des Herrn 2003 hier in den Landtag eingebracht. Auch ich war da noch nicht

hier, das ist ja allgemein bekannt, da habe ich noch studiert.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Dort wurde dieser Antrag hier intensiv beraten und dann mit den Stimmen der LINKEN, der SPD und der CDU in die Ausschüsse – ich glaube, es waren der Bildungs- und der Finanzausschuss – überwiesen. Dort wurde er umfangreich beraten

(Peter Ritter, DIE LINKE: CDU-Antrag? So was hat es gegeben?!)

und hat dann am 12.05.2004 wieder das Licht dieses Plenarsaals erreicht und wurde in einem Punkt beschlossen. Und da ging es dann darum, dass dieser Landtag die Landesregierung beauftragt, halbjährlich über den Unterrichtsausfall den Landtag zu unterrichten. Das galt, wir haben das schon gehört, für die vorletzte und für die letzte Legislaturperiode und gilt für diese Legislaturperiode natürlich nicht mehr. Dieser Bericht wurde immer vorgelegt und deshalb sage ich an diesem Punkt, auch wir als CDU-Fraktion hätten nichts dagegen, wenn es diesen Bericht auch weiterhin geben würde. Insofern ist das vielleicht der klitzekleine Dissens, den wir hier heute haben. Aber es ist ja nicht so, dass wir, nur weil der Bericht hier nicht vorliegt, auf die Daten nicht zugreifen können, das gehört dann zur Wahrheit auch noch dazu.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Wir haben es vom Minister gehört, sie sind selbstverständlich im Bildungsmonitor abzurufen und können dort eingesehen werden. Und wir diskutieren jetzt eigentlich nur noch über die Frage, ob wir die Daten, die uns dort vorliegen, zusammentragen, in einen Bericht fassen, zum Kabinett schicken und sagen: Guck du mal drauf und leite den an den Landtag weiter! Das ist eigentlich das allerletzte bisschen, woraus Ihr Antrag hier noch besteht, und ich finde, darüber in großen Streit zu geraten. Iohnt sich irgendwie überhaupt nicht. Und deshalb, glaube ich, hat sowohl der Minister als auch ich habe sehr gut begründet, warum wir Ihren Antrag ablehnen. Wir werden selbstverständlich weiterhin mit unserem Koalitionspartner freundschaftlich im Gespräch bleiben, ob wir dann vielleicht doch irgendwann diesen Bericht noch mal wieder einführen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Zwei gute Freunde.)

Und wenn nicht, denke ich, habe ich Ihnen erklärt, wo Sie ihn trotzdem finden werden, Frau Berger. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Und das Wort hat jetzt Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE. Bitte.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jährlich fallen in Mecklenburg-Vorpommern über eine halbe Million Unterrichtsstunden zur Vertretung an, von denen dann circa 50.000 Stunden gänzlich ausfallen. Das bedeutet bei einer 10-jährigen Schulbesuchszeit, dass ein komplettes Schuljahr lang kein regulärer Unterricht stattfindet.

(Ministerin Heike Polzin: Das sind immer dieselben Sprüche. – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ein Schuljahr lang hat jede Schülerin beziehungsweise jeder Schüler ein Jahr Vertretungsunterricht, zehn Wochen davon fallen komplett aus. Das ist natürlich bedenklich und dieser Zustand muss auch schleunigst überwunden werden, denn die Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf den vollständigen Unterricht und die Lehrkräfte haben ein Recht auf einen geregelten Unterrichtstag und selbstverständlich werden Lehrerinnen und Lehrer auch krank. Somit muss doch eigentlich die Frage lauten: Wie groß muss für die Schulen die Vertretungsreserve sein, um endlich diesen Vertretungs- und Ausfallunterricht noch weiter zu verringern?

Anders gefragt: Welche weiteren Maßnahmen muss die Landesregierung ergreifen, weil ja trotz der 73 Vertretungslehrkräfte auf diesem Gebiet jetzt vom Halbjahr zum letzten Halbjahr keine Verbesserung erfolgt ist. Auch das 10-Punkte-Programm des Bildungsministers gegen Unterrichtsausfall vermochte es nicht, eben diesen zu verringern. Noch mehr reibt man sich die Augen, dass das Ministerium selbst zum Ausfall beigetragen hat, indem die Verbeamtung der Lehrkräfte zum größten Teil während der Unterrichtszeit erfolgte. Erstaunt bin ich über die Maßnahme, Prüfungszeiten zu optimieren aus dem 10-Punkte-Programm, die besagt, dass die Prüfungszeit der Fächer der vierten schriftlichen Prüfung so konzentriert werden soll, dass Unterrichtsausfall und Unterrichtsvertretung vermieden wird. In der Ausfallstatistik erscheint hier im ersten Halbjahr 2013/14 ein Anteil am Ausfallunterricht von sage und schreibe 0,007 Prozentpunkten, obwohl zum einen im ersten Halbjahr keine schriftlichen Prüfungen stattfinden und zum anderen das vierte schriftliche Prüfungsfach bereits im vergangenen Schuljahr abgeschafft worden ist. Das kann nun nicht wirklich eine ernsthafte Maßnahme sein, die wirksam ist. Vielleicht liegt dieser Fehler in der Statistik, aber auch darin, dass einfach derjenige, der die Statistik geführt hat, einen Fehler gemacht hat, und da kommen wir dann später noch mal zu der Veröffentlichung und der Fehler, die in einer Statistik passieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, um also tatsächlich wirksame Maßnahmen zu entwickeln, gehört selbstverständlich auch dazu, die Vertretungs- und Ausfallstatistik transparent zu gestalten und regelmäßig die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Herr Minister ist auf dieses Auskunftsersuchen eingegangen. Es gab mal Schreiben von Schulämtern, dass eben die Schulleitungen keine Auskunft zu erteilen haben. Das ist dann aber zurückgenommen und klargestellt worden im Oktober 2012. Außerdem haben die Schulen ja auch die Möglichkeit des Veröffentlichens durch den Stundenplan. Auch der Vertretungsplan ist veröffentlicht, sodass die Namen der Lehrer nicht zu erkennen sind, und natürlich berichten die Schulleiterinnen und Schulleiter auch immer gegenüber der Schulkonferenz von den einzelnen Ausfalldingen und Vertretungsdingen, das wird regelmäßig passieren.

Aus Sicht meiner Fraktion ist nun keine Unterrichtung erforderlich, sondern eine halbjährliche Veröffentlichung vollkommen ausreichend, denn die Unterrichtung, Herr Reinhardt, bringt meiner Meinung nach keine neuen Erkenntnisse. Da geht es darum, dass bei der Veröffentlichung die Erhebung der Daten des jeweiligen Halbjahres bis hin zur Veröffentlichung durch das Ministerium

jetzt aber bitte nicht mehr sechs Monate und länger dauern kann. Da denke ich, dass es ein viel zu langer Zeitraum ist. Wir bekommen die Statistik des Halbjahres dann zum Endjahr, das sind sechs Monate. Das ist zu lang, auch um Maßnahmen zu entwickeln, die da sinnvoll sind. Ich denke aber auch, dass wir insgesamt über diese gesamte Problematik reden müssen, und deswegen bin ich der Meinung, dass wir das im Ausschuss tun sollten. Jeder von uns wird Ideen haben, die man dann prüfen kann, und so ist es möglich, dass man auch zum Beispiel gemeinsam den Minister zweimal im Jahr im Ausschuss über den Unterrichtsausfall, über die Unterrichtssituation berichten lässt, wenn wir das dann dort thematisieren. Ich bin also erst einmal für die Überweisung Ihres Antrages in den Ausschuss.

Richtig ist, und da stimme ich auch mit den Forderungen der Bündnisgrünen überein, dass zeitnah bei jenen Schulen reagiert werden muss, deren Ausfallquote bedenklich hoch ist. Das wird aber auch nicht eine Unterrichtung regeln, weil das ja auch wieder die Zeit ist, die die Unterrichtung in Anspruch nimmt. Hier muss eben ganz zügig gehandelt werden durch die Schulämter und durch das Bildungsministerium.

Nichtsdestotrotz hat die Statistik, die erhoben wird, Mängel. Wir haben nämlich derzeit die Situation, dass Ausfallstunden unterteilt werden in fachgerecht, nicht fachgerecht und absoluter Ausfall. Und diese Statistik hat einen ganz großen Mangel, man kann nämlich nicht erkennen, durch welches Fach dann vertreten worden ist. Das heißt, wir können nicht ablesen, in welchen Fächern der höchste Ausfall ist. Wenn ich die Statistik so mache, dass man das ablesen kann, dann kann man noch zielgenauer Vertretungslehrer einsetzen. Man kann diese zielgenau suchen. Wenn ich dann eben weiß, dass in Englisch und Chemie der Bedarf am größten ist, dann weiß ich auch, dass ich als Land gucken muss, dass ich Englisch und Chemie bekomme, um passgenau Vertretungsunterricht zu gewährleisten.

Warum die Ausbildungsbetriebe über die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen informiert werden sollen, das hat mir nicht so ganz eingeleuchtet. Wenn sie denn die Fachkräfte liefern, die den Unterricht irgendwo vertreten, dann kann ich das nachvollziehen, aber in Mecklenburg-Vorpommern ist es so geregelt, dass eben die Jugendlichen, wenn sie den Unterrichtsausfall haben, in den Betrieben sind. Die müssen dann in die Betriebe gehen. Sie haben also nicht frei. Dadurch weiß natürlich auch jeder, wie der Ausfall dort an der beruflichen Schule ist.

Wichtig ist, dass die Veröffentlichung der Statistik eben an Maßstäbe gebunden sein muss, um nicht beliebig und willkürlich zu sein. Sie muss vergleichbar und transparent sein, da hat Frau Berger vollkommen recht, und das ist gegenwärtig eben noch nicht der Fall. Aber schon allein aus diesem Grund ist eine selbstständige Bekanntgabe der Ausfalldaten durch jede einzelne Schulleitung nicht der richtige Weg und ist auch keine Lösung zur Verringerung des Problems.

Jeder, der Statistiken führt, ...

(Tilo Gundlack, SPD: Was ich mach und tu, das trau ich auch andern zu.)

Nee, das sag ich jetzt nicht.

... weiß, dass Fehler unterlaufen können, zumal dann, wenn man eben Tausende von Unterrichtsstunden irgendwo in die Listen eintragen kann. Da können ganz einfach Fehler passieren. Das muss auch sehr schnell gehen. Mit dem letzten Schultag muss die Statistik an das Staatliche Schulamt übergeben werden. Und da ist es sicherlich auch hin und wieder so, dass der Zeitdruck da ist, und vielleicht auch nicht die volle Konzentration. Deshalb favorisiere ich die Plausibilisierung der Daten durch die Schulaufsicht, wie es bisher getan wird

Zu einer schulgenauen Veröffentlichung der Daten durch das Ministerium bin ich gespalten. Ich würde sofort Ja dazu sagen, wenn von Anfang an klar ist, dass ein Ranking nicht dadurch erfolgen kann. Es ist aber passiert. Es gibt dadurch ein Ranking. Die Schulleiter können nicht erklären, sie haben nicht die Chance zu erklären, warum sie wieviel Ausfall gehabt haben. Also da müsste man sich vorher einigen, wie mit diesen Daten öffentlich umgegangen wird.

(Torsten Renz, CDU: Das wird nicht, das kann man nur ablehnen.)

Ich habe Sorge, dass dann wirklich die Erklärungen, die Rechtfertigung, das normale Leben, was dazu führt, dass wir Vertretungsunterricht haben und Ausfallunterricht, nicht in dem Maße bei den Menschen ankommen und auch nicht ankommt, dass eben sehr viel dagegen getan worden ist von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Sehr geehrte Damen und Herren, der ehemalige Bildungsminister Henry Tesch hat im Juli 2010 folgende Änderung angekündigt, ich zitiere: "Zum kommenden Schuljahr ...", also vor mehr als vier Jahren, "ist die Einführung eines Schulbudgets für Vertretungsunterricht vorgesehen. Die Schulen werden dann eigenverantwortlich, in Abhängigkeit des Lehrkräftebedarfes, insgesamt 75 % der im Landeshaushalt für Vertretungsunterricht zur Verfügung stehenden Mittel bewirtschaften. ... Ein Faktor zur Reduzierung von Ausfallstunden ist die Verbesserung der Vertretungsplanung." Ende des Zitats.

Das war eine sehr gute Idee. Das ist ein sinnvoller Weg zur Verringerung des Ausfalls. Aber leider ist sie bis heute nicht realisiert worden und setzt natürlich voraus, wenn man sie realisiert, dass die Summe der Vertretungsmittel dann auch für alle Schulen gleichermaßen ausreicht.

Ziel meiner Fraktion ist es, dass das Land einerseits wirksame Maßnahmen ergreift, den Unterricht für alle Kinder und Jugendlichen abzusichern, jede Vertretungsstunde für die Lehrkräfte zu vergüten, und den Einsatz der Vertretungslehrkräfte wesentlich besser koordiniert. Da ist noch Luft nach oben. Und andererseits möchten wir, dass das Land dafür Sorge trägt, dass die Vertretungsreserve so ausgeweitet wird, dass sich ein geringerer Ausfall ergeben kann. Ausfall werden wir immer haben. Da stimme ich Ihnen auch zu, Frau Berger. Wir müssen versuchen, den gemeinsam so gering wie möglich zu halten. Deswegen, denke ich, sollten wir über Ihren Antrag im Ausschuss diskutieren und die eine oder andere Lösung werden wir dann gemeinsam dort finden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Butzki von der SPD-Fraktion.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja schon froh, dass die Präsidentin endlich mal meinen Namen vernünftig aussprechen kann. Ich habe sie eigentlich sonst auch immer vernünftig und ordentlich angesprochen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Uns liegt heute der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Unterrichtsausfall vor.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das hab ich jetzt gar nicht verstanden. Das hab ich gar nicht verstanden. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Gajek weiß schon, was.

Ich bin schon sehr erstaunt, dass wir uns heute gerade in diesem Landtag mit diesem Thema befassen. Warum mein Erstaunen? Ich kann mir gut vorstellen, dass die Bündnisgrünen-Bildungspolitiker aller Bundesländer sich regelmäßig treffen, um sich über wichtige bildungspolitische Themen zu verständigen. Wir sozialdemokratischen Fachpolitiker aus allen Bundesländern tagen jedenfalls im regelmäßigen Turnus und tauschen uns auch über die neuesten Erkenntnisse aus und diskutieren über Verbesserungen im Schulsystem.

Allerdings, wenn meine Vermutung richtig sein sollte, hätte Frau Berger die Studie "Möglichkeiten einer Ermittlung des Unterrichtsausfalls an den Schulen in Nordrhein-Westfalen" kennen müssen. Immerhin ist dieses von der grünen Bildungsministerin Sylvia Löhrmann bei der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben worden.

Für mich waren die Erkenntnisse dieser Studie sehr aussagekräftig. Auch die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" berichtete über das Gutachten wie folgt, und genau zuhören, Frau Berger, ich zitiere von der waz.de vom 21.02. dieses Jahres: "Was die von Sylvia Löhrmann beauftragten Gutachter schwarz auf weiß vorlegten, hat nicht nur Sylvia Löhrmann selbst überrascht, sondern dürfte auch Eltern, Lehrern und Politikern neue Erregung über ein altes Reizthema verursachen: den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen. Erstmals raten Wissenschaftler von einer stichhaltigen Erhebung der Fehlstunden ab, weil sie 'hoch aufwendig und sehr kostenintensiv' sei. Statt Stundenausfall zu messen, sollte das Geld ausgegeben werden, um ihn zu vermeiden." Ende des Zitats.

Entweder die GRÜNEN hier im Landtag haben sich damit nicht beschäftigt oder die Bildungsexpertin ist beratungsresistent, weil wir den Antrag hier vorliegen haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das kann ich gar nicht glauben, Herr Butzki. – Heinz Müller, SPD: Doch, ich glaub das.)

In meinen nächsten Ausführungen möchte ich mich auf dieses Gutachten konzentrieren und die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie aus meiner Sicht auch darstellen.

Für mich war neu, dass es im deutschsprachigen Raum kaum Forschung zum Thema Unterrichtsausfall gibt. Zwar führen verschiedene Bundesländer Erhebungen zum Umfang des Unterrichtsausfalls durch, aber mit den Auswirkungen des Ausfalls auf Schülerleistungen beschäftigte sich lediglich die MARKUS-Studie von 2002 in Rheinland-Pfalz. Und es ist auch sehr spannend, sich mit den Erkenntnissen da mal zu beschäftigen. Im angloamerikanischen Raum gibt es dagegen zahlreiche Studien und Untersuchungen zu diesem Thema.

Da es im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um die Datenerhebung und die Veröffentlichung der Unterrichtsversorgung sowie die Ausfall- und Vertretungsstatistik geht, möchte ich einmal kurz darstellen, wie es in anderen Bundesländern gemacht wird. Auch dies kann man sehr gut aus dem Gutachten herausfinden.

Hochinteressant ist, dass von den Bundesländern Hessen, Niedersachsen und dem Saarland keine Daten vorliegen. Übrigens, in Hessen und Niedersachsen sind GRÜNE an der Regierung beteiligt. Einige ausgewählte Bundesländer will ich einmal kurz vorstellen, ich zitiere aus dem Gutachten: "Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg", auch grüner Ministerpräsident, "stellt keine Daten zum Unterrichtsausfall auf seiner Internetseite bereit."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das gibts doch nicht!)

"Stattdessen liegen Stellungnahmen des Ministeriums zu Anfragen des Landtags für verschiedene Regierungsbezirke vor,"

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja unglaublich!)

"denen Informationen zum Unterrichtsausfall und der Erhebung in Baden-Württemberg zu entnehmen sind."

(Heinz Müller, SPD: Aber die sind doch sonst immer so für Transparenz. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ja, das finde ich auch.

"Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin legt in ihrer Bildungsstatistik weder ihr Verständnis von Unterrichtsausfall noch ihr Erhebungskonzept und die Erhebungsmodalitäten offen."

(Heinz Müller, SPD: Dann haben sie kein Konzept.)

"Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg gibt auf seiner Internetseite Informationen zu der Zusatzerhebung "Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht"." "Die Senatorin für Bildung und Forschung" – in Bremen – "legt ihr Verständnis von Unterrichtsausfall, ihr Erhebungskonzept und die Erhebungsmodalitäten nicht auf ihrer Internetseite offen."

Und jetzt kommen wir zu unserem Bundesland. Wie wird das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern von den Bildungswissenschaftlern in diesem Gutachten gesehen? Genau zuhören, im Gutachten von Frau Löhrmann steht:

"Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur veröffentlicht sehr differenziert die Ergebnisse zum Unterrichtsausfall für jedes Schuljahr." Also ausdrückliches Lob.

Ich habe Ihnen ja ein paar Beispiele von anderen Bundesländern gesagt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Erhebungsmethode je nach Bundesland deutlich unterscheidet und dass es an bundesweit einheitlichen Kriterien zur Erfassung des Ausfalls fehlt. Manche Bundesländer veröffentlichen die Statistiken sehr ausführlich, wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, andere erheben nur Stichproben und veröffentlichen diese Daten. Und wiederum andere Bundesländer thematisieren die Unterrichtsausfälle überhaupt nicht. Deshalb kann man die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer auch nur schwer vergleichen.

Fazit der beiden Gutachter dieser renommierten Bildungsforschungseinrichtung ist, dass man die Ressourcen nicht in die Erfassung, sondern in die Vermeidung von Unterrichtsausfall stecken sollte. Das Land kann so seine Schulen auch noch zusätzlich motivieren, Konzepte zum Thema "Vermeidung von Unterrichtsausfall" weiterzuentwickeln, und eine Zertifizierung, zum Beispiel Gütesiegelung, und individuelle Förderung vornehmen. Schulen, die das entsprechende Zertifikat erwerben wollen, müssen sich mit aussagefähigen Konzepten zur Vermeidung von Unterrichtsausfall bewerben.

Ich persönlich halte das für einen sehr interessanten Vorschlag. Man soll also Schulen mit einem hohen Anteil an Unterrichtsausfall nicht an den digitalen Pranger stellen, sondern Schulen, die gute Konzepte zur Ausfallvermeidung entwickeln, öffentlich positiv darstellen. Die Landesregierung hat sehr entschlossen gehandelt und ein Konzept zur Unterrichtsausfallvermeidung vorgelegt. Erste Maßnahmen wurden bereits im Mai 2012 durch den Bildungsminister Mathias Brodkorb vorgestellt und weitere folgten. Ich will mal einige aufzählen:

 Einstellung zusätzlich unbefristet beschäftigter Lehrkräfte als Vertretungslehrer zunächst an Grundschulen

Dieses Programm wurde an Grundschulen gestärkt und durch das 50-Millionen-Paket auch an weiterführenden Schulen ausgeweitet.

- befristete Beschäftigung von externen Vertretungskräften an Grundschulen, durch das Bildungspaket auch auf die beruflichen Schulen erweitert
- Optimierung der Unterrichtsorganisation durch eine Verbesserung der Planung von Wanderfahrten an den einzelnen Schulen und Konzentration auf bestimmte Tage
- Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Prüfungstätigkeit
- Optimierung der Prüfungsabläufe und Prüfungszeiten
- verbessertes Angebot an Fort- und Weiterbildungen außerhalb der Unterrichtszeit
- Dienstbesprechungen außerhalb der Unterrichtszeit, besonders die Schulleiterberatung und das Lehrergesundheitsprogramm

Wie ich gestern schon sagte, besuchte ich in den Sommerferien fast alle Schulen, freie wie staatliche Schulen, in meinem Wahlkreis und führte dabei interessante Gespräche mit den Schulleiterinnen und Schulleitern. Dabei erfuhr ich, dass unisono alle die eingeführten Maßnahmen – der Minister hat es ja vorhin auch noch mal dargestellt – und damit die Anstrengungen der Landesregierung im Bildungsbereich sehr begrüßten.

Die ausführliche Dokumentation des Unterrichtsausfalls und der Vertretungsstunden in den staatlichen Schulen gehören aber nicht dazu, denn der Abbau von Bürokratie in den Schulen ist ein wichtiges Thema und Ziel der Koalition. Bei der Erhebung der Statistiken stellt sich natürlich die Frage, ob wir wirklich so viele Datensätze benötigen. Wer soll vor allem die Kennziffern auswerten und verwalten?

Ich war am Freitag noch mal bei mir an der Schule und habe mir so einen Erfassungsbogen geben lassen. Was muss da alles dokumentiert werden? Ich muss Ihnen mal dazu sagen, da haben wir wirklich Möglichkeiten, das können wir gern im Ausschuss diskutieren, was wir da überhaupt erheben müssen. Neben der sehr ausführlichen Erfassung der zur Vertretung anfallenden Stunden - das heißt Krankheit der Lehrkräfte, Krankheit der Kinder, Fort- und Weiterbildungen, Kur- und Sanatoriumsaufenthalt, Mutterschutzfrist, Elternzeit, Sonderurlaub, Exkursionen, Wandertage, Klassenfahrten einer Klasse, Prüfung der Berufsreife, sonstige Gründe - wird auch die Vermeidung von Unterrichtsausfall erfasst, die befristete Erhöhung des Vertragsstundenmaßes, befristet eingestellte Lehrkräfte, Mehrarbeit, Überstunden tätiger Lehrkräfte, Kurs- und Klassenzusammenlegungen, zusätzlicher Unterricht von Referendaren und sonstige Maßnahmen davon fachbezogen.

Ich will das jetzt nicht alles weiter ausführen,

(Tilo Gundlack, SPD: Doch, doch!)

hier gibt es auf jeden Fall große Möglichkeiten des Bürokratieabbaus. Wer braucht all diese Werte? Den Eltern und den Schülern ist es völlig egal, warum eine Unterrichtsstunde ausfällt, zumindest die Eltern – bei den Schülerinnen und Schülern bin ich mir da nicht so sicher – wollen eine möglichst gute Vertretung.

Was von der Statistik nicht erfasst wird, ich will Ihnen dazu mal drei Beispiele aus meiner eigenen Praxis darstellen. Wir haben zum Beispiel eine extreme Wetterlage und es gibt hitzefrei. An diesen Tagen kann sich die Schulleiterin oder der Schulleiter immer sehr beliebt oder auch unbeliebt bei seinen Schülern beziehungsweise der Lehrerschaft machen. Einige Schulen machen nach der 4. beziehungsweise 5. Unterrichtsstunde Schluss. Der restliche Unterrichtstag fällt aus. Andere Schulen wählen einen anderen Zeitplan, zum Beispiel 35-Minuten-Stunden und einen verkürzten Pausenplan. Beide Schulen haben zum gleichen Zeitpunkt Schluss. Wie wollen Sie das statistisch erfassen?

Ein anderes Beispiel: Die Schule hat statistisch gesehen einen Unterrichtsausfall von 2,5 Prozent. Das kann aber bedeuten, dass bei zwei parallelen Klassen bei einer Klasse kein Unterricht ausfällt, bei der anderen Klasse kommt es durch kurzfristige Erkrankung oder die Fortund Weiterbildung von Lehrkräften zu Vertretungsunterricht oder Stundenausfall. Das subjektive Empfinden

beider Klassen ist höchst unterschiedlich. Welchen Sinn hat denn so eine Statistik?

Ein weiteres Beispiel, ich habe es selbst durchgeführt: Ein Lehrer unterrichtet parallel in zwei Klassen Mathematik. Beide Klassen arbeiten gut. Ist es nun Ausfall oder Vertretung oder Klassenzusammenlegung? Nichts von allem und trotzdem fehlt ein Lehrer.

Deshalb spreche ich mich gegen eine schulscharfe Veröffentlichung des Unterrichtsausfalls und des Vertretungsunterrichts aus. Das ist ein höchstsensibles Thema, denn viele Daten sind erklärungsbedürftig.

Bei langfristigen Erkrankungen von Lehrkräften gibt es relativ schnell Vertretungslehrkräfte. Schwierig wird es, wenn morgens der Anruf kommt, ich bin krank, und das nicht nur einmal, sondern mehrmals zum Unterrichtsanfang. Es muss schnell um- oder neugeplant werden. Bei Erkältungswellen sind das meist mehrere Kolleginnen und Kollegen. Die Lehrkräfte, die dann noch zur Verfügung stehen, müssen umgehend informiert werden. Man muss jetzt auch die Belastung jedes einzelnen Kollegen und jeder einzelnen Kollegin im Blick haben. Manche Schulen können durch so eine Momentaufnahme schnell einen schlechten Ruf erhalten. Deshalb rege ich an, so hat es zum Beispiel Sachsen gemacht, mit dem Schulleiterverband, den Lehrerverbänden, dem Landeselternrat, dem Landesschülerrat über Möglichkeiten einer Veröffentlichung vielleicht zu diskutieren. Auf jeden Fall müssen die Verantwortlichen vor Ort gehört werden.

Frau Oldenburg hat es ja vorhin auch schon in ihrer Rede gesagt, verantwortungsvolle Schulleitungen werten bereits jetzt regelmäßig in den Lehrerkonferenzen, den Schulelternratssitzungen, den Tagungen der Schulkonferenz die erhobenen Ausfallstatistiken aus und stellen eingeleitete Maßnahmen vor. Es wird dabei bei den Eltern Vertrauen und vor allem auch Verständnis für die eingeleiteten Maßnahmen geweckt. Wenn wir dann noch ein Zertifikat oder ein Gütesiegel für Schulen mit innovativen Vertretungskonzepten vergeben können, wie es die Gutachter in der NRW-Studie vorschlagen, wäre die Akzeptanz bei allen Beteiligten noch größer. Gelungene Modelle sollten veröffentlicht werden und zur Nachahmung animieren. Dies wäre allemal besser als der digitale Pranger, den die GRÜNEN hier vorschlagen oder der ihnen vorschwebt.

Abschließend möchte ich noch einmal feststellen:

Erstens. Seit Antrittsbeginn des Bildungsministers Mathias Brodkorb wird engagiert an den Problemen gearbeitet und die Landeregierung hat entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall bereits eingeleitet. So gibt es in diesem Schuljahr – der Minister sagte die Zahl, ich will sie aber ruhig noch mal wiederholen – 73 Vertretungslehrerinnen und Vertretungslehrer, davon 50 unbefristete und 23 befristete Lehrkräfte.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht so zynisch, Frau Berger, nicht so zynisch!)

Wir sind hier nicht auf einem Parteitag der GRÜNEN. Ich denke, wir sind im Landtag. Und Sie haben ja nachher noch Möglichkeit, darüber zu reden.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber die Wahrheit ist manchmal so, dass sie einem nicht gefällt.)

Zweitens. Auch wenn noch einige Stellen offen sind, wird diese Maßnahme von den Schulen sehr begrüßt. In den meisten Schulen wird sehr engagiert an der Vermeidung von Unterrichtsausfall gearbeitet und nach effektiven Lösungen gesucht. Deshalb noch mal mein ausdrücklicher Dank an die Schulleitungen und an die Kolleginnen und Kollegen.

Die Schulräte, drittens, sind über aktuelle Problemlagen an einzelnen Schulen immer tagesaktuell informiert und bieten im Rahmen der Möglichkeiten schnell Hilfe an. So habe ich es zumindest kennengelernt. Aber wenn die Musiklehrerin oder der Kunstlehrer kurzfristig ausfällt, dann ist nur schwer Ersatz für diesen Fachunterricht zu finden.

Unsere Statistik, viertens, ist sehr ausführlich. Die Veröffentlichung wurde gelobt und der Minister stellt 73 zusätzliche Vertretungslehrer zur Verfügung. Und wie heißt es in einer Bauernweisheit: Vom vielen Wiegen wird die Sau auch nicht fett.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Also weniger Statistik und mehr innovative schulspezifische Lösungen. Auch hier gibt es große Möglichkeiten zum Bürokratieabbau.

(Rainer Albrecht, SPD: Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion muss natürlich aus den genannten Gründen den Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Sehr gut, sehr gut.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die zieht jetzt erst mal ihren Antrag zurück, ne? – Vincent Kokert, CDU: Frau Berger, machen Sie sich nicht unglücklich! – Tilo Gundlack, SPD: Ziehen Sie zurück! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

**Ulrike Berger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Minister war gerade, ich will sagen, emotional etwas erregt. Da ist ihm vielleicht das eine oder andere etwas durcheinandergeraten.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich will die Gelegenheit jetzt nutzen, das wieder geradezurücken. Das eine oder andere scheint er auch vergessen zu haben. (Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Frau Berger, lag das an Ihnen, dass der Minister emotional erregt war? – Zuruf von Andreas Butzki, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Das eine oder andere ist auch in Vergessenheit geraten, sodass wir, bevor wir die Schulausfalldaten für das Schuljahr 2012/13 abfragten,

(Vincent Kokert, CDU: Da kann man sich ja auch nur vergessen.)

eine Kleine Anfrage an das Bildungsministerium richteten zur Weitergabe der Daten für das Schuljahr 2013/14. Das wurde uns damals verwehrt, obwohl kurze Zeit später genau diese Daten nämlich beispielsweise Journalisten erreichten oder auch andere Verbände, Vereine hier im Land.

> (Vincent Kokert, CDU: Ja, wenn Sie die gehabt hätten, hätten die Journalisten die auch sofort in der Hand gehabt.)

Nächste Richtigstellung oder vielleicht auch Aufräumen von Verwirrung, die anscheinend im Bildungsministerium herrscht,

(Minister Harry Glawe: Hier ist keiner verwirrt. Wer sagt denn so was?!)

ich zitiere aus der Kleinen Anfrage, in der wir unter anderem auch fragten nach den Schulausfallzahlen für das Schuljahr 13/14: "Da die Angaben zum Vertretungsunterricht und zum Unterrichtsausfall für den jeweiligen Berichtszeitraum im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bezogen auf die Einzelschule vorliegen" – und jetzt hören Sie zu! –, "erfolgt die Weitergabe dieser Daten an Eltern- und Schülervertreter ausschließlich durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und ist dort zu beantragen."

Herr Brodkorb, ich weiß nicht, welche Briefe Sie an die Schulen versendet haben, ich kann mich nur auf das berufen, was Ihr Ministerium uns schriftlich antwortet auf Kleine Anfragen. Darauf habe ich mich berufen. Wir haben das Verfahren ganz genau abgefragt. Und ich finde es mehr als fraglich, wenn Sie hier Todesfälle beziehungsweise dramatische Erkrankungen von Lehrkräften instrumentalisieren, um Landtagsanträge zu untergraben.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heinz Müller, SPD: Ach Quatsch,
das hat er doch gar nicht gemacht! –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Ganz ruhig! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Es ist doch wirklich bemerkenswert, welche Argumente dafür herhalten müssen, Eltern und Schülern das Recht vorzuenthalten, über die Ausfallquote an ihrer Schule informiert zu werden. Und im Zeichen des Informationsfreiheitsgesetzes ist es jedoch ein Relikt des alten bürgerabgewandten Staatsverständnisses,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Lehrkräften, Eltern und Lernenden diese Daten vorzuenthalten,

(Andreas Butzki, SPD: Das machen sie in Baden-Württemberg und Niedersachsen. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

die das Ministerium ohnehin erhebt. Wir fordern an keiner Stelle, Herr Butzki, dass zusätzliche Daten erhoben werden, sondern dass die Daten, die erhoben werden,

> (Andreas Butzki, SPD: Das hab ich doch vorgelesen, wie das bewertet wird bei uns.)

auch denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die es betrifft.

(Andreas Butzki, SPD: Lesen Sie sich erst mal die Studie durch, dann können Sie weiterreden! Das sind 16 Seiten, das schaffen Sie. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Groß geschrieben? – Andreas Butzki, SPD: Ja, das ist groß geschrieben.)

Nur wenn bekannt ist, wo die Brennpunkte mit weit durchschnittlichen Vertretungs- und Ausfallraten liegen, kann auch politisch über die notwendigen Maßnahmen diskutiert werden.

Es geht uns nicht darum, Schulen in den Dreck zu ziehen. Sie haben es selbst gesagt, einige Schulen, die erfolgreiche Konzepte haben, wie man dem Unterrichtsausfall begegnen kann, können sich positiv herausstellen. Bei den anderen Schulen müssen wir überlegen, weil die vielleicht nicht den Zugang haben zu dem Vertretungslehrerpool oder weil der Vertretungslehrerpool im Land zu gering ausfällt.

(Tilo Gundlack, SPD: Lesen Sie doch erst mal die Studien!)

Diesen Schulen müssen wir helfen, und das können wir nur, wenn wir die Daten kennen, die ohnehin erhoben werden. Nichts anderes fordern wir.

Im Übrigen haben wir vor nicht allzu langer Zeit den Antrag gestellt, das schulinterne Informationssystem deutlich zu überarbeiten, die abgefragten Daten zu entschlacken, und ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie dem Antrag zugestimmt hätten.

(Andreas Butzki, SPD: Nee!)

Im Gegenteil, meine Erinnerung sagt mir, dass Sie den Antrag abgelehnt haben.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, richtig. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

Und wer sich in der Vergangenheit für seine Erfolge lobt und das eigene 10-Punkte-Programm zur Senkung des Schulausfalls als gelungen darstellt, darf sich jetzt nicht vor den Problemen wegducken. Die Schulausfallstatistik für das Schuljahr 13/14 – die Zeit des ersten Halbjah-

res – griff bereits mit dem Vertretungslehrerpool, die Krankheitstage der Lehrkräfte sind gesunken.

Ich kann es nur noch mal wiederholen: Der Unterrichtsausfall ist aber gestiegen beziehungsweise konstant geblieben. Und wenn die Krankheitstage sinken, aber die Ausfallstunden zunehmen, dann besteht für einen Minister Erklärungs- und Handlungsbedarf. Und nichts anderes wollen wir mit diesem Antrag.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andreas Butzki, SPD: So ein Quatsch!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Berger.

Ums Wort gebeten hat noch mal der Bildungsminister Herr Brodkorb. Bitte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr schön, stellt sie noch mal die Uhr. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

**Minister Mathias Brodkorb:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte den nachfolgenden Tagesordnungspunkt jetzt nicht noch ein paar Minuten blockieren,

(Vincent Kokert, CDU: Der ist aber auch schön, der nächste, der jetzt kommt.)

aber, Frau Berger, ich muss. Ich versuche es jetzt noch mal, mehr kann ich nicht.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Bei der Erhebung der Statistiken zum Unterrichtsausfall geben die Schulen zunächst mal Daten in eine Tabelle ein.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

Diese Tabellen werden dann beim Schulamt gesammelt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er muss das langsamer sagen, sonst versteht sie das nicht.)

Dann werden sie an das Ministerium gemeldet und dann werden sie von Statistikern überprüft auf ihre Richtigkeit.

(Andreas Butzki, SPD: Dann gibt es Anrufe an den Schulen.)

Genau, dann wird angerufen in den Schulen. Herr Butzki hat es eben gesagt, ein ehemaliger Schulleiter weiß das. Aber manchmal ist es zum Beispiel so, dass mehr Stunden ausgefallen sind in einer Statistik, als überhaupt zur Vertretung angefallen sind. Das ist rechnerisch unmöglich, denn die ausgefallenen Stunden sind Bestandteil der zur Vertretung angefallenen Stunden. In solchen Fällen rufen meine Kollegen an und sagen, lieber Schulleiter oder lieber Stellvertreter, liebe Sekretärin, gibt es da irgendwo einen Fehler? Können wir das noch mal kurz bereden? Und dann werden die Daten bereinigt. Das wird auch so bleiben.

Und ich habe gesagt das Ministerium wird die Instanz sein, die die am Ende statistisch validen, überprüften, sauberen Daten der Öffentlichkeit übergibt. Schauen Sie mal, wir wissen doch beide, was passieren würde, wenn wir es nicht so machen würden.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Eben haben Sie gesagt, die Schulen dürfen das weitergeben.)

Ich versuche gerade, Ihnen das zu erklären. Ich bin erst beim ersten Teil. Sie sind immer ein bisschen vorschnell.

Ich sage es also noch mal: Die offiziellen, statistisch sauberen Daten erstellt das Ministerium.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Würden wir so nicht verfahren, Frau Berger, um wie viel wollen wir wetten, dass alle Abgeordneten mir hier zustimmen, dass Sie die erste wären, die, wenn falsche Daten veröffentlicht würden, weil sie vorher nicht überprüft wurden, Pressemitteilungen raushaut,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wo drinsteht, das ist ja lächerlich, die Landesregierung kann nicht zählen oder so?

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Berger, von endgültigen statistischen Daten ist die Rede gewesen in der Kleinen Anfrage, in der Antwort zur Kleinen Anfrage über diese Daten. Und diese werden auch erwähnt in dem Schreiben, das ich vorhin zitiert habe. Im zweiten Teil des Schreibens wird aber Folgendes gesagt: Liebe Schulleitungen, unabhängig davon, dass das Ministerium irgendwann in ein paar Monaten die offizielle endgültige, statistisch gesicherte offizielle Zahl veröffentlicht, dürft ihr jederzeit euren Eltern und Schülern und allen, die mit Schule zu tun haben im inneren Verkehr, dürft ihr selbstverständlich über jeden Umstand zum Thema Vertretung und Ausfall unterrichten. Das steht da in dem Brief drin.

Und wenn Sie diesen Unterschied nicht begreifen wollen zwischen der Situation, dass ich als Schüler zur Schulleiterin gehe und sage: Frau Schulleiterin, wie sieht es aus, wo ist gerade Ausfall? Ich mache mir Sorgen. Und die sagt dann: Frau Müller ist krank, wir haben das so und so geregelt. Wenn Sie diese Daten nicht unterscheiden können von den Daten am Ende des Schuljahres, die statistisch geprüft werden und amtlich veröffentlicht werden, es tut mir leid, Frau Berger, dann kann ich nichts mehr tun. Dann bin ich machtlos und bedaure zutiefst, dass wir diese Frage niemals endgültig werden klären können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3240 zur Beratung an den Bildungsausschuss

zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. –

(Egbert Liskow, CDU: Die Mehrheit.)

Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Stimmenthaltungen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3240. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3240 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Entlassung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, die vorliegende Drucksache 6/3251.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Entlassung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 6/3251 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Wat?! Wie kommt
das denn? – Torsten Renz, CDU:
Ganz hoch angesiedelt bei den LINKEN,
ganz hoch angesiedelt, der Antrag. –
Vincent Kokert, CDU: Weil er jetzt der
höchste Repräsentant in der Fraktion ist. –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rücktritt von Ministerinnen und Ministern wird im Landtag von meiner Fraktion nicht jeden Tag gefordert. Wenn wir das tun, dann nicht ohne triftige Gründe

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bin ich aber gespannt.)

und nicht, ohne vorher abzuwägen, ob es nicht andere Mittel gibt

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

wie die Kritik an dieser oder jener Entscheidung des Regierungsmitgliedes oder die Aufforderung, dieses oder jenes zu tun oder eben besser zu lassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bei Minister Brodkorb konnte meine Fraktion auch nach langer und intensiver Diskussion keine Argumente bezie-

hungsweise Gründe erkennen, die es rechtfertigen könnten, von einer Rücktrittsforderung abzusehen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Als Minister eigentlich zuständig für Bildung, Wissenschaft und Kultur erwarben Sie sich schon früh den Ruf eines Ministers für Pleiten, Pech und Pannen.

(Tilo Gundlack, SPD: Woher Sie das wissen?! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr fundiert, sehr fundiert!)

Sehr geehrter Minister Brodkorb, Sie sind zweifelsohne ein kluger, redegewandter Mensch. Als Minister trafen Sie aber viele, unserer Auffassung nach zu viele unkluge Entscheidungen.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist klug?)

Einige waren geradezu töricht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie haben damit der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur in unserem Land geschadet.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ihr Umgang mit der Veröffentlichung des umstrittenen Buches war lediglich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

(Tilo Gundlack, SPD: Ihr Fass! – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Ob es die Schülerbeförderung, die Schülergesundheit, Schulabbrecher oder unzählige offene Schulleiterstellen betraf – Schweigen, Chaos oder Aktionismus im Bildungsministerium, Unfrieden bei allen Beteiligten. Und Kritik dazu kam nicht nur von der Opposition, vielfach auch vom Koalitionspartner, und dies öffentlich.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wo denn?)

Und wenn Sie sich dann doch zu einer Kehrtwende aufmachen, wie etwa beim Thema "Schulen in freier Trägerschaft", dann tun Sie das nicht etwa aus Einsicht oder Überzeugung, Sie tun das erst nach massivem und anhaltendem Druck von außen und auch auf Druck des Koalitionspartners.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu all diesen Sachverhalten hat meine Fraktion wiederholt Kritik geübt, Sie zum Handeln aufgefordert, Herr Bildungsminister, oder Alternativen und Lösungsvorschläge unterbreitet. Sie, Herr Minister, haben aber in der Regel die Kritik meiner Fraktion abgewiegelt, ignoriert, bestritten oder das Problem kleingeredet oder Sie haben Abgeordnete der Opposition bei Lehrerinnen und Lehrern öffentlich angeschwärzt, weil diese angeblich zu viele Kleine Anfragen stellten und damit Schuld an einem hohen Verwaltungsaufwand haben.

(Andreas Butzki, SPD: Fragen Sie mal die Schulleiter!)

Sie werden sich auch. Herr Butzki, an die Berichterstattung in der "Ostsee-Zeitung" erinnern, als an den SPD-Landtagsabgeordneten Brodkorb erinnert worden ist, als er noch eine völlig andere Auffassung hatte. "Niemand habe früher", so heißt es dort, "das Bildungsressort derart mit Anfragen bombardiert wie Brodkorb. So beschwerte sich der damalige SPD-Bildungsexperte Brodkorb am 4. Dezember 2008 vor dem Bildungsausschuss des Landtages bei dem damaligen Bildungsminister Henry Tesch". Und jetzt hier wieder ein Zitat: "Ich finde es unangemessen und nicht hinnehmbar, dass bei der Beantwortung einer Frage der Hinweis gegeben wird, diese sei nicht sachgerecht. Ich habe wenig Verständnis dafür, dass Ministeriumsmitarbeiter beurteilen, was sie für sachgerecht halten." Zitatende. So Brodkorb, als er noch Abgeordneter war.

Und, sehr geehrter Minister, gestern zitierten Sie aus einem Brief einer Schulleiterin an Sie. Davon abgesehen, dass ich es unredlich finde, aus einer an Sie persönlich gerichteten und somit nicht öffentlichen E-Mail zu zitieren, stellt sich für mich die Frage, warum die Schulleiterin ihre wertvolle Arbeitszeit opfert, um sich an Sie zu wenden, obwohl sie eigentlich Frau Oldenburg sprechen will. Und ich finde es schon merkwürdig, Herr Minister, dass Sie offenbar selbst ausgerechnet permanent in der Schule von Frau Oldenburg nachfragen, um sich diese oder jene Hintergründe übermitteln zu lassen. Warum fragen Sie nicht in der Schule von Herrn Butzki

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Macht er doch auch.)

oder in der Schule von Herrn Tesch? Das also, Herr Minister, das alles, Herr Minister, sagt viel über Ihren Charakter.

(Zurufe von der Fraktion der SPD: Oh!)

und das finde ich schäbig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Mutige Behauptung!)

Und, meine Damen und Herren, nun könnte man vielleicht meinen, die Linksfraktion hat überzogen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das könnte man meinen, in der Tat.)

oder sie stehe mit ihrer Einschätzung allein, als Oppositionsführerin müsse sie ja übertreiben. Dem ist nicht so. Ich möchte nur beispielhaft an einige Äußerungen erinnern, die ausnahmslos vom Regierungspartner CDU kommen, und zwar aus öffentlich zugänglichen Quellen. Ich möchte nicht wissen, was in den Vorstandsprotokollen des CDU-Landesvorstandes alles so drinsteht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

sei es vom stellvertretenen Landesvorsitzenden Eckhardt Rehberg, vom Fraktionsvorsitzenden Vincent Kokert oder den Abgeordneten Marc Reinhardt, Egbert Liskow, Torsten Renz oder, oder, oder. (Zuruf von Minister Harry Glawe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sollte ich jemanden von Ihnen vergessen haben,

(Vincent Kokert, CDU: Wir werden Sie erinnern.)

bitte ich um Nachsicht, so viel Redezeit habe ich leider nicht

Herr Minister, hier eine kleine Auswahl von Einschätzungen Ihrer Regierungspolitik vom Koalitionspartner, wenn Sie so wollen, Ihre Kopfnoten: "Das Land könne sich eine überdurchschnittliche Quote bei den Schulabbrechern nicht mehr leisten. Aber leider ... sei das Risiko, ohne Abschluss die Schule zu verlassen, "bei uns mehr als doppelt so hoch wie etwa in Bayern oder Hessen", so Herr Kokert im NDR.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, na!)

Herr Rehberg meint hierzu: "Trotz Problemerkennung und politischer Zuständigkeit verweigert das Land die Weiterführung" des "für Mecklenburg-Vorpommern" so bedeutenden Schulverweigererprogramms "und entzieht sich somit seiner Verantwortung. Es ist beschämend, dass … Herr Brodkorb keinerlei Vorsorge für die Zeit nach der Anschubfinanzierung getroffen" hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Hört, hört!)

"Brodkorb unter Feuer: CDU rebelliert gegen Kahlschlag bei Privatschulen", so kommentiert die "Ostsee-Zeitung". Die CDU warnt vor einem Scheitern der Theaterreform. "SPD-Mann Brodkorb erweist sich als zahnloser Tiger", so Herr Reinhardt im NDR.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört, hört! – Henning Foerster, DIE LINKE: Interessant.)

"Der Letter of Intend war wenig hilfreich." Es müsse alles unterbleiben, was die Beteiligten vor Ort in die Schützengräben zwingt, so Herr Reinhardt in der SVZ.

Zwischen all den Unionsstimmen hier eine aus der unmittelbaren Kulturszene: "Die Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern sorgt für Endzeit-Stimmung bei den Theatern und Orchestern des Landes." Minister Brodkorb spare "mit brachialen Methoden". Von "Kulturkannibalismus" ist die Rede, so die Kritik, geäußert im "Deutschlandradio Kultur". Und weiter im Text: "Die Schulpolitik der Regierung sei von Aktionismus und Lärm, statt von nachhaltiger Aktion geprägt", so Rehberg in der SVZ.

(Andreas Butzki, SPD: Der Bildungsexperte aus Mecklenburg-Vorpommern.)

Zu Bordkorbs Zukunftsplänen einer Zentralisierung von Berufsschulen: "Offenbar ist das Bildungsministerium noch immer nicht ausgelastet: ..."

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dass Sie Herrn Rehberg zitieren, das ist das Allerletzte! – Glocke der Vizepräsidentin) Eigentlich stünden "Themen wie die Umsetzung der Inklusion, die Theaterneustrukturierung und der Ankauf von Landeskunst auf der Tagesordnung. Ich wundere mich, …"

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt kommen wir mal zu Ihrem Rücktrittsgesuch.)

"Ich wundere mich, dass der Minister ständig neue Baustellen aufreißt", so der Bildungsexperte der CDU-Fraktion Herr Renz in der OZ.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich würde mir die Zunge abbeißen, aber ihr seid euch für nichts zu schade.)

Bildungsminister Brodkorb benehme sich wie ein "Un-Bildungsminister", meinte Herr Rehberg im Zusammenhang mit der Kürzung Brodkorbs bei den Fahrbibliotheken.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Noch mal Rehberg! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, Herr Rehberg ist immerhin stellvertretender Landesvorsitzender der CDU.

(Vincent Kokert, CDU: Und Ihr bester Freund, ne? – Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ich kann nichts dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Jetzt will ich mal hören, was die LINKEN denken.)

Die SPD habe "durch ihre geplanten Kürzungen bei den Leibniz-Instituten einen Flurschaden in der Forschungslandschaft ... in Kauf genommen".

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die Kritik von Herrn Rehberg betrifft Ihre Verantwortung, Herr Minister.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und weiter: Zu den Hochschulen attestierte Herr Rehberg dem Bildungsminister schlicht "Realitätsverlust". "Es fehlen 17,8 Millionen Euro" im Landeshaushalt. Ob das so lustig ist, Herr Ministerpräsident, weiß ich nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Hatte jedenfalls Unterhaltungswert.)

"Angesichts der finanziellen Situation der Hochschulen in unserem Land ist dieses Verhalten" des Bildungsministers "ein Skandal und völlig inakzeptabel." Herr Liskow hat das ähnlich gesehen, er wird sich erinnern.

(Vincent Kokert, CDU: Das hat er so ähnlich gesehen, ist aber kein Zitat von ihm.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Hochschulen stößt auch folgendes

Agieren von Herrn Brodkorb nach wie vor bitter auf: Im Finanzausschuss und später auch öffentlich behauptete der Bildungsminister allen Ernstes, dass die Hochschulen des Landes im Bundesvergleich einen Spitzenplatz einnehmen. Diese Behauptung stützte der Bildungsminister mit Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Das war nicht nur meiner Fraktion zu fett, auch dem Bundesamt fiel angesichts eines solchen Agierens die Kinnlade runter. Sie werden sich an die Diskussionen hier im Haus erinnern.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es stellte klar: Die Zahlen stimmten nicht, sie fußten auf einem veralteten Berechnungsverfahren, das das Statistische Bundesamt seit Jahren nicht mehr verwendet. Das war gelinde gesagt peinlich, Herr Minister, erst recht, als Sie dem Statistischen Bundesamt den Fehler in die Schuhe schieben wollten.

Und im Übrigen, die Hochschulen des Landes sehen das genauso: "Er täuscht die Öffentlichkeit und stellt die Hochschulen an den Pranger", so die Universitäten Rostock und Greifswald im NDR.

(Tilo Gundlack, SPD: Ah, wieder mal die Universitäten!)

Meine sehr verehren Damen und Herren, dass der Minister zur eigenen Verantwortung nicht steht und bei Fehlleistungen und Fehlentscheidungen lieber auf andere zeigt, wird auch bei den Vorgängen rund um das umstrittene Buch "Schule kann gelingen!" von der Autorin Enja Riegel deutlich.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt kommen wir zur Sache. – Vincent Kokert, CDU: Sie hat Vorträge vor der LINKEN gehalten und bekam Beifall.)

Ihr Verhalten im Zusammenhang mit der Verteilung dieses Buches brachte das Fass endgültig zum Überlaufen. Meine Fraktion hat Sie mehrfach auf die Geisteshaltung der Autorin und die Hintergründe zu diesem Buch hingewiesen. Uns ist schlichtweg unerklärlich, dass Sie das Buch einer Autorin anpreisen, die als Schulleiterin diversen Berichten zufolge fünf Missbrauchsfälle durch einen Lehrer an ihrer Schule nicht anzeigte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: lst das belegt?)

später diesen Lehrer als Fotografen an einem Buch über ihre Schule mitwirken ließ und sogar auf eine Klassenfahrt mitnahm. Das ist mehrfach dokumentiert, unter anderem in der "Frankfurter Rundschau" oder in der "Frankfurter Allgemeinen". In dem von Ihnen verteilten Buch, Herr Minister, bedankt sich die Autorin ausgerechnet bei dem Schulleiter der Odenwaldschule, der jahrelang Kinder sexuell missbraucht hat. Und das Buch selbst enthält Passagen, die mit wertvollen, gar lobenswerten pädagogischen Ansätzen wenig zu tun haben. Nach unserer Kenntnis wird dieses Buch aus guten Gründen von der Bundeszentrale für politische Bildung seit Jahren nicht mehr vertrieben.

(Vincent Kokert, CDU: Die haben es aber auch lange aufgelegt, Herr Ritter.)

Und was schreiben Sie, Herr Minister, in Ihrem Begleittext? Sie schreiben, ich zitiere: "Ich" – also Mathias Brodkorb – "hoffe außerdem, dass Sie beim Lesen dieses Buches genauso viel Freude haben wie ich und Lust verspüren, einige dieser Ideen von Enja Riegel aufzugreifen." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Ekelhaft, Herr Brodkorb, ekelhaft! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Minister, um es klar zu sagen: Wenn Sie das Buch wirklich gelesen haben, wie Sie mit Unterschrift verkünden, und dabei Lust verspürt haben,

(Udo Pastörs, NPD: Ach!)

die pädagogischen Ansätze dieser Dame zu verbreiten, dann sind Sie als Bildungsminister nicht tragbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Ekelhaft!)

Und wenn Sie es nicht gelesen haben, dies aber mit Ihrer Unterschrift in einem öffentlichen Dokument behaupten, sagen Sie die Unwahrheit

> (Vincent Kokert, CDU: Herr Ritter, eine solche Rede hätte ich von Ihnen nicht erwartet!)

und sind damit ebenso wenig als Bildungsminister geeignet.

(Heinz Müller, SPD: Lieber Herr Ritter, das ist nicht mehr in Ordnung!)

Und wenn es noch einen letzten Zweifel an der Berechtigung unserer Rücktrittsforderung gab, muss man sich nur ansehen, wie der Bildungsminister agierte: Erst wird dieses Buch nebst Leseempfehlung und Huldigung durch den Minister mit viel Tamtam an 12.000 Lehrerinnen und Lehrer geschickt. Als dann bekannt wird, um welches Buch und um welche Autorin es sich hier handelt, also offenbar wurde es nicht gelesen, sollte zunächst ein Nachdruck erfolgen. Der Verlag habe eine alte Fassung geschickt.

(Udo Pastörs, NPD: Hat er schon gelesen. Das ist so sein Lebensgefühl.)

Alles wird dann dargestellt im Lichte neuer Erkenntnisse.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Verhalten, dieses Agieren war wie gesagt der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das Maß ist voll.)

Es gibt eine Kette von Fehlleistungen dieses Ministers und wir sind nicht länger bereit, dieses unkommentiert hinzunehmen. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Tilo Gundlack, SPD: Können ja alle zurücktreten.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Wi-

derspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Dr. Nieszery.

(Vincent Kokert, CDU: Wir müssen die Debatte jetzt mal versachlichen. Das hält man ja kaum aus! – Ministerin Heike Polzin: Jetzt kommt die Zaunlatte. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Dr. Norbert Nieszery**, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, im Gegensatz zu Ihnen hab ich Muskeln, Herr Pastörs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ritter sprach in seinen Eingangsworten von einer Analyse. Analyse geht anders. Das, was Sie hier vorgetragen haben, Herr Ritter, war reinste Polemik, die allein darauf zielt, den Minister öffentlich zu diffamieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Regine Lück, DIE LINKE: Tatsachen, alles Tatsachen!)

Lassen Sie mich deshalb gleich zu Beginn meiner Ausführungen eines ganz unmissverständlich erklären: Die SPD-Landtagsfraktion und die gesamte Große Koalition stehen geschlossen hinter unserem Bildungsminister Mathias Brodkorb

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

und wir weisen die absurden Entlassungsforderungen der LINKEN entschieden zurück.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Absurd ist das aber nicht.)

Diese Entlassungsforderungen, Herr Koplin, die hier fast inquisitorisch vorgetragen worden sind,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ach!)

entbehren jeder, aber auch wirklich jeder politischen Grundlage,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das erklären Sie mal!)

sind einzig allein perfide und bösartig.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Sie haben Redezeit. Gehen Sie doch nach vorne, da können Sie sich aufregen!)

Hier, meine Damen und Herren, wird ein politischer Gegner diffamiert, indem man ihn zunächst in die Nähe von Pädophilen,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist die größte Schweinerei!)

von Kinderschändern rückt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dahin hat er sich selbst gerückt. – Vincent Kokert, CDU: Nein, das waren Sie!)

Gleichzeitig wird vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe der Versuch unternommen, seine politische Arbeit zu demontieren.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Das, meine Damen und Herren, ist in höchstem Maße niederträchtig,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

zumal Sie außerdem noch ohne jeden Skrupel das Schicksal von Missbrauchsopfern für Ihre Zwecke instrumentalisieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist ja wohl das Letzte! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Eigentlich, meine Damen und Herren von den LINKEN, dachte ich, dass Sie solche Art des Umgangs längst überwunden hätten, aber offenbar ist sie manchen doch nicht so fremd, wie ich geglaubt habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir einmal ...

(Udo Pastörs, NPD: Na, Ihnen auch nicht.)

Herr Pastörs!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ist so! Schreien so laut und sind selbst nicht besser!)

Schauen wir einmal den Sachverhalt ganz nüchtern an: Der Bildungsminister hatte sich dazu entschieden, das Buch "Schule kann gelingen! Wie unsere Kinder wirklich fürs Leben lernen"

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

von Frau Riegel an die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land als anregende Lektüre zu verteilen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr anregend. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das Werk ist unter Pädagogen als Fachbuch durchaus anerkannt

(Udo Pastörs, NPD: Jaja. – Regine Lück, DIE LINKE: Das glaube ich jetzt gar nicht.)

und wurde und wird beispielsweise von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung herausgegeben beziehungsweise empfohlen. (Udo Pastörs, NPD: Na, dann muss ja alles in Ordnung sein.)

Noch 2004, meine Damen und Herren, hat die Jugendorganisation der damaligen PDS in Mecklenburg-Vorpommern das Buch von Frau Riegel breit diskutiert und als vorbildlich gepriesen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da wussten Sie aber auch noch nichts davon.)

Man höre und staune, Herr Ritter!

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Inzwischen haben Sie aber sicherlich dafür gesorgt, Herr Ritter, dass die damaligen Organisatoren und Teilnehmer aus Ihrer Partei ausgeschlossen worden sind, oder?

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Wer war denn das? Können Sie mir die Namen mal sagen?)

Gucken Sie mal in die Einladung! Ich habe die.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann zeigen Sie mal her!)

Unabhängig davon sprechen wir demnach also von einer anerkannten Schrift und nicht von Teufelswerk, wie zu Recht geschrieben wurde in mehreren Kommentaren im NDR.

(Regine Lück, DIE LINKE: Von wem?)

Frau Riegel hat als Schulleiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden mit reformpädagogischen Ansätzen viel geleistet und erreicht. Die Schule wurde mehrfach ausgezeichnet.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

Dies alles ignorieren die LINKEN jetzt auf einmal, weil es politisch gerade opportun ist, und werfen Frau Riegel pauschal eine große Nähe zu Gerold Becker vor, dem ehemaligen Leiter der Odenwaldschule und bekennenden Pädophilen. Dazu wird Frau Riegel ein umstrittener Umgang mit einem Sexualstraftäter an ihrer Schule vorgehalten. Schließlich haben die LINKEN in dem Buch auch noch einige angebliche gewaltverherrlichende anstößige Passagen ausfindig gemacht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was heißt "angeblich"?)

Und schon kann das Werk von den selbsternannten linken Hütern unserer abendländischen Moral öffentlich verdammt und in die Schmuddelecke gestellt werden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Na, na, die sind gewaltverherrlichend! – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wären diese miefigen moralischen Maßstäbe der LINKEN tatsächlich gültig, müsste die Hälfte der Weltliteratur verboten werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kann doch nicht wahr sein!)

In einem freiheitlichen Rechtsstaat aber gibt es zum Glück keine Bücherverbote.

(Udo Pastörs, NPD: Von wegen! Wenn das mal stimmen würde!)

Es geht mir hier auch nicht darum, Frau Riegel zu verteidigen. Es ist auch völlig in Ordnung, dass das Buch kritisch diskutiert wird, natürlich. Aber, meine Damen und Herren, das Unanständige am Verhalten der LINKEN ist der prononcierte Dreiklang Becker – Riegel – Brodkorb,

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

den die LINKEN in ihren Mitteilungen immer wieder zum Klingen bringen. Und hier muss man energisch einschreiten. Deshalb sage ich Ihnen klipp und klar: Es gibt keine Nähe des Bildungsministers zu Pädophilen.

(Vincent Kokert, CDU: Schon schlimm genug, dass man das klarstellen muss!)

Es gibt keine wie auch immer gearteten Verfehlungen in dieser Angelegenheit.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Warum hat er dann das Buch zurückgezogen?)

Nachdem festgestellt wurde, dass der Verlag eine falsche Druckdatei zur Verfügung gestellt hatte, wurde umgehend und konsequent gehandelt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schon wieder waren es die anderen, die die Fehler gemacht haben, immer die anderen.)

Das waren die anderen, Herr Ritter, das wissen Sie auch ganz genau. Minister Brodkorb verzichtete auf eine Neu-auslieferung des Buches, um die unleidliche Debatte zu beenden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nach dem öffentlichen Druck. – Peter Ritter, DIE LINKE: Man sieht es richtig leuchten.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wie absurd der Antrag ist, auf einer solchen Grundlage die Entlassung des Ministers zu fordern.

> (Regine Lück, DIE LINKE: Das ist aber nur der Anlass. Die Ursache lag woanders.)

Der Bildungsminister hat in dieser Legislaturperiode vielmehr eine Reihe von Erfolgen zu verbuchen. So stehen unseren Schulen seit diesem Schuljahr jährlich 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Dies bedeutet für den Landeshaushalt eine enorme Belastung, aber eine gute Bildung ist uns jeden Cent wert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ein Programm gegen Unterrichtsausfall wurde aufgelegt. Die Lehrerverbeamtung ist ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes und sie beseitigt Nachteile bei der Gewinnung von neuen Lehrern. Zudem hat der Bildungsminister bereits jetzt die Zahl der

Schulabgänger ohne Berufsreife spürbar gesenkt. Die Etats der Hochschulen werden erhöht

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was?!)

und es wurde verstärkt in den Hochschulbau investiert.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Ankauf der Herzogskunst wurde ein Schlussstrich unter eine zehn Jahre dauernde Auseinandersetzung gezogen.

> (Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Sie nicht haben wollten. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mich persönlich, meine Damen und Herren, freut ganz besonders, dass bald wieder ein Lehrstuhl für Ur- und Frühgeschichte im Land eingerichtet wird. Dies zeigt, dass sich der Bildungsminister auch um eher kleine und nicht alltägliche Probleme gewissenhaft kümmert.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Forderung von der Opposition.)

Mit der Novellierung des Schulgesetzes, die wir gestern beraten haben, will ich die Aufzählung der Beispiele für erfolgreiches Regierungshandeln des Ministers beenden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war doch Ihr Gesetzentwurf und nicht der vom Minister.)

Diese Leistungen, meine Damen und Herren, sind doch wahrlich keine Anzeichen einer Überforderung und erst recht keine Gründe für eine Entlassung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Regine Lück, DIE LINKE: Und die Theaterfrage?)

All das macht doch vielmehr deutlich, dass wir einen sehr erfolgreichen, zielstrebigen und engagierten Bildungsminister haben.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Ich habe jedenfalls keinen Minister der LINKEN erlebt, der auch nur annähernd so ambitioniert und erfolgreich zu Werke gegangen ist.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den LIN-KEN, ich rate Ihnen dringend, verbal abzurüsten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wichtige neue Erkenntnisse.)

So sollten wir nicht miteinander umgehen. Bei diesem Thema sind ganz bewusst von Ihnen, Herr Ritter, und von Ihrer Fraktion Grenzen überschritten worden.

(Andreas Butzki, SPD: Mehr als einmal! – Regine Lück, DIE LINKE: Ist das eine Warnung?)

Glauben Sie mir, daran wird man sich bei künftigen strategischen Erwägungen sicher erinnern!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Gut, dass Sie
es noch einmal erwähnt haben. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Auch die Öffentlichkeit haben Sie bei Ihren abstrusen Attacken nicht an Ihrer Seite.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Jaja.)

Die Kommentare auf der Internetseite des NDR zu diesem Thema sprechen für sich. Einen, meine Damen und Herren, will ich Ihnen nicht vorenthalten,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Dann sagen Sie mal den Autor, den Autor!)

zeigt er doch schön ironisch zugespitzt, wes Geistes Kind die LINKEN sind. Der Autor war Peter Ritter, weil das waren die einzigen positiven Kommentare, und ein anderer, Frau Borchardt, kam von der "Roten Zwiebel". Ich weiß nicht, wer das ist, keine Ahnung. Das waren aber die einzig positiven Kommentare.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich darf jetzt zitieren, Frau Präsidentin?

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Rote Zwiebel" könnte auch SPD sein. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Kommentar lautet wie folgt: "Ach, waren das noch schöne Zeiten, als von oben verordnet wurde, was zu lesen und was zu verachten war. Man brauchte keine eigene, keine kritische Meinung. Die Partei hat es geregelt. Und jetzt erntet sie Spott und Häme für ihre Bemühungen."

(Vincent Kokert: CDU: Also da habe ich gar keine Idee, wer das da reinschreibt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss bleibt mir nur Folgendes zu sagen: Herr Ritter, zeigen Sie einmal Anstand und entschuldigen Sie sich öffentlich

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

bei Herrn Minister Brodkorb für Ihre unsäglichen Entgleisungen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Mehr als nötig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Entschuldigung müsste mal von da oben kommen.)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich lehnen wir Ihren Antrag ab

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

und verschwenden keinen Gedanken

(Regine Lück, DIE LINKE: Das überrascht uns jetzt aber.)

an eine Entlassung unseres Bildungsministers Mathias Brodkorb. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

**Ulrike Berger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Nieszery, lieber wäre mir ja etwas weniger Engagement des Bildungspolitikers bei den Kürzungen der Schulen in freier Trägerschaft, etwas weniger Engagement bei der Zusammenstreichung der Theater, etwas weniger Engagement bei der Blockadehaltung gegenüber den Hochschulen und etwas weniger Engagement des Bildungspolitikers, wenn es um die Diffamierung von Oppositionspolitikerinnen und -politikern geht.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer diffamiert
denn hier Oppositionspolitiker? Sie
schaufeln sich hier ständig Ihr eigenes Grab. –
Heinz Müller, SPD: Nun mal wieder Ruhe! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie merken, wir Bündnisgrüne wollen eine andere Bildungs- und Kulturpolitik für unser Land. Es ist ein Desaster, dass noch immer mehr als zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen regulären Schulabschluss verlassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das bestreitet auch niemand.)

Das ist nach wie vor trauriger Spitzenwert in Deutschland.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es wird besser, weil wir einen guten Bildungsminister haben.)

Es ist dramatisch, dass wir deutschlandweit die meisten Ausbildungsabbrecher haben,

(Andreas Butzki, SPD: Gucken Sie sich mal die Tendenz an!)

dass in keinem anderen Bundesland so viele Berufsschülerinnen und Berufsschüler durch die Abschlussprüfung fallen wie in Mecklenburg-Vorpommern.

(Egbert Liskow, CDU: Zum Thema!)

Es ist beschämend, dass wir auch bei den Hochschulen inzwischen zu den Bundesländern mit den höchsten Abbrecherquoten zählen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dass die Hochschulen um jeden Cent streiten müssen, obwohl sie seit Jahren Stellen abbauen, Kurse und Tutorien streichen und die prekäre Beschäftigung immer weiter ausbauen müssen. Es ist nicht gut für unser Land, wenn die Landesregierung in ihrer Mittelfristigen Finanzplanung eine jährliche Reduzierung der kulturellen Projektförderung vorsieht,

(Tilo Gundlack, SPD: Reden Sie doch mal zum Thema! Egbert Liskow, CDU: Thema!)

wenn immer mehr kleine und mittlere Museen und andere Kulturvereine Probleme bekommen und nach und nach aufgeben müssen. Über die existenzbedrohende Lage, in die der Bildungsminister sehenden Auges die Schulen in freier Trägerschaft geführt hat, haben wir gestern ausführlich debattiert.

(Egbert Liskow, CDU: Erzählen Sie was zur Raumfahrt! – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und es ist selbstverständlich ein kulturpolitisches Totalversagen, wenn Landesregierung um Landesregierung die Theater über 25 Jahre finanziell ausbluten lassen, um sie nun durch andere Zuschusskürzungen zu erneuten massiven Stellenstreichungen zu zwingen,

(Vincent Kokert, CDU: Das steht alles gar nicht im Antrag. Es ging um ein ganz anderes Thema. Vielleicht kommen Sie mal dazu, Frau Berger!)

und das auf Grundlage von Gutachten, für die das Land mehr als 200.000 Euro gezahlt hat und die vor Rechenfehlern und Fehleinnahmen nur so strotzen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Kokert, Sie hören das nicht gern.)

Auf dieser Basis wird im Augenblick eine Kulturlandschaft unnötig kaputtgemacht und vor allem kaputtgeredet.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Es gab in den letzten Jahren genug Beispiele, um zu wissen: Was einmal zusammengestrichen ist, was einmal geschlossen ist, ist unwiederbringlich verloren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vielleicht war es ja auch nicht so gut.)

Und last, but not least die Berufung des Arztes Jürgen Rogge in den Niederdeutschbeirat. Rogge war Mitte der 70er-Jahre bis zum Ende der DDR Leiter der psychiatrischen Abteilung im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen Sie mal Herrn Koplin erzählen. – Vincent Kokert, CDU: Das wird die LINKEN jetzt riesig freuen.)

und zugleich inoffizieller Mitarbeiter der Stasi, bespitzelte Kollegen und in seinen Akten findet man auch Informationen zu Patienten.

> (Vincent Kokert, CDU: Das haben die LINKEN in ihrem Antrag nur vergessen, das auch reinzuschreiben. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und nun ist es nicht so, dass die Vergangenheit Rogges bislang unbekannt war, vielmehr gab es eine Debatte um seine Person schon mehrfach in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Vergabe des Gillhoff-Preises.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Als Berater für eine Landesregierung taugt ein inoffizieller Mitarbeiter der Stasi, der sich nicht von seiner Vergangenheit distanziert hat, auf gar keinen Fall.

Meine Damen und Herren, eine gute und verlässliche Bildungs-, Hochschul- und Kulturpolitik sieht wahrlich anders aus. Für uns GRÜNE hat der Bildungsminister in den vergangenen drei Jahren leider deutlich mehr Probleme gebracht, als er gelöst hat.

Und es ist auch eine Frage – der Kollege Ritter hat es angesprochen –, es ist auch eine Frage des Stils. Der Bildungsminister bemächtigt sich höchsteigenartiger Methoden, im Übrigen im Unterschied zu allen anderen Ministern, Beispiel aus der gestrigen Landtagssitzung: Da berichtete er über einen Anruf beim ehemaligen Arbeitsplatz einer Oppositionspolitikerin und zwang aufgrund des Arbeitsverhältnisses ehemalige Kolleginnen dazu, Informationen zu übermitteln, um die Politikerin hier in der Landtagsdebatte öffentlich bloßzustellen,

(Tilo Gundlack, SPD: Haben Sie dafür Beweise? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie da erzählen!)

und das, statt sachliche Argumente zu benutzen. Das ist allerunterste Schublade und eines Ministers unwürdig.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU: Den Antrag haben sie doch schon vorher gestellt. – Torsten Koplin, DIE LINKE: Posteingang 16.51 Uhr!)

Und trotzdem, meine Damen und Herren, werden wir uns dem Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht anschließen. Warum?

(Heinz Müller, SPD: Jetzt bin ich aber gespannt.)

Rücktritts- und Entlassungsforderungen sind ein legitimes und vor allen Dingen auch ein wichtiges Mittel der Opposition. Dieses Mittel ist deshalb so wichtig, weil es durchaus zu dem geforderten Ergebnis, zumeist zu einem Rücktritt führen kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das könnte man bei Ausschussvorsitzenden auch einführen. – Heinz Müller, SPD: Oh ja!) Dazu kommt es aber nur, wenn ein Fehler eines Regierungsmitglieds so gravierend ist, dass diese Person damit auch für sehr große Teile der Bevölkerung nicht mehr tragbar erscheint. Darum sollte dieses scharfe Schwert der Opposition auch nur bei politischen Fehlern mit schweren negativen Folgen oder bei erheblichem persönlichem Fehlverhalten eingesetzt werden, denn wer zu oft und zu schnell Rücktrittsforderungen und Entlassungsforderungen erhebt, macht dieses Schwert stumpf

(Vincent Kokert, CDU: Ach, Sie kommen in der nächsten Landtagssitzung mit einer neuen, hört sich so an.)

und verliert womöglich den gesellschaftlichen Rückhalt in dem Moment, wenn der politische Druck so groß ist, dass der Rücktritt tatsächlich notwendig ist.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorgänge um das Buch "Schule kann gelingen" stellen zweifellos einen politischen Fehler dar. Selbstverständlich muss man von einem Ministerium erwarten, dass ein Buch vor seiner Drucklegung und seiner Weitergabe an alle Lehrerinnen und Lehrer des Landes noch einmal geprüft wird. Und das war aus unserer Sicht falsch, die Verantwortung hier allein dem Verlag zuzuschieben. Wäre das Buch vorher genauer überprüft worden,

(Udo Pastörs, NPD: Er hat es nicht gelesen, hat er behauptet.)

wäre den Verantwortlichen im Ministerium schließlich auch rechtzeitig aufgefallen, dass es in dieser Form nach den schlimmen Skandalen an der Odenwaldschule

(Udo Pastörs, NPD: Verbrechen, nicht Skandalen!)

für eine Ministeriumspublikation nicht taugt. Und selbstverständlich hat dafür am Ende der Bildungsminister die Verantwortung zu tragen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

insbesondere wenn er dazu im Vorfeld ein lobendes Begleitwort geschrieben oder unterschrieben hat.

Nun kommt aber das entscheidende Aber. Das Bildungsministerium hat in diesem Fall seinen Fehler erkannt und das Buch schließlich zurückgezogen. Dass das Ministerium für beides zunächst keine Begründung lieferte, war einmal mehr Ausdruck eines schlechten Fehlermanagements und auch hier wieder Beispiel mangelnder Transparenz. Entscheidend ist aber dennoch: Der Fehler wurde erkannt und behoben, bevor größerer Schaden angerichtet wurde.

Und weil das so ist, hat die Forderung der LINKEN auch in der Vergangenheit keinen Widerhall gefunden. Ich habe auch den Eindruck, dass die Fraktion DIE LINKE sehr schnell selbst das Gefühl hatte, dass dieser Anlass und eine achtzeilige Antragsbegründung für eine Entlassungsforderung doch etwas dünn sind,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das Gefühl hatte ich auch.)

denn in der Pressemitteilung wurde das schnell so gedreht - und wir haben es jetzt auch gehört in der Einbringung des Kollegen Ritter -, dass dieser Fehler nicht der Hauptgrund ist, sondern der Fehler ist, der aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Und in der Tat sind die Kolleginnen und Kollegen der LINKEN ja immer sehr sensibel, wenn es darum geht, einzelne Fehler des Ministeriums anzuprangern, zum Beispiel, wenn sich in Prüfungsaufgaben des Bildungsministeriums Fehler eingeschlichen haben und diese dann zu Irritationen bei Schülerinnen und Schülern führen. Die Kritik ist natürlich berechtigt, obwohl wir auch wissen, wo Menschen arbeiten, werden Fehler gemacht. Die Gefahr jedoch ist sehr groß, dass über diese Kritik der Blick für die tatsächlichen Fehlentwicklungen und Mängel in der Bildungspolitik verlorengeht.

Ich will ganz offen sein: Auch wir als Bündnisgrüne haben in den vergangenen Jahren – und ich kann Ihnen sagen, nicht nur einmal – über Rücktrittsforderungen nachgedacht.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Mehr als einmal waren wir zum Beispiel der Ansicht, dass der Bildungsminister uns und die Öffentlichkeit – freundlich gesagt – nur einseitig informiert hat. Manche reden von Täuschung. Ich denke dabei an die Hochschulfinanzierung, an die Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft und natürlich auch an die Kulturförderung. Doch nach unserer Einschätzung wurde bislang nicht die Stufe erreicht, dass auch die Bürgerinnen und Bürger jenseits des politischen Betriebes dieses Vorgehen so klar missbilligen, dass die Rücktrittsforderung die logische Konsequenz sein muss. Ich sage aber auch ausdrücklich, dass wir nicht ausschließen werden, dass es in Zukunft aus unserer Sicht zu einer solchen Forderung kommen kann und auch kommen muss.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, was denn nun?)

Nun kann man natürlich fragen: Genügt denn nicht bereits die Negativbilanz, die ich bisher aufgezählt habe, um den Rücktritt zu fordern?

(Marc Reinhardt, CDU: Dann müssten Sie ja auch zurücktreten, Frau Berger.)

Denn selbstverständlich trägt der Minister die Verantwortung für die Probleme.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und sein ihm eigener Stil, viele Akteure, wie zum Beispiel die Hochschulrektoren, durch Vorhaltungen und Vorwürfe vor den Kopf zu stoßen, erschwert die Problemlösung in vielen Fällen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Entscheidend ist jedoch: Die vielen Endlosbaustellen in der Bildungs- und Kulturpolitik sind das Ergebnis der Regierungspolitik der gesamten Großen Koalition. Teilweise stand es ja auch schon im Vorfeld in den Wahlprogrammen von SPD und CDU.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es steht auch im Koalitionsvertrag, dass die Theater nicht stärker unterstützt werden sollen und es darum wohl zu Schließungen kommen wird. Es ist der Haushaltsbeschluss dieser Koalition, der die Unterfinanzierung der Hochschulen weiter zementiert. Und dass sich die CDU bei den Finanzhilfen für die freien Schulen nun auch noch über den Tisch ziehen lässt und so die sozialen Hürden für die freie Schulwahl weiter erhöht, ist eben auch Ausdruck

(Vincent Kokert, CDU: Also, mit welchem Bein sind Sie heute Morgen schon wieder aufgestanden? Jetzt erzählen Sie den gleichen Quatsch von gestern.)

der rot-schwarzen Regierungspolitik unter Führung des Ministerpräsidenten.

(Zuruf aus dem Plenum: Sagen Sie mal, rauchen Sie immer vor der Landtagssitzung? – Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Eine Entlassungsforderung würde aus unserer Sicht den Eindruck erwecken, man müsste für eine andere Bildungs- und Kulturpolitik ausschließlich den Minister auswechseln und schon wäre alles gut. Doch das ist nicht der Fall und darum werden wir der Koalition diesen Gefallen auch nicht tun. Für eine wirkliche Veränderung der Situation ist eine andere Landesregierung erforderlich.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Koplin, DIE LINKE: Sowieso. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und unsere Aufgabe als Opposition ist es, dafür Alternativen anzubieten und hier im Landtag dafür zu streiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mit der CDU zusammen. Das wär doch mal was! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt wirklich um Ruhe!

(Minister Harry Glawe: Träumen darf man mal.)

Ich weiß nicht, wer das gesagt hat, wir haben uns mal darauf ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Herr Ringguth!

Es ging eben um Drogenmissbrauch und andere Dinge. Ich bitte Sie, hier im Plenum Ruhe zu halten.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach, das ist doch bei den GRÜNEN überhaupt nicht schlimm. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD) Nein, Herr Nieszery, Sie haben das nicht gesagt. Sie haben es nicht gesagt. Es ist hier eben in der hitzigen Debatte gefallen.

Ich bitte einfach noch mal um Ruhe und bitte den nächsten

(allgemeine Unruhe)

Ich kann auch unterbrechen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich bitte bei der Emotionalität jetzt um Sachlichkeit.

Das Wort hat Herr Renz,

(Torsten Renz, CDU: Oha! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach, wegen der Sachlichkeit?! Aha! – Zuruf von Stefanie Drese, SPD)

und das Podium steht Ihnen zur Verfügung, Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich bitte, jetzt mit Ernsthaftigkeit zu diskutieren.

Herr Renz, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf aus dem Plenum: Das war sehr sachlich.)

Liebe Frau Berger, wenn Sie sagen, es muss zum Regierungswechsel kommen, dann möchte ich Sie in diesem Zusammenhang schon mal daran erinnern, dass man vorher entsprechende Wahlergebnisse einfahren muss,

(Heinz Müller, SPD: Da macht der Herr Saalfeld die richtige Weichenstellung.)

die einen überhaupt in die Situation bringen, möglicherweise in Regierungsverantwortung zu kommen.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Im Moment sieht das nicht ganz so aus, als wenn wir über dieses Thema intensiver diskutieren sollten.

Die bisherige Debatte hat gezeigt, insofern teile ich auch die Auffassung von Frau Berger, dass es eigentlich nicht darum geht, was die Fraktion DIE LINKE hier als Antragsbegründung niedergeschrieben hat – mit diesem Vorwurf hat sich Herr Nieszery ja auch ausreichend auseinandergesetzt –, sondern am Ende geht es Ihnen um eine generalpolitische Debatte zum Thema der Bildungspolitik, wo Sie sich hier hinstellen und dem Land suggerieren wollen, dass in diesem Bereich auf Deutsch gesagt alles in Schutt und Asche liegt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und erst in zweiter Linie geht es vielleicht um den Bildungsminister. Ich kann jetzt auch noch nicht abschließend einschätzen, wer überhaupt Urheber ist, ob Sie jetzt sozusagen hier nach vorne geschoben werden, Herr Ritter,

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

ob möglicherweise der Fraktionsvorsitzende eigentlich federführend ist

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Spekulieren Sie mal nicht! Spekulieren Sie mal nicht! Reden Sie mal zur Sache! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich lasse mich von niemandem schicken. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

oder die bildungspolitische Sprecherin nach den Auseinandersetzungen in der letzten Zeit mit dem Bildungsminister. Das kann ich, wie gesagt, nicht abschließend beurteilen. Aber ich möchte Sie doch bitten, wenn Sie hier Dinge in den Raum stellen, wie zum Beispiel die Begleitung von Herrn Becker bei den Klassenfahrten: Dazu gibt es ausreichende Informationen, dass er zum Beispiel gar nicht unmittelbar in dem Zusammenhang mit den Kindern dort nächtigte, sondern dass das alles anders organisiert war

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ach, das war alles ganz anders?!)

und dass die entsprechende Dame das auch als Fehler dargestellt hat. Dies also einfach so mal hier hineinzuwerfen – und dann ist er weiterhin auf Klassenfahrten gewesen mit den Kindern –, das trägt eben zu dem bei, was hier durch den Kollegen Nieszery schon entsprechend herausgearbeitet wurde.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Frage, die sich doch stellt, ist: Wann ist überhaupt die Entlassung eines Ministers notwendig oder meinetwegen auch gerechtfertigt? Da gibt es sicherlich unterschiedliche Gründe und Ansatzpunkte, zum Beispiel die fachliche Untätigkeit oder Unfähigkeit. Ich denke, dass trifft in diesem Fall auf keinen Fall zu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wissen Sie hoffentlich?!)

Es gibt weitere Gründe wie Korruption,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das scheint ja jetzt angezweifelt zu werden auf Ihre Äußerung hin, Herr Renz. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

auch das trifft nicht zu. Aber es gibt eben auch Gründe wie Filz- und Vetternwirtschaft und dieses Thema "Filz- und Vetternwirtschaft" – auch da gab es schon mal entsprechende Anträge aus diesem Hohen Haus heraus zum Thema Entlassung –, auch das trifft in diesem Fall nicht zu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was damals nicht zugetroffen hat, Sie werden sich daran erinnern.)

sondern hier soll es aus Ihrer Sicht – so haben Sie es dargestellt – um ein Buch gehen, um ein Buch, das tatsächlich auch schwer zu besorgen ist in der heutigen Zeit, nachdem die Rückrufaktion gelaufen ist.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Aber glückerweise, so will ich das mal formulieren, ist es mir dann doch gelungen, so ein Exemplar mit der entsprechenden Danksagung noch zu erhalten – zufällig nicht weit von hier, in der Stadtbibliothek Schwerin. Insofern müsste man ja fast die Frage in den Raum stellen,

(Andreas Butzki, SPD: Frau Gramkow.)

ist auch die Oberbürgermeisterin verantwortlich, dieses Buch,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Genau, genau. Sehr gut.)

dieses Buch ...

(allgemeine Unruhe –
Andreas Butzki, SPD: Die
ist verantwortlich dafür, na klar. –
Vincent Kokert, CDU: Definitiv das Gleiche. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na endlich
wird es wieder sachlich! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ist es vielleicht notwendig, da mal nachzufragen, warum es dieses Buch mit dieser Danksagung nach der Faktenlage noch in dieser Bibliothek gibt?

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sofort Parteiausschlussverfahren. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Oder warum hat die Bundeszentrale für politische Bildung, nachdem – und das muss ich an dieser Stelle auch noch mal deutlich sagen – die Erkenntnisse, die ja im Prinzip seit 98/99 vorlagen, warum hat die Bundeszentrale für politische Bildung dieses Buch in 2004 zum Beispiel mit dieser Danksagung fünf Jahre später so gedruckt? Hätten wir vielleicht auch schon zum damaligen Zeitpunkt den Geschäftsführer, der seit 2000 im Amt ist, dann möglicherweise entlassen müssen?

(Udo Pastörs, NPD: Quatsch.)

Das sind Dinge, die wir hier konstruieren könnten. Ich glaube, um die geht es gar nicht, sondern es geht um andere Dinge.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach so?!)

Ich will aber auch ganz klar an dieser Stelle die Situation nutzen, um zu sagen, dass so ein Buch mit dieser Danksagung nicht meine persönliche Zustimmung findet. Wenn fünf Jahre nach den Erkenntnissen so eine Danksagung an diese Person erfolgt, würde ich da, wo ich in Verantwortung wäre, so ein Buch mit so einer Danksagung nicht veröffentlichen.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Aber hier geht es heute, wie gesagt, um den Abwahlantrag und da haben wir ein gewisses Jubiläum. Es ist nämlich das zehnte Mal, dass sich das Parlament mit Entlassung, Rücktritt oder Missbilligung in Richtung von Ministern oder Ministerpräsidenten befasst. Das, was ein bisschen neu an dem heutigen Tage ist, ist, dass das erste Mal auch DIE LINKE einen SPD-Minister aufs Korn nimmt, so will ich das mal formulieren.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, solange haben sie noch gehofft.)

Da frage ich mich schon – auch wenn er jetzt nicht anwesend ist, ich habe das aus den Pressemitteilungen ja so herausgelesen, dass sozusagen der Chefankläger Herr Holter ist, der selbst Erfahrungen in diesem Bereich hat –,

(Vincent Kokert, CDU: In welchem jetzt? Werde mal konkret! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ob die Tatsache so, wie sie heute zur Diskussion vorliegt, gerechtfertigt ist, insbesondere wenn ich die Zeitschiene betrachte. Wenn der Bildungsminister am 22.08. die Pressemitteilung herausgibt, dass dieses Buch so nicht erscheint, dann ist er der gewesen, der als Erster Transparenz in dieses Verfahren gebracht hat.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Er ist also offensiv mit dem Fakt umgegangen. Dann hat er wieder am 28.08. entsprechend öffentlich reagiert und kundgetan, dass er auf eine Neuauflage verzichtet.

Und wenn hier jetzt konstruiert wird – so habe ich das auch beim Vorredner, bei Frau Berger, wahrgenommen –, dass der Fehler möglicherweise auf das Ministerium zurückgeht, dann ist das, was der Minister öffentlich erklärt hat, dass eine entsprechende Datei in der Druckerei verwendet wurde, die nicht aus dem Bildungsministerium stammt, sondern es war eine andere Arbeitsgrundlage, so muss ich für mich erkennen, dass der Fehler eindeutig bei dem Verlag liegt, und damit ist der Bildungsminister offen und transparent umgegangen.

Das waren sozusagen Zeitrhythmen von circa einer Woche, die dazu geführt haben, dass sich die Fraktion DIE LINKE möglicherweise noch ein bisschen im Sommerschlaf befunden hat, aufgewacht ist und dann – Sie haben das vorhin bezeichnet, dass ein Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht hat – haben Sie sich plötzlich am 3. September hingesetzt, eine Pressemitteilung verfasst, einen Rundumschlag gemacht. Alle politischen Themen, die den Bildungsbereich betreffen, wie zum Beispiel Hochschulen, Privatschulen, Theater und Orchester,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war nur Mittel zum Zweck.)

haben Sie in Ihre Pressemitteilung gepackt und sofort am 3. September nachgelegt, dass Sie im Landtag die Entlassung beantragen werden. Was aus diesem Antrag übrig geblieben ist, darüber haben wir gesprochen. Sie haben alle anderen Themen plötzlich wegfallen lassen. Das werden Sie sicherlich noch erklären, warum Sie das so getan haben.

Ich frage mich, ähnlich wie Frau Berger, weil Sie ja auch ausdrücklich gesagt haben, Sie haben die Maßnahmen

abgewogen und sind zu dieser Entscheidung gekommen und haben dann zur schärfsten Maßnahme gegriffen, da frage ich mich auch vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung eine Informationspflicht und Auskunftspflicht hat: Haben Sie es überhaupt versucht, zum Beispiel in Rücksprache mit dem Ministerium Informationen zu bekommen?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Nach meinem Kenntnisstand: Nein!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Also ich muss sagen, Ihr Kenntnisstand ist sehr mangelhaft. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich würde sagen, der ist gleich null.)

Haben Sie möglicherweise über die Maßnahme nachgedacht – als Fraktion DIE LINKE oder zumindest im Fraktionsvorstand –, Herrn Minister zu dem Thema einzuladen und die Sache zu besprechen? Nach meinem Kenntnisstand: Nein! Haben Sie das Mittel der Kleinen Anfrage genutzt? Nach meinem Kenntnisstand: Nein!

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Dürfen wir nicht mehr. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Zu viel, das ist zu viel Arbeit. –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich war selbst bei der Ausschusssitzung am 03.09. anwesend, also an dem Tag, als Ihr Urteil feststand. Haben Sie dann zum Beispiel in der Ausschusssitzung versucht, das zu thematisieren oder in der letzten Sitzung am 10.09.? Ich war anwesend. Nach meinem Kenntnisstand: Nein! Haben Sie vielleicht mal darüber nachgedacht, über eine Sondersitzung des Bildungsausschusses das erst mal im Vorfeld zu thematisieren? Mir sind derartige Aktivitäten nicht bekannt. Insofern haben Sie sich entschieden. Ich denke, das Mittel, das Sie gewählt haben, ist beileibe nicht angemessen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber legitim.)

Ich sehe ein gewisses Eingeständnis, dass Sie es auch nicht so ernst meinen, wenn ich den Zeitpunkt sehe, an dem Sie diesen Punkt auf der Tagesordnung platziert haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was? Das haben wir extra gemacht, damit der Ministerpräsident dabei sein kann.)

Aber ich will es Ihnen auch nicht ersparen, weil ich einfach glaube, es geht bei Ihnen nur um Politik,

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat mit Politik nichts zu tun. Das ist eine persönliche Diffamierung, eine persönliche Diffamierung. Davon kriegt man Magenschmerzen. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

insofern will ich es Ihnen nicht ersparen, auch noch mal einige politische Aspekte in die Debatte einzubringen, und zwar möchte ich ganz konkret auf den Antrag der CDU vom 24.09.2001 "Aktuelle Vorgänge im Ministe-

rium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarkt-politik" eingehen. Inhalt ist die Aufforderung an den Ministerpräsidenten, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik einen inhaltlichen und personellen Neuanfang zu machen, den Minister für Arbeit und Bau, Helmut Holter (PDS) zu entlassen.

Wie lief – ich will es mal so formulieren – das politische Geschäft damals ab? Die CDU lud Herrn Holter im Vorfeld zum Gespräch in den Ausschuss ein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nachdem er vorher an den Pranger gestellt wurde. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ich möchte Herrn Holter in der Landtagsdebatte zitieren: "Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, haben ein Recht", und nicht nur Sie, "auf Auskunft und Information durch die Regierenden. Wir haben uns am 30. August 2001 gemeinsam vier Stunden Zeit genommen, um über die verschiedenen aufgeworfenen Fragen ausführlich zu sprechen. Ich habe umfassend informiert. Bestimmt sogar mehr als notwendig. Die kleinen Anfragen der CDU tun ein Übriges."

(Regine Lück, DIE LINKE: So kann man ablenken vom Thema.)

Ich denke, das ist vernünftiges Handeln - das, was ich Ihnen vorwerfe, was Sie nicht getan haben.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Weiterhin hat Herr Holter dann in seiner Rede gesagt, ich zitiere: "Herr Präsident! Meine Damen und Herren!"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Trotz vielstimmiger Informationen.)

"Meine Damen und Herren!"

(Heinz Müller, SPD:
Und Ihr ohne Informationen. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Denken Sie
mal an den Untersuchungsausschuss
der CDU im Mordfall Carolin!)

Ich zitiere: "Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Artikel 26 der Verfassung des Landes beschreibt die Rolle der Opposition: 'Sie hat insbesondere die Aufgabe', heißt es dort, 'eigene Programme zu entwickeln und Initiativen für die Kontrolle von Landesregierung und Landesverwaltung zu ergreifen sowie Regierungsprogramm und Regierungsentscheidungen kritisch zu bewerten.' So weit die Landesverfassung. Ich stelle ganz sachlich fest, dass es dort nicht heißt, die oppositionelle Partei führt hysterische Kampagnen". Soweit damals Herr Holter. Ich glaube, Parallelen zum heutigen Tage zu erkennen.

(Vincent Kokert, CDU: Der grämt sich so, dass er heute gar nicht kommt zu dieser peinlichen Debatte. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich will auch Dinge, die damals in der Politik sicherlich eine Rolle gespielt haben und die möglicherweise heute deckungsgleich sind – und auch hier wieder Herrn Holter in einigen Punkten zitieren –, deutlich machen und dass Sie das, was Sie damals gedacht haben, heute selbst vollführen. Herr Holter sagte damals: "Die CDU kämpft auf dem Schauplatz Schwerin um ihre Zukunft in ganz Ostdeutschland. Deshalb wählt sie solche Methoden." Das ist das erste Zitat. Das zweite Zitat: "In seiner Konsequenz wird sich die CDU nach und nach, Herr Glawe, aus Landesregierungen in Ostdeutschland verabschieden müssen. Und davor haben Sie Angst."

(Marc Reinhardt, CDU: Sieht man ja bei Herrn Glawe. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Zitat von Herrn Holter zu dieser politischen Auseinandersetzung zum Besten geben: "Ich bin mir sicher: Nicht Schwarz, sondern Rot-Rot ist die Zukunftsfarbe in Ostdeutschland."

(Regine Lück, DIE LINKE: Wie viele Minuten sind das zum Thema? – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und ein letztes Zitat, dann haben Sie es überstanden:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das vielleicht von Herrn Rehberg? – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

"Bei der Kampagne gegen die PDS und gegen die rot-rote Regierung in Schwerin geht es um die Frage, ob die CDU sich künftig in ganz Ostdeutschland mit der Rolle einer mehr oder weniger frustrierten Opposition abfinden muss."

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hat ausgerechnet Herr Holter gesagt? Das glaub ich nicht. Wirklich?)

Ich stelle heute, zehn oder zwölf Jahre später, fest – wenn ich Ihre Motivation betrachte vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse, die wir in den letzten Tagen oder Jahren hier feststellen mussten –, dass die CDU bei fünf neuen Bundesländern viermal in der Regierungsverantwortung ist, dreimal den Ministerpräsidenten stellt und Sie heute möglicherweise taumelnd am politischen Abgrund versuchen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach, Herr Renz! – Regine Lück, DIE LINKE: Och, nee!)

durch solche Anträge die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Da möchte ich Ihnen nur sagen, aus meiner Sicht ist das nicht das geeignete Mittel,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist schwach jetzt, Herr Renz.)

diese Regierung leistet gute Arbeit.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Zum Beispiel zeichnet sich das durch erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik aus,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

durch verantwortungsvolle Politik gegenüber unseren Kommunen,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

durch eine solide Haushaltspolitik

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Renz, Sie sollten mal zum Thema reden!)

und insbesondere der Bildungsminister leistet in dieser Regierung seinen Beitrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, seinen Beitrag?!)

Ich will es auch noch mal nennen, das 50-Millionen-Paket, das auf sein Agieren zurückgeht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Brodkorb hatte es vorhin ausgeführt, auch das sind Erfolge des Bildungsministers beziehungsweise dieser Koalition: der Start in das neue Schuljahr mit 630 Neueinstellungen beziehungsweise mit 328 Referendaren. Der Bildungsminister arbeitet erfolgreich an der Umsetzung der Verbeamtung.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das passt ja zu Ihren Zitaten gut, die Herr Ritter gebracht hat.)

am Inklusionsfrieden oder auch an der aktuellen Schulgesetzgebung, was die Privatschulen betrifft. Ganz persönlich ist meine Einschätzung die, dass er hoch motiviert ist,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Mit hoher Kompetenz.)

fachlich immer gut vorbereitet und sein Amt sehr engagiert ausfüllt. Das lässt mich und uns als CDU zu der Schlussfolgerung kommen, dass wir Ihren Antrag definitiv ablehnen.

Ich will Ihnen zum Schluss ein letztes Zitat mit auf den Weg geben. In diesem Zitat werde ich nur den Namen "Rehberg" ersetzen durch "die LINKEN". Herr Holter sagte Folgendes, und ich glaube, da hat er vollkommen recht: "Jeder arbeitet eben an dem", sehr geehrte Damen und Herren von den LINKEN, "was er für wichtig hält: die einen an neuen Schützengräben und die anderen an der Zukunft des Landes." – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, der letzte Redebeitrag war lang, hatte aber mit dem Thema im engeren Sinne nichts zu tun. Man hat hier versucht vonseiten der CDU, eine Nebelkerze nach der anderen zu zünden und durch möglichst viel, ja, Geschnatter von vorgestern vom eigentlichen Kern des Themas abzulenken.

Herr Brodkorb, wer sind Sie? Wie Sie mir das erste Mal begegneten

(Stefanie Drese, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Als.)

oder als Sie mir das erste Mal vor Augen traten, habe ich mir natürlich Erkundigungen eingeholt, soweit man das machen kann.

> (allgemeine Unruhe – Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE: Ah!)

Man hat mir gesagt, Sie kämen aus einem neokommunistischen Milieu. Ich habe dann gesehen, dass Sie bei den ersten Kundgebungen und Demonstrationen mit einer Videokamera wie besessen auftauchten und jeden abfilmten, der entweder eine NPD-Fahne in der Hand hatte oder irgendetwas Vernünftiges zu sagen hatte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und dann habe ich Sie erlebt,

(Heinz Müller, SPD: Das müssen Sie noch mal wiederholen!)

und dann habe ich Sie erlebt,

(Heinz Müller, SPD: Das war gut.)

und dann habe ich Sie,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

und dann habe ich ...

(allgemeine Unruhe)

Ja, da war er also ganz, da war er ganz motiviert,

(allgemeine Unruhe –
Heinz Müller, SPD: Das ist doch ganz
einfach: Die einen sind von der NPD und die
anderen die Vernünftigen. – Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

da war er ganz motiviert, ganz nah dran mit seinem Videoapparat und filmte alles, was sich im rechten Spektrum vermutlich in Rostock oder sonst wo versammelte.

Dann habe ich Sie erlebt auch hier als Abgeordneter, wo Sie übereifrig damit beschäftigt waren, meine Fraktion und die Abgeordneten der NPD zu diffamieren und zu verleumden.

Und dann, muss man heute sagen, zeichnen Sie sich offensichtlich dadurch aus, dass auch andere Sie einschätzen als Denunziant, wie wir gehört haben. Man schätzt Sie ein ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Von wem?)

Ja, wir haben das ja gehört hier.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Von wem?)

Wir haben eben gehört, wenn man also, wenn man ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist wirklich eine böse Beleidigung.)

Das ist keine Beleidigung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

das ist eine Feststellung, ist hier eben gefallen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie! Von wem? Von wem?)

dass er Telefonnummern hier weitergibt beziehungsweise einen Brief öffentlich macht von einer Lehrerin,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das geht nicht. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

von einer Schulleiterin, die er indirekt dadurch für seine Zwecke missbraucht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die hat eine Freigabe erteilt für die Veröffentlichung.)

und das ist nach meiner Einschätzung ein Denunziantentum,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also da erwarte ich ein Einschreiten des Präsidiums.)

das sich einfach nicht gehört. Das ist unanständig, Herr Brodkorb.

Und ich halte Sie persönlich noch für eine Mimose, nicht nur für einen Denunzianten, sondern für eine Mimose ...

### Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs! Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Es geht jetzt hier um den Abwahlantrag, und es geht hier nicht um persönliche Beleidigungen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Präsidentin an.)

Das haben die anderen nicht gesagt. Ich weise das zurück. Sie haben hier nicht mit mir zu diskutieren.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

Das ist nicht getan worden, sondern hier ist versucht worden, politisch und nicht persönlich zu argumentieren. Das haben Sie eben zweimal getan. Sie bekommen jetzt den dritten Ordnungsruf.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

Moment?! Dann prüfe ich noch mal die Rede und Sie werden dann ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Im Ältestenrat werden wir uns dann noch mal darüber verständigen, inwiefern es noch einen weiteren Ausschluss gibt. Sie bekommen für heute den dritten Ordnungsruf. Sie wissen, was das heißt, und das heißt den Wortentzug für den gesamten Tag und Sie haben dort den Platz.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)

Wir können ...

Ich unterbreche die Sitzung. Ich unterbreche die Sitzung und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer nach vorne.

Unterbrechung: 16.52 Uhr

Wiederbeginn: 16.54 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder. Ich gebe bekannt, dass sich der Ältestenrat nach dem Tagesordnungspunkt 25 zusammenfindet, also dann werden wir die Sitzung wieder unterbrechen. Wir steigen jetzt weiter in die Rednerliste des Tagesordnungspunktes 24 ein.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE. Bitte.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen! Natürlich habe ich nicht im Ernst damit gerechnet, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Also doch nur Klamauk?! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Diffamierung des Ministers, die steht im Vordergrund, ne? Ja, schön! Schön zu entlarven. Schön zu entlarven.)

Herr Renz hat das ja hier noch einmal ausführlich dargestellt, was aus seiner Sicht die politischen Hintergründe wären. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass Sie versuchen, mit absurden Argumenten das Thema ins Lächerliche zu ziehen, das finde ich schon eine grandiose Fehlleistung der Koalition.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wen? Meinen Sie mich jetzt, oder wen?)

Der eine Bildungsexperte der CDU unterstellt einer Kollegin, dass sie vorher irgendetwas geraucht habe, da klopfen sich die Kollegen vor Lachen auf die ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hat er nicht unterstellt, das hat er gemutmaßt.)

Aah, er hat gemutmaßt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und es gab Gründe dafür, dass er mutmaßen konnte.)

Und es gab Gründe dafür.

Das ist sozusagen noch mal eine Verdeutlichung dessen, wie die Kollegen der CDU-Fraktion an diese Problematik herangehen: Sie schlagen sich vor Lachen auf die Schenkel.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist respektlos! Respektlos!)

Der zweite Bildungsexperte der CDU-Fraktion will,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie können uns ja auffordern zurückzutreten. Wir glauben Ihnen das, Herr Ritter. Machen Sie mal!)

der zweite Bildungsexperte der CDU-Fraktion will Frau Gramkow eine Verantwortung unterstellen, dass dieses Buch immer noch auf dem Markt ist.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe das einfach in den Raum gestellt.)

Also mit einer ernsthaften Auseinandersetzung hat das nichts zu tun.

(Vincent Kokert, CDU: Wie gut, dass Ihnen die Rede von Norbert Nieszery gefallen hat.)

Ja, zu der Rede wollte ich gerade kommen.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so!)

Da habe ich zumindest das gespürt, was ich von einem Fraktionsvorsitzenden erwarte, wenn einer seiner Fraktionskollegen und Minister von der Opposition angegriffen wird. Das ist ein normaler Umgang, auch innerhalb einer Fraktion. Insofern waren die Zitate, die Herr Renz gebracht hat aus dem Jahr 2004 oder wann das war, ja überhaupt nicht überraschend.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Was aber nicht geht, lieber Kollege Nieszery, ist, dass Sie behaupten, ich hätte den Bildungsminister in eine pädophile Ecke gestellt.

> (Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Na selbstverständlich! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na dann entschuldigen Sie sich jetzt dafür! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nein, das muss ich in aller Entschiedenheit zurückweisen. Das, was ich im Zusammenhang,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Assoziation haben Sie billigend in Kauf genommen. Na, selbstverständlich. – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE)

das, was ich im Zusammenhang mit dem Buch dem Minister nicht nur unterstellt habe, sondern was ich ihm ankreide, ist – ich zitiere es noch einmal – sein Begleitwort, wo er sagt: "Ich hoffe außerdem, dass Sie beim Lesen dieses Buches genauso viel Freude haben wie ich und Lust verspüren, einige Ideen von Frau Enja Riegel aufzugreifen."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja und?! – Torsten Renz, CDU: Was wollen Sie denn damit sagen?)

Was will ich damit sagen? Ich wiederhole es noch mal:

(Andreas Butzki, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, was denn?)

Wenn er das Buch wirklich gelesen hat, was er mit seiner Unterschrift bezeugt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

dann hat er oder sagt, er hat Spaß gehabt beim Lesen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann haben alle, die das gelesen haben, pädophile Neigungen, oder was? Also bitte!)

Das kann ich nicht nachvollziehen, dass man als Bildungsminister Spaß hat am Lesen

(Udo Pastörs, NPD: Na, dann lügt er.)

von solchen in dem Buch vorgestellten

(Udo Pastörs, NPD: Dann ist er ein Lügner.)

bildungspolitischen Vorstellungen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch absurd, diese Argumentation. – Udo Pastörs, NPD: Dann lügt er.)

Wenn er das nicht gelesen hat,

(Udo Pastörs, NPD: Dann lügt er auch.)

es aber mit seiner Unterschrift bestätigt, sind unter anderem auch seine Ankündigungen, gegen die Menschen stark vorzugehen, die mit Plagiaten ihre Titel erwerben, null und nichtig.

(Andreas Butzki, SPD: Dann müssen Sie die Hälfte der Bildungsexperten abrasieren nach Ihrer Vorstellung. Das ist Schwachsinn.)

Er sagt dann also offenbar die Unwahrheit. Und deswegen,

(Andreas Butzki, SPD: Das hat so viele positive Kritiken gekriegt, das Buch. Das wissen Sie auch.)

und deswegen halte ich es für völlig verkehrt, dass Sie von mir eine Entschuldigung erwarten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Deswegen ist das Buch ja wohl auch vom Markt, ne? – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Welch schwache und unglaubwürdige Erklärungsversuche vom Bildungsminister und von Ihnen, liebe Kollegen der CDU-Fraktion!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na also, es ist vom Markt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD) Herr Brodkorb, warum haben Sie nicht wenigstens sofort öffentlich eingeräumt, als Sie sozusagen still und heimlich das Buch zurückgeholt haben,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Vincent Kokert, CDU: Wieso? Das war doch nicht still und heimlich!)

warum haben Sie nicht wenigstens sofort öffentlich eingeräumt, dass dieses Buch ein schwerer Fehler war? Warum haben Sie sich nicht entschuldigt?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Warum haben Sie denn 12.000 Lehrerinnen und Lehrern keinen reinen Wein eingeschenkt? Dafür haben Sie nicht das Kreuz.

(Udo Pastörs, NPD: Er hat doch gar kein Kreuz.)

Fehler eingestehen ist nicht einfach, das wissen wir wohl alle, aber so zu agieren, wie es der Bildungsminister in diesem Fall getan hat, das ist nicht haltbar.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Deswegen haben wir auch überhaupt keinen Grund, unseren Antrag zurückzuziehen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war alles? Ooh!)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** So, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Andreas Butzki, SPD: Traurig, traurig!)

Ich schließe jetzt die Aussprache.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Wie schwach war das denn?! Schwach! Schwach! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott, wie schwach war das denn?!)

Herr Nieszery!

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3251. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? –

(Andreas Butzki, SPD: Wie hat Frau Stramm abgestimmt? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wie? Was war?

(allgemeine Unruhe)

Ich wiederhole noch mal. Also, wer dem Antrag auf Drucksache 6/3251 zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – So, gut. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3251 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Frakti-

on der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

So, meine lieben Kollegen, jetzt kommt der **Tagesord-nungspunkt 25**, und zwar die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine absagen, die Drucksache 6/3260.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine absagen – Drucksache 6/3260 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Suhr von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

(Andreas Butzki, SPD: Ich denke, der Punkt ist zurückgezogen. Na, jetzt bin ich mal gespannt.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir hier im Hause über die Frage der Durchführung oder auch der Absage des Russlandtages debattieren, dann ist es erforderlich, das selbstverständlich vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ukraine zu tun und dies zu betrachten. Auch Ministerpräsident Sellering ist in den letzten Wochen in seiner Stellungnahme oder seinen Stellungnahmen – das ist ja mehrfach geschehen – darauf eingegangen, hat eine Absage des Russlandtages zeitweilig nicht ausgeschlossen und dessen Durchführung von der weiteren Entwicklung in der Ukraine abhängig gemacht.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist auch sehr vernünftig.)

Auch das Kabinett, lieber Herr Kokert, hat sich mehrfach damit beschäftigt. Und in der Tat würde ich Ihnen zugestehen, dass Sie in diesem Abwägungsprozess waren und den auch sehr ernst genommen haben, überhaupt keine Frage.

(Vincent Kokert, CDU: Da können Sie sich drauf verlassen. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na sicher. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Insofern, weil die Situation in der Ukraine und die Entwicklung eine große Rolle spielt, ist es notwendig und sinnvoll, sich mit eben dieser Entwicklung auseinanderzusetzen, und das will ich zu Beginn meines Redebeitrages tun, weil es relevant ist für die Debatte und für die Entscheidung, die dieser Landtag auf Grundlage unseres Antrages zu treffen hat.

Wir erleben in diesen Wochen und Monaten in der Ukraine eine schwerwiegende Krise der europäischen Sicherheit und des Völkerrechts. Ich glaube, dass wir uns zumindest in einer deutlichen Mehrheit dieses Parlaments darin einig sind, dass wir die völkerrechtswidrige Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch die russische Annexion der Krim und durch separatistische Bewegungen sowie russische Milizionäre in der Ostukraine in aller Deutlichkeit verurteilen.

Die Ukraine hat – und darauf will ich hinweisen – 1994 als eines der wenigen Länder ihre Atomwaffen vollständig abgegeben.

# (Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Sie hat dafür 1994 mit dem Budapester Memorandum eine Garantieerklärung für ihre territoriale Integrität von Russland, Großbritannien und den USA erhalten. Diese Verletzung gerade durch eine der Garantiemächte, nämlich Russland selbst, stellt einen besonders schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar. Ich hoffe, dass wir uns auch in dieser Einschätzung in diesem Hause mehrheitlich einig sind.

Es liegt noch gar nicht so lange zurück, da hätten ein derartig schwerwiegender Völkerrechtsbruch und die daraus folgende Krise unverzüglich dazu geführt, dass vor allem die militärischen Drohpotenziale aktiviert worden wären. Dies geschieht, wie auch heute noch einmal – ich gehe davon aus, dass Sie es gelesen haben – der "Süddeutschen Zeitung" zu entnehmen war, von russischer Seite mit großer Deutlichkeit. Und auch aufseiten des Westens ist das militärische Muskelspiel bedauerlicherweise in der Reihe der Maßnahmen zumindest ein Bestandteil des Reaktionsszenarios.

### (Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang klar und deutlich sagen: NATO-Manöver in der Ukraine oder Truppenverlegungen in Richtung Osten sind keine geeigneten Reaktionen, um dieser Krise angemessen zu begegnen. Sie bergen vielmehr das Risiko der militärischen Gegenreaktion und sie befördern nicht die Bereitschaft, die Krise auf friedliche Art und Weise zu lösen. Ich weiß nicht, ob Sie es gerade über den Ticker verfolgt haben, die Nachrichtenagentur AFP meldet, dass aus der Ukraine 4.000 russische Soldaten in Richtung der sogenannten administrativen Grenze zur Ukraine verlegt worden sind.

Bei aller berechtigten Kritik muss man verstehen und hier auch benennen, dass sich Russland durch die Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO in seiner geostrategischen Lage in Europa zunehmend zurückgedrängt und bedroht fühlt. Aber, ich betone, dies rechtfertigt in keiner Weise die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, dies rechtfertigt nicht militärische Drohungen und dies rechtfertigt auch nicht die Unterstützung von prorussischen Separatisten. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass in einer derartigen hoch brisanten Konfliktlage alle politischen Mittel eingesetzt werden, um den Konflikt zu befrieden.

#### (Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es ist deshalb richtig, dass die Bundesregierung – wie auch die Europäische Union – die Gespräche mit der russischen Führung nicht abreißen lässt und weiterhin intensiv nutzt. Insofern kann ich die Argumentation des Aufrechterhaltens des Gesprächsfadens durchaus nachvollziehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na dann ist es ja gut.)

Aber Gespräche alleine werden nicht dazu führen, dass die russische Führung ihre Gebietsansprüche aufgibt, die auch darin Ausdruck finden, dass der russische Präsident Putin die Ostukraine in seiner Rhetorik inzwischen als "Neurussland" bezeichnet. Alle Gespräche der vergangenen Wochen und Monate haben nicht dazu geführt, dass die russische Seite ihre Gebietsansprüche, was die Krim betrifft, aufgibt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Opposition auch nicht.)

Ganz im Gegenteil, auch Teile der Ostukraine sind im Fokus der russischen Führung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist daher richtig und findet unsere volle Unterstützung, dass neben der Fortführung von Gesprächen und Verhandlungen auch auf wirtschaftlicher Ebene Druck auf die russische Führung gemacht wird, denn dies ist das einzige Instrument jenseits militärischer Interventionen, welches die russische Führung zum Einlenken bewegen kann. Ich bin davon überzeugt, es wird ohne diese Sanktionsschritte der EU kaum eine friedliche Lösung geben.

Gerade weil wir jegliche militärische Machtdemonstrationen ablehnen, gerade weil wir militärische Interventionen ablehnen, ist das Instrument des wirtschaftlichen Drucks das einzig geeignete, um die Gespräche mit dem Ziel des dauerhaften Friedens in entsprechender Form zu flankieren. Deswegen war es auch richtig, dass die Europäische Union weitere Sanktionsmaßnahmen beschlossen hat und dass sie daran festhält, auch in der jetzigen Situation daran festhält. Wenn die Europäische Union nicht entschlossen reagiert, verabschiedet sie sich vom Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa durch andere Staaten. Dabei ist es auch richtig, dass die Sanktionen so ausgestaltet wurden, dass sie bei einem Rückzug von russischem Material und Kämpfern und der Schließung der ukrainischen Grenze schnell zurückgenommen werden können. Wir unterstützen daher ausdrücklich das Vorgehen der Bundesregierung und der Europäischen Union, welches die Fortsetzung der Gespräche einerseits beinhaltet, aber auf der wirtschaftlichen Ebene Druck ausübt und auch Druck verstärkt. Es ist wichtig, dass Europa hier zusammensteht und mit großer Entschlossenheit auf eine friedliche Lösung in der Ukraine drängt. Und ich will darauf aufmerksam machen, dass heute in Rostock der Bundespräsident Gauck genau auf diesen Zusammenhang noch einmal eindrücklich hingewiesen hat.

Bezogen auf die aktuelle Situation bin ich sehr froh, dass dieses gemeinsame Vorgehen einen, wie ich glaube, sehr wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass die Waffen in der Ukraine derzeit zumindest weitgehend schweigen und dass über Lösungen verhandelt und gesprochen wird. Es ist auch eine Folge dieses gemeinsamen und entschlossenen Handelns der Europäischen Union, denn Russland kann sich dem wirtschaftlichen Druck, der mit den Sanktionen der Europäischen Union verbunden ist. nicht entziehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Daten an den Börsen, unter anderem auch, was den russischen Rubel angeht, sprechen eine eigene Sprache.

Wer diese grundsätzliche Position teilt, wer einschätzt, dass auch die wirtschaftlichen Sanktionen dazu beige-

tragen haben, dass jetzt die Waffen ruhen und ein Friedensplan ausgehandelt werden soll, wer auch der Auffassung ist, dass an den Finanz- und Wirtschaftssanktionen festgehalten werden muss, bis es eine akzeptierbare Lösung für die Ukraine gibt, der muss sich die Frage stellen, wie denn die Entscheidung der Landesregierung zur Durchführung des sogenannten Russlandtages in dieses Szenario passt, denn die Zielsetzung des Russlandtages ist explizit darauf ausgerichtet, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Russland auszubauen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

"Der Russlandtag soll durch direkte Kontakte auf politischer und wirtschaftlicher Ebene dazu beitragen, die guten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Mecklenburg-Vorpommern weiter zu stärken und auszubauen", so zumindest heißt es auf der Website der Landesregierung. Die Landesregierung entwickelt also genau auf jener Ebene in herausgehobener Form Aktivitäten, nämlich auf der Ebene der wirtschaftlichen Beziehungen, die zentraler Gegenstand des Sanktionsszenarios der Europäischen Union sind. Sie hält an den Planungen fest, obwohl die Europäische Union ihre Sanktionen verschäft hat.

Es ist daher für mich und meine Fraktion nicht nachvollziehbar, wie eine Landesregierung glaubhaft vermitteln soll, dass man hinter den Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union steht, wenn sich die gleiche Landesregierung einen relevanten Teil der Kosten für den Russlandtag von russischen Unternehmen finanzieren lässt. Es ist nicht vermittelbar, wenn die Europäische Union erst vor Kurzem auch gegen ein Unternehmen wie Gazprom Sanktionen verhängt hat, wenn gleichzeitig ein Tochterunternehmen des gleichen russischen Unternehmens zu den Sponsoren des Russlandtages gehört. Ich halte es für höchst problematisch, dass mit dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerechnet der Politiker Hauptredner des Russlandtages ist,

(Vincent Kokert, CDU: War er nicht Kanzler von Rot-Grün?)

der in seiner beruflichen Tätigkeit explizit auch die Interessen eines der größten russischen Unternehmen vertritt.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dies passt nicht in die Linie der Sanktionen der Europäischen Union, die aus zwei Strängen besteht. Und deshalb: Verabschieden Sie sich von den Planungen des Russlandtages, sagen Sie ihn ab und unterlaufen Sie nicht das, was auf der Ebene der Bundesrepublik, der Bundesregierung und der Europäischen Union

(Vincent Kokert, CDU: Sie hat gerade auch gesagt, dass sie hinter dem Russlandtag steht, die Bundesregierung.)

Bestandteil einer sehr wirksamen Politik ist! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Suhr

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn ganz klar sagen: Die Landesregierung hält am Russlandtag fest,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

denn es liegt im vitalen Interesse unseres Landes, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiter auszubauen. Für mich ist diese Veranstaltung auch das richtige Signal. Es ist besser, im Gespräch zu bleiben, als Brücken abzubrechen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Meine Damen und Herren, die Vorgeschichte des Russlandtages, der am 30. September/1. Oktober stattfinden soll in Warnemünde und in Wismar, reicht zwei Jahre zurück. Im Herbst 2012 war ich gemeinsam mit den Ministern Glawe und Backhaus und einer großen Wirtschaftsdelegation in Helsinki und Sankt Petersburg. Dort hat unsere Partnerregion, das Leningrader Gebiet, also der Bereich um Sankt Petersburg, aus Anlass des zehnjährigen Bestehens unserer regionalen Partnerschaft einen großen Wirtschaftsempfang ausgerichtet, der zum Abschluss der vielen positiven Gespräche und Kontakte die gute Zusammenarbeit, die positiven Zukunftsaussichten noch einmal deutlich gemacht und hervorgehoben hat. In Auswertung dieser Reise ist die Idee entstanden, im Gegenzug zu einem Wirtschaftstreffen nach Mecklenburg-Vorpommern einzuladen, um unseren russischen Partnern unsererseits die Wichtigkeit der Partnerschaft deutlich zu machen,

(Unruhe bei Minister Harry Glawe)

um bestehende Kontakte zu vertiefen, Herr Minister Glawe.

(Minister Harry Glawe: Ja.)

und neue Kontakte auszubauen zwischen Deutschland und Russland, aber vor allem auch zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet.

Mit den ersten Planungen für den Russlandtag haben wir 2013 begonnen. Damals war noch nicht absehbar, dass die Veranstaltung mitten in einer schweren internationalen Krise stattfinden würde. In den letzten Wochen ist nun darüber diskutiert worden, ob wir in dieser Situation an der lange geplanten Veranstaltung festhalten sollten. Für die Landesregierung überwiegen ganz klar die Argumente, die für die Durchführung der Veranstaltung auch in diesen schwierigen Zeiten sprechen. Es sind vor allem drei Gründe:

Erstens. Die Veranstaltung liegt im wirtschaftlichen Interesse des Landes. Der Russlandtag verfolgt ein für unser

Land sehr wichtiges Ziel. Dieses Ziel bleibt richtig und wichtig. Es geht darum, die wirtschaftlichen Chancen für unser Land zu nutzen. Es geht um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Unser Land hat sich in den letzten 24 Jahren wirtschaftlich wirklich sehr gut entwickelt. Die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand, in den letzten Jahren nahezu halbiert. Dennoch weist Mecklenburg-Vorpommern immer noch erhebliche wirtschaftliche Strukturschwächen auf. Dazu gehört, dass unsere Wirtschaft deutlich weniger am Außenhandel teilnimmt als andere Bundesländer. Hier gibt es also noch erhebliche Wachstumsmöglichkeiten. Unsere größten Chancen liegen dabei im Ostseeraum. Das ist eine der wichtigsten Wachstumsregionen in Europa. Und dazu gehört eben auch Russland, vor allem das Leningrader Gebiet.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt bereits heute über gute wirtschaftliche Kontakte dorthin. 2013 stand Russland auf Platz vier der Liste unserer wichtigsten Außenhandelspartner. Nach neuesten Zahlen war es im ersten Halbjahr 2014 sogar der zweite Platz. Der Russlandhandel ist wichtig für unsere Häfen, insbesondere für Sassnitz-Mukran. Außerdem befinden sich eine Reihe bedeutender Unternehmen in unserem Land in russischem Eigentum, die Nordic-Werften in Wismar, Warnemünde und Stralsund, der Holzverarbeiter "Ilim Timber" in Wismar. Schließlich ist Lubmin der Anlandepunkt der Ostseepipeline "Nord Stream", durch die Deutschland direkt und, muss man sagen, weiterhin verlässlich mit russischem Erdgas versorgt wird.

Meine Damen und Herren, aufgrund der bestehenden Kontakte haben wir in Mecklenburg-Vorpommern besonders gute Chancen, von einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu profitieren. Umgekehrt haben wir aber auch mehr als andere Bundesländer zu verlieren, wenn Deutschland und Russland nicht zu der guten Partnerschaft der letzten Jahre zurückfinden und wenn der Handel zwischen beiden Staaten einbricht.

Das sieht offenbar auch die Wirtschaft so. Ich habe in der letzten Woche mit den Präsidenten der IHKs, mit allen dreien, mit dem Präsidenten der Unternehmensverbände, mit dem Präsidenten des Unternehmerverbandes Vorpommern telefoniert und alle haben mich bestärkt, am Russlandtag festzuhalten. Auch der Präsident des Bauernverbandes hat sich vergangene Woche auf der MeLa in diesem Sinne geäußert. Die Zahl der Voranmeldungen für einen Russlandtag ist in den letzten Wochen noch einmal kräftig angestiegen. Die Veranstaltung ist inzwischen deutlich größer, als wir uns zu Beginn der Planungen vorgestellt hatten. All das zeigt, es gibt ein großes Interesse der Wirtschaft an dieser Veranstaltung. Sie liegt im wirtschaftlichen Interesse des Landes und das ist der wichtigste Grund, weshalb wir den Russlandtag durchführen wollen und an ihm festhalten.

Zweitens. Meine Damen und Herren, der Russlandtag steht – anders, als Sie das hier eben darzustellen versucht haben – auch nicht im Widerspruch zur Linie der Bundesregierung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bundesregierung, allen voran die Kanzlerin und der Außenminister, in dieser Krise einen besonnenen Kurs verfolgt. Deutschland

beteiligt sich an den Sanktionen, allerdings mit dem erklärten, mit dem ausdrücklich erklärten Ziel, über Gespräche zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen. Und das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

## (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie haben hier eben eine außenpolitische Rede gehalten und haben eine eigene Außenpolitik quasi entworfen. Für mich ist völlig klar, wenn Deutschland sich Sanktionen anschließt, dann gilt das für alle 16 Bundesländer. Wir machen keine eigene Außenpolitik. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Die Sanktionen müssen selbstverständlich beachtet werden. Aber ebenso klar ist doch, dass die bislang beschlossenen Sanktionen einer Veranstaltung wie dem Russlandtag in keiner Weise entgegenstehen, übrigens ausdrücklich hier vor zwei Tagen vom Vizekanzler betont,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

und deshalb sind sie auch kein Grund, den Russlandtag abzusagen.

Die Forderung in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, würde darauf hinauslaufen, dass wir über die beschlossenen Sanktionen hinausgehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

dass das Land Mecklenburg-Vorpommern quasi eigene Sanktionen verhängt. Das wäre zunächst einmal nicht unsere Möglichkeit, ganz selbstverständlich nicht außenpolitisch. Es wäre nach außen auch völlig wirkungslos und nach innen hätte es eine sehr gefährliche Wirkung, wenn wir unsere Kontakte nach Russland abbrechen. Wir würden nämlich all jene Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gefährden, die im Russlandgeschäft tätig sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

und mit ihnen Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diesen Weg wird die Landesregierung aus SPD und CDU nicht gehen. Auch deshalb bleibt es beim Russlandtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Drittens. Eine Absage des Russlandtages wäre das falsche politische Signal. Es muss alles getan werden, damit sich dieser Konflikt nicht immer weiter hochschaukelt. Und da, meine Damen und Herren von den GRÜ-NEN, sind wir offenbar wirklich weit auseinander. Sie wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern über die beschlossenen Sanktionen und damit über die außenpolitische Linie der Bundesregierung hinausgeht. Und Sie halten dieses Draufsatteln auch noch für das richtige Signal – ich zitiere mal aus Ihrem Antrag –, das richtige "Signal im Hinblick auf die zunehmende Eskalation". Sie wollen mehr Eskalation als die Bundesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Sie setzen auf Eskalation.

Herr Suhr, ich habe mich gefreut, dass Sie Ihre Rede in einem sehr besonnenen und versöhnlichen Ton gehalten haben. Aber dennoch sind wir da auseinander. Und wenn Sie sich in Deutschland umschauen, dann haben wir nicht nur die Stimmen der besonnenen Bundesregierung, sondern wir können in vielerlei Wortmeldungen sehen, wie leichtfertig einige in Deutschland zurückfallen in die Denkmuster und Drohgebärden des Kalten Krieges. Ich finde das erschreckend. Säbelrasseln,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Säbelrasseln, Verteufeln des Gegners, die Partnerschaft aufkündigen, so wird es keine friedliche Lösung geben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wer jemals versucht hat, einen Streit zu schlichten, einen tiefgehenden Streit zwischen Menschen, die richtig aneinander geraten sind und total verkeilt sind, der weiß, niemand hat jemals zu 100 Prozent recht. Ein Konflikt kann sich immer nur hochschaukeln, wenn beide Seiten mitmachen. Eine Rückkehr zu konstruktiver Partnerschaft, um die ich alle Seiten wirklich bitte, kann es nur geben, wenn jede Konfliktpartei das beherzigt und wenn jede Seite bereit ist, aufeinander zuzugehen und auch die Interessen und Sichtweisen des Gegenübers ernst zu nehmen.

Das fällt natürlich all denen schwer, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, deren ganze Politik von der Überzeugung lebt, zu 100 Prozent recht zu haben,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die ganz häufig von der hohen moralischen Warte andere belehren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach ja, das müssen wir jedes Mal aushalten. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ich fordere Sie auf, ich fordere Sie ernsthaft auf: Überdenken Sie Ihre Haltung, beteiligen Sie sich am Russlandtag, statt auf Eskalation zu setzen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, viele, viele Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland sehen diesen Konflikt mit großer Sorge. Die Menschen wollen keinen neuen Kalten Krieg, erst recht keine militärische Auseinandersetzung, sondern sie wollen die Rückkehr beider Seiten zu vertrauensvoller Partnerschaft. Die Menschen misstrauen auch den einfachen Feindbildern, die jetzt kursieren, und sie wollen, dass wir besonnen und gesprächsbereit bleiben. Auch darum geht es beim Russlandtag.

Ich bin in den letzten Wochen sehr häufig auf die Veranstaltung angesprochen worden, auf der Straße haben mich die Menschen angesprochen. Und fast immer war

die Botschaft: Haltet am Russlandtag fest! Denn für die meisten Menschen hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist klar, dieses Treffen kann ein kleiner Beitrag dazu sein, in diesen schwierigen Zeiten miteinander im Gespräch zu bleiben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU: Zieht euren Antrag zurück und dann ist es gut! Das ist ja furchtbar.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN beantragen heute, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, den Russlandtag abzusagen. Schon an dieser Stelle: Wir werden den Antrag selbstverständlich ablehnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte für meine Fraktion zunächst erklären, dass das Thema Russlandtag aus vielen Gründen ein schwieriges und auch ein anspruchsvolles Thema ist und dass wir uns die Abwägung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner – auch im Kabinett übrigens, Herr Suhr – zu keinem Zeitpunkt leicht gemacht haben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bin ich drauf eingegangen, Herr Ringguth.)

Zunächst möchte ich betonen, dass ich mit großer Sorge sehe, was in der Ostukraine vor sich geht. Russland trägt momentan – das kann man diplomatisch vorsichtig formulieren – wenig zur Stabilisierung in der Ostukraine bei. Deswegen – und das war in diesem Landtag schon einmal Thema – halte ich auch die beschlossenen Sanktionen für den absolut richtigen Weg, um Russland zum Einlenken zu bewegen.

Mehrfach war in letzter Zeit in den Zeitungen zu lesen, miteinander zu reden, sei besser, als aufeinander zu schießen. Dieser Satz hat seine Gültigkeit. Und dennoch ist es auch richtig, dass man darüber nachdenkt, dass es sich ja dabei keinesfalls um die einzigen beiden Alternativen handelt, die politisch zur Verfügung stehen. Das Mittel, für das wir, die westliche Welt, uns entschieden haben, lautet doch: miteinander reden und mit Sanktionen Druck ausüben. Ich halte dieses Mittel auch persönlich für absolut richtig. Sigmar Gabriel hat es am Dienstag hier in Schwerin wie folgt ausgedrückt: "Die Sanktionen, gepaart mit Verhandlungen, seien der richtige Weg in dieser Krise. Eine militärische Lösung komme nicht in Frage. Einfach zuzuschauen, sei aber auch keine Option. "Dann geht die Destabilisierung eventuell weiter."

Ich sage das als Christdemokrat nicht jeden Tag: Ja, recht hat der Mann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und, Herr Suhr, der Ministerpräsident Herr Sellering hat doch recht. Mit der Absage des Russlandtages würden wir über die Sanktionen, die wir alle als richtig und wichtig erkannt haben, weit hinausgehen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal – ich habe das an dieser Stelle vor einiger Zeit schon einmal getan –, noch einmal besonders die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Außenminister Frank-Walter Steinmeier hervorheben. Beide, beide tragen mit ihrer besonnenen, umsichtigen und auch verbindlichen Art dazu bei, Russland zum einen seine Grenzen aufzuzeigen. Zugleich bestehen zu jeder Zeit permanente diplomatische Kontakte, und zwar auf allen Ebenen. Nur so werden wir eine Chance haben, diese schwierige Krise zu meistern.

Deswegen ist aber der Russlandtag eben auch kein Instrument der deutschen Außenpolitik. Er ist sowieso kein Instrument etwa von Außenpolitik Mecklenburg-Vorpommerns, denn das muss noch einmal klar sein: Die deutsche Außenpolitik wird in Berlin gemacht und es gibt an ihr in dieser Krise nichts, aber auch gar nichts zu kritisieren oder zu verbessern. Das ist richtig.

(Vincent Kokert, CDU: Außer von den GRÜNEN natürlich.)

Meine Fraktion und auch ich dürfen davon ausgehen, dass die Verbindungen zwischen Frank-Walter Steinmeier, dem Auswärtigen Amt in Berlin, dem Ministerpräsidenten unseres Landes und der Staatskanzlei in Schwerin exzellent sind. Und meine Fraktion und ich dürfen auch davon ausgehen, dass eben bei diesen exzellenten Verbindungen etwaige Wünsche des Bundesaußenministers Steinmeier in der Staatskanzlei hier in Schwerin immer berücksichtigt werden würden.

Wenn irgendwer hier im Hause der Ansicht sein sollte, der Russlandtag sei ein friedenspolitisches Instrument, dann irrt er. Die CDU-Fraktion, wir, sehen den Russlandtag als ein Treffen mit wirtschaftspolitischem Hintergrund an. Und weil die Staatskanzlei für die Außenwirtschaft zuständig ist - das sage ich mit so einem kleinen Lächeln, sie wollte es ja auch mal irgendwann unbedingt sein -, dann hat sie sich eben dafür entschieden, einen Wirtschaftstag mit Russland zu veranstalten. Die Gründe dafür kenne ich im Einzelnen gar nicht und sie spielen aus meiner Sicht auch gar keine Rolle. Und ich sage ganz ehrlich, ich hätte auch nichts gegen einen Wirtschaftstag zum Beispiel mit Polen, mit Dänemark, Großbritannien oder den Niederlanden einzuwenden. Mit all diesen Staaten hat Mecklenburg-Vorpommern im letzten Jahr interessante Exportpartner gehabt, aber eben auch mit Russland.

Meine Damen und Herren, für die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird es neben einer Lösung des Ukraine-Konfliktes immer auch darauf ankommen, ob es Russland gelingt, vom derzeitig moderaten zu einem wieder starken Wirtschaftswachstum zu gelangen. Fest steht für uns, Russland ist für die Wirtschaft unseres Landes einer der größeren Handelspartner. Der Russlandtag liegt also in der Tat in unserem wirtschaftlichen Interesse. Es gibt gewachsene Wirtschaftsbeziehungen, die zum Teil sogar noch aus der Zeit vor der Deutschen Einheit herrühren. Ich stimme dem Ministerpräsidenten Sellering zu, dass es richtig ist, besser im Gespräch zu bleiben, als Brücken abzubrechen.

Ich wünsche auch im Namen meiner Fraktion allen Beteiligten bei der Ausrichtung des Russlandtages gutes Ge-

lingen. Ich wünsche aber auch den Menschen in der Ukraine, dass sie schnellstmöglich wieder in Frieden leben können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ringguth.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine absagen", fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit dem Konflikt Russland/Ukraine gibt es in der Tat viele:

Die NATO veranstaltet ein Manöver im Schwarzen Meer und betrachtet dies selbstverständlich als einen Beitrag für den Frieden. Gleichzeitig beklagt Kanada als Manöverteilnehmer den Überflug eines russischen Kampfjets über eines seiner Kriegsschiffe im Schwarzen Meer als ungeheuerliche Provokation. Die Ukraine verkündet stolz, dass mehrere Staaten des NATO-Bündnisses Waffen liefern. Die angesprochenen Staaten widersprechen sofort. Zum Unabhängigkeitstag führt das ukrainische Militär eine Parade in Kiew durch, auf der fast ausnahmslos Technik und Bewaffnung sowjetischer beziehungsweise russischer Bauart zu sehen sind. Zum gleichen Zeitpunkt verkündet der ukrainische Präsident eine riesige Aufstockung des Militäretats, als ob sein Land keine anderen Probleme hätte. Ein Waffenstillstand, ein brüchiger, wird ausgehandelt und stolz verkünden die Nachrichtenmagazine, die Börse hat bereits reagiert.

In dieser Gemengelage gegenseitiger militärischer Eskalation, ständig wechselnder Schuldzuweisungen, nicht geringer werdender Kriegsgefahr, in einer Zeit, wo das Militär, nicht die Diplomatie das Heft des Handelns in der Hand hat, fällt der Bündnisgrünen-Fraktion nichts weiter ein, als erneut die Absage des Russlandtages zu fordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in der ersten Landtagsbefassung mit diesem Thema habe ich für meine Fraktion deutlich gemacht, dass wir in dieser Antragstellung keinen Beitrag zur Deeskalation sehen. Und auch die Meinungsäußerungen des – es tut mir leid – CDU-Landesvize Rehberg sind kein Beitrag zur Deeskalation, aber das nur nebenbei.

Ich habe in der ersten Landtagsbefassung ebenso deutlich gemacht, dass es uns mit dem Festhalten am Russlandtag nicht vordergründig oder ausschließlich um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Russland geht. Uns geht es vorrangig darum, jede Chance zum Dialog, jede Chance zur Deeskalation, jede Möglichkeit der nicht militärischen Konfliktlösung zu nutzen. Auch Gespräche auf wirtschaftlicher Ebene können dazu einen Beitrag leisten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meint nun, die Landeregierung würde Mecklenburg-Vorpommern mit dieser Veranstaltung isolieren. Auch hier irrt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kennen Sie die deutschrussischen Kreuzjahre, nicht Kreuzzüge, sondern Kreuzjahre? Ich gebe zu, bis vor wenigen Tagen kannte ich diese Form des deutsch-russischen Austausches auch nicht. Die deutsch-russischen Kreuztage fanden 2012/2013 unter dem Motto "Gemeinsam Zukunft gestalten" als Deutschlandjahr in Russland und Russlandjahr in Deutschland unter der Schirmherrschaft beider Staatspräsidenten statt. Am 6. Juni 2014, dem 125. Geburtstag Alexander Puschkins, begannen das Jahr der russischen Sprache und Literatur in Deutschland und parallel das Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland. Der Abschluss dafür ist für den 6. Juni 2015, dem 140. Geburtstag von Thomas Mann, geplant.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat nun nachgefragt, ob infolge der aktuellen Situation in der Ukraine und damit verbundener Sanktionsmaßnahmen Veränderungen in den kulturellen Beziehungen zu Russland geplant sind. Die Antwort der Bundesregierung, ich zitiere: "Die deutsch-russischen Kulturbeziehungen sind nach wie vor eine wichtige Säule der bilateralen Beziehungen. Grundlegende Veränderungen sind nicht zu erkennen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen." Und dort heißt es, ich zitiere: "Die Bundesregierung misst der zivilgesellschaftlichen Dimension der deutsch-russischen Beziehungen große Bedeutung zu und wird diese weiter ausbauen. Durch persönliche Begegnungen entstehen Räume für echten Dialog und Austausch." Zitatende.

Und nun erklären Sie mir mal bitte, warum persönliche Begegnungen im Bereich der Kultur für Dialog und Austausch wichtig sind, persönliche Begegnungen im Bereich der Wirtschaft dies aber nicht sein sollen!

Sie fordern die Absage des Wirtschaftstreffens. Die Linksfraktion im Bundestag hat nachgefragt, ob es aufgrund der aktuellen Situation bereits Absagen bei den deutsch-russischen Kreuztagen gab oder ob solche geplant sind. Die Antwort der Bundesregierung lautet: Nein. Warum können also Begegnungen auf kulturellem Gebiet stattfinden und warum sollen Wirtschaftstreffen nicht stattfinden? Das verstehe ich nicht.

Die Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 18/2177 stammt übrigens vom 15. Juli dieses Jahres. Der Ukraine-Konflikt war bereits leider im vollen Gange. Und trotzdem sah und sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, den kulturellen Dialog mit Russland abzubrechen. Dass sich auch die Bundesregierung an anderer Stelle anders verhält, ist allerdings logisch auch nicht zu erklären.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb, auch deshalb hat der Ministerpräsident dieses Landes recht, wenn er in seinem Interview in der "Welt" vom 09.09. sagt, ich zitiere: "Es muss alles getan werden, damit es eine friedliche Lösung gibt. Und das setzt voraus, dass Gespräche geführt werden." "Das Säbelrasseln", so Sellering weiter, "muss ein Ende haben." Dem ist nichts weiter hinzuzufügen. Deshalb werden wir auch dieses Mal Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt keinen Grund, den Russlandtag abzusagen. Es wäre vielmehr ein Zeichen einer realistischen Weltsicht, ihn gerade jetzt durchzuführen. Und eine realistische Weltsicht sieht so aus: sich darüber aufzuregen, dass die amerikanische Supermacht versucht, ihren Einfluss auf Kosten von Russland auszudehnen. Und so sehen wir das. Man kann es ja auch anders sehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja klar.)

Das ist erst einmal nichts, worüber man sich besonders aufregen sollte. So sind Mächte. Mächte sind keine Kuscheltiere, das war immer schon eine harte Veranstaltung. Nietzsche hat gesagt, Mächte sind "kalte Ungeheuer".

Und die Amerikaner versuchen das halt. Sie haben versucht, in Syrien die dortige russlandfreundliche Regierung zu stürzen. Das hat nicht funktioniert. Es ist ihnen gelungen, die russlandfreundliche Janukowytsch-Regierung in der Ukraine zu stürzen mit den üblichen geheimdienstlichen und medialen Tricks und jemanden an die Macht zu bringen, der ihnen genehm ist, der übrigens nicht nur Schokoladenmilliardär, sondern auch Waffenmilliardär ist. Das wird immer so ein bisschen in der Hinterhand gehalten. Und dass sie es versucht haben, ist erst einmal normal. Nur jetzt müssen sie erkennen, dass sie zu weit gegangen sind und dass sie auf zu viel Widerstand stoßen. Man kann nur hoffen, dass sie den Realismus aufbringen, den damals Nixon und Kissinger aufgebracht haben, als sie sahen, dass sie in Vietnam nicht weiterkamen. Dann sind sie ein Stück zurückgerückt und haben gesagt, gut, wir liquidieren das Unternehmen.

Es ist nämlich so, dass Putin nicht ein internationaler Playboy wie Gorbatschow ist, der sich vom Westen von einer Party zur anderen hat einladen lassen und von einem Empfang zum anderen, während sie ihm hinter dem Rücken die Sowjetunion weggenommen haben, und der jetzt immer noch um den Globus fährt von Empfang zu Empfang. Und er ist auch kein Jelzin, kein Alkoholiker, den nur eins interessierte, wie konnte er sich mit Alkohol versorgen und wie konnte er seinen Clan versorgen mit Schwarzkonten im Ausland, und den man auch leicht über den Löffel balbieren konnte, sondern Putin wehrt sich halt. Putin wartet nicht, bis die Ukraine genauso wie das Baltikum fest in NATO-Hand ist. Er hatte auch keine Lust zu warten, bis auf der Krim ein schöner Flottenstützpunkt errichtet wird für die NATO, und er hat auch keine Lust zu warten, bis vor seiner Haustür im Kreml, auf dem Roten Platz genau dasselbe Theater stattfindet wie auf dem Majdan, wo irgendeine vom Westen gesteuerte Demonstration ihn dann wegfegt und er irgendwann auch in Den Haag im Kriegsverbrechergefängnis landet, sondern er wehrt sich, und er wehrt sich hart und schlägt hart zurück.

Und auch das unterscheidet uns von Ihnen, dass wir den Aggressor im Westen sehen, ohne uns darüber aufzuregen, dass die USA das versuchen, aber wir sehen den Aggressor im Westen. Putin wehrt sich. Er hat sicherlich Soldaten getarnt als Urlauber in die Ukraine reingeschickt, bedient sich da aller Tricks. Allerdings habe ich kürzlich auch gelesen, dass schon mehrere Hundert Angehörige amerikanischer Söldnerfirmen in der Ukraine tätig sind, die dort verdeckt kämpfen. Vielleicht hat es

auch schon direkte Kämpfe von russischen Soldaten gegen solche amerikanischen Söldner, die meistens examerikanische Soldaten sind, gegeben. FBI und CIA sind auch schon tätig in Kiew, um die dortige Regierung zu beraten.

So, und in dieser Situation macht man, wenn man halbwegs realistisch ist, einen Rückzieher. Denn je mehr Druck man auf Putin ausübt, desto mehr Gegendruck wird er ausüben. Und Sanktionen werden ihn auch nicht beeindrucken, denn selbst die schlimmsten Sanktionen mit der schlimmsten Wirtschaftskrise sind immer noch besser, als wenn er irgendwann majdanartig weggeputscht wird. Das ist nämlich die Alternative, vor der er steht. Entweder er nimmt alles hin, was der Westen macht, oder er endet wie Janukowytsch und muss die Koffer packen, damit er noch rechtzeitig nach China kommt.

Und aus diesem Grunde sind wir gegen jede Form von weiterer Eskalation. Wir sind sowohl gegen Sanktionen, die wir als Eskalation ansehen, und auch gegen diese Absage des Russlandtages. Das wäre zwar nur ein winziges Stückchen Eskalation und würde wohl kaum wahrgenommen werden von den Herren Obama und Putin, aber es ist ein überflüssiges Stückchen Eskalation. Man muss jetzt zurückrudern, muss zu einer Lösung finden, dass die Putin-Regierung davon ausgehen kann, dass die Ukraine nicht gegen sie ausgerichtet werden soll als Teil der NATO, und die Ukraine in irgendeiner Weise neutralisieren. Das wäre vernünftig und der Schlüssel dafür liegt in der Hand der Führung im Weißen Haus. Ich habe es schon erwähnt, Nixon und Kissinger haben rechtzeitig auf die Bremse gedrückt. Es ist zu hoffen, dass Obama genauso realistisch ist, ansonsten werden wir eine Kriegshölle erleben.

Und es ist absolut lächerlich, wenn deutsche Politiker wie Gauck oder deutsche Zeitungen wie die "Bild-Zeitung" sich dann in Drohungen gegen eine Supermacht wie Russland ergehen, die 10.000 Atomsprengköpfe hat. Da sollte man sich wirklich mal zurückhalten und man sollte sich zu denen gesellen, die auf Deeskalation setzen, diese ganze Operation beenden und das Feuer des Krieges nicht noch anheizen. Deswegen sind wir dafür, der Russlandtag soll bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst mal, Herr Ministerpräsident Sellering, möchte ich zum Ausdruck bringen, Sie haben mich bezogen auf die Anmerkung zur besonnenen Rede richtig verstanden. Ich bin hier nicht umsonst zum Beginn meines einführenden Redebeitrages auch durchaus darauf eingegangen, welche Interessen Russland hat und dass man sicherlich an der Stelle nicht mit einer einseitigen Betrachtungsweise weiterkommt. Und ich kann mir sehr gut vorstellen, wenn ich auch die Reaktionen auf unsere Forderungen einmal reflektiere, die nicht so eindeutig sind, wie sie offensichtlich von Menschen formuliert werden, die mit Ihnen sprechen, dass dieser Aspekt immer wieder eine Rolle spielt. Das ist ohne Wenn und Aber so.

Ich möchte aber auch darauf eingehen, dass genau vor dem Hintergrund dieser bewusst besonnen gehaltenen Rede für meine Begriffe aus dieser Rede und diesem Beitrag – zu dem stehe ich inhaltlich – nicht zu entnehmen war, dass die GRÜNEN-Fraktion für mehr Eskalation oder für mehr Säbelrasseln sei, sondern ich bin ausdrücklich darauf eingegangen, dass jegliche Form von militärischen Muskelspielen – und ich sage an dieser Stelle noch mal ausdrücklich, auch ein NATO-Manöver in der Ukraine gehört für mich dazu – ungeeignet ist, um diesen Konflikt in geeigneter Art zu befrieden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und da sind wir an der Stelle in der Tat an einem interessanten Punkt, weil wenn ich die Redner der Koalition gehört habe und wenn ich den Ministerpräsidenten richtig verstanden habe, und ich hoffe, ich habe Sie richtig verstanden, ich habe sehr aufmerksam zugehört, dann ist die Haltung die, dass Sie sagen, es gibt mehrere Gründe – drei haben Sie benannt –, die uns dazu bewegen, den Russlandtag nicht abzusagen nach einem sorgsamen Abwägungsprozess. Der erste Grund ist, wir wollen im Gespräch bleiben, wir wollen den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Der zweite Grund ist, wir wollen die wirtschaftlichen Beziehungen, die für unser Bundesland extrem wichtig sind, weiter pflegen. Das waren die beiden zentralen Gründe. Das kann ich nachvollziehen.

Was ich nicht nachvollziehen kann, was ich nicht nachvollziehen will an dieser Stelle, ist, dass in keinem Redebeitrag, in keinem Redebeitrag hier im Haus angesprochen worden ist, auf welcher Grundlage wir das denn tun. Denn das, was Sie hier vortragen, die Gespräche weiterzuführen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu betrachten, das ist bezogen auf das Sanktionsszenario auch das, was die Europäische Union macht, was die Bundesregierung macht. Aber im großen Unterschied benennt sie eindeutig, was die Grundlage ist, nämlich die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung von prorussischen Separatisten. Und wenn man an der Stelle hergeht und sagt, wir machen hier einen Russlandtag, der einzig und allein der Pflege wirtschaftlicher Beziehungen dient, und verlieren gleichzeitig kein einziges Wort zu dem Verhalten Russlands in der Ukraine, zum völkerrechtswidrigen Verhalten in der Ukraine, dann duckt man sich vor einer Diskussion weg, von der ich glaube, dass es notwendig ist, dass man sie führen muss.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, nein, nein!)

Und das ist der zentrale Punkt zu unserer Haltung. Damit bin ich nicht bei dem Punkt, dass wir jetzt hier die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland machen, aber ich bin bei dem Punkt und bei der Frage, inwieweit unterlaufen wir denn das, was vonseiten der Europäischen Union initiiert worden ist.

Und an der Stelle möchte ich auf einen Punkt zurückkommen, den mehrere angesprochen haben. Das war die Aussage, die unterstützende Aussage des Bundeswirtschaftsministers, den ich übrigens in seiner Aussage vor zwei Tagen eher so interpretiert habe, dass es vermutlich die Aussage eher des SPD-Bundesvorsitzenden ist, um seinen Ministerpräsidenten zu unterstützen. Es ist nämlich die Aussage gewesen: Na ja, es trifft ja nicht die Sanktionen.

Welches Bild, wenn man das mal weiterentwickeln würde, würde denn entstehen, wenn jetzt die Bundesländer derartige vergleichbare Veranstaltungen machen würden? Es würde doch der Eindruck entstehen, als würden auf der europäischen Ebene, gestützt durch die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Sanktionen, wirtschaftliche Sanktionen als zentrales Element der Befriedung dieses Konfliktes eingesetzt und die Bundesländer scheren sich nicht drum, sie benennen das noch nicht mal in einer Debatte, die genau um diesen Punkt geht. Da bin ich weit weg von Außenpolitik, aber ich bin bei der gradlinigen Politik, weil ich finde, das muss an so einer Stelle benannt werden. Und wenn es benannt wird, dann kann man auch zu der Abwägung kommen und sagen, trotzdem führen wir den Russlandtag durch oder wir lassen es eben, weil er nicht in diese Zeit hineinpasst. Und das ist im Übrigen auch das, was hier vorgeworfen wurde, heute schon mindestens zehnmal zitiert, ich verspreche, ich tue es nur einmal, worauf auch Eckhardt Rehberg hingewiesen hat, der hat nämlich gesagt,

(Vincent Kokert, CDU: Meine Güte! Was wär der stolz, wenn er das wüsste!)

der hat nämlich gesagt, lieber Kollege Kokert, "Wirtschaftsbeziehungen" – da liegt viel Wahrheit drin – "zu Russland müssen und sollen gepflegt werden, aber das muss man in einer Situation machen, wenn Russland und Putin wieder zur Einhaltung der Normen des Völkerrechts zurückgekommen sind." Da fehlen mir die kritischen Worte der Landesregierung an dieser Stelle. Und darauf hat Eckhardt Rehberg richtigerweise hingewiesen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wer ist denn Ministerpräsident in der schwarz-roten Koalition? Eckhardt Rehberg?)

Vor dem Hintergrund in diesem Gesamtkontext muss man in der Abwägung dazu kommen, ob man mit der Beibehaltung des Russlandtages die Bemühungen der Europäischen Union unterläuft, indem man nämlich genau dieses Signal setzt, oder ob man das nicht tut.

Ich will einen letzten Aspekt benennen, der hier überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen ist. Es ist mehrfach davon gesprochen worden, dass Russland ein überaus wichtiger Handelspartner für Mecklenburg-Vorpommern ist. Das ist richtig, aktuell offensichtlich der zweitwichtigste Handelspartner. Sehr geehrte Damen und Herren, der wichtigste Handelspartner unseres Bundeslandes ist bekanntlich unser Nachbarland Polen. Und Sie kennen die Ängste in diesem Land, die geäußert werden vor dem Hintergrund des Agierens Russlands in der Ukraine. Auch dort wird sehr sorgsam beobachtet, was dieses Bundesland macht, und auch dieses ist in diesem Abwägungsprozess zu berücksichtigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3260.

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3260 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der anderen im Parlament vertretenen Fraktionen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Vizepräsidentin Gajek hat eine Ältestenratssitzung angekündigt. Die werden wir jetzt durchführen. Das heißt, wir unterbrechen die Sitzung voraussichtlich bis 18.00 Uhr und setzen dann fort. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 17.47 Uhr

Wiederbeginn: 18.04 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

(Egbert Liskow, CDU: Ich bin schon da.)

Herr Liskow, ich habe die Sitzung eröffnet und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie sich dazu nicht zu äußern haben. Im Falle eines weiteren Zuwiderhandelns erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(allgemeine Heiterkeit – Minister Harry Glawe: Auwei, auwei! Kommen Sie mal nach Hause, Herr Liskow!)

Ich möchte bitte mit der Sitzung fortfahren und bitte um die nötige Ernsthaftigkeit.

(Minister Harry Glawe: Egbert, da musst du dir was einfallen lassen heute Abend!)

Für die Vizepräsidentin Frau Gajek im Benehmen mit dem Ältestenrat möchte ich zurückkommen auf den Tagesordnungspunkt 24 und den Abgeordneten Udo Pastörs für die permanente Missachtung des Präsidiums von der heutigen Sitzung ausschließen.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Humanitäre Hilfe statt Waffen – Verfolgten im Irak und Syrien Unterstützung, Schutz und Aufnahme ermöglichen, Drucksache 6/3257. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3299 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Humanitäre Hilfe statt Waffen – Verfolgten im Irak und Syrien Unterstützung, Schutz und Aufnahme ermöglichen – Drucksache 6/3257 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/3299 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Dr. Al-Sabty.

**Dr. Hikmat Al-Sabty**, DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Juni 2014 verbreitet die radikalislamische Terrormiliz des Islamischen Staates, kurz IS, in großen Teilen des Iraks

verstärkt Terror und Gewalt. Hunderttausende Christen, Jesiden, Turkmenen, Sunniten, Schiiten sind auf der Flucht. Keine religiöse Gruppe ist vor IS sicher.

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung die Terrororganisation IS und die Verwendung von Symbolen wie das der schwarzen Flagge verboten. Das ist ein wichtiger Schritt. Die Terrororganisation IS ist ein innenpolitisches Problem in Deutschland. Im August hatten Anhänger des IS, darunter bewaffnete, eine Unterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Berlin-Marienfelde überfallen und mehrere Menschen schwer verletzt. Bei Aufmärschen des IS zeigten gewaltbereite Anhänger die schwarze Fahne der Terrororganisation, ohne dass die Behörden einschreiten konnten. Wir müssen uns diesem Problem von mehreren Seiten stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag zielt darauf ab, die vom IS Verfolgten im Irak und in Syrien zu unterstützen, ihnen Schutz und Aufnahme in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen. Laut dem UNHCR sind bislang in diesem Jahr schätzungsweise 1,8 Millionen Menschen im Irak vertrieben worden. Sie verteilen sich auf etwa 1.500 Standorte über das ganze Land. Der Irak beherbergt außerdem 215.000 syrische Flüchtlinge.

Anfang September teilte der UNHCR mit, dringend mehr finanzielle Unterstützung zu benötigen, um die Vertriebenen zu versorgen und winterfeste Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Insgesamt sind jedoch noch rund 350 Millionen Dollar zusätzlich notwendig, um die erforderliche Hilfe zu leisten. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland hat die 2,9 Millionen Euro humanitäre Soforthilfe für die Flüchtlinge am 11. September um 4,4 Millionen Euro aufgestockt. Finanziert werden damit vor allem die medizinische Versorgung, die körperliche Rehabilitation, der Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Wiederherstellung von Lebensgrundlagen für Binnenvertriebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Bündnis aus Politikerinnen und Politikern, Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern, Künstlerinnen und Künstlern und Religionsgemeinschaften verlangt von der Bundesregierung mehr humanitäre Soforthilfe für die Vertriebenen im Irak und in Syrien. Während die verfolgten Menschen jeden Tag um ihr Leben bangen, wird auf Bundesebene noch darüber gestritten, ob und wie viele Jesiden, Christen und andere als Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden sollen.

Eine zügige Aufnahme in Form eines gezielten Aufnahmeprogramms der Bundesregierung angesichts der Tragödie ist aus unserer Sicht eine humanitäre Pflicht. Mindestens die Hälfte der Bundesbürgerinnen und -bürger befürwortet eine schnelle Aufnahme der Verfolgten. Es ist also keine Frage, ob wir Schutzbedürftige aufnehmen sollen, wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, wie wir die Aufnahme und Unterbringung bestmöglich gestalten.

Es ist von großer Bedeutung, wie der Aufnahmeprozess hierzulande verläuft. Dabei ist es nicht förderlich – und das sage ich in Richtung meiner Kollegen von der CDU –, Ressentiments und Ängste in der Bevölkerung zu schüren und eine Drohkulisse von vermeintlichen Flüchtlingsströmen aufzubauen. Jeder, der das tut, handelt unverantwortlich. Der Fokus muss darauf liegen, auf allen Ebenen gemeinsam mit der Bevölkerung die Aufnahmeprozesse zu gestalten.

Meine Fraktion hat hierfür in der Vergangenheit immer wieder Anträge auf eine bessere Willkommenskultur und Möglichkeiten der Unterbringung und Integration gestellt. Leider sind alle Anträge abgelehnt worden. Hätten Sie unseren Forderungen zugestimmt, dann wären wir heute ein Stück weiter. Wir hätten das Fundament und die Rahmenbedingungen für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge gemeinsam geschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es ist an der Zeit, dass Sie konstruktive Schritte für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern gehen, gerade in Abgrenzung zu den populistischen, rassistischen Parolen der AfD.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Fakt ist, die Geflüchteten haben keine Perspektive in ihren Heimatländern. Sie haben alles verloren. Viele von ihnen haben nicht mal eine Chance auf Rückkehr in ihre Heimatländer.

In Mecklenburg-Vorpommern leben mehrere Hundert Menschen aus Syrien und dem Irak. Ich selbst stamme aus dem Irak, das wissen Sie ja. Menschen aus diesen Ländern, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sollen ihre Familienangehörigen nach Deutschland holen dürfen. Jede und jeder wünscht sich seine Angehörigen aus der Gefahrenzone. Das ist ganz verständlich und menschlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Aufnahme muss möglich sein, auch ohne Nachweis der finanziellen Mittel für die Unterbringung und Versorgung. Die seit September 2013 bestehende Regelung zum Familiennachzug von Angehörigen aus Syrien zeigt, dass die Voraussetzung eines finanziellen Nachweises auf Grundlage des Paragrafen 68 des Aufenthaltsgesetzes eine große Hürde ist. Nur sehr wenige schaffen es, unter diesen Bedingungen ihre Angehörigen aufzunehmen.

Die Antworten der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage vom 29. April dieses Jahres zeigen, dass es innerhalb eines halben Jahres nur vier Familien möglich war, insgesamt nur fünf Personen im Rahmen der Aufnahmeanordnung des Landes vom 26. September 2013 nach Deutschland gekommen sind. Drei Personen sind im Dezember 2013, eine Person ist im Januar dieses Jahres und eine weitere Person im April dieses Jahres eingereist. Das ist wahrhaftig sehr gering mit Blick auf die 694 in Mecklenburg-Vorpommern lebenden syrischen Staatsangehörigen, die im März gezählt worden sind.

Das zeigt, dass ein Familiennachzug von Angehörigen aus dem Irak und Syrien einfacher möglich sein muss, damit es wirklich als Maßnahme greifen kann. Hier überlässt der Staat es alleine den Privatpersonen, Hilfe zu leisten. Der Staat muss diese humanitäre Hilfe leisten oder zumindest intensiv unterstützen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bekennen Sie sich zur Menschlichkeit und stimmen Sie unserem Antrag zu! Dem Änderungsantrag von den Kollegen der GRÜNENFraktion stimmen wir zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst in Vertretung des Ministers für Inneres und Sport der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Terroroganisation Islamischer Staat zieht derzeit mit brutaler Gewalt durch den Irak und durch Syrien. Die Kämpfer töten und vertreiben Tausende, sie wenden sich gegen Minderheiten, sie gehen gegen Christen und Jesiden vor.

Ziel des IS ist der Aufbau eines Kalifatstaates, in dem nur die Gesetze des Islam, also die Scharia, gelten sollen. Die Trennung von Staat und Religion soll aufgehoben werden. Aufgrund der extremen Brutalität und der damit verbundenen einhergehenden Angst in der Zivilbevölkerung befinden sich Tausende von Menschen auf der Flucht.

Die Nachrichten und Bilder schockieren auch uns Deutsche, und ich darf sagen auch mich persönlich. Die Frage ist also, wie das Land Mecklenburg-Vorpommern helfen kann. Die Fraktion DIE LINKE fordert in dem von ihr vorgelegten Antrag die Verstärkung der humanitären Hilfe auf Bundesebene und die Einrichtung von Sonderkontingenten.

Meine Damen und Herren, Deutschland darf sich seiner Verantwortung für die Menschen im Nordirak und in Syrien nicht entziehen. Die Menschen dort brauchen unsere humanitäre Hilfe und unseren Beistand dringend. Sie brauchen sie aber zuallererst vor Ort. Hier stimme ich meinem Amtskollegen auf Bundesebene, Dr. de Maizière, vollkommen zu. Es geht zunächst nicht darum, Flüchtlinge aus dem Irak nach Deutschland zu holen, sondern es geht darum, dazu beizutragen, dass sie in ihrer Heimat wieder in Frieden leben können, denn das ist es, was sie selbst in erster Linie wollen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schließt das eine das andere denn aus?)

Nun lassen Sie mal! Warten Sie doch mal ab!

Dazu leistet Deutschland bereits Erhebliches. Wir gehören zu den größten bilateralen Gebern in der Region. Seit Beginn der Syrienkrise wurden mehr als 550 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, davon über 320 Millionen für humanitäre Hilfe – jetzt haben Sie die Antwort –, für Hilfsmaßnahmen, für strukturbildende Übergangs- und bilaterale Hilfen, über 170 Millionen und über 65 Millionen für Maßnahmen der Krisenbewältigung.

Deutschland hilft, aber nicht nur mit Geld. Im Auftrag der Bundesregierung beteiligt sich das Technische Hilfswerk am Bau von Flüchtlingscamps für irakische Binnenvertriebene. Unter seiner Mitwirkung sollen insgesamt 15 bis 25 zusätzliche Camps in Kurdistan entstehen. Dies ist ebenfalls ein entscheidender Beitrag, um die Not der Menschen vor Ort zu lindern. Die Hilfe aus Deutschland

muss und wird weitergehen, und zwar nicht wegen eines Antrages aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern aus Gründen der Menschlichkeit, aus deutscher, europäischer und internationaler Verantwortung.

Meine Damen und Herren, was die geforderten Kontingente sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene angehen, so bin ich skeptisch. Zum einen erwiesen sich diese Kontingente als schwierig in der Bearbeitung. Sie verursachen einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Ich sehe den Sinn auch deshalb nicht, weil bereits das normale Asylverfahren auch für Flüchtlinge aus dem Irak momentan fast in allen Fällen zu einer Anerkennung führen wird.

Von 20.000 Kontingentflüchtigen konnten bis jetzt 7.500 in Deutschland aufgenommen werden. Aber es sind bereits 40.000 Asylbewerber aus Syrien in Deutschland in Sicherheit, meine Damen und Herren. Dafür gilt unser Dank ganz besonders den Kommunen, denn sie haben unterstützt und sie haben die Unterbringung der vielen Flüchtlinge aus der Welt mitorganisiert. Natürlich hat das Innenministerium seinen Beitrag dazu geleistet.

Wenn dabei von den Oppositionsparteien die Kritik zu hören ist, dass schon die Einreise nach Deutschland eine unüberwindbare Hürde sei, ist das allein durch das Faktum der Realität widerlegt. Unsere Kommunen in Deutschland nehmen bereits die meisten Flüchtlinge, Asylanten und Zuwanderer in Europa auf – trotz Dublin.

Im Übrigen ist die Flüchtlings- und Zuwanderungsfrage ein europäisches Problem, dass es nur auf der europäischen Ebene zu lösen gilt. Und wenn die Einreise über einen sicheren Drittstaat erfolgt und daher seine Zurückschiebung in diese Staaten die Konsequenz ist, dann bitte ich darum, dieses Verfahren nicht mit der Ablehnung einer Hilfeleistung gleichzusetzen, denn die betroffenen Menschen bleiben sehr wohl im Asylverfahren.

Auch den Antrag auf Schaffung eines weiteren Landeskontingentes lehne ich ausdrücklich ab, die Gründe hatte ich vorher schon vorgetragen. Darüber hinaus muss die Situation der Kommunen bedacht werden. Tatsächlich haben die Kommunen schon jetzt Probleme, alle Asylbewerber und Flüchtlinge unterzubringen.

Und es werden auch noch mehr werden. Das lässt sich an folgenden Zahlen festmachen: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in seiner letzten Prognose vom August mitgeteilt, dass derzeitig mit einem momentanen Zugang von 16.000 bis 18.000 Erstantragstellern bundesweit gerechnet wird. Dies bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern, dass monatlich zwischen 330 und 370 Personen aufzunehmen sind. Schon jetzt liegen die Zugänge aber bei 430 Personen, sodass im Jahr 2014 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt rund 4.000 Personen dazukommen werden. Im Jahr 2013 haben 2.303 Erstantragsteller einen Antrag abgegeben. Das ist eine Steigerung um 70 Prozent.

Für die Aufnahme dieser Flüchtlinge brauchen wir auch die Akzeptanz der Bevölkerung. Dafür müssen wir alle werben. Für die Asylbewerber und die Zuwanderer benötigen wir ein gesamteuropäisches Programm, in dem die Aufteilung auf die Mitgliedsländer geregelt wird. Nicht Deutschland und schon gar nicht Mecklenburg-Vorpommern wird dieses Problem alleine lösen können. Daher kann ich nur empfehlen, den Antrag heute abzulehnen.

Zum Änderungsantrag der LINKEN, die einen Punkt 3 ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Der GRÜNEN!)

Ja, Entschuldigung, der GRÜNEN!

... einführen wollen, will ich feststellen, dass im Prinzip seit 2008 in den Irak nicht mehr abgeschoben wird, es sei denn, es sind bei Personen kriminelle oder strafrechtliche Dinge festgestellt worden, dann können sie abgeschoben werden. Von daher ist Ihr Antrag entbehrlich. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Innenminister, das war gut. –
Minister Harry Glawe: Was? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Innenminister, das war gut. –
Minister Harry Glawe: Danke.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kaselitz.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Welt ist von Krisen gezeichnet. Nahezu täglich erreichen uns neue Nachrichten über Gewalt, über territoriale, ethnische und religiöse Konflikte. Meldungen über den Vormarsch fanatischer Terroristen, den Zusammenbruch staatlicher Strukturen, die Verletzung von Menschenrechten und den Bruch des Völkerrechts gehören mittlerweile zum Alltag. Die Ereignisse scheinen sich zu überschlagen.

Wenn wir auf die Konfliktherde schauen, entsteht der Eindruck, die Welt ist aus den Fugen geraten. Ganz besonders erschüttern uns die Nachrichten aus dem Irak. Mit unvorstellbarer Brutalität ist die Terrororganisation Islamischer Staat auf dem Vormarsch, sie ermordet Frauen, Männer und Kinder zum Teil auf bestialische Weise. Zu Hunderttausenden sind die Menschen auf der Flucht. Ich verspüre Erschütterung und Abscheu, wenn ich diese Bilder sehe.

Meine Damen und Herren, wir können und dürfen diesem unsäglichen Leid so vieler Menschen nicht tatenlos zuschauen! Wir müssen, wo immer dies möglich ist, helfen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei steht für uns an erster Stelle umfassende humanitäre Hilfe, besonders für die Flüchtlinge. Mit Lebensmitteln, Medikamenten, Notunterkünften und anderen Hilfsgütern kann die erste Not direkt vor Ort gelindert werden. Die angelaufene humanitäre Nothilfe vieler Hilfsorganisationen, auch aus Deutschland, ist dafür so wichtig. Diese Hilfe muss intensiv fortgeführt und angesichts des Ausmaßes der menschlichen Katastrophe verstetigt werden.

Ziel ist es, Lebensperspektiven vor Ort zu erhalten und wieder neu zu schaffen. Trotz der Hilfen in diesem Spannungsgebiet werden immer mehr Menschen aus ihrer Heimat in sichere Regionen fliehen. Was barbarische Wüter der Terrorgruppen dort anrichten, das bringt viele Menschen im Irak in diese ausweglose Situation. In Deutschland und bei den anderen europäischen Partnern

werden also mehr Flüchtlinge ankommen als in den Jahren davor.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn Deutschland bereits jetzt international und im europäischen Vergleich zu den Hauptgebern zählt, ist es angesichts der wachsenden humanitären Katastrophe und der dramatischen Zunahme der Flüchtlingszahlen notwendig, unser Engagement deutlich zu steigern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier muss die Bundesregierung ein Signal setzen und durch konkrete Programme sowie durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel die humanitäre Hilfe verstärken. Dabei müssen besonders die Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen, mit ausreichenden Bundesmitteln unterstützt werden. Sie dürfen bei der Versorgung der Flüchtlinge mit ihren finanziellen und sozialen Schwierigkeiten nicht alleingelassen werden.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Gleichzeitig ist eine großzügige Flüchtlingsregelung notwendig, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Europa muss endlich gemeinsame Lösungen finden, damit den Menschen geholfen wird, die unseren Schutz am nötigsten haben.

Wir plädieren für eine unkomplizierte Aufnahme von Flüchtlingen aus den betroffenen Regionen. Deutschland sollte Vorbild sein, wenn es konkret darum geht, in Lebensgefahr geratene Menschen in Schutz zu nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vielfältig sind das Engagement und die Hilfsbereitschaft von Staaten, zahlreichen Organisationen, Kirchen und einzelnen Menschen bei der Aufnahme, Begleitung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserem Land – seien es das Bemühen um eine dezentrale Unterbringung, die Entwicklung eines Sprachmittlerpools, die Einbeziehung der Flüchtlinge und Asylbewerber in das gesellschaftliche Leben der Gemeinden, der ehrenamtliche Deutschkurs oder die Gewährung von Kirchenasyl als Akt der christlichen Nächstenliebe. Auch manchem Christdemokraten hier im Haus hätte eine solche Haltung heute gut zu Gesicht gestanden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich unseren Bundespräsidenten Joachim Gauck zitierten. Er stellte die Frage: "Tun wir alles, was wir tun könnten?" Und er antwortete:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nein.)

"Wir, das heißt Deutschland und auch Europa, tun viel. Aber nicht so viel, wie es selbst manchmal scheint."

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Demokratie lebt vom Wettstreit der demokratischen Akteure. Parteipolitische Profilierung ist legitim und wichtig für den Wettbewerb um die besten Lösungen. Es gibt aber Situationen, da wäre ein gemeinsames Agieren der demokratischen Fraktionen hier im Landtag angebracht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte es begrüßt, wenn bei diesem wichtigen Thema ein interfraktioneller Antrag möglich gewesen wäre.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es ist sehr schade, dass dies trotz anfänglicher Bereitschaft nicht gelungen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Kaselitz, herzlichen Dank für die ehrlichen Worte. Ich kann es jetzt auch nur noch mal an die CDU geben – ich weiß nicht, ob "bitte" das richtige Wort ist –, da vielleicht in sich zu gehen und hier nicht eine Argumentation vorzuführen, die möglicherweise dann doch, vorsichtig ausgedrückt, …

(Torsten Renz, CDU: Lassen Sie sich freien Lauf!)

Nein, es ist schwierig,

(Egbert Liskow, CDU: Nach den Reden heute.)

den rechten Rand nicht ...

Aber wir haben zurzeit eben die Problematik der AfD

(Torsten Renz, CDU:
Jetzt doch lieber vorsichtig. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Kaselitz
kann nichts dafür an dieser Stelle.
Es ist an anderer Stelle gescheitert. Es
lag nicht an uns, es lag an anderer Stelle.)

und es kommt mir häufig so vor, als wenn man in dem Bereich jetzt wildern möchte und ich halte das einfach für gefährlich, weil es hier um Menschen geht, die auf der Flucht sind. Es geht hier um Bürgerkrieg und ich denke, wir müssen handeln. Immer auf die anderen zu verweisen, halte ich nicht für das richtige Zeichen.

Aber lassen Sie mich jetzt auf Ihren Antrag zurückkommen, meine liebe Fraktion DIE LINKE. Wir haben sehr viel diskutiert: Ist jetzt die Überschrift das Handlungsleitende oder ist der darunterliegende Text das Handlungsleitende?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, wenn Sie nicht wissen als Vizepräsidentin, was hier beschlossen wird, dann tut es mir leid.)

Darf ich inhaltlich diskutieren, Herr Ritter? Ich finde, es sind inhaltliche Unterschiede.

(Torsten Renz, CDU: Leider hat sie gesagt "nein".)

Wenn ich die Überschrift lese, steht dort: "Humanitäre Hilfe statt Waffen –"

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und?)

"Verfolgten im Irak und Syrien Unterstützung, Schutz und Aufnahme ermöglichen".

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist da Ihr Problem?)

Von "Waffen" habe ich im Antrag nichts mehr gelesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, und der Antragstext wird beschlossen und nicht die Überschrift. Ha, ha, ha!)

Aber ich darf doch noch mal meine eigene Meinung haben und die würde ich hier ganz gerne kundtun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich darf wohl widersprechen, wenn es falsch ist?! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Für mich persönlich ist gerade der Krieg im Irak und die Frage der Waffenlieferungen eine sehr schwierige, weil sie zurzeit – wir haben alle die Diskussion im Bundestag mitbekommen – so geführt wird. Und wir haben vorhin auch draußen in der Lobby darüber diskutiert, wenn wir keine Waffen liefern, akzeptierst du das dann nicht auch einen Teil.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich persönlich bin Pazifistin, überzeugte Pazifistin,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und ich denke, so einfach ist die Antwort eben nicht. Das, was ich vermisse in der Debatte auch um die Waffenlieferungen ist: Wo sind die Vereinigten Staaten? Warum agieren einzelne Staaten, warum nicht der Völkerbund? Ich finde, das ist eine problematische Situation

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie meinten "Vereinte Nationen".)

und denke, das muss der Appell sein,

(Heinz Müller, SPD: Sie ist der Zeit ein bisschen hinterher.)

dass es hier um eine, ja vielleicht schon weltpolitische Auseinandersetzung geht.

Meine Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat sich im Bundestag mehrheitlich gegen die Waffenlieferungen in den Irak entschieden und ich weiß, dass es dort eine harte Auseinandersetzung gegeben hat. Das muss man so sagen und Sie selbst haben alle diese Diskussionen mitbekommen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nichtsdestotrotz denken wir – und davon gehe ich jetzt aus, dass die demokratischen Parteien es alle so sehen –, dass gerade die humanitäre Hilfe die wichtige ist. Das ist ja das Zeichen, so habe ich den Antrag im Text verstanden. Dieser Impuls soll auch von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt werden. Ich denke, dass eine schnelle humanitäre Offensive von zentraler Bedeutung ist und sein muss. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, hier zügig erste humanitäre Hilfsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die bereits zur Verfügung gestellten rund 4,5 Millionen Euro des Auswärtigen Amtes können aber nur ein erster Schritt sein. Auch die angekündigten weiteren 20 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung müssen nun so schnell wie möglich in konkrete Hilfe umgesetzt und weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Damit die Mittel zielführend eingesetzt werden können, braucht es ein breit angelegtes, zwischen den Bundesministerien innerhalb der Europäischen Union und international abgestimmtes Hilfsprogramm für die Notleidenden in der gesamten Region, das unter der Führung der Vereinten Nationen geplant und umgesetzt wird. Die humanitäre Notlage in Syrien und im Irak bedarf eines langfristigen, verlässlichen und umfassenden Engagements.

Ich glaube, es ist alles gesagt. Wie gesagt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutiert die Waffenlieferungen sehr offen und auch bei uns in der Fraktion wurde stark diskutiert, inwiefern die Waffenlieferungen, wie die Panzerabwehrraketen "Milan" aus Deutschland an die kurdischen Peschmerga sinnvoll sind. Ich glaube, das sind eben auch die Punkte, die wir immer wieder hören: Wer kriegt die Waffen? Gewalt löst wieder Gegengewalt aus. Wie kann diese Gewaltsituation durchbrochen werden?

Ich habe nicht die Antwort und ich glaube, es geht darum, gemeinschaftlich hier, vielleicht so einen Verhandlungsmarathon – das will ich jetzt nicht sagen –, aber

(Torsten Renz, CDU: Ja, was ist denn nun? Was machen wir denn jetzt mit dem Antrag?)

Fingerspitzengefühl ...

Darf ich das gleich sagen?

(Torsten Renz, CDU: Ja, bringen Sie es mal auf den Punkt!)

Ich finde einfach, dass dieser Antrag schon ein bisschen mehr ist, um darüber mal zu diskutieren.

(Torsten Renz, CDU: Aber irgendwann muss es ja ein Ergebnis ...)

Und ich glaube, es steht mir zu, meine persönliche Meinung dazu zu sagen.

(Torsten Renz, CDU: Selbstverständlich, aber irgendwann muss es ja mal ein Ergebnis geben.) (Bernd Schubert, CDU: Aber das muss schneller gehen. – Michael Andrejewski, NPD: Bis zur Roten Lampe. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob sich so ein Krieg schnell lösen lässt und ich finde, mit Verlaub, so eine Süffisanz bei diesem Thema unerträglich.

Und, meine liebe CDU,

(Michael Silkeit, CDU: He, he! Langsam!)

ich weiß nicht, wer von Ihnen nachher redet, ich möchte da ein paar Antworten haben.

(Torsten Renz, CDU: Der sicherheitspolitische Sprecher.)

Na gut, das wird dann Herr Silkeit sein.

Also was ich zum Ausdruck bringen möchte, ist,

(Heinz Müller, SPD: Aber ganz vorsichtig und gemäßigt wegen schwarz-grün und so.)

dass gerade diese Situation, das hat Frau Kaselitz auch sehr gut auf den Punkt gebracht, für uns alle eine unheimlich schwierige ist, weil es um neue geopolitische Auseinandersetzungen und möglicherweise um Aufteilungen geht. Es muss sehr bedacht und sehr behutsam hier verhandelt werden.

(Torsten Renz, CDU: Aber jetzt muss doch endlich mal ...)

Und genau darum geht es.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Ich finde, um zum Anfang zurückzukommen, dass die Überschrift etwas suggeriert – wie hieß es, "Humanitäre Hilfe statt Waffen". Diesen Punkt habe ich mit aufgenommen und ich glaube, diese Freiheit habe ich, hier in diesem Hohen Hause darüber zu reden.

Wir werden den Antrag unterstützen und ich hoffe, dass sich der Innenminister und die CDU ein Stück weit von diesem konservativen Weg im Bereich der Flüchtlingspolitik verabschieden und wir hier perspektivisch interfraktionelle Anträge auf den Weg bringen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Das können Sie aber vergessen! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Streckenweise habe ich das Gefühl, dass die Diskussion sowohl an der Debatte des Deutschen Bundestages als auch an den Intentionen der Bundesregierung und auch an der Realität vorbeigegangen ist.

Hm?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich glaube, mit Ihren Gefühlen stimmt was nicht, Herr Silkeit.)

Ich bin schon ein bisschen überrascht, lieber Kollege Al-Sabty, wie Sie den Weg des Unterstützungspaketes einer übrigens schwarz-roten Bundesregierung – und "rot" steht für SPD, liebe Kollegin Kaselitz –, wie Sie den Weg eines schwarz-roten Unterstützungspaketes skizziert haben und Ihre Feststellung letztendlich darin mündete, dass die CDU in irgendeiner Form irgendetwas blockiert hat oder wir letztendlich wieder die großen Verweigerer sind. Ich darf Sie daran erinnern, der Verweigerer im Deutschen Bundestag war DIE LINKE.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wir wollten keine Waffen liefern.)

Sie haben das komplette Unterstützungspaket verweigert, weil Ihnen die Waffen nicht gefallen haben in dem Antrag,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

übrigens gegen das Votum aller anderen demokratischen Fraktionen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Regine Lück, DIE LINKE: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir nämlich nicht militant. Wir sind nicht militant.)

Langsam, langsam, langsam! Ich schränke das ein mit den GRÜNEN.

Und Sie waren an dem Tag noch so verschnupft, dass Sie sich nicht mal in der Lage sahen, dem Entschließungsantrag – und jetzt kommen Sie ins Spiel – von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der ja eigentlich in Ihre Richtung ging, Ihre Zustimmung zu geben. Da haben Sie sich auch noch enthalten. Das ist die Realität.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Unterm Strich haben Sie wahrscheinlich den Auftrag Ihrer Bundestagsfraktion bekommen, um dieses Thema auch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren.

(Regine Lück, DIE LINKE: Noch reden und agieren wir selbstständig. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dazu brauchen wir keinen Auftrag.)

Das, was Sie beantragen, lieber Kollege Al-Sabty, das, was Sie beantragt haben und hier sehr oberflächlich dargestellt haben, ist Bestandteil des Unterstützungspaketes. Damit es auch jeder versteht: Der Bundesinnenminister hat ganz klar und deutlich erklärt, dass es zum Beispiel keine Deckelung bei der humanitären Hilfe geben wird, dass sie immer wieder dem Bedarf angepasst wird. Und gerade haben wir das Problem, dass die medizinische Versorgung laut UN nur bis November reichen wird, also auch dort wird es eine Adaption geben, genauso wie bei allen anderen Unterstützungen.

Aber das Problem der Waffenlieferung stand im Raum. Ich habe ...

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist auch ein großes Problem. –
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Wir sind auch dagegen.)

Ganz langsam!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist doch total legitim. Natürlich können Sie gegen etwas sein. Wir sind für etwas, Sie sind gegen etwas.

(Regine Lück, DIE LINKE: Kommen Sie doch runter!)

Das ist völlig normal und das gehört zu einer Demokratie, das können wir auch locker aushalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Kommen Sie doch runter!)

Aber es kommt selten vor, dass ich die GRÜNEN zitiere,

(Heinz Müller, SPD: Also wer hier wen heute zitiert, ist wirklich ungeheuerlich. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

aber in diesem Falle werde ich den Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cem Özdemir, zitieren.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Dann sollten Sie sich die richtigen Zitate raussuchen.)

Ja, passen Sie jetzt auf! Passen Sie auf!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sonst zitiere ich Eckhardt Rehberg noch mal. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er ist ja auf Gegenkurs zu den Fraktionsvorsitzenden. Aber das macht nichts, das passt gut.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der äußerte sich zum Terror des IS in Syrien und im Irak und zu den deutschen Waffenlieferungen – befragt in einem Interview – gegenüber der Süddeutschen Zeitung, ich zitiere:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Jetzt kommt das. Ich weiß, was jetzt kommt.)

"In dieser Situation Waffenlieferungen pauschal abzulehnen, halte ich für falsch. Wenn das Haus brennt, nützt es wenig, wenn die Feuerwehr aus der Brandschutzordnung vorliest." Und genau, ich habe selten ein …

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab ja noch ein treffenderes Zitat, wo Herr Kauder einen Pazifisten zitiert hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hör auf! Hör auf! – Zuruf aus dem Plenum: Wer hat das gesagt?)

Cem Özdemir, der Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was? Cem? Cem? Cem Özdemir?)

Ja, also fantastisches Zitat, wunderbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aussage Özdemirs

(Egbert Liskow, CDU: War das auf dem Balkon?)

steht für mich auch für einen breiten demokratischen Konsens –

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht in unserer Partei.)

ich will Ihnen das mal in Erinnerung rufen -,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht in unserer Partei.)

den die Bundesregierung am selben Tag, am 1. September, in einer Sondersitzung des Bundestages erzielte, in einer Sondersitzung. Obwohl Waffenlieferungen kein Mandat des Deutschen Bundestages erfordern,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, auf Druck! Auf Druck!)

war das ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jaja, jaja.)

Ja, der Druck war DIE LINKE. Ich weiß, natürlich. Mir kommen glatt die Tränen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Weil die SPD da Druck gemacht hat.)

Frau Borchardt, mir kommen die Tränen.

Obwohl Waffenlieferungen kein Mandat

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jaja.)

des Deutschen Bundestages erfordern, war das umfassende Unterstützungspaket für die irakische Zentralregierung

(Regine Lück, DIE LINKE: Ganz schön polemisch, Herr Silkeit.)

und die Regionalregierung Irak-Kurdistans der Bundesregierung viel zu wichtig, um es ohne deutliche Signale aus dem Deutschen Bundestag zu beschließen, und im Übrigen hat sie die bekommen, so ganz nebenbei.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das war nicht geplant.)

Die deutlichen Signale oder die Sitzung?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die Sitzung war nicht geplant, Herr Silkeit. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es war wichtig, sich gemeinsam die Bedrohung Deutschlands und Europas zu vergegenwärtigen

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

und da nützt es auch nicht, wenn wir den Kopf in den Sand stecken.

Ich zitiere die Kanzlerin aus der Debatte: "... wenn Terroristen ein Gebiet unterjochen, um dort ein stabiles Fundament für ihre Schreckensherrschaft und einen Rückzugsort für sich und andere Fanatiker zu schaffen, dann wächst auch für uns die Gefahr; dann sind unsere Sicherheitsinteressen betroffen."

Zum Thema IS. Ich weiß nicht, ob Sie die dpa-Meldung gekriegt haben: Am Dienstag hat es einen Vorfall in Rostock gegeben, als zwei junge Männer mit Basecap und IS in arabischer Schrift eine Frau auf ihre Bekleidungsordnung angesprochen haben. Das heißt also, auch in Rostock haben wir bereits erste Erscheinungen. Ich rede jetzt nicht von den unsäglichen Ereignissen in Berlin, den Demonstrationen der IS. Ich sage auch lieber nicht, wieso die möglich waren. Ich erinnere nur mal an ein Sicherheitspaket 2002, wo eine Partei, eine Volkspartei, die Forderung erhoben hat, den Paragrafen 86 StGB zu ändern. Da geht es um Propaganda und Co.

Ich will aber an dieser Stelle noch auf etwas anderes verweisen, weil wir immer über den Irak reden. Ich bitte Sie, sich ganz einfach mal zu vergegenwärtigen, dass wir auch über Syrien reden. Sie werden sich sicherlich entsinnen, dass ich vor einiger Zeit darüber berichtet habe, dass der Kollege Reinhardt mit mir und dem Innenminister gemeinsam in der Türkei war, unter anderem auch, um die Bundeswehr zu besuchen, aber wir haben uns auch ein Flüchtlingslager an der syrischen Grenze angesehen.

(Zurufe von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE)

Ich hebe es hier noch mal hervor: Die Türkei tut Großes, wenn es um die Hilfe für Flüchtlinge geht und damals waren es eine Million Flüchtlinge. Ich weiß nicht, wo sie jetzt stehen. Damals waren es 100 Millionen Dollar. Ich denke, es ist noch viel, viel mehr.

Aber ich will Ihnen etwas ganz anderes sagen: Schauen Sie mal bitte in "Spiegel Online", dort ist eine Karte zu dieser Diskussion im Deutschen Bundestag enthalten, die schon lange nicht mehr aktuell ist, aber die zeigt einfach mal, wo sich IS schon etabliert hat. Und dann werden Sie eins feststellen, Sie werden eine hohe Konzentration von IS entlang der Grenze zur Türkei sehen. Ich rede jetzt nicht vom Iran, ich rede von der Türkei.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Jetzt überlegen Sie doch bitte einmal – die Türkei ist ein Bündnispartner – und versuchen Sie auch einfach mal, möglicherweise in diese Richtung Ihre,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Türkei lässt sie durch.)

Ihre Vorstellung

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Die Türkei lässt sie durch.)

zum Thema Waffen zu korrigieren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Die Türkei lässt sie doch.)

Alle Maßnahmen – das ist übrigens falsch, liebe Kollegin Gajek, Sie haben vorhin mehr oder weniger unterstellt, es war wieder ein Alleingang Deutschlands, im Gegenteil –, alle Maßnahmen sind in enger Abstimmung mit den großen Staaten dieser Welt, den Staaten, die also auch weltweit Unterstützung leisten, erfolgt. In Paris gab es die entsprechende Konferenz, dort wurde auch genau das Thema Waffenlieferung abgestimmt. Also von wegen Alleingang Deutschlands – das kann wirklich nur eine stramme Behauptung gewesen sein.

Weil wir ja hier auch ein bisschen Kritik von unserem Koalitionspartner bekommen haben,

(Patrick Dahlemann, SPD: Das war zu wenig.)

will ich meine Zitatreihe mit einem Zitat des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Thomas Oppermann, beenden, das aber wunderbar zu diesem Thema passt: "... denn humanitäre Hilfe setzt ein Mindestmaß an Sicherheit voraus ... In den von ISIS beherrschten Bereichen gibt es praktisch keine Möglichkeit zu helfen."

Ich frage Sie dann bitte schön: Was wollen wir denn dort humanitär leisten, wenn unsere Helfer abgeschlachtet werden? Was soll das? Was hat das für einen Sinn? Alle Parteien sagen genau das Gleiche, nur DIE LINKE will sich unbedingt wieder mit ihren Interessen durchsetzen. Das kann ich nicht verstehen.

Ich sage Ihnen aber, dieses Unterstützungspaket basiert auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens, und ich denke, diese Gesellschaft kann eben auch mit anderen Meinungen durchaus leben. Damit kommen wir klar und es wird Sie nicht verwundern, dass meine Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In völliger Ausblendung der tatsächlichen Umstände versucht DIE LINKE mit dem vorliegenden Antrag, das derzeitige Asylchaos weiter anzuheizen.

(Thomas Krüger, SPD: Das haben sie sich vorher aufgeschrieben. Das wussten sie.)

Zeltstädte, Wohnschiffe, belagerte Schulen und Turnhallen, überfüllte Notunterkünfte und die Ausbreitung von Krankheiten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

dies sind die Realitäten im Land.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh Gott! Oh Gott!)

Sie, werte Genossen, sitzen hier im Warmen und Trocknen, während sogar in Mecklenburg und Vorpommern nur noch sehr wenige Bürgermeister laut "hier" schreien, wenn es um die Unterbringung von Asylanten in ihren Gemeinden geht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Auch LINKE-Bürgermeister verstummen mittlerweile,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, Asylbewerber, Herr Kollege.)

wenn sie in Krisenrunden über die neuesten Zahlen von den Landkreisen unterrichtet werden. Selbst wenn bei einigen das Geschwafel von Menschlichkeit und Humanität noch auf der Tagesordnung steht, geht es im Anschluss bei Anwohnerversammlungen und Ratssitzungen ganz anders zur Sache.

(Patrick Dahlemann, SPD: So ein Blödsinn! – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Über wie viele Flüchtlinge reden wir jetzt hier genau?)

Denn in den Diskussionen direkt am Bürger,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Über wie viele Flüchtlinge reden wir, Herr Müller?)

wenn es ans Eingemachte geht, beruft man sich schnellstmöglich auf die exekutive Funktion eines Verwaltungschefs. Fragen Sie einmal nach bei Ihren Bürgermeistern im Land, Herr Al-Sabty!

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie viele Flüchtlinge sind das prozentual zur Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern?)

Der Schwarze Peter wird in einem Atemzug den Gesetzgebern im Landtag und dem Bundestag in die Schuhe geschoben.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dem heutigen Antrag erzählen die LINKEN-Vertreter im Land ihren Bürgern dann aber nichts. Alleine die Überschrift dürfte reichen, um auf einer echten Bürgerversammlung – also nicht das, was derzeit in vielen Gemeinden stattfindet –, das berühmte Fass zum Überlaufen zu bringen. Die Bürger im Land wollen Ihre Anträge nicht! Die Bürger im Land wollen keine weiteren Al-Sabtys!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt reicht es aber!)

Daher lehnen wir Ihren Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, ich habe, glaube ich, heute oft genug deutlich gemacht, dass ich keine persönlichen Anwürfe gegen wen auch immer hier dulden werde und das bezieht sich explizit auch auf alle Abgeordneten, die hier in dem Haus versammelt sind. Also weise ich Sie darauf hin, obwohl wir heute natürlich keinen Redebeitrag mehr von Ihnen zu erwarten haben, aber dann für die Zukunft, dass Sie sich daran zu halten haben und ich möchte das nicht jedes Mal vorher wieder erwähnen müssen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE noch mal der Abgeordnete Dr. Al-Sabty.

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Wir wollen viele Al-Sabtys! – Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe aus dem Plenum: Genau. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und David Petereit, NPD)

**Dr. Hikmat Al-Sabty**, DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Debatte war sehr fruchtbar, ich habe davon gelernt. Die Beiträge von Frau Kaselitz und Frau Gajek waren wirklich sehr gut, aber der Beitrag von meinem geschätzten Kollegen Silkeit war unter der Gürtellinie,

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Tino Müller, NPD)

wirklich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hätten wir das "geschätzt" ja mal streichen können, fürs Protokoll.)

Lieber Herr Kollege Silkeit, nur eine Bemerkung zu Ihrer Einschätzung der politischen Lage. Wenn Sie in eine Landkarte schauen – das ist so undurchsichtig. Die IS-Milizen haben sich so verbreitet, dass man jetzt überhaupt nicht die Lage kontrollieren kann.

(Marc Reinhardt, CDU: Das hat er doch gesagt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie sehen die türkische Grenze und diese Grenzgebiete. Die Türkei ist ja der große Unterstützer dieser islamischen Staaten

(Michael Andrejewski, NPD: So ist es, ja.)

und anderer islamischer Terrororganisationen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ohne die Türkei wären die gar nichts.)

Deswegen glaube ich, müssen Sie diese Landkarte, die Sie gesehen haben, vielleicht ein bisschen analysieren und sich ganz genau anschauen. Ich kann Ihnen dabei auch helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gruppen wie der IS wachsen auf dem Boden sozialer Zerstörung und vor allem dort, wo die Bevölkerung keine politische Alternati-

ve hat. In der Zeit von 2003 bis 2004 wurde die Terrororganisation El Kaida im Irak als Ableger der Terrororganisation mithilfe der saudi-arabischen Exgeheimdienste des Bandar ibn Sultan gegründet. Diese Fundamentalisten nahmen die irakischen Ethnien wie Christen, Mandäer, Assyrer, Chaldäer, Jesiden, Turkmenen, Sunniten und Schiiten ins Visier. Ich muss an dieser Stelle begrüßen, dass die islamischen Verbände morgen, am Freitag, einen bundesweiten Aktionstag als Reaktion auf den ISFeldzug haben.

DIE LINKE lehnt jede Befeuerung des Konflikts und daher sowohl Waffenlieferungen an die Kurden als auch das militärische Vorgehen der USA ab. Auch die Mehrheit der Deutschen von 58 Prozent unterstützt die Waffenlieferung zur Verteidigung gegen den Islamischen Staat nicht, nur 38 Prozent befürworten sie.

Ich muss auch, liebe Kollegen, an dieser Stelle sagen: Irak hat so viele Waffen. Die irakische Armee braucht keine Waffen, denn nach der Entmachtung des irakischen Machthabers Saddam Hussein haben die USA die irakische Armee mit 75 Milliarden hochmodern aufgerüstet. Also die Waffenlieferungen, die Waffen, die wir jetzt an die irakischen Kurden geben, sie können sich irgendwann gegen die Herausgeber richten. Sie können sich auch genauso gegen die Kurden in Syrien und gegen die in der Türkei richten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Pakistan lässt grüßen!)

Und auch, wenn man diese Person Barzani, den Kurdenführer im Irak, analysiert, der ist ein unberechenbarer Mann. Der kann diese Waffen genauso gegen die zentrale Regierung um Bagdad richten. Aus diesem Grund – das ist eine Unkontrollierbarkeit – können wir das nicht zulassen.

Deswegen sage ich auch zu meiner Kollegin Frau Gajek: Da haben Sie völlig recht mit der Waffenlieferung, das ist eine Sache.

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele, liebe Kolleginnen und Kollegen. Katar steht an der zweiten Stelle der Käufer deutscher Waffen, Saudi-Arabien an vierter Stelle. Beide Länder sind Unterstützer des IS.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja genau.)

Wer kann diese Waffenlieferungen kontrollieren? Wer kann das garantieren, wo sie eingesetzt werden? Vielleicht landen sie auch in den Händen des Islamischen Staates.

Unser Ansinnen: Anstatt Waffenlieferungen zu unterstützen, fordern wir mit unserem Antrag, eine humanitäre Hilfe für die verfolgten Menschen durch die Mörderbande Islamischer Staat zu verstärken. Wir fordern hiermit die Aufnahme von Schutzbedürftigen. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz regelt die Kostenübernahme der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge, die aus besonders gelagertem politischem Interesse der Bundesregierung Deutschland nach Paragraf 23 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben, so, wie für die nach Paragraf 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes aufgenommenen Familienangehörigen, die eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben. Die Kosten für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge müssen den Kommunen zügig erstattet werden.

Ich komme zu Ihrer Bemerkung, Herr Glawe, da haben Sie gesagt, dass seit 2008 keine Iraker abgeschoben werden. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus Güstrow nennen. Es handelt sich um einen irakischen Christen, der im April nach Italien abgeschoben worden ist,

(Michael Andrejewski, NPD: Italien ist nicht so schlimm.)

aber der wird sicher weiter in den Irak abgeschoben. Das ist auch ein Zeugnis,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass das, was Sie gesagt haben, einfach nicht stimmt.

Ich muss an dieser Stelle auch sagen: Die Technik für den Familiennachzug läuft in den Botschaften des Libanon und in Ankara und in den benachbarten Ländern schleppend und das hat unser Innenminister Herr Caffier auch zu Recht vor einem Jahr gesagt. Er wollte gern hinfahren, vielleicht ist er ja hingefahren, er hat sich selbst um die Lage dort gekümmert. Aber bis jetzt, wie gesagt, läuft dieses Programm schleppend.

Und ich sage zuletzt: Wir müssen wirklich alles Mögliche daransetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Menschen zu helfen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Um das Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zwei Punkte: Dass ich nicht näher auf die von Herrn Al-Sabty vorgetragenen Punkte des Antrages eingegangen bin – das hat sich für mich insofern erledigt, als dass wir schon mehrfach die Anträge gestellt haben, unsere Position klar ist und ich hier die Chance genutzt habe, die Waffenlieferungen in den Irak zu thematisieren und dass es, glaube ich, nicht so einfach ist, dafür eine Position zu finden.

Das Zweite, warum ich nach vorne gekommen bin – Herr Al-Sabty hat das eben dankenswerterweise noch mal aufgenommen –: Herr Glawe hat ja in Vertretung des Innenministers Caffier gesagt, dass der Abschiebestopp seit 2008 vorhanden ist.

(Minister Harry Glawe: Ja.)

Ich habe hier noch mal recherchiert und vor 14 Tagen wurde uns von einer Referatsleiterin im Innenministerium gesagt, dass es keinen Abschiebestopp gibt. Also von daher bitte ich das Ministerium, uns zu informieren,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

wie der Sachstand ist, weil hier zwei unterschiedliche Aussagen sind. Ich finde es sehr merkwürdig, dass gesagt wird, das ist 2008 so und der Flüchtlingsrat und andere wissen nichts davon. Da bitte ich um mehr Transparenz,

(Beifall Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) da geht es um die Sache an sich. Und ich fordere den Innenminister auf,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

uns Abgeordnete dies zur Verfügung zu stellen, wo das steht, welche Auswirkungen das hat und dann vielleicht auch noch mal zu prüfen, was Herr Al-Sabty eben gesagt hat, wie das dann vereinbar ist, wenn es angeblich so einen Beschluss gibt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3299 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3299 ...

(Minister Harry Glawe: Frau Gajek, Sie kriegen den morgen früh von mir beantwortet.)

Wir sind in der Abstimmung. Ich bitte doch jetzt wirklich, hier Ruhe zu bewahren!

Damit ist der Änderungsantrag der ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch wohl keine "Muppet Show" da oben. Mann, Mann, Mann!)

Also ich bitte doch jetzt um ein bisschen Disziplin. Wir sind in der Abstimmung und ich würde jetzt gerne das Abstimmungsergebnis störungsfrei verkünden.

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3299 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3257 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3257 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen – Kindergrundsicherung einführen, Drucksache 6/3258.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen – Kindergrundsicherung einführen – Drucksache 6/3258 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bernhardt, Jacqueline. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bernhardt. – Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was war das denn eben?!)

Bernhardt.

**Jacqueline Bernhardt**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Bildungs- und Teilhabepaket – bürokratisch, monströs

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Bitte? Och nö!)

und an den Bedarfen armer Kinder vorbei.

(Beifall Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht nur unsere Meinung, das war die Meinung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf seiner 24. Mitgliederversammlung vor zwei Wochen hier in Schwerin.

> (allgemeine Unruhe – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Um die Zeit noch so böse. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Dabei war das Bildungs- und Teilhabepaket doch einst als familienpolitisches Instrument zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und außerschulischer Bildung gedacht, nachdem die Regelsätze nach dem SGB II von Kindern und Jugendlichen durch das Bundesverfassungsgericht 2010 für verfassungswidrig erklärt wurden.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Der Gesetzgeber war damals durch das Urteil verpflichtet, eine Regelung im Sozialgesetzbuch zu schaffen, die sicherstellt, dass der besondere Bedarf von Kindern und Jugendlichen gedeckt wird. Der besondere Bedarf wurde und wird nicht durch das BuT gedeckt. Es schrammt gnadenlos an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und Familien und ihrer Lebenswirklichkeit vorbei. Zu beidem komme ich in meiner Ausspracherede.

Der Paritätische Gesamtverband in Deutschland hat das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bereits im Januar 2014 als komplett gescheitert erklärt und ein Alternativkonzept zur Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes vorgelegt. Wir haben als Fraktion DIE LINKE in der Vergangenheit immer wieder Kleine Anfragen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, kurz BuT, in Mecklenburg-Vorpommern gestellt, um das fragwürdige Instrument und deren Umsetzung kritisch zu beleuchten.

Die Antworten haben gezeigt: Das Bildungs- und Teilhabepaket auch in Mecklenburg-Vorpommern erzielt nicht die gewünschte Wirkung.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Es werden zu wenig anspruchsberechtigte Kinder im Land erreicht. Die Umsetzung ist zudem mit einem zu

hohen und unverhältnismäßigen Bürokratie- und Verwaltungsaufwand verbunden und drittens bleibt viel zu viel Geld unverbraucht. So wurden in den vergangenen Jahren jeweils nur zwei Drittel der verfügbaren Mittel ausgeschöpft. Ich möchte das im Folgenden anhand von Zahlen verdeutlichen:

Im Jahr 2012 standen in Mecklenburg-Vorpommern rund 42,7 Millionen Euro für Leistungen aus dem BuT zur Verfügung. Davon wurden 27,1 Millionen Euro ausgegeben und sage und schreibe 15,6 Millionen Euro blieben übrig.

Im Jahr 2013 sah es nicht besser aus. Zunächst standen weniger Mittel zur Verfügung. Es waren nur 33,9 Millionen Euro, was auf die geringe Inanspruchnahme 2012 zurückzuführen war. Es waren insgesamt 8,8 Millionen Euro weniger, die die Bundesregierung zur Verfügung stellte. Davon wurden knapp 23 Millionen Euro ausgegeben, also 4,1 Millionen Euro weniger als noch 2013. 10,9 Millionen Euro, und damit ein Drittel der zugewiesenen Mittel, blieben auch hier unverbraucht.

Insgesamt, meine Damen und Herren, blieben fast 42 Millionen Euro in den Jahren bis Ende 2013 unverbraucht, 42 Millionen Euro, die unverbraucht blieben, die für die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe armutsgefährdeter Kinder notwendig gewesen wären, und das gerade in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, wo jedes dritte Kind in Armut lebt. Das ist aus meiner Sicht ein Skandal!

Diese Nichtnutzung von Bundesmitteln, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Zeichen von Wirtschaftlichkeit oder Überfluss, sondern ein Zeichen eines nicht funktionierenden familienpolitischen Instruments und von zu großen Hürden bei der Inanspruchnahme durch die Anspruchsberechtigten.

Die nicht verbrauchten BuT-Mittel aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung werden zwar als zweckgebundene Mittel in das Jahr 2014 übertragen und eingesetzt, dennoch steht dieses Konzept auf sehr wackligen Füßen, wie aktuelle Entwicklungen zeigen. Das Bundesarbeitsministerium forderte aktuell 284 Millionen Euro von 14 der 16 Bundesländer zurück. Im Fall von Mecklenburg-Vorpommern beträgt die Rückforderung 9,6 Millionen Euro. In den Monaten Mai, Juni und Juli wurde entsprechend jeweils ein Drittel von den monatlichen Ansprüchen vom Bund einbehalten. Die Landesregierung hat dem ausdrücklich widersprochen, hat aber nicht den Klageweg beschritten. Es soll jedoch über eine Musterprozessvereinbarung verhandelt werden, die dann auch für Mecklenburg-Vorpommern gelten könnte.

Ich frage mich dennoch, warum Mecklenburg-Vorpommern nicht Mitkläger ist. Die aktuellen unterschiedlichen Rechtsauffassungen vom Bund und von den Ländern sind auf die damals hektischen Vermittlungsverfahren im Frühjahr 2011 zurückzuführen, was auf die Vorgaben des oben genannten Bundesverfassungsgerichtsurteils zurückzuführen ist. Das Bildungs- und Teilhabepaket wurde damals schnell erarbeitet, mit vielen Mängeln. Das belegen nicht nur die aktuellen Rückforderungen oder die kürzlich verkündeten Erleichterungen bei der außerschulischen Lernförderung. Auch bei den Fahrtkosten zu Vereinen und Verbänden fand gerade aktuell durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil eine Änderung statt.

Das alles zeugt von Flickschusterei und nicht von einem gut durchdachten familienpolitischen Instrument, was Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe umfassend ermöglichen soll.

Hinzu kommt ein in unseren Augen weiterer Skandal: Von den zwei Dritteln der verausgabten Mittel wird mindestens ein Drittel allein für die Verwaltung ausgegeben. Die Kosten für die Verwaltung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Land sind weiter angestiegen, von 6,5 Millionen Euro noch im Jahr 2012 auf 7,9 Millionen Euro im Jahr 2013. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren! Wenn landesweit ungefähr ein Drittel der ausgegebenen Mittel für die Verwaltung eingesetzt und trotzdem immer noch nicht alle berechtigten Kinder und Jugendlichen erreicht werden und zu viel Geld ungenutzt übrig bleibt, dann ist das keine Erfolgsstory, sondern ein Bürokratiemonster und keine Entlastung für die Familien.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass das Bildungsund Teilhabepaket als familienpolitisches Instrument nicht die gewünschte Wirkung zeigt. Wir fordern dessen Abschaffung und einen sinnvollen Einsatz des Geldes, damit möglichst alle Kinder davon profitieren können. – Vielen Dank.

> (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dieser Antrag irritiert mich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na!)

Wir sollen uns, ginge es nach den LINKEN, dafür einsetzen, dass der Bund das Bildungs- und Teilhabepaket wieder abschafft und stattdessen eine Kindergrundsicherung einführt. Das kann doch nicht wirklich ernsthaft gemeint sein.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Gerade erst hat die OECD in ihrer Studie "Bildung auf einen Blick" wieder den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft betont, den es aufzubrechen gilt.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Aber der Reihe nach: Das Bildungs- und Teilhabepaket – kurz BuT – geht zurück auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Mindestsicherung von Kindern.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Es geht darum, Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Elternhäusern mit prekärem Einkom-

men zu fördern, und zwar zusätzlich zu den Regelsätzen. Für den Hinterkopf: In Mecklenburg-Vorpommern haben wir etwa 102.000 solcher Kinder und Jugendlichen.

Als hier im Landtag über das Gesetz zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes debattiert wurde, hat auch Ihre Fraktion, sehr geehrte Damen und Herren der LINKEN, darauf gepocht, dass doch die Leistungen direkt bei den betroffenen Kindern ankommen müssten. Das fällt dann wohl heute unter Stimmungsschwankungen.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee.)

Es ist kein Geheimnis, dass das BuT Anlaufschwierigkeiten hatte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: "Anlaufschwierigkeiten" ist vornehm umschrieben.)

ein kurzfristig etabliertes Gesetz mit einer rückwirkenden Bewilligung zum Jahresbeginn 2011, da ist ein stotternder Start nicht sonderlich überraschend, Herr Ritter. Inzwischen aber, auch dank der engen Zusammenarbeit von Land und Kommunen, läuft es. 2012 haben die Kommunen unseres Landes für die Leistungen des BuT rund 27 Millionen Euro ausgegeben. 2013 waren es 30 Millionen und für 2014 stehen uns voraussichtlich 34 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

34 Millionen Euro wofür? – Für Ausflüge mit der Kita, für Klassenfahrten, für Schulbücher, fürs Monatsticket, fürs Mittagessen, für Nachhilfe, für Fußballschule und so weiter, und so weiter. Und auch für über 100 Sozialarbeiter an Grundschulen – eine wohl unbestritten wertvolle Investition –

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Könnte nicht dafür einmal das Land Verantwortung tragen?)

und Leistungen, die direkt bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

Das also wollen Sie wegnehmen und stattdessen darauf vertrauen, dass ein monatlich an die Eltern ausgezahlter Betrag X genauso in Bildung und Teilhabe investiert wird? Ich will das nicht!

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich sehe ich auch, dass das BuT mit Verwaltungsaufwand und entsprechenden Kosten verbunden ist. Neue Aufgaben bringen das leider in aller Regel mit sich. Mit den gesetzlichen Vereinfachungen vom August vergangenen Jahres und der Einführung der sogenannten Bildungskarte wird sich dieser Aufwand aber verringern. Hinzu kommt, der Bund refinanziert all diese Kosten, eine absolute Ausnahme in Bereichen, in denen die Bundesauftragsverwaltung greift.

Lassen Sie mich bitte noch mal zusammenfassen: Ich bin dankbar, dass die Fraktion DIE LINKE öffentlich bekundet, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen zu wollen. Es hilft uns doch allen bei der Orientierung, wenn die unterschiedlichen politischen

Ziele deutlich werden. Ich stehe zum Bildungs- und Teilhabepaket und dazu, dass einzelne Leistungen direkt bei sozial schwächeren Kindern und Jugendlichen ankommen, statt das Ganze mit einem Geldbetrag abzufrühstücken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat was mit Hartz IV zu tun, das hat alles irgendwie seine Ursachen.)

Ein letzter Satz noch, warum Mecklenburg-Vorpommern nicht selbst die Klage erhoben hat. Weil wir uns verständigt haben unter den Bundesländern, dass NRW diese Klage für alle führt, und der Bund hat das auch anerkannt. Wenn Sie sich also hier hinstellen und so etwas behaupten, muss man einfach vielleicht auch ein Stück weit bei der Wahrheit bleiben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

**Bernd Schubert**, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss mich auch wundern, Frau Bernhardt. Sie haben wochenlang, monatelang sich eingesetzt für ...

Aber jetzt redet sie mit ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer, oder was weiß ich, wer das ist dort.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Eh, eh, eh! Nun aber mal langsam!)

Ja, aber wenn das Thema so wichtig ist, dann würde ich auch mal zuhören. Aber das scheint ja nicht so wichtig zu sein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Reden Sie doch!)

Monatelang hat Frau Bernhardt sich für die Schulsozialarbeiter eingesetzt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Und sie weiß aber auch, wenn dieses Paket BuT weggeht, dann gibt es auch kein Geld mehr dafür.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ist es richtig, das Bildungs- und Teilhabepaket zu finanzieren? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das müssen Sie den Leuten draußen aber sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine Hilfsfinanzierung, die wir hier durchführen. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

denn der Bund hat hierfür Geld gegeben im Land

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör auf! Eine Hilfskrücke ist das, weil das Land nicht genug Geld zur Verfügung stellt. So ist das!) und wir haben uns gemeinsam, die Koalitionsfraktionen haben sich dafür eingesetzt, dass das Land auch weiterhin Schulsozialarbeiter und Jugendsozialarbeiter finanziert

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie müssen den Leuten draußen auch sagen, was nehmen Sie an Leistungen den Kindern weg. Das sind einmal für den Schulausflug die Mittel, Klassenfahrten, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagessen für Kita, Mittagessen für Schule, für Hort, Teilhabe am Sport, Teilhabe am Unterricht und an künstlerischen Fächern und Teilhabe an der Freizeit, all das entziehen Sie dann den Kindern. Und Sie legen ein Mäntelchen drauf und sagen, ja, jeder bekommt jetzt einen Betrag.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Existenzministerium, ja, Herr Schubert, ja, ganz genau.)

Sie wissen ganz genau, dass in einigen Familien dieser Betrag nicht bei den Kindern ankommt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Alle Eltern sind böse.)

und deswegen hat man das so gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, was ist das?)

Das ist nämlich der Grund. Das war mit diesem Bildungsund Teilhabepaket eigentlich gewollt,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, aber es funktioniert nicht. Wie viel Leute nehmen das denn in Anspruch, Herr Schubert? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das Geld soll bei den Kindern ankommen, und das ist auch angekommen.

Ein zweiter Punkt, den Sie gar nicht in Ihre Betrachtung einbezogen haben, ist, dass die Vereine, die Sportvereine, wo das Geld hingeht, den entziehen Sie das Geld auch.

(Harry Glawe, CDU: Ja, genau. Und die Kinder werden vom Sport abgehalten.)

Aber Sie wollen den Grundbetrag erhöhen und dann ist alles damit geheilt. Das stimmt nicht!

Weitere Punkte sind ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist auch nicht alles eins.)

Natürlich gab es Startschwierigkeiten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?!)

Das hat ja auch keiner bestritten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die sind aber schon ziemlich lange, die Startschwierigkeiten.)

aber in der Folge ist das natürlich alles aufgearbeitet worden. Es gibt diesen Tisch ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das Bundesverfassungsgericht hat gerade erst das Urteil gesprochen.)

Und es gibt diesen Tisch "Bildungs- und Teilhabepaket". Das wissen Sie auch, Frau Bernhardt. Sie haben ja die Kleinen Anfragen gestellt, einmal 2011, 2012, 2014, immer wieder die gleichen Fragen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig. – Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und Sie wussten, dass einige Bundesländer auch im Auftrag von Mecklenburg-Vorpommern klagen. All das steht in der Kleinen Anfrage drin.

Wenn Sie sich so engagieren, warum stellen Sie dieses Problem nicht, dass wir darüber diskutieren, in den Sozialausschuss?

> (Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Weil ich das aus dem Sozialausschuss kenne. Es wird immer alles abgelehnt.)

Sie wollten sich profilieren, Sie wollten im Landtag sagen, wir sind die Guten,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

wir sind gegen Kinderarmut,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und Sie nehmen den Kindern und den Eltern das Geld weg,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was sind Sie denn für ein Spaßvogel am späten Abend?!)

was für die Kinder da ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen. Das andere hat die Ministerin schon gesagt.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, auch wenn wir jetzt den letzten Tagesordnungspunkt haben, sich doch bitte ...

(allgemeine Unruhe)

Frau Abgeordnete Borchardt, ich möchte Sie bitten, dass Sie sich doch jetzt alle mal ein bisschen konzentrieren auf die Debatte und wir hier wieder eine Ernsthaftigkeit einziehen lassen ins Hohe Haus. Ich hoffe, da sind wir uns einig, auch beim letzten Tagesordnungspunkt.

Und ich bitte jetzt die nächste Rednerin ans Pult. Bitte schön, Frau Gajek.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

(Marc Reinhardt, CDU: Liebe Frau Gajek!)

Herr Schubert,

(Bernd Schubert, CDU: Ich hab doch gar nichts gesagt. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ihre Argumentation ist schon manchmal, ich würde jetzt mal sagen, faszinierend, weil Sie suchen sich immer ein paar Punkte heraus, werfen Frau Bernhardt, ich weiß jetzt nicht, Profilierung oder so etwas vor, aber Sie kommen gar nicht zu dem Kern, worum es eigentlich geht. Und da würde ich jetzt gerne anfangen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Weil DIE GRÜNEN das immer machen. – Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Ja, genau. Ich hoffe, dass ich zum Kern komme, denn es ist ja doch eine sehr komplexe Materie.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich würde gerne in normaler Tonlage reden

(Egbert Liskow, CDU: Probier doch mal!)

und hoffe, ich bekomme Ihr Ohr.

DIE LINKE geht oder Jacqueline geht noch einmal auf das Bildungs- und Teilhabepaket ein, was offensichtlich damals gut gemeint war, aber sich als Flop entwickelt hat. Das ist kein Insiderwissen mehr, eigentlich weiß das jeder.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. Bloß bei Herrn Schubert ist das noch nicht angekommen.)

Frau Hesse, auch wenn die OECD sagt, Bildungs- und Teilhabechancen gleichberechtigt zu leben, zu haben, zur Verfügung zu stellen, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Gleichwohl ist das BuT – und ich weiß, dass wir hier auch bei GRÜNS auf Länderebene sehr darüber streiten, über die Ausrichtung, über den tatsächlichen Hilfebedarf und Bestand – von vornherein eigentlich ein exklusives Instrument.

(Egbert Liskow, CDU: Exklusiv.)

nämlich indem es den Einzelfallanspruch über das ALG II gibt, dass die Kinder dann, ja, was kriegen sie, Essen, Schulausflüge, Aufwendungen ...

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was ist denn nun? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Genau, Schulausflüge.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist alles gar nichts, ne?)

Wie bitte?

(Ralf Mucha, SPD: Und viele andere Sachen. – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Genau, diese ganzen Sachen und bis zum vergangenen Jahr noch die Schulsozialarbeit. In einigen Bundesländern heißt das ja "zuführende Schulsozialarbeit", habe ich jetzt gelernt und war darüber sehr irritiert, weil, da, denke ich, können wir dem Sozialministerium auch mal ein Lob aussprechen, ich denke, das sollte schon mal sein, dass das in diesem Land so nicht passierte, dass es diese Abgrenzung gab. Als ich das gehört habe, habe ich wirklich gedacht, nein.

(Marc Reinhardt, CDU: Doch!)

Dafür kann man so ein BuT oder Bildungs- und Teilhabepaket tatsächlich nicht auf den Weg bringen. Zuführende Schulsozialarbeit hat einen Duktus anbei, wo man schon von vornherein in zwei Klassen denkt. Ich glaube, allein dieses Denken ist die Brisanz und die Herausforderung dieses BuT.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber warum kritisieren wir denn immer das BuT? Und da würde ich gerne einiges sagen. Also, das Bildungs- und Teilhabepaket ist ein bürokratisches Ungetüm, mache sagen "Monster", das hat auch Frau Bernhardt hier gesagt.

(Egbert Liskow, CDU: Und was sagen DIE GRÜNEN?)

Wir haben in einigen Städten und Landkreisen ja auch Chipkarten. Ich glaube, in Vorpommern-Greifswald wirbt die Bundeswehr dafür. Aber gut,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

sie lindert vielleicht die Schmerzen, aber sie heilt eben nicht die Krankheit. Das ist das, die ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das sind die Schülertickets.)

Wie?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das sind die Schülertickets.)

Ach, das waren die Schülertickets. Das ist aber auch ähnlich und hat mich sehr verwundert.

(Egbert Liskow, CDU: Das kriegt man alles durcheinander.)

Das musste ich noch mal anbringen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist ja auch nicht weiter verwunderlich.)

Genau.

Ich würde gerne auf einzelne Posten im BuT zu sprechen kommen, weil die sind aufschlussreich, denn die Verwaltungskosten machen im gesamten Ressort den größten Einzelposten aus. Und wenn der Betrag für Verwaltungskosten mit 7,8 Millionen Euro im Jahr 2030 locker siebenmal so hoch ist wie die Aufwendung für die Lernförderung,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

siebenmal so hoch wie die Lernförderung, nämlich mit 950.468 Euro, dann ist das eine eklatante Schieflage. Darüber muss geredet werden. Warum lag das Verhältnis zwischen den Aufwendungen für einen mehrtägigen Schulausflug und Aufwendungen für Verwaltungskosten in unserem Bundesland 2013 bei 1:5?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Frage muss beantwortet werden. Weshalb werden für das Mittagessen, das immerhin die häufigste nachgefragte Leistung innerhalb des BuT-Pakets darstellt, gut 2,8 Millionen Euro weniger ausgegeben als für Verwaltungskosten? Die Antwort auf diese Frage ist erschreckend einfach: Die Modalitäten sind nicht praxistauglich. Die Abwicklung verschlingt zu viel Geld, das BuT-Paket geht an den Erfordernissen der Praxis in weiten Teilen vorbei und somit auch an den Kindern.

Wir Bündnisgrüne fordern eine sachgerechte Verwendung der Mittel. Wir haben das Gesetz noch. Und ich denke, solange wie wir das Gesetz haben, muss die Verwendung sachgerecht sein.

(Ralf Mucha, SPD: Ich welcher Form?)

Das kann man innerhalb des Bildungs- und Teilhabepakets angehen, zum Beispiel, durch eine unbürokratischere Gewährung der Lernförderung,

(Egbert Liskow, CDU: Wie denn? – Ralf Mucha, SPD: Wie denn, Silke? Wie?)

eine Erstattung der tatsächlichen Kosten der Schulausflüge und Klassenfahrten

(Harry Glawe, CDU: Was haben Sie denn gegen Klassenfahrten?)

und die Vereinfachung der Abrechnung für das Mittagessen. Man kann auch die Gelder der sogenannten Teilhabepauschale des Schulbasispakets und der Schülerbeförderung in den monatlichen Regelsatz überführen.

Wir Bündnisgrüne sehen eine Kindergrundsicherung als den konsequentesten Weg, um Kinderarmut zu verringern.

> (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und es gibt kein Wenn oder Aber, das BuT schließt aus.

(Harry Glawe, CDU: Wir sind doch hier nicht auf dem Parteitag!)

Es ist gut gemeint, aber schlecht gemacht.

(Vincent Kokert, CDU: Was sagen die Bündnisgrünen denn zum Ehegattensplitting?)

Da kennt Ihr meine Meinung: Abschaffung.

(Vincent Kokert, CDU: Der Bundesvorsitzende sieht das anders. – Torsten Renz, CDU: Was sagt denn Cem Özdemir dazu?)

Deshalb engagieren wir uns gegen Kinderarmut. Wir setzen uns ein für Investitionen in gute Kitas und Schule, für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Einführung einer Kindergrundsicherung.

(Vincent Kokert, CDU: Sie entfernen sich immer weiter von Ihren Wählern. – Egbert Liskow, CDU: Die haben doch kaum noch welche.)

Herr Kokert, Sie haben offensichtlich vor der Sommerpause nicht aufgepasst, weil es gab hier schon mal eine Diskussion und da habe ich für die ...

> (Vincent Kokert, CDU: Seien Sie vorsichtig, sonst lese ich auch noch Ihre Protokolle!)

Darf ich jetzt mal zu Ende sprechen?

(Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Kokert, da habe ich mich für die Abschaffung des Ehegattensplittings ausgesprochen. Da, weiß ich, da gab es so ein paar Belächelungen. Ich denke, gerade das Ehegattensplitting, damit ich jetzt nicht ganz vom Antrag abweiche, ist aber auch ein Instrument, was konservative Familienpolitik manifestiert.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU – Beifall Egbert Liskow, CDU)

Und ich erinnere mich auch, wann das war: Das war bei unserem Antrag zur Regenbogenfahne und zur Gleichstellungspolitik,

(Harry Glawe, CDU: Jetzt machen wir auch noch Flaggenpolitik. – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

weil eine gerechte Familienpolitik nur passieren kann, wenn Frau und Mann gleichberechtigt leben und man existenzsichernde Einkommen hat, weil dann wird das auch funktionieren mit der Gleichberechtigung. In dem Sinne: Danke für die Aufmerksamkeit und wir werden den Antrag selbstverständlich unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr schön, Silke.)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Mucha von der Fraktion der SPD.

(Michael Silkeit, CDU: Ralf, jetzt klär das mal auf!)

Ralf Mucha, SPD: Ja, das ist so eine Sache mit der Aufklärung.

(Vincent Kokert, CDU: Die Damen haben hier nicht zugehört beim Aufklären.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Bildungs- und Teilhabepaket", auch BuT genannt, "abschaffen", so lautet die Forderung der Fraktion DIE LINKE.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Es geht noch weiter, Herr Mucha.)

die nach intensivem Studium, ...

Auf das Thema komme ich nachher auch noch zu sprechen, Frau Bernhardt, garantiert.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

... die nach intensivem Studium der Antworten auf Kleine Anfragen und nach ausgiebiger Konsultation außerhalb der Fraktion liegenden Sachverstands getroffen wurde.

Wenn ich die Maßstäbe ansetzen würde und sie auf den Alltag projizieren würde, dann müsste ich mich nächste Woche von meiner Frau scheiden lassen, weil das Essen am Wochenende nicht so geschmeckt hat wie sonst.

(Heinz Müller, SPD: Nicht doch! – Vincent Kokert, CDU, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, das wollen wir nicht. – Michael Andrejewski, NPD: Das kann doch gar nicht vorkommen.)

Scherz beiseite! Scherz beiseite!

(Heinz Müller, SPD: Wie lange bist du schon verheiratet?)

Fast 25 Jahre.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und das Essen schmeckt immer gleich, ne?! – allgemeine Heiterkeit)

Nein, immer wieder neu.

Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, stellen nach drei Jahren bereits fest, dass die familienpolitischen Ziele des BuT gescheitert sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was? Wie lange sollen wir noch warten?)

Wie mir mein Referent völlig zu Recht in die Notizen geschrieben hat, bleibt die große Frage, welche jungen Erwachsenen, die während ihrer Kinderzeit Leistungen aus dem BuT bezogen haben, haben Sie denn als Vergleich genommen? Welche Gruppen haben Sie untersucht? Welche Kontrollgruppen haben Sie verwendet, um zu diesem Schluss zu kommen?

(Egbert Liskow, CDU: Oh, schwere Fragen!)

Kurzum: Legen Sie doch die objektiven, das heißt, auch von uns nachvollziehbaren Daten vor, aufgrund derer Sie die Abschaffung des BuT fordern. Das BuT in seiner Grundkonstruktion ist durchaus vergleichbar mit dem zusätzlichen Gießen eines jungen Baumes.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie fordern von uns, dass wir nach drei Jahren feststellen, dass das Gießen des Baumes völlig für die Katz war, weil aus dem kleinen Baum keine ausgewachsene Eiche geworden ist nach drei Jahren.

Ich weiß jetzt schon, was als Gegenargument kommt: Verzichtet auf das zusätzliche Gießen und gebt dem Gärtner doch einfach mehr Wasser.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Mehr Wasser dem Baum und nicht dem Gärtner.)

Sicher, sicher, kann man fordern, könnte man auch machen, nur leider zeigt die Erfahrung, dass nicht jeder Gärtner und jede Gärtnerin verantwortungsvoll mit dem ihm/ihr zugeteilten Wasser umgeht. Oft ist das Interesse des jungen Baumes, nämlich dafür zu sorgen, dass regelmäßig zumindest kleine Mengen Wasser am Baum ankommen, als darauf zu vertrauen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wolltet ihr nicht auch mal Grundsicherung?)

dass der Gärtner die größeren Mengen Wasser auch wirklich dem Baum zuführt und nicht der Baumrabatte. Es ist übrigens ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was macht denn die Sinnesänderung der SPD in der letzten Zeit aus?)

Bei Kindergrundsicherung sind wir doch noch gar nicht, liebe Silke.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da warten wir mal ab! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Es ist übrigens interessant, dass die Forderung zur Entlassung des Bildungsministers und zur Abschaffung des BuT in einer Sitzung kommen.

(Vincent Kokert, CDU: Oh!)

Würden wir - nur mal rein hypothetisch -

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Reihenfolge haben wir nicht festgelegt, Herr Mucha, das war Dr. Schwenke. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Beides fängt mit "B" an.)

Ihre beiden Anträge annehmen und rein zufällig auf Bundesebene sofort umsetzen, so würde der Nachfolger oder die Nachfolgerin des Bildungsministers plötzlich erklären dürfen, warum in Mecklenburg-Vorpommern 41 Millionen Euro weniger für die Finanzierung von Schulsozialarbeitern da sind.

Schauen wir mal in Ihre Kleine Anfrage, Drucksache 6/3045. In der Antwort zu Frage 4 steht das nämlich, 106 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern würden Sie von der Betreuung durch Schulsozialarbeiter kürzen. Sie würden 108 Schulsozialarbeiter auf die Straße schicken. Schöne Schlagzeile: "LINKE finden Ausstattung mit Schulsozialarbeitern im Land zu üppig."

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oooh!)

Hört sich doch gut an.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie wissen ganz genau, dass die Mittel in den zurückliegenden Jahren aus dem BuT nicht abgerufen worden sind

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, warum denn?!)

und trotzdem Kindern aus benachteiligten Familien zugutekommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich denke, das läuft alles?! Jetzt ist plötzlich nichts abgerufen.)

weil nämlich die Landkreise und kreisfreien Städte das Geld für zusätzliche Schulsozialarbeit verwenden. Und dennoch stellen Sie sich hier ans Rednerpult und wollen uns weismachen, dass das Geld nicht bei den Kindern ankommt. 20.685.840 Euro im Jahr 2012, 22.456.648 Euro im Jahr 2013. Das, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, sind die Gelder aus dem BuT, die in den beiden genannten Jahren direkt den Kindern zugutegekommen sind.

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

Das entspricht binnen eines Jahres einem Plus von 8,5 Prozent.

(Torsten Renz, CDU: Donnerwetter!)

Ihre Einstellung hierzu: Weg damit!

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Weg mit all den Dingen, die jetzt über das BUT finanziert werden.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Das BuT ermöglicht Kindern aus sozial benachteiligten Familien, in der Schule an Ausflügen und an Klassenfahrten teilzunehmen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ohne die knappen Budgets zusätzlich zu belasten. Es ermöglicht im Schuljahr den Kauf von notwendigen Unterrichtsmaterialien.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schlimm genug, dass es in einer solch reichen Gesellschaft so was geben muss.)

Es ermöglicht, dass Kinder aus benachteiligten Familien, die Probleme in der Schule haben, Lernförderung erhalten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schlimm genug, dass es Familien gibt, die Sie in Armut gejagt haben mit Hartz IV.)

und zwar bevor das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da liegt es schon längst drin, nämlich seit Hartz IV. Na, und nun?! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da sagt er nichts mehr.)

Diese Änderung beim BuT geht übrigens auch auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns zurück, das möchte ich hier nur einmal in Erinnerung rufen, wenn Sie wieder mal eine Bilanz des politischen Wirkens von Manuela Schwesig erstellen.

(Harry Glawe, CDU: Ja. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das können wir uns verkneifen.)

Das können Sie übrigens auch nachlesen in der Antwort auf die Kleine Anfrage zum Thema im Mai dieses Jahres.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine halbe Seite ist schnell beschrieben.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das BuT gibt Kindern aus benachteiligten Familien die Chance, wie meine Ministerin hier schon ausgeführt hat, dass sie sich in der Freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen oder in Musikschulen engagieren, sofern sie denn wollen. Das Bildungs- und Teilhabepaket trägt dazu bei, dass Kinder in unserem Land in der Schule oder im Kindergarten nicht hungern müssen. All das, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind Sie noch stolz drauf, dass wir Hartz IV haben.)

das alles schätzen Sie gering und äußern sich nur herablassend über das BuT.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hartz IV einführen und dann noch stolz darauf sein, dass die Kinder nicht hungern müssen!)

Indem Sie die Mittel aus BuT wie ein billiges Almosen darstellen, werten Sie, obwohl ich Ihnen da sicher keine Absicht vorwerfe, automatisch alle Menschen in unserem Land ab, für die diese Unterstützung eine wichtige Hilfe ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und Sie werten auch, an der Stelle wohl auch bewusst, die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landkreisen und kreisfreien Städten ab, die dafür Sorge tragen, dass die Mittel des BuT von Monat zu Monat besser bei den Menschen ankommt, für die sie gemacht sind.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Gerade die beklagen sich, dass es so ein Monstrum ist.)

In Ihrem Antrag nehmen Sie bewusst Bezug auf die Verwaltungskosten, die Ihrer Ansicht nach exorbitant gestiegen sind. Und ich belege Ihnen hier und heute mit den Zahlen, die sich in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage finden, dass dem mitnichten so ist.

Beispiel Landkreis-Rostock: Die Fallzahlen für das BuT lagen im Jahr 2012 im Landkreis Rostock bei 15.077, die Verwaltungskosten bei 807.325 Euro. Macht also laut Adam Riese, rechnerisch 53,55 Euro pro Fall. Im

Jahr 2013 kommen Verwaltungskosten von 907.318 Euro auf eine Fallzahl von 33.426 Anträgen. Macht rechnerisch Verwaltungskosten von 27,14 Euro pro Fall – eine Halbierung der Kosten also, wenn man die Fallzahlen berücksichtigt, und keine Verdoppelung. Aber mit solchen Details halten Sie sich ja nicht auf, weg damit, abschaffen.

(Andreas Butzki, SPD: Hauptsache plakativ.)

In der Verwaltung ist sowieso alles schlecht.

Ein weiteres Beispiel, Landkreis Vorpommern-Rügen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist so ein gequirlter Quark.)

Im Jahr 2012 ...

Das sind Fakten, Herr Ritter.

Im Jahr 2012 20.473 Anträge bei Kosten von 884.114 Euro pro Fall, also 43,18 Euro. Im Jahr 2013 Verwaltungskosten von 1,26 Millionen Euro, ein Plus von 376.000 Euro, plus 42 Prozent. Maßlose Prasserei im CDU-geführten Landkreis?

(Michael Silkeit, CDU: Ja! – Harry Glawe, CDU: Natürlich!)

Ach halt, da fehlen ja noch die Fallzahlen. 2013 gab es 36.860 Anträge auf Unterstützung mit BuT, macht pro Fall im Jahr 2012 Verwaltungskosten von rechnerisch 43,18 Euro und im Jahr 2013 von 34,20 Euro.

Angesichts solcher Zahlen werden wir garantiert nicht Ihrem Antrag zustimmen, der postuliert, dass es sich um unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten handeln würde.

(Torsten Renz, CDU: Die haben ja auch einen SPD-Beigeordneten.)

Das Land kommt seinem Auftrag, die Höhe der Verwaltungskosten bei der kommunalen Ebene im Blick zu behalten, nach. Sie können sicher sein, dass eine Verwaltung, die hier mit unverhältnismäßig hohen Kosten aufwartet, auch mal schnell sprichwörtlich die Ohren langgezogen bekommt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Von wem denn?)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf die Kindergrundsicherung eingehen. Sie fordern von uns, dass die Landesregierung sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung starkmacht – im Kern des Anliegens durchaus Zustimmung. Aber, ich frage Sie: Warum soll sich die Landesregierung ausgerechnet für die bedarfsorientierte Version der Kindergrundsicherung einsetzen? In der logischen Schlussfolgerung aus Ihrer Kritik am BuT müssen Sie sich doch eigentlich für die bedingungslose Kindergrundsicherung einsetzen, oder?!

Zweite Frage: Warum soll das BuT jetzt abgeschafft werden, wenn Sie die Einführung einer Kindergrundsicherung als strategisches Ziel nur langfristig verfolgen? Eine Prüfung der Regelbedarfe und die Fortführung der beiden laufenden Bemühungen von kommunaler Ebene und Land, Reichweite und Verwaltungskosten beim BuT zu optimieren, wären dann doch sinnvoller, als diesen Anspruch einfach abzuschaffen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE, dass die SPD eh immer nur links blinkt und rechts überholt, steckt eh schon in der Schublade – geschenkt. Ich glaube sehr wohl, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in der Lage sind zu erkennen, dass die Dauerkritik der LINKEN an allem und jedem doch nicht ganz so substanziell sein kann, denn wie sonst ist zu erklären, dass dieses Land nicht schon längst unter der Last der Tausenden von Ihnen postulierten Missstände zusammengebrochen ist?

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und das nicht etwa, weil uns das Wohl von Kindern aus benachteiligten Familien nicht am Herzen läge.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Im Gegenteil, schauen Sie doch einfach mal auf die Verbesserungen, die wir beispielsweise im KiföG eingezogen haben in den letzten Jahren. Gute Chancen bestehen eben nicht nur aus einfach mehr Geld, das man jemandem zur Verfügung stellt, sondern aus guten Rahmenbedingungen.

(Heiterkeit und Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Unserer Ansicht nach sind diese Rahmenbedingungen mit dem bestehenden Bildungs- und Teilhabepaket für die betroffenen Kinder und Jugendlichen deutlich besser

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

als die von Ihnen skizzierte Alternative.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

**Michael Andrejewski**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Bildungs- und Teilhabepaket bringt natürlich konkrete Verbesserungen, auch wenn eine Erhöhung der Regelsätze uns besser gefallen hätte, aber ein Mittagessen ist was Konkretes, ein Schulausflug ist was Konkretes und Musikunterricht auch.

Man müsste es aber ergänzen durch eine Art Notfallprogramm, denn das Teilhabepaket ist ja ausgerichtet auf den zwar bescheidenen, aber doch stabilen Normalfall. Das heißt, da ist eine arme Familie mit Hartz IV oder auf andere Weise finanziell eingeschränkt – mit niedrig bezahlter Arbeit und es gibt regelmäßige Einkünfte, wenn sie auch noch so niedrig sind. Aber was ist denn, wenn gegen eine Bedarfsgemeinschaft eine Sanktion ausge-

sprochen wird, etwa eine hundertprozentige Sanktion, die es ja leider immer noch gibt? Das würde dann bedeuten, dass sowohl die Kosten der Unterkunft nicht gezahlt werden als auch die Regelsätze für die Eltern drei Monate lang. Drei Monate lang hat diese Familie dann gerade mal das Sozialgeld des Kindes.

Wenn es ein achtjähriges Kind ist, sind das 254 Euro im Monat. Davon muss diese Familie dann drei Monate lang, also pro Monat von 254 Euro leben. Da macht es natürlich keinen großen Spaß, wenn man vom Schulausflug zurückkommt, vom Musikunterricht oder vom Sport und dann in solche Verhältnisse reinkommt. Man hat zwar das warme Mittagessen in der Schule, das ist dann in der Tat die kleine Linderung, aber was ist mit Abendessen, was ist mit Frühstück, was ist mit den Verhältnissen unter dem Diktat dieser Sanktion? Wie ist das, mit 254 Euro überleben zu müssen? Das trifft das Kind voll. Es gibt keine Regelungen, die Kinder von solchen, gegen die Eltern gerichteten Sanktionen abschirmen.

Und was ist, wenn da noch Stromsperren dazukommen? Von Stromsperren sind jedes Jahr Hunderttausende von Menschen betroffen, darunter natürlich gerade Hartz-IV-Empfänger, die vielleicht Sanktionen bekommen haben oder sonst wie in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind. Dann kommt das Kind von der Schule, vom Musikunterricht, vom Ausflug, vom Schulausflug nach Hause in die kalte Wohnung, in die dunkle Wohnung, kann keine Hausaufgaben machen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

All das kann das Bildungs- und Teilhabepaket eben nicht mehr einschränken beziehungsweise beseitigen, für solche Extremsituationen ist es gar nicht gemacht. Also müsste man sich hier überlegen, inwieweit man Kinder abschirmt von solchen, gegen die Erwachsenen, gegen ihre Eltern gerichteten Maßnahmen, weil es nicht sein kann, dass Kinder in Sittenhaftung genommen werden für entweder tatsächliche Verfehlungen der Eltern oder für irgendwelche Willkürmaßnahmen der Behörden.

Aus diesem Grunde stimmen wir zwar diesem Antrag nicht zu, wir halten es für vernünftiger, wenn man das Teilhabepaket, wie es jetzt ist, als Grundstein nimmt und einfach darauf aufbaut eine Grundsicherung, die auch in Notfällen die Kinder trägt, aber wir wollen doch sehr daran erinnern, dass die Behörden bei solchen Sanktionen, auch bei Stromsperren, keinerlei Rücksichten nehmen, dass die Kinder immer mit erwischt werden mit den Eltern, und dass solche Verhältnisse nicht zugelassen werden können.

(Beifall Tino Müller, NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

**Jacqueline Bernhardt**, DIE LINKE: Sie hören zu viel, Herr Renz.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir haben an dieser Stelle viel gehört, womit eine familienpolitische Fehlkonstruktion gerechtfertigt werden soll. Ich kann an mancher Stelle echt nur den Kopf schütteln. Es ist unverantwortlich gegenüber den Kindern und

Jugendlichen im Land, ein nachweislich fehlgeschlagenes familienpolitisches Instrument, das viele Millionen Euro verschlingt, ohne bei den Kindern anzukommen, weiter zu legitimieren.

(Vincent Kokert, CDU: Mensch, das hat doch noch Frau Schwesig verhandelt!)

Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien müssen Bildungs- und Teilhabeangebote unbürokratisch und direkt wahrnehmen können, wie Sie schon sagten, Frau Hesse. Voraussetzung ist, dass die Familien im Land über die notwendigen Mittel verfügen, um selbstbestimmt Freizeit, Schulbedarfe, Nachhilfe und dergleichen mehr in Anspruch nehmen zu können, und zwar dann, wenn sie es benötigen, und nicht, wenn Behörden es genehmigen können, denn hier gerade ist es so, dass das Bildungs- und Teilhabepaket nur auf Antrag gewährt wird. Eine direkte Inanspruchnahme kann ich darin wirklich nicht erkennen.

Und gerade wenn man sich den aktuellen Bericht des Bürgerbeauftragten anschaut, ist immer wieder zu erkennen, dass es gerade beim Bildungs- und Teilhabepaket zu langen Bearbeitungszeiten kommt. Wie da von einer zeitnahen und direkten Inanspruchnahme die Rede sein kann, das verstehe ich nun wirklich nicht.

Vereine und Verbände kritisieren die mangelnde Orientierung auf die tatsächlichen Lebensbedarfe der Familien. So decken gerade die Sport- und Musikgutscheine im Wert von lediglich 10 Euro oftmals nur einen Teil der Vereins- und Teilnahmegebühr.

## (allgemeine Unruhe)

Für Familien, die am Existenzminimum leben, ist eine zusätzliche Finanzierung nicht leistbar. Armutsgefährdete Kinder sollen in der Freizeit nicht ausgeschlossen sein, sondern bei Sport, Spiel und Kultur mitmachen können. Welche Musikschule kostet bitte 10 Euro? In der Musikschule Wismar zum Beispiel kostet Gruppenunterricht ab drei Personen monatlich 25 Euro, musikalische Früherziehung oder Kinderchor kosten monatlich 16 Euro. Damit liegen sie im Vergleich zu anderen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern noch sehr gut. Was ist mit einem Kinobesuch, gehört das nicht zur gesellschaftlichen Teilhabe? Für die meisten Kinder ist es jedoch Luxus. Sie können einen Eindruck der neuesten Filme lediglich über die Plakate in den Schaufenstern erhaschen.

Kommen wir zum nächsten Beispiel, Schwimmen in der Schwimmhalle oder im Freibad sind ebenfalls teure Vergnügen. Eineinhalb Stunden Schwimmen in der Halle kostet für Kinder bereits mit Ermäßigung im Durchschnitt 2,50 Euro.

(Andreas Butzki, SPD: Es gibt einen Sozialpass in der Stadt, der ist kostenlos!)

Diese Beispiele belegen, das Bildungs- und Teilhabepaket geht an der Wirklichkeit vorbei. Warum werden die Gelder den Kindern nicht einfach zugewiesen, und zwar direkt?

> (Andreas Butzki, SPD: Damit können sie kostenlos in den Kindergarten gehen und ins Freibad.)

Pro Tag wird für ein Kind 1 Euro für die Verpflegung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket übernommen und der Rest durch andere Träger. Das ist ein wahnsinniger Verwaltungsaufwand. Und gerade wenn wir beim KiföG sind, hat es bisher das Land nicht geschafft, die Verpflegung im Kita-Bereich unbürokratischer zu regeln. Wenn man beim Kita-Essen BuT-Mittel in Anspruch nehmen will, so müssen die Eltern beim Sozialamt das Essen beantragen und der Rest wird vom Jugendamt im Rahmen der Elternbeitragsübernahme übernommen.

## (allgemeine Unruhe)

Auch an den Strukturen vor Ort geht das Bildungs- und Teilhabepaket vorbei. So ist es in einem ländlich geprägten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern oft unausweichlich, dass für den Besuch von Freizeit-, Kulturund Bildungseinrichtungen längere Strecken mit dem Auto oder Nahverkehr zurückgelegt werden müssen. Wenn die Eltern die Fahrtkosten jedoch nicht bezahlen können, ist ein Gutschein für Kinder aus Geringverdienerfamilien nach wie vor nicht nutzbar.

Erst kürzlich gab es, zumindest für Kinder in Familien mit Hartz-IV-Bezug, ein Umsteuern. Mit Pressemeldung vom 12. September 2014 stehen Kindern in Familien mit Hartz-IV-Bezug laut Bundesverfassungsgerichtsurteil zusätzliche Fahrtkosten zu, wenn sie die Gutscheine für soziale Teilhabe nutzen und etwa in einem Sportverein aktiv sind. Das gilt seit einigen Tagen, das Bildungs- und Teilhabepaket besteht aber schon seit vier Jahren.

## (allgemeine Unruhe)

Seit Ende 2013 können Kinder aus sozial schwachen Familien Nachhilfeunterricht bereits gewährt bekommen, wenn ihre Leistungen sich stark verschlechtern und nicht, wie bis dahin praktiziert, wenn die Kinder bereits akut versetzungsgefährdet sind. Dies alles sind späte und kleine Zugeständnisse in Teilbereichen des BuT.

Und ich frage Sie: Müssen Kinder und Eltern die ihnen zustehenden Leistungen immer erst vor dem Bundesverwaltungsgericht einklagen auf dem langwierigen Klageweg? Ich denke, das ist nicht die Aufgabe. Unsere Pflicht und Pflicht von Politik ist es, den Bedarf von Kindern und Jugendlichen realitätsgerecht zu ermitteln. Aber es ist ja alles bereinigt, na klar, Herr Schubert.

Das Bildungs- und Teilhabepaket hat in der Zeit seines Bestehens mehr Probleme geschaffen, mehr Geld auf Nimmerwiedersehen im Rachen der Bürokratie verschwinden lassen, als Kinder und Jugendliche tatsächlich erreicht wurden. Dies, im Verhältnis gesehen, lässt nur einen Schluss zu:

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist abzuschaffen und durch geeignetere Maßnahmen zu ersetzen.

Ja, die LINKE bekennt sich zu der Idee einer individuellen bedarfsgerechten Kindergrundsicherung als eigenständiges soziales Sicherungssystem für alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder. Nur wenn wir Kinder als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Ansprüchen anerkennen, außerhalb des SGB II und eben nicht als kleine Langzeitarbeitslose, werden wir

Kinderarmut dauerhaft und wirkungsvoll bekämpfen und verhindern können. Eine automatische und auskömmliche Geldleistung, wie die Kindergrundsicherung, schafft keine Bürokratie und garantiert eine hundertprozentige Inanspruchnahme. Das ist doch alles, was wir wollen.

Und zum Schluss möchte ich noch mal auf den Vorwurf kommen, mit Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepaketes würden wir die Schulsozialarbeit hier im Land gefährden. Ich finde es unverantwortlich – und das zeigt ja, dass die Schulsozialarbeit hier im Land auf Füße des Bildungs- und Teilhabepaketes gestellt wird –, wir wissen nicht, was ab 2016 ist, wenn die unverbrauchten Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen sollten.

(Torsten Renz, CDU: Ja, verbreiten Sie mal wieder Panik, dass die Schulsozialarbeiter nicht finanziert werden können!)

Für meinen Landkreis bedeuten zum Beispiel mehrere Hunderttausend Euro,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass wir nicht wissen, wie wir den bisherigen Stand an Schulsozialarbeitern garantieren sollen, Herr Renz. Verbrauchte Mittel hierfür einzusetzen, die eigentlich den Kindern und Jugendlichen direkt und sowieso zugestanden hätten, ist einfach unverantwortlich.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Da komme ich nicht runter, Herr Butzki, da kann ich mich erst mal so richtig  $\dots$ 

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das ist aber nicht sachlich.)

In meiner ...

Nicht sachlich, Herr Butzki?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie bei Herrn Silkeit nicht zugehört? Der hört gar nicht zu, der quatscht die ganze Zeit nur rum und macht dann so eine Bemerkung. – allgemeine Unruhe)

Aha, dann ist Schul- und Jugendsozialarbeit also nicht ...

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Kollegin Bernhardt, einen kleinen Augenblick! Unterbrechen Sie bitte Ihre Rede!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere, es sind die letzten fünf Minuten.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und wenn die SPD- und die CDU-Fraktion aus dem Parlament hier eine Quatschbude machen, dann muss ich da.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau. – Zuruf aus dem Plenum: Na, na, na, keine Beleidigung!) dann muss ich da Einspruch erheben. Ich habe Sie jetzt zweimal mit Klingeln darauf aufmerksam gemacht, dass Sie sich bitte etwas in Ihrer Unterhaltung mäßigen möchten. Sie sind meiner Aufforderung nicht nachgekommen. Deshalb ermahne ich Sie ein letztes Mal, ansonsten unterbreche ich die Sitzung.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, bis 23.00 Uhr.)

Und jetzt hat Frau Bernhardt wieder das Wort.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Um es noch mal klarzustellen: Für Jugend- und Schulsozialarbeit, für die Weiterentwicklung hat ganz klar das Land die Aufgabe nach dem SGB VIII. Der kommen Sie als Landesregierung nicht nach und verlassen sich nur auf Bundesmittel. Das Land hatte unter Rot-Rot mehr Mut, indem es die Landesinitiative "Jugend- und Schulsozialarbeit" initiiert hat. Wir haben damals mehr Mittel in die Hand genommen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Patrick Dahlemann, SPD: Früher war alles besser.)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3258. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist aber nicht doll, ne?!)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3258 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion der NPD.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 19. September 2014, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.51 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dietmar Eifler, Jörg Heydorn, Helmut Holter, Stefan Köster und Detlef Lindner.